

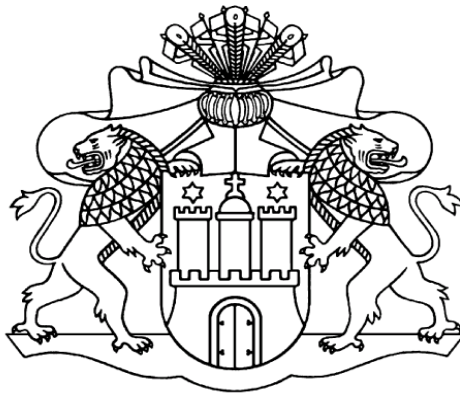
Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2007/2008

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 6

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 12
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 56
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 81
Kontenrahmen für Dienstbezüge	82 - 85
Kontenrahmen für Versorgung	86 - 90
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 106
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 6000 - Zentrale Aufgaben und Recht-	
Kapitel 6100 - Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -	
Kapitel 6200 - Bauordnung und Hochbau -	
Kapitel 6210 - Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) -	
Kapitel 6300 - Verkehr und Straßenwesen -	
Kapitel 6610 - Landes- und Landschaftsplanung -	
Kapitel 6700 - Umweltschutz -	
Kapitel 6800 - Natur- und Ressourcenschutz -	
Kapitel 6900 - Immissionsschutz und Betriebe -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 58
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
1.1 Wirtschaftsplan der Staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Bauordnung und Hochbau – Landesbau -	1 - 24
2.2 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	25 - 38
2.3 Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	39 - 54
2.4 Sondervermögen Stadt und Hafen	55 - 62
2.5 Wassergütestelle Elbe	63 - 70
2.6 Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	71 - 82
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
3.1 Zuwendungen über 100.000 Euro	1
3.2 Zuwendungen bis 100.000 Euro	2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 22
5 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2
6 Übersicht über die Verwendung der Abwasserabgabe	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 6

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplanes

Vorbemerkungen

In 2006 sind weit reichende Veränderungen der Organisations- und Aufgabenstruktur der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) zum Abschluss gekommen: Zum einen sind die Beschlüsse des Senats aus 2005 zur Reform der Verwaltung und zur Entflechtung von Aufgabenbereichen zwischen BSU und Bezirksverwaltung und die organisatorischen und ressourcenbezogenen Auswirkungen daraus umgesetzt worden, zum anderen wurden die innerbehördlichen Strukturveränderungen aufgrund der im Rahmen der Behördenneugliederung 2004 beschlossenen Zusammenlegung der Umweltämter der ehemaligen Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) mit der ehemaligen Behörde für Bau und Verkehr (BBV) zur BSU abgeschlossen. Des Weiteren haben vom Senat beschlossene zwischenbehördliche Zuständigkeitsveränderungen zu Strukturanpassungen geführt. Zu den Veränderungen im Einzelnen:

- Die mit Senatsbeschluss vom Juni 2005 (siehe Drucksache 18/2498) in die Wege geleiteten Maßnahmen zur Reform der Verwaltung haben zur Entflechtung zwischen den Bezirken und der BSU in folgenden Aufgabenbereichen geführt:
 - Durchführung der städtebaulichen Sanierung,
 - Planung, Entwurf, Bau, Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen, Gewässern und Erschließungen,
 - Verwaltung von Naturschutzgebieten,
 - Bauleitplanung,
 - Vermittlung von rollstuhlgerechten Wohnungen,
 - Betreuung des Infocenters „Wasser Umwelt Gesundheit“.

Die damit verknüpften Zuständigkeitsverlagerungen und ressourcenbezogenen Auswirkungen wurden von einer Projektorganisation unter Beteiligung der Finanzbehörde und der Bezirke vorbereitet und Mitte 2006 abgeschlossen.

- Im Rahmen seiner Entscheidungen zur Verwaltungsreform hat der Senat ferner beschlossen, das Amt für Bau und Betrieb der BSU in Weiterentwicklung der Organisation der staatlichen Tiefbauverwaltung in die Rechtsform eines Landesbetriebs nach § 26 Abs. 1 LHO zu überführen, um erhöhte Kostentransparenz in diesem Aufgabenbereich zu schaffen und eine Steigerung der Effizienz bei der Bearbeitung von Infrastrukturaufgaben an Straßen und Gewässern zu erzielen (siehe Drucksache 18/4149). Dieser „Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer“ ist am 01.01.2007 gegründet worden.
- Die Auswirkungen der o.a. Senatsentscheidungen zur Verwaltungsreform / Entflechtung haben Auswirkungen auf die Aufbauorganisation und die Arbeitsabläufe der BSU. Aus diesem Grunde hat die Leitung der BSU im Dezember 2005 Leitlinien für die organisatorische Fortentwicklung der Behörde erlassen. Mit den daraus abzuleitenden organisatorischen Veränderungen wird auch der Prozess der im Rahmen der Behördenneugliederung 2004 beschlossenen Zusammenlegung der ehemaligen BBV mit den Umweltämtern der ehemaligen BUG innerbehördlich abgeschlossen. Diese Umorganisation hat im Ergebnis zur Neugliederung von zwei Ämtern und zur Straffung der Verwaltung geführt. Die Umorganisation ist zum 01.08.2006 in Kraft gesetzt.
- Im September 2005 hat der Senat Änderungen in den Zuständigkeiten der Geschäftsbereiche der BSU und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) beschlossen. Die Änderungen gehen auf das Inkrafttreten der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes zurück und betreffen die allgemeine Energiepolitik, die Energiewirtschaft und die fachliche Zuständigkeit im Bereich der Energiewirtschaft für öffentliche Gebäude und führen zu einer Zuständigkeitsverlagerung auf die BWA. Die stellen- und personalwirtschaftlichen Konsequenzen sind umgesetzt, die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind abgestimmt und entschieden, die relevante Zuständigkeitsanordnung ist angepasst.

Die in diesem Haushaltsplan-Entwurf des Einzelplans 6 für 2007/2008 enthaltenen Daten und Informationen greifen die obigen Entscheidungen und organisatorischen Veränderungen auf. Sie lösen den Entwurf für den Einzelplan 6 ab, der der Bürgerschaft nach Beschlussfassung des Senats vom 13.06.2006 mit Drucksache 18/4499 zugeleitet worden war und in dem noch nicht die haushaltstechnischen Auswirkungen aus den obigen Entscheidungen berücksichtigt waren.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Einzelplans

Das Schwerkgewicht der Aufgaben der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt orientiert sich im Wesentlichen an dem Leitbild Metropole Hamburg - Wachsende Stadt als dem obersten Ziel des Regierungsprogramms. Die Umsetzungsstrategie dieses Leitbildes richtet sich u.a. auf Schwerpunktsetzungen für qualitative Verbesserungen in den Bereichen Flächenangebot und Ressourcenmanagement.

Qualitatives Wachstum in diesem Sinne bedeutet für die Aufgabenfelder der BSU:

- die Entwicklung von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt bzw. von teilräumlichen Planungen wie z.B. Sprung über die Elbe,
- die Infrastrukturentwicklung für eine Wachsende Stadt mit Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließung einschl. der weiteren Entwicklung der HafenCity,
- ein schonender Flächenverbrauch sowie die Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Altlastensanierung,
- die Akzentuierung der Metropolfunktion Hamburgs als „grüne Stadt am Wasser“ durch zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Gewässergüte und den Erhalt und Ausbau der Grün- und Erholungsräume,
- die Stärkung des Gedankens der „Lebensqualität“ in der Wachsenden Stadt u.a. durch die Intensivierung der Maßnahmen im öffentlichen Raum mit folgenden Maßnahmen:
 - die zielgruppenspezifischen Nutzungskonzepte (z.B. für Familien und ältere Menschen) verstärken,
 - die innerstädtischen Freizeit- und Erholungsflächen sichern,
 - das Handlungskonzept zur Sauberkeit der Stadt weiter voranbringen,
 - Lärm- und Luftbelastungen frühzeitig erkennen und auf vertretbarem Niveau halten,
 - naturräumliche Zusammenhänge bewahren.

Im Einzelnen liegen die Schwerpunkte in folgenden Aufgabenfeldern:

Verkehr und Straßenwesen

- Vertretung der Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostsee-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene.
- Entwicklung der Verkehrsangebote und der Infrastruktur des ÖPNV (Strecken und Linien Flughafen-S-Bahn, zweigleisiger Ausbau AKN, U-Bahn zur HafenCity, S-Bahn Neugraben-Stade) sowie der Leistungsvorgaben und Tarife einschl. der Finanzierung der Maßnahmen; Steuerung der öffentlichen Verkehrsunternehmen im Rahmen der Beteiligungsverwaltung.
- Verkehrsentwicklungsplanung einschl. ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr, Verkehrsuntersuchungen für Projekte des Bundes und Hamburgs einschl. Verkehrsdatenerhebung und Auswertung, Telematik-Datengrundlagen, Prioritätsbildung bei Netzergänzungen und für bestimmte Bereiche (z.B. HafenCity).
- Erstellung von Verkehrsprognosen für die einzelnen Verkehrszweige im Rahmen integrativer Betrachtung; stadtteilbezogene Verkehrsuntersuchungen.
- Wohn-, Gewerbe- und Industrieerschließung für die Wachsende Stadt.
- Vertretung verkehrlicher und tiefbautechnischer Belange in der Bauleitplanung.
- Wahrnehmung zentraler kommunaler Aufgaben des Straßenwesens wie Erarbeitung von Grundlagen der Straßenbautechnik und Koordinierung von Baumaßnahmen auf Hauptverkehrsstraßen.
- Prüfung und Entwicklung von Projekten, Vorbereitung, Aufstellung und Weiterentwicklung der Bauprogramme einschl. Finanzierungssicherung für Maßnahmen und Verkehrsprojekte in der Baulast Hamburgs sowie in der Baulast des Bundes (Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen).
- Wahrnehmung der Aufgaben des „Bestellers“ für projektbezogene Leistungen in Planung, Entwurf und Baudurchführung gegenüber dem „Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer“.

Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

- Wohnungsneubauförderung einschließlich Wohnungsbestandspolitik. Hier sind besonders hervorzuheben:
 - Objektförderung für besondere Personengruppen (u.a. barrierefreie Wohnungen, Wohnungen für große Familien, Seniorenwohnungen) und für Baugemeinschaften.
 - Verbesserung des Wohnungsbestandes durch Modernisierung von Wohnraum.
 - Investitionszulagen für familiengerechtes Wohnen in der Wachsenden Stadt.
 - Förderung ökologischer und energiesparender Baumaßnahmen.

- Durchführung wohnungspolitischer Maßnahmen.
- Neustrukturierung, Weiterentwicklung und Ordnung von Stadtteilen mit städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Problemen einschließlich der Förderung der Bürgermitwirkung.
 - Ministerielle Aufgaben der Sanierung nach dem Baugesetzbuch (BauGB).
 - Vorbereitung von Verfahren nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm.
- Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (Umlegung, Grenzregelung/vereinfachte Umlegung, Flurbereinigung, sonstige Grundstücksregelungen) sowie Betreuung vorbereitender Untersuchungen in Entwicklungsgebieten zur Flächenaktivierung auch im Rahmen der Leitziele zur Wachsenden Stadt.

Bauordnung und Hochbau

- Wahrnehmung aller ministeriellen und zentralen Aufgaben sowohl im Bereich Bauordnung/Bauaufsicht/Baugenehmigungsverfahren als auch im Bereich öffentlicher Hochbau.
- Zentrale Überwachung der hamburgischen Baustellen in sicherheitlicher und bei öffentlichen Baustellen auch in vertraglicher Hinsicht.
- Beurteilung und Zulassung technischer Innovationen, für die technische Regelwerke noch nicht existieren.
- Beurteilung europäischer und nationaler Regelungen im Bereich des Bauvergabe- und Bauvertragsrechts und deren Umsetzung in hamburgische Richtlinien.
- Entwicklung und Umsetzung von Hochbaumaßnahmen für unterschiedliche hamburgische Behörden, z.B. im Bereich des Schul- und Hochschulbaus.
- Wahrnehmung aller hochbaulichen Planungs- und Bauaufgaben des Bundes.
- Wahrnehmung der Aufgaben der Baugenehmigung und Bauaufsicht in Vorbehaltsgebieten (HafenCity).

Landes- und Landschaftsplanung

- Entwicklung von räumlichen Konzepten für die Gesamtstadt (z.B. Konversionsflächenplan für die Wachsende Stadt) bzw. von teilträumlichen Planungen (z.B. Sprung über die Elbe).
- Mitwirkung an überregionalen Planungen und Projekten insbesondere im Nord- und Ostseeraum im Rahmen des europäischen Raumordnungskonzeptes und Koordination im Rahmen des EU-Förderprogramms INTERREG.
- Mitwirkung an Leitprojekten des Regionalen Entwicklungskonzeptes im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.
- Weiterentwicklung der Anwendung geographischer Informationssysteme (GIS) für die räumliche Planung insbesondere für die Ermittlung von Potenzialen zur Innenentwicklung und Verdichtung.
- Planerische und konzeptionelle Vorbereitung der Internationalen Bauausstellung Hamburg 2013 und der Internationalen Gartenschau Hamburg 2013 mit ihren Einzelmaßnahmen.
- Vorbereitende Bauleitplanung und vorbereitende Landschaftsplanung nach BauGB und HmbNatSchG einschl. Umweltprüfungen, Strategische Umweltprüfung und Erarbeitung zugehöriger städtebaulicher Verträge.
- Verbindliche Bauleitplanung und verbindliche Landschaftsplanung für Senatspläne.
- Entwicklung von Gestaltungskonzepten, Stadtentwicklungsprojekten und landschaftsplanerischen Konzepten (z.B. HafenCity, Beleuchtungskonzept Innenstadt).
- Durchführung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerben.
- Federführung für die Planung und Entwicklung von Business Improvement Districts.
- Konkretisierung und Umsetzung des Konzeptes Freiraumverbundsystem/Grünes Netz Hamburg.

Umweltschutz

- Schutz und Bewirtschaftung der Gewässer 1. Ordnung; wasserwirtschaftliche Planungen und Genehmigungen.
- Gewässerschutz und Gewässergüte: Fortsetzung der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60 EG – WRRL, damit die Hamburger Gewässer fristgerecht die Vorgaben erfüllen. Fortführung der nachhaltigen und Ressourcen schonenden Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsplanung.
- Gewährleistung der langfristigen Entsorgungssicherheit und eines hohen Qualitätsstandards für alle Abfallbereiche u.a. durch Kooperationen in Norddeutschland.
- Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handlungskonzept zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Das Handlungskonzept liefert einen maßgeblichen Beitrag dazu, die Bevölkerung für den hohen Stellenwert des innerstädtischen öffentlichen Raums weiter zu sensibilisieren und die Lebensqualität in der Metropole Hamburg dauerhaft zu erhöhen.
- Vorbereitung und Umsetzung weiterer Sanierungsmaßnahmen im Bereich Altlastensanierung (Drs. 18/3628). Die für die weitere Erschließung der HafenCity bedeutsame Sanierung am Grasbrookhafen ist abgeschlossen.
- Bearbeiten geowissenschaftlicher Aufgaben bei Bodenkunde, Boden- und Grundwasserschutz, Altlastensanierung, Natur- und Landschaftsschutz; Geologische Landesaufnahme.

Natur- und Ressourcenschutz

- Ausrichtung aller fachbehördlichen Maßnahmen am Grundgedanken der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung, um Hamburgs Identität als grüne Stadt am Wasser zu wahren.
- Förderung der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- Integration von ökologischen und ökonomischen Interessen im Sinne einer „Win-Win-Strategie“. Hierzu werden unter der „Dachmarke“ der *UmweltPartnerschaft* Hamburg eine Reihe von Projekten (Unternehmen für Ressourcenschutz, ÖKOPROFIT, Arbeit und Klimaschutz) qualitativ und quantitativ weiter entwickelt. Dies beinhaltet die Umsetzung hoher Umweltstandards für Industrie und Handwerk auf der Grundlage von Deregulierung, Förderprogrammen, Beratung und partnerschaftlicher Hilfestellung.
- Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie.
- Schutz, Pflege, Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer.
- Europäischer Naturschutz.
- Biotopschutz; Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenarten.
- Grundsatzfragen der Eingriffsregelung; Festsetzungen zur Eingriffsregelung.

Immissionsschutz und betriebsbezogener Umweltschutz

- Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben, in der Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie in der Gentechnik.
- Zulassung von Anlagen, Genehmigungen und Befreiungen, Überwachung von Betrieben zur Einhaltung von Umweltvorschriften, Prävention und Gefahrenabwehr, Aufklärung und Beratung zur Lösung von betrieblichen Umweltproblemen.
- Atomrechtliche Aufgaben und Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Strahlenschutz.
- Gefahrenabwehr, Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt.
- Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Lärmeinwirkungen; Fluglärmbeauftragter.
- Erfüllen der Ziele der Umweltschutzvorschriften bei bau- und abwasserrechtlichen Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes und bei Direkteinleitungen; Abwassertechnik, anlagenbezogener Gewässerschutz.

Weitere Informationen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die Produktinformationen bei den jeweiligen Produktbereichen.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	± in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2008:2007
Einnahmen	385.550	383.588	378.624	-0,51	-1,29
Davon:					
Steuern / Steuerähn. Abgaben (Hgr. 0)	4.711	1.500	1.500	-68,16	-
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	147.738	148.440	147.965	+0,48	-0,32
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	176.393	170.915	170.004	-3,11	-0,53
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	56.708	62.733	59.155	+10,62	-5,70
Ausgaben	871.287	893.216	890.370	+2,52	-0,32
Davon:					
Personalausgaben (inkl. KRV)	130.674	102.927	104.437	-21,23	+1,47
Sach- und Fachausgaben	506.922	471.510	472.730	+6,99	+ 0,26
Investitionen	233.691	318.779	313.203	+36,41	+1,75

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2007 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	33,1	11,5
Sach- und Fachausgaben	44,6	52,8
Investitionen	11,5	35,7

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2008 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 6
Personalausgaben	33,0	11,7
Sach- und Fachausgaben	44,2	53,1
Investitionen	11,4	35,2

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2004				2005			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
In Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
444.391	226.455	211.668	47,6	564.666	286.384	247.349	43,8

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Durch das am 19. April 2004 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden sind der Bereich Umwelt der ehemaligen BUG und die BBV zur BSU zusammengeführt worden.

Zu den organisatorischen Veränderungen in der BSU ab Mitte 2006 siehe die Vorbemerkungen auf Seite 1.

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

Behördenleitung						

Amt ZR	Amt WSB	Amt ABH	Amt V	Amt LP	Amt U	Amt NR	Amt IB
Amt für zentrale Aufgaben und Recht	Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	Amt für Bauordnung und Hochbau	Amt für Verkehr und Straßenwesen	Amt für Landes- und Landschaftsplanung	Amt für Umweltschutz	Amt für Natur- und Ressourcenschutz	Amt für Immissionsschutz und Betriebe

Produktbereiche (PB)

PB 01:	PB 02:	PB 03:	PB 04:	PB 05:	PB 06:	PB 07:	PB 08:
Zentrale Aufgaben und Recht	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	Bauordnung und Hochbau	Verkehr und Straßenwesen	Landes- und Landschaftsplanung	Umweltschutz	Natur- und Ressourcenschutz	Immissionsschutz und Betriebe

Produktgruppen (PG)

PG 01:	PG 01:	PG 01:	PG 01:	PG 01:	PG 01:	PG 01:	PG 01:
Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung u. Service	Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestands	Bauordnung	Verkehrsplanung	Landesplanung	Gewässerschutz	Nachhaltigkeit	Integrierter anlagen- u. betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben u. in der Gentechnik sowie atomrechtliche Aufgaben und Strahlenschutz
PG 02: Recht	Stadterneuerung	PG 02: Hochbau	PG 02: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs	PG 02: Stadt- und Landschaftsplanung	PG 02: Bodenschutz/ Altlasten / Altlastensanierung	PG 02: Energie	PG 02: Integrierter anlagen- u. betriebsbezogener Umweltschutz in Haufenwirtschaft, Mineralöl- u. Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen
	Mieter- u. Wohnraumschutz, Belegungsbindungen	PG 03: Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	PG 03: Zentrale kommunale Aufgaben	PG 03: Stadtgrün und Erholung	PG 03: Abfallwirtschaft	PG 03: Naturschutz	PG 03: Lärmschutz und Luftreinhaltung

	PG 04: Bodenordnung		PG 04: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Ver- kehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundes- fernstraßen)		PG 04: Geologisches Lan- desamt		PG 04: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Gewässerschutz
			PG 05: Ausbau von Anlagen der Verkehrs- infrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)				
			PG 06: Ausbau von Anlagen der Verkehrs- infrastruktur (Schiene)	nachrichtlich: Sondervermögen Stadt und Hafen			
			PG 07: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe u. Industrie		nachrichtlich: Wassergütestelle Elbe	nachrichtlich: Sondervermögen für Naturschutz und Land- schaftspflege	

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen in den Jahren 2007 und 2008;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- luK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan 6 (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sowie der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabenkritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplanentwurf 2007/2008 (Blaudruck)

Einzelplan 6 – Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2008	2007	2008	2007	2008	2007
6000 Zentrale Aufgaben und Recht	379,00				2		2
6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	72,47						
6200/6210 Bauordnung und Hochbau	257,00						
6300 Verkehr und Straßenwesen	128,00						
6610 Landes- und Landschaftsplanung	126,10						
6700 Umweltschutz	207,89						
6800 Natur- und Ressourcenschutz	74,75						
6900 Immissionsschutz und Betriebe	171,73						

Stellenumwandlungen ²				
Kapitel	Anzahl	Begründung	Beamte in Angestellte	Angestellte in Beamte
	./.			

² entsprechend Stellenplanentwurf gem. Senatsbeschluss, ab Verg.Gr. IVa und Bes.Gr. A 11 (wie im Stellenplandruck nachgewiesen)

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist der Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS) aufgelöst worden. Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden auf die jeweiligen Budgets der Amtskapitel übertragen.

6. Einzelplandeckungsringe

Die im Einzelplan 6 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Übersichten der Deckungskreise und der zugehörigen Titel finden sich in der Anlage 4.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gehören die folgenden Einrichtungen nach § 15 Abs.2 und § 26 Abs.1 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2007	2008	2007	2008
Amt für Bauordnung und Hochbau – Landesbau –	13.563	13.213	-224	-29
Straßen, Brücken und Gewässer einschließlich Autobahn- und Tunnelbetrieb	57.780	58.048	0	0
Geoinformation und Vermessung	27.406	27.044	-17.696	17.259
Sondervermögen „Stadt und Hafen“	26.290	28.660	0	0
Sondervermögen "Naturschutz und Landschaftspflege"	452	452	0	0
Wassergütestelle Elbe	750	750	0	0

Wirtschaftspläne und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichem Ersuchen

Den frauenspezifischen Interessen wird bei der Veranschlagung und Verwendung der Haushaltsmittel des Einzelplans 6 allgemein Rechnung getragen.

Im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen nach Baugesetzbuch und außerhalb der Sanierung (Soziale Stadtteilentwicklung) wurden verschiedene frauen- und Mädchenspezifische Projekte gefördert. Neue Projekte in 2005/2006, die unter dem Aspekt „Berücksichtigung von frauen- und Mädchenspezifischen sowie lesben- und schwulenspezifischen Belangen“ relevant wären, gibt es zurzeit nicht.

Eine Arbeitsgruppe „Fachfrauen für Bauwesen und Verkehrsplanung“ begleitet die Aufgabenwahrnehmung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt aus frauenspezifischer Sicht. Die Frauen der Arbeitsgruppe sind Mitarbeiterinnen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die sich zusätzlich zu ihren jeweiligen Aufgabenbereichen engagieren.

Im Übrigen ist eine gesonderte Veranschlagung von Maßnahmen bzw. Mitteln hierfür im Einzelplan 6 nicht vorgesehen.

9. Zuwendungen

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als Infrastrukturbehörde gewährt im Wesentlichen Zuwendungen für Projektförderungen. Empfänger sind in vielen Fällen staatliche Unternehmen wie z.B. die Hamburger Hochbahn. Fördermittel werden im Bereich Stadtentwicklung insbesondere gewährt für die Durchführung von Baumaßnahmen und/oder Beschaffungen, die der Förderung des ÖPNV dienen. Gefördert werden aber auch Vorhaben zur Herstellung von Stellplatzanlagen oder der Stadtteilentwicklung (Stadtteilentwicklungsprogramm). Im Umweltbereich liegt der Schwerpunkt bei den Investitionszuschüssen zur Energie- und Wassereinsparung sowie zur Nutzung regenerativer Energiequellen und Umwelttechnologien.

Institutionell gefördert wird z.B. die GmbH zur Vorbereitung und Abwicklung der Internationalen Bauausstellung Hamburg 2013, deren Einzelmaßnahmen wiederum über projektbezogene Zuwendungen gefördert werden.

Die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Zuwendungsverfahrens liegt bei den zuständigen Fachämtern. Die Ämter haben die Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften des Zuwendungsrechts - insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 u. 44 LHO - sicherzustellen.

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Die konkreten Auswirkungen der abzuschließenden Veränderungen der Organisations- und Aufgabenstruktur der BSU auf Haushalt, Stellenplan und Personalbudget sind - soweit jetzt bereits möglich - in den vorliegenden Entwurf zum Haushaltsplan 2007 / 2008 aufgenommen. Berücksichtigt ist auch die Konkretisierung (bei den Personalausgaben der Produktgruppen und im Stellenplan) der vom Senat für das Haushaltsjahr 2006 für den Einzelplan 6 festgelegte Einsparrate bei den Personalausgaben in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

11. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Nicht für alle Leistungsbereiche der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt konnten bisher steuerungsrelevante Kennzahlen entwickelt werden, die einen klaren Zielbezug erkennen lassen und konkrete Aussagen über die Leistungserbringung ermöglichen. Ziel der BSU bleibt es jedoch, Kennzahlen für weitere Bereiche zu entwickeln, um künftig verstärkt Steuerungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Aufgrund der in 2006 erfolgten Zentralisierung der Verwaltungen der Ämter der BSU, der im Rahmen der Entflechtung zu erbringenden Intendanzanteile für die auf die Bezirke zu übertragenden Fachstellen sowie der auf die Administration des „Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer“ zu übertragenden Stellen der Zentralverwaltung der BSU, die teilweise als besetzte, teilweise unbesetzt übertragen werden, kann die Qualitätskennzahl „Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten“ noch nicht ausgewiesen werden. Dies hat zur Folge, dass auch die innerbehördlichen Gemeinkosten für alle Bereiche nicht ermittelt werden konnten.

Die mittelfristige Entwicklung folgender Aufgabenfelder des Einzelplans 6 wird im Finanzbericht dargestellt:

- Wohnungswesen
- Hochwasserschutz
- Verkehr
- Umweltschutz
- Naturschutz und Landschaftspflege

Für den Einzelplan 6 besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Zentrale Aufgaben und Recht	6000	Zentrale Aufgaben und Recht
02 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
03 Bauordnung und Hochbau	6200/ 6210	Bauordnung und Hochbau / Bauaufgaben des Bundes
04 Verkehr und Straßenwesen	6300	Verkehr und Straßenwesen
05 Landes- und Landschaftsplanung	6610	Landes- und Landschaftsplanung
06 Umweltschutz	6700	Umweltschutz
07 Natur- und Ressourcenschutz	6800	Natur- und Ressourcenschutz
08 Immissionsschutz und Betriebe	6900	Immissionsschutz und Betriebe

Vorwort
Einzelplan 06

Gesamtübersicht Einzelplan 6

Haushaltsplan 2007

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	383.588	102.927	471.510	318.779	893.216
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	3.644	28.902	29.175	5.711	63.788
Produktbereich 02	35.576	4.560	124.707	37.293	166.560
Produktbereich 03	13.451	17.834	5.888	200	23.922
Produktbereich 04	297.144	15.029	204.645	166.680	386.354
Produktbereich 05	3.150	5.494	23.874	35.962	65.330
Produktbereich 06	24.778	13.159	80.170	65.471	158.800
Produktbereich 07	22	4.818	1.909	7.133	13.860
Produktbereich 08	5.823	13.130	1.141	328	14.599

Haushaltsplan 2008

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan 6	378.624	104.437	472.730	313.203	890.370
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	3.598	29.378	28.813	5.636	63.827
Produktbereich 02	32.998	4.573	128.230	32.601	165.404
Produktbereich 03	13.516	18.013	5.693	200	23.906
Produktbereich 04	295.252	15.530	202.732	176.906	395.168
Produktbereich 05	2.639	5.526	24.153	24.033	53.712
Produktbereich 06	24.776	13.247	80.097	66.097	159.441
Produktbereich 07	22	5.861	1.892	7.190	13.743
Produktbereich 08	5.823	13.309	1.120	540	14.969

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

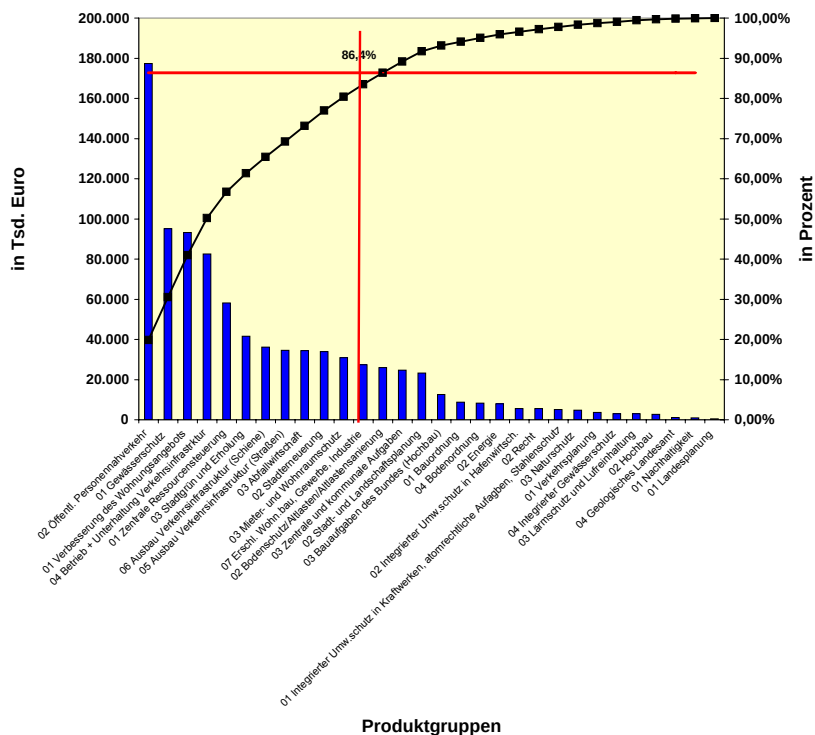
Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt

Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 06.0 - Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Summierungsabgleich				
in Tsd. EUR		PB	gelbe Seiten	
			PG	PB
1	2	3	4	5
01 Zentrale Ressourcensteuerung	01	58.242		
02 Recht	01	5.546		
gesamt		63.788	63.788	
01 Sicherstellung eines angemessenen W	02	93.244		
02 Stadterneuerung	02	34.021		
03 Mieter- und Wohnraumschutz, Belegung	02	30.943		
04 Bodenordnung	02	8.352		
gesamt		166.560	166.560	
01 Bauordnung	03	8.689		
02 Hochbau	03	2.636		
03 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	03	12.597		
gesamt		23.922	23.922	
01 Verkehrsplanung	04	3.685		
02 Öffentl. Personennahverkehr	04	177.406		
03 Zentrale und kommunale Aufgaben	04	24.669		
04 Betrieb + Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur	04	82.571		
05 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Straßen)	04	34.513		
06 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	04	36.122		
07 Erschl. Wohn.bau, Gewerbe, Industrie	04	27.388		
gesamt		386.354	386.354	
01 Landesplanung	05	429		
02 Stadt- und Landschaftsplanung	05	23.341		
03 Stadtgrün und Erholung	05	41.560		
gesamt		65.330	65.330	
01 Gewässerschutz	06	95.133		
02 Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung	06	25.904		
03 Abfallwirtschaft	06	34.465		
04 Geologisches Landesamt	06	1.151		
gesamt		156.653	156.653	
01 Nachhaltigkeit	07	1.020		
02 Energie	07	7.997		
03 Naturschutz	07	4.844		
gesamt		13.861	13.861	
01 Integrierter Umw.schutz in Kraftwerken,	08	5.120		
02 Integrierter Umw.schutz in Hafenwirtsch.	08	5.604		
03 Lärmschutz und Luftreinhaltung	08	2.990		
04 Integrierter Gewässerschutz	08	3.032		
gesamt		16.746	16.746	
Summe		893.214	893.214	

Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8
1	02 Öffentl. Personennahverkehr	04	177.406	19,86%	19,86%	5	4
2	01 Gewässerschutz	06	95.133	10,65%	30,51%	3	27
3	01 Verbesserung des Wohnungsangebots	02	93.244	10,44%	40,95%	3	2
4	04 Betrieb + Unterhaltung Verkehrsinfrastruktur	04	82.571	9,24%	50,20%	5	11
5	01 Zentrale Ressourcensteuerung	01	58.242	6,52%	56,72%	6	5
6	03 Stadtgrün und Erholung	05	41.560	4,65%	61,37%	3	9
7	06 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Schiene)	04	36.122	4,04%	65,41%	7	6
8	05 Ausbau Verkehrsinfrastruktur (Straßen)	04	34.513	3,86%	69,28%	12	2
9	03 Abfallwirtschaft	06	34.465	3,86%	73,14%	3	3
10	02 Stadterneuerung	02	34.021	3,81%	76,94%	5	9
11	03 Mieter- und Wohnraumschutz	02	30.943	3,46%	80,41%	3	5
12	07 Erschl. Wohn.bau, Gewerbe, Industrie	04	27.388	3,07%	83,47%	4	13
13	02 Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung	06	25.904	2,90%	86,37%	4	7
14	03 Zentrale und kommunale Aufgaben	04	24.669	2,76%	89,14%	10	8
15	02 Stadt- und Landschaftsplanung	05	23.341	2,61%	91,75%	4	2
16	03 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	03	12.597	1,41%	93,16%	5	2
17	01 Bauordnung	03	8.689	0,97%	94,13%	6	2
18	04 Bodenordnung	02	8.352	0,94%	95,07%	1	2
19	02 Energie	07	7.997	0,90%	95,96%	4	19
20	02 Integrierter Umw.schutz in Hafenwirtsch.	08	5.604	0,63%	96,59%	7	3
21	02 Recht	01	5.546	0,62%	97,21%	5	1
22	01 Integrierter Umw.schutz in Kraftwerken, at	08	5.120	0,57%	97,78%	3	3
23	03 Naturschutz	07	4.844	0,54%	98,33%	4	10
24	01 Verkehrsplanung	04	3.685	0,41%	98,74%	2	26
25	04 Integrierter Gewässerschutz	08	3.032	0,34%	99,08%	6	10
26	03 Lärmschutz und Luftreinhaltung	08	2.990	0,33%	99,41%	4	2
27	02 Hochbau	03	2.636	0,30%	99,71%	2	2
28	04 Geologisches Landesamt	06	1.151	0,13%	99,84%	2	4
29	01 Nachhaltigkeit	07	1.020	0,11%	99,95%	2	3
30	01 Landesplanung	05	429	0,05%	100,00%	1	2
Summe			893.214	100,0%		54	91



Produktinformationen

Produktbereich 01: Zentrale Aufgaben und Recht

Kapitel 6000

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.451	4.041	4.071	3.644	3.598
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.451	4.041	4.071	3.644	3.598
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹	51.220	66.200	64.616	58.077	58.191
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	20.604	33.046	31.892	28.902	29.378
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.616	33.154	32.724	29.175	28.813
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	17.917	17.800	17.700	17.544	17.544
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	120	104	104	104	104
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.457	6.499	6.815	5.771	5.636
Stellen	-	431,14	431,14	379	379

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Umsetzung politischer und administrativer Zielsetzungen (u.a. Ressourcensteuerung, Organisations- und Personalentwicklung) unter Berücksichtigung der Verwaltungsmodernisierung auf der Grundlage des NSM.
Z 2:	Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service
PG 2	Recht

Produktgruppe 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service

Kapitel 6000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Bedarfsgerechte Unterstützung der Behördenleitung und Beratung der Ämter sowie sonstiger Dienststellen, insbesondere durch Ressourcensteuerung, Controlling und Berichtswesen bei der Entwicklung zukunftsfähiger personeller, organisatorischer und technischer Strukturen bei der Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung, der Aufgabenkritik und der Haushaltskonsolidierung
Z 2:	Effektive Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen (betriebswirtschaftlich, gesellschaftsrechtlich) unter Einhaltung fachpolitischer, haushaltswirtschaftlicher und sonstiger Vorgaben sowie wirtschaftliche Stiftungsaufsicht
Z 3:	Kundenorientierte Information und Beratung der Öffentlichkeit zu Themen des Umweltschutzes
<i>Produkte</i>	
P 1	Leitungsunterstützung einschließlich Innere Revision, Beteiligungsverwaltung und Zentrale Vergabeaufsicht
P 2	Personal / Organisation / Haushalt / Betriebswirtschaft

¹ Aufgrund umfassender Organisationsveränderungen in der BSU liegen keine aussagefähigen Vergleichszahlen für die Personalausgaben und Stellen vor.

² siehe 1. Die Personalausgaben enthalten neben den Personalausgaben der Produktgruppen Aufwandsentschädigungen für Deputierte, Ausgaben für den Personalrat und den KRV. Die Personalausgaben konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden.

Produktbereich: 01
Zentrale Aufgaben und Recht

P 3 Infrastrukturleistung
P 4 Informationstechnik

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	4.353	3.996	4.026	3.174	3.128
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.353	3.996	4.026	3.174	3.128
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	48.974	62.921	61.317	52.974	53.007
• Personalausgaben in Tsd. EUR ³	18.547	29.957	28.783	23.989	24.384
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.427	32.964	32.534	28.985	28.623
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	17.917	17.800	17.700	17.544	17.544
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	56	40	40	40	40
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.457	6.499	6.815	5.711	5.636

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	278	449	432	359	366
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	278	449	432	359	366

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Der Schwerpunkt der Einnahmen liegt bei der Verwaltungsgebühren (470T€ beim Titel 6000.111.02) und den Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach §§ 15 und 26 LHO sowie der Anstalten öffentlichen Rechts (2677 T€ in 2007 und 2631 T€ in 2008 beim Titel 6000.261.01). Personalausgaben Der Schwerpunkt der Personalausgaben liegt im Bereich Personal, Organisation, Haushalt und Betriebswirtschaft (P 2). Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (P 3); insbesondere sind zu nennen Geschäftsbedarf und Kommunikation (661 T€ in 2007 und 683 T€ in 2008 beim Titel 6000.511.22), Bewirtschaftung der Grundstücke (1.438 T€ bei 6000.517.22), Mieten und Pachten (3.882 T€ beim Titel 6000.518.22). Weitere wesentliche Ausgaben sind die Erstattungen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Dataport (882 T€ beim Titel 6000.671.56) und Ausgaben im Zusammenhang mit der IT-Technik (1.183 T€ beim Titel 6000.535.56). Der Betriebszuschuss an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung beträgt 14.262 T€ in 2007 und 13.900 T€ in 2008 (Titel 6000.682.58). Investitionen Der Schwerpunkt liegt bei - der Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude der Billstraße mit rd. 5 Mio. EUR (Titel 6000.823.01) und - den Investitionszuschüssen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung mit 1,1 Mio. EUR (Titel 6000.891.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁴	-	384,20	384,20	315	315

³ siehe 1

⁴ siehe Vorwort

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Personalbetreuungskosten pro Beschäftigtem in EUR ⁵	-	749	769	-	-
- durchschn. Personalverwaltungskosten je Beschäftigtem in EUR	-	395	406	-	-
- durchschn. Personalentwicklungskosten je Beschäftigtem in EUR	-	354	364	-	-
Kosten der Fortbildung je Beschäftigtem in EUR	-	136,91	141	-	-

Produktgruppe 02: Recht

Kapitel 6000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Durch die Schaffung und Anwendung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Bau und Verkehr und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes, wirtschaftliches und zukunftsfähiges Handeln ermöglicht werden.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsetzung und Rechtsgestaltung P 2 Rechtsanwendung, Rechtsberatung und Prozessführung P 3 Planfeststellungs- / Plangenehmigungsverfahren P 4 Rechts- und Fachaufsicht P 5 Ordnungsrechtliche Aufgaben (Betriebsgenehmigungen für Straßengüterverkehr, Omnibusse und Taxen, einschließlich Überwachung und Ordnungswidrigkeiten)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	98	45	45	470	470
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	98	45	45	470	470
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁶	2.246	3.279	3.299	5.103	5.184
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷	2.057	3.089	3.109	4.913	4.994
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	189	190	190	190	190
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	64	64	64	64	64
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	-	0	0	60	0

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁸	31	46	47	96	96
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	31	46	47	96	96

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Die Personalkosten verteilen sich etwa gleichmäßig auf die Produkte 1-4.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁹	-	43,94	43,94	64	64

⁵ Siehe 1

⁶ siehe 1

⁷ siehe 1

⁸ siehe 1

⁹ siehe 1; zusätzliche Stellen ausgewiesen ab 2007 durch Übergang der Verkehrsgewerbeaufsicht zum Rechtsamt in 2005.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	29.731	51.253	54.948	35.576	32.998
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	19.337	40.900	45.900	20.400	21.400
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	10.394	10.353	9.048	15.176	11.598
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	122.228	171.153	182.977	129.266	132.803
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	6.467	4.797	4.863	4.560	4.572
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	32.350	74.899	76.749	40.619	32.334
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	30.585	73.000	39.000	30.004	32.004
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	83.411	91.457	101.365	84.087	95.897
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	20.969	23.404	24.576	37.294	32.602
Stellen	76,81	86,50	86,50	72,47	72,47

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Verbesserung des Wohnungsangebots
Z 2:	Verbesserung der Wohnsituation sowie die Sicherung von preiswertem Wohnraum für die ansässige Bevölkerung und der Schutz der Bewohner vor Verdrängungen
Z 3:	Verbesserung städtebaulicher Verhältnisse, der technischen und sozialen Infrastruktur in vom Strukturwandel negativ betroffenen oder benachteiligten Stadtteilen, Schaffung von Stadtteil- oder Quartierszentren
Z 4:	Förderung des lokalen Gewerbes, Stabilisierung von Stadtteil- oder Quartierszentren
Z 5:	Bildung neuer zweckmäßig geschnittener und nach dem Baurecht geeigneter Grundstücke für Private und die FHH einschließlich Neuordnung von Rechtsverhältnissen an Grundstücken als Voraussetzung zur Realisierung von Baumaßnahmen und sonstigen Grundstücksnutzungen
Z 6:	Beschaffung und Bereitstellung von Flächen für Erschließungen, öffentliche Grünanlagen, Gemeinbedarfseinrichtungen, ökologische Ausgleichsflächen u. dgl. für die jeweiligen Bedarfsträger
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Wohnungsbestands
PG 2	Stadterneuerung
PG 3	Mieter- und Wohnraumschutz, Belegungsbindungen
PG 4	Bodenordnung

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erreichung einer quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraumversorgung der Bevölkerung Das Ziel wird durch die Förderung des Wohnungsneubaus, die Modernisierung und die Instandsetzung des Wohnungsbestands erreicht. Das Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung entwickelt und setzt die wohnungspolitischen Vorgaben auf ministerieller Ebene um. Dazu werden die rechtlichen, finanziellen und planerischen Grundlagen erarbeitet. Die staatliche Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung geförderter Mietwohnungen führt die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (WK) durch. Siehe auch Erläuterungen zu den Titeln 6100.571.01, 571.02, 661.50 und 663.50.

¹⁰ Veränderungen durch Umstrukturierung der Behörde erst ab 2007 berücksichtigt.

<i>Produkte</i>
P 1 Ministerielle Angelegenheiten Schwerpunkte: Erarbeitung von Grundlagen der Wohnungspolitik. Fachaufsicht über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt; Mitwirkung als Bedarfsträger an der Bauleitplanung P 2 Förderprogramme Schwerpunkte: Entwicklung und Fortschreibung der Förderprogramme für den Wohnungsneubau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum; Steuerung der WK P 3 Maßnahmen zur Sicherstellung der Wohnraumversorgung unter Berücksichtigung sozialer Problemlagen Schwerpunkte: Entwicklung von Konzepten; Förderung von speziellen Wohnformen; Begleitung von Großvorhaben

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.981	6.538	5.710	5.500	4.400
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	5.981	6.538	5.710	5.500	4.400
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	83.559	90.883	100.529	84.203	95.726
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.698	1.024	1.037	1.347	1.351
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	193	240	90	464	177
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	81.668	89.619	99.402	82.392	94.198
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.803	6.551	5.723	9.041	8.949

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	25	15	16	20	20
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	25	15	16	20	20

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen/Investitionen Durchlaufende Bundesmittel in Höhe von rd. 5,5 Mio. EUR in 2007 (2008: 4,4 Mio. EUR) für Darlehen und Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues werden an die WK weitergeleitet, für die FHH also aufkommensneutral (P 2). Die Höhe der Bundesmittel wird sich noch durch die Ergebnisse der im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Föderalismusreform verändern. Nach dem derzeitigen Stand ist ein Aufkommen in Höhe von 9,55 Mio. EUR zu erwarten, in dem die vorstehend genannten Zahlungen aufgehen. Betriebsausgaben Die Betriebsausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen rund 7,5 Mio. EUR für Zinsausgaben in 2007 (in 2008 7,3 Mio. EUR) und 76.500 Tsd. EUR in 2007 für den Zins- und Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt (2008: 88.500 Tsd. EUR). In den Ansätzen für den Titel 6100.663.50 wurden zur Abdeckung der Folgekosten des Forderungsverkaufs 7,1 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2007 und 11,6 Mio. EUR im Haushaltsjahr 2008 berücksichtigt (P 2).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	20,14	18,47	18,47	21,41	21,41

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Erneuerung und Entwicklung von Stadtteilen oder Stadtquartieren durch Städtebauförderung (Städtebauliche Sanierung und Stadtumbau nach BauGB, Modellvorhaben "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau", Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Aktive Stadtteilentwicklung) auf Basis integrierter Handlungs- bzw. Entwicklungskonzepte
Z 2:	Schutz der Bevölkerung vor Verdrängung in bestimmten Quartieren (auch durch Erhaltungsverordnungen gemäß § 172 Absatz 2 BauGB)
<i>Produkte</i>	
P 1 Allgemeine Grundlagen der Stadterneuerung	Schwerpunkte: Weiterentwicklung des Instruments der Städtebauförderung, Zusammenarbeit mit Bund und Ländern, Beteiligung an ergänzenden Bundes- und EU-Programmen, Öffentlichkeitsarbeit, Erfahrungsaustausch und Evaluierung
P 2 Städtebauliche Sanierung und Stadtumbau nach BauGB	Schwerpunkte: Vorbereitung und Durchführung von Sanierungs- und Stadtumbauverfahren nach BauGB; Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden innerhalb von Sanierungsgebieten
P 3 Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Aktive Stadtteilentwicklung	Schwerpunkte: Steuerung des neuen hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms "Aktive Stadtteilentwicklung". Derzeit Aufnahme neuer Fördergebiete durch Senatsvorlagen sowie Beschlüsse der BSU. Die Durchführung der Verfahren liegt bei den Bezirksämtern. Als besonderes Projekt in Zuständigkeit der BSU wird das Bürgerbeteiligungsverfahren Wilhelmsburg weiterhin aus Mitteln dieses Programms gefördert.
P 4 Erhaltungsverordnungen nach § 172 Nr. 2 BauGB	Schwerpunkte: Vorbereitung und regelmäßige Überprüfung des Fortbestands der Verordnungen
P 5 Modellvorhaben im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes	Schwerpunkte: Vorbereitung und Durchführung der Modellvorhaben im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.246	4.215	3.738	5.076	5.598
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	400	400	400	400
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	3.246	3.815	3.338	4.676	5.198
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.302	5.017	5.164	12.804	2.811
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.018	1.570	1.592	1.006	1.009
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.541	1.609	1.609	10.107	107
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	1.743	1.838	1.963	1.691	1.695
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.800	15.817	17.817	21.217	20.617

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	30	24	24	15	15
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	30	24	24	15	15

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Finanzierungshilfen des Bundes für Sanierungsmaßnahmen (Titel 6100.331.02; 4.900 Tsd. EUR in 2007, 4.000 Tsd. EUR in 2008)) und zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programm "Die soziale Stadt" - Titel 6100.331.03; 2.011 Tsd. EUR in 2007 und 2.245 Tsd. EUR in 2008) .
Sach- und Fachausgaben Betriebsmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen (Finanzierung der notwendigen Voruntersuchungen und Gutachten, Datenermittlung und -aufbereitung, Evaluierung, Titel 6100.547.10, 103 Tsd. EUR in 2007 und 2008).
Investitionen - Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Städtebaulichen Sanierung, auch Anteilsfinanzierung für Sanierungsmaßnahmen, die in anderen Einzelplänen veranschlagt sind (10.000 Tsd. EUR in 2007, 9.600 Tsd. EUR in 2008, Titel 6100.893.05) - Vorbereitung und Durchführung von Verfahren nach dem Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramm, 10.500 Tsd. EUR in 2007, 10.500 Tsd. EUR in 2008, Titel 6100.893.11) - Zuschüsse an die Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) für Modernisierungs- und Grunderneuerungsmaßnahmen an Gebäuden und für Neubauten auf Grundstücken im Treuhandvermögen der STEG 2.106 Tsd. EUR in 2007, 1.106 Tsd. EUR in 2008, Titel 6100.891.02) - Kosten für Ordnungsmaßnahmen (Entschädigungen, Abbruch, Verlagerung usw.) und für zwischenzeitlichen Grunderwerb in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten (1.800 Tsd. EUR in 2007 und 1.600 Tsd. EUR in 2008, Titel 6100.821.02)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	24	28,30	28,30	15,99	15,99
Städtebauliche Sanierung nach BauGB					
Sanierungsverfahren in Durchführung	18	14	14	13	10
Aufgehobene / abgerechnete Sanierungsverfahren	12	1	4	1	8
Anzahl der in Sanierungsgebieten bewilligten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen	158	150	150	150	150
Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm/Aktive Stadtteilentwicklung					
Verfahren in Durchführung	12	11	13	14	15
Abgeschlossene Verfahren	2	-	6	3	1
neu aufgenommene Fördergebiete	1	-	7	4	2
Soziale Erhaltungsverordnungen nach § 172 Nr. BauGB					
Bestehende Verordnungen	-	1	1	1	1

Produktgruppe 03: Mieter- und Wohnraumschutz, Belegungsbindungen

Kapitel 6100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Mieterschutz Z 2: Wohnraumschutz Z 3: Förderung von Mieterinnen und Mietern sowie Eigentümerinnen und Eigentümern von selbst genutztem Wohnraum durch Wohngeld, Belegungsbindungen
<i>Produkte</i>
P 1 Ministerielle Angelegenheiten P 2 Wohngeld P 3 Belegungsbindungen

Produktbereich: 02
Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	19.337	36.500	37.500	15.000	16.000
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	19.337	36.500	37.500	15.000	16.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.695	73.951	75.964	30.930	32.933
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.083	906	919	882	884
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.612	73.045	75.045	30.044	32.045
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	30.585	73.000	39.000	30.004	32.004
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	0	0	4	4
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9	13	13	13	13

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	16	14	14	13	13
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	16	14	14	13	13

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Bei den Einnahmen handelt es sich um die Zuweisungen des Bundes für Wohngeld in Höhe von 15 Mio. EUR in 2007 und 16 Mio. EUR in 2008 (P 2). Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen 30 Mio. EUR für Wohngeld (P 2) in 2007 und 32 Mio. EUR in 2008. Dabei handelt es sich um gesetzl. Leistungen.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	12,86	16,34	16,34	14,02	14,02

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Wohngeld:					
Anzahl der Haushalte, die Wohngeld beziehen ¹¹	19.417	120.000	20.000	21.500	23.000
P 3: Belegungsbindungen:					
Anzahl der gebundenen Wohnungen (1. Förderweg) in Hamburg insgesamt	132.000	131.000	123.000	117.000	110.000
Anzahl der Wohnungen, für die Belegungsbindungen neu ausgesprochen wurden ¹²	181	750	750	-	-

Produktgruppe 04: Bodenordnung

Kapitel 6100

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Schaffung der grundstücksmäßigen Voraussetzungen für den Wohnungsneubau und andere Grundstücksnutzungen (z.B. Gewerbe- und Freiflächennutzungen) durch bodenordnende Maßnahmen - Umlegungsverfahren nach §§ 45-84 BauGB - insbesondere in den Gebieten der wachsenden Stadt.

¹¹ Die Auswirkungen der Hartz IV-Reform konnte zum Zeitpunkt der Prognose für 2005 noch nicht berücksichtigt werden. Die Planzahl 2006 wurde entsprechend angepasst.

Stichtag ist jeweils der 31. Dezember.

¹² Die Änderung der Kennzahl präzisiert die Art der abgefragten Daten in der Produktinformation. Die alte Kennzahl war interpretationsbedürftig.

Planzahlen 2007/08: Die Angaben sind abhängig vom Beschluss über das Wohnungsbauprogramm, der voraussichtlich im September 2006 erfolgen wird.

Z 2: Grundlegende Änderung städtebaulicher Strukturen in ungenutzten bzw. nicht ihren Möglichkeiten entsprechend genutzten Gebieten durch Vorbereitung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen
Z 3: Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im ländlichen Raum durch Veränderung im Grundstücksbestand im Wege der Flurbereinigung
<i>Produkte</i>
P 1 Grundlagen, Vorbereitung und Durchführung der Bodenordnung (einschließlich Rechtsbetreuung für die Produktgruppen Stadterneuerung und Bodenordnung, der Flurbereinigung sowie vorbereitende Untersuchungen in Entwicklungsgebieten)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.167	4.000	8.000	10.000	7.000
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	4.000	8.000	5.000	5.000
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	1.167	0	0	5.000	2.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.672	1.302	1.320	1.329	1.333
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.668	1.297	1.315	1.325	1.328
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	4	5	5	4	5
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	0	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	-	0	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.357	1.023	1.023	7.023	3.023

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	25	19	20	20	20
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	25	19	20	20	20

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Rückzahlungen, Geldausgleiche und Geldbeiträge im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen (5.000 Tsd. EUR in 2007 und in 2008, Titel 6100.134.01, die Mehreinnahmen dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 6100.821.01 - Aufwendungen in Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen(BauGB)). Investitionen Geldleistungen und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen und für den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten (7.700 Tsd. EUR in 2007, Titel 6100.821.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	19,81	23,39	23,39	21,05	21,05

Produktbereich 03: Bauordnung und Hochbau

Kapitel 6200, 6210

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	13.098	15.087	15.198	13.451	13.516
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	12.828	15.087	15.198	13.451	13.516
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	270	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	24.861	25.986	25.043	23.722	23.706
• Personalausgaben in Tsd. EUR	19.161	19.307	19.289	17.834	18.013
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.700	6.679	5.754	5.888	5.693
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	802	600	600	600	600
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	414	200	200	200	200
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
Stellen	243	241	241	257	257

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Gefahrenfreies, wirtschaftliches, umweltschonendes und ökologisches Bauen und Nutzen durch Private und Staat über Regelsetzung, Überwachung der Umsetzung und Beratung
Z 2:	Zeitgerechte, effiziente und effektive Erledigung von Bauaufgaben des Landes und des Bundes (Hochbau).
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Bauordnung
PG 2	Hochbau
PG 3	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Produktgruppe 01: Bauordnung

Kapitel 6200, 6210

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Ausschluss von Gefährdungen bzw. Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen für Menschen, Sachgüter sowie die natürlichen Lebensgrundlagen beim Einrichten, Nutzen, Ändern und Abbrechen baulicher Anlagen; Gewährleistung des Einbezugs sozialer und baupflegerischer Belange
<i>Produkte</i>	
P 1	Erarbeitung und Fortschreibung von Regeln auf Europa-, Bundes- und Länderebene
P 2	Fachliche Lenkung bauaufsichtlicher Belange und Fachaufsicht einschließlich Regelsetzung und vorbehaltener Entscheidungen in besonderen Fällen
P 3	Anerkennung und Betreuung von Prüfengeuren für Baustatik sowie von bestimmten Prüfsachverständigen, die im bauaufsichtlichen Verfahren tätig werden können
P 4	Überwachung des Personen- und Umweltschutzes auf Baustellen sowie der Tariftreue und des Nachunternehmerereinsatzes bei öffentlichen Bauten
P 5	Prüfung techn. Nachweise (Standicherheit, Brand-, Schall- und Wärmeschutz, elektr. Sicherheitsanlagen, Entrauchungsanlagen u.ä.) und Überwachung der Standicherheit baulicher Anlagen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens
P 6	Genehmigungen in Spezialbereichen des Bau- und Immissionsschutzrechts

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.305	851	851	851	851
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.305	851	851	851	851
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.596	8.170	8.074	8.689	8.783
• Personalausgaben in Tsd. EUR	9.750	7.532	7.436	8.037	8.126
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	846	638	638	652	657
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	802	600	600	600	600

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	146	113	112	121	122
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	146	113	112	121	122

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Veranschlagt sind Erstattungen seitens der Bauträger für die mit der Prüfung bautechnischer Nachweise beauftragten Prüfeningenieure und Sachverständigen sowie Verwaltungsgebühren, die aufgrund vielfältiger, spezifischer Amtshandlungen erhoben werden (P 5 + P 6). Personalausgaben Schwerpunkte des Personaleinsatzes liegen bei der ministeriellen Tätigkeit, bei der Prüfung bautechnischer Nachweise (P 5) sowie bei Kontrollen auf Baustellen (P 4). Sach- und Fachausgaben Überwiegend veranschlagt sind Ausgaben für die Beauftragung von Prüfeningenieuren und Sachverständigen zur Prüfung von bautechnischen Nachweisen als Teil des Baugenehmigungsverfahrens (P 5).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹³	71,30	71,30	71,30	85,30	85,30

Produktgruppe 02: Hochbau

Kapitel 6200, 6210

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährleistung eines einheitlichen rechtlichen und verfahrensmäßigen sowie wirtschaftlichen Handelns in der hamburgischen Verwaltung im Bereich Hochbau durch fachliche Beratung und Hilfestellungen sowie Qualitätssicherung von Planung und Bauausführung. Z 2: Zeitgerechte, effektive und effiziente Erledigung von Bauaufgaben des Landes (Hochbau)
<i>Produkte</i>
P 1 Leitung und strategische Steuerung der Hochbaudienststellen (Kapazitätsauslastung, Personaldisposition) P 2 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes sowie Grundinstandsetzungen und Bauunterhaltungsmaßnahmen (s. Wirtschaftsplan nach § 15 LHO der Hochbaudienststellen des Landesbaus)

¹³ Zusätzliche Stellen für die Einrichtung einer Bauprüfdienststelle in der BSU

Produktbereich: 03
Bauordnung und Hochbau

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2	3	3	3	3
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2	3	3	3	3
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.256	3.583	2.625	2.436	2.261
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.250	2.611	2.571	2.186	2.211
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.006	972	54	250	50
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	156	200	200	200	200
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	49	39	39	33	33
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	49	39	39	33	33

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Schwerpunkt des Personaleinsatzes sind die ministeriellen Tätigkeiten sowie die fachliche Grundlagenarbeit und Beratung der Zentralen baufachlichen Instanz. Investitionsausgaben Zentral für die hamburgische Hochbauverwaltung werden hier die Kosten für Architektenwettbewerbe bzw. Untersuchungen an öffentlichen Hochbauten und für die Durchführung von fachbezogenen Fortbildungsveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen mit externen Fachleuten für die Beschäftigten in den Hochbaudienststellen sowie bei den Bedarfsträgerbehörden (Bauherrenfunktion) veranschlagt (Titel 799.01). Die Einnahme- und Ausgabedaten sind dem Wirtschaftsplan nach § 15 LHO der Hochbaudienststellen des Landesbaus zu entnehmen.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	23,20	23,20	23,20	23,20	23,20

Produktgruppe 03: Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

Kapitel 6200, 6210

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Zeitgerechte, effektive und effiziente Erledigung von Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) auf der Ebene der Ortsinstanz.
<i>Produkte</i>
P 1 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zivilbereich P 2 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im militärischen Bereich P 3 Unterhaltung von zivilen Anlagen P 4 Unterhaltung von militärischen Anlagen P 5 Allgemeine Aufgabenunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	11.791	14.233	14.344	12.597	12.662
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	11.521	14.233	14.344	12.597	12.662
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	270	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	10.009	14.233	14.344	12.597	12.662
• Personalausgaben in Tsd. EUR	6.161	9.164	9.282	7.611	7.676
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.848	5.069	5.062	4.986	4.986
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	258	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	92	137	139	114	115
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	92	137	139	114	115

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Bei den hier veranschlagten Einnahmen handelt es sich weit überwiegend um Erstattungen des Bundes für die Durchführung von Bundesbauaufgaben (Sach- und Fachausgaben sowie Personalausgaben einschl. Versorgungszuschläge). Die Einnahmen entsprechen den Ausgaben im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Bundesbauaufgaben. Die Ausgaben bei den Sach- und Fachausgaben sind geprägt durch die Vergütungen an Privatarchitekten u.a. (Titel 534.67). Die Investitionskosten der einzelnen Baumaßnahmen werden direkt aus dem Haushalt des Bundes gezahlt.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹⁴	148,50	146,50	146,50	148,50	148,50

¹⁴ Im Jahr 2005 wurden 2 Stellen von der Justizbehörde zur BBA verlagert.

Produktbereich 04: Verkehr und Straßenwesen

Kapitel 6300

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	303.919	273.345	275.248	297.144	295.252
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	182.195	244.592	246.495	268.394	266.502
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ¹⁵	121.724	28.753	28.753	28.750	28.750
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	231.289	210.454	233.659	219.674	218.260
• Personalausgaben in Tsd. EUR	35.150	17.145	38.386	15.029	15.529
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	196.139	193.309	195.273	204.645	202.731
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	13.723	15.880	15.811	18.040	17.717
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	39.272	39.319	37.239	37.240	37.245
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	169.982	127.531	128.490	166.680	176.906
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	61.740	24.686	24.724	24.883	24.876
Stellen	143	161	161	128	128

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Entwicklung der verkehrspolitischen Grundsätze für Hamburg und Einbringung hamburgischer Standpunkte auf Bundes- und EU-Ebene
Z 2:	Konzeptionelle Verkehrsplanung gemäß Verkehrsentwicklungsplan 2004
Z 3:	Förderung der Attraktivität des ÖPNV
Z 4:	Entwickeln der Infrastruktur für den ÖPNV auf der Schiene und Straße
Z 5:	Gestaltung des Rechtsrahmens und der Vorgaben für den ÖPNV, Schienen- und Straßengüterverkehr (Grundsatzfragen, Tarife, Genehmigungen und Betrieb)
Z 6:	Erhaltung der Funktionsfähigkeit der vorhandenen öffentlichen Anlagen der Verkehrsinfrastruktur, Telematik
Z 7:	Beseitigung von Engpässen und Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
Z 8:	Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger
Z 9:	Entwicklung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur für die Stadtentwicklung durch Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Verkehrsplanung
PG 2	Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs
PG 3	Zentrale kommunale Aufgaben
PG 4	Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)
PG 5	Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)
PG 6	Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)
PG 7	Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie

Produktgruppe 01: Verkehrsplanung

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Sicherer, wirtschaftlicher, sozialverträglicher und umweltgerechter Personen- und Güterverkehr durch entsprechende Verkehrsuntersuchungen und -planungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.
Z 2:	Erhalt und Ausbau des Standortes Hamburg als wachsende Stadt für die Belange von Wirtschaft, Einkauf, Handwerk, Dienstleistung, Wohnen, Arbeit, Tourismus und Erholung durch Gewährleistung angemessener verkehrlicher Infrastruktur.

¹⁵ Das hohe Ergebnis 2005 bei den Investitionseinnahmen ist auf eine Verrechnung der Regionalisierungsmittel vom Betriebs- in den Investitionshaushalt zurückzuführen, um sie dort in den kommenden Jahren für den Bau der U4 verwenden zu können.

Z 3: Umsetzung der Maßnahmen entsprechend dem Verkehrsentwicklungsplan 2004
<i>Produkte</i>
P 1 Vertretung Hamburger Interessen im Bereich Verkehrspolitik auf Bundes-, Ostseeanrainer-, Nordseeanrainer- und EU-Ebene, übergeordnete Projekte (z.B. transeuropäische Netze), Hinterlandverkehr
P 2 Verkehrsentwicklungsplanung mit Planungsangelegenheiten des Bundes und der Nachbarländer, regionalem Entwicklungskonzept, Verkehrs- und Straßeninformationsdatenbank sowie Telematikanwendungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	997	0	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	997	0	0	0	0
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.136	3.030	3.050	3.008	3.103
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.373	2.638	2.658	2.862	2.957
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	763	392	392	146	146
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.786	682	682	677	677
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	914	50	50	50	50

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	36	40	40	48	49
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	36	40	40	48	49

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Personelle Schwerpunkte bilden insbesondere die Bereiche Telematikanwendungen, Verkehrsdaten, Wegedatenbank, Bundesverkehrswegeplanung, EU-Regionale Projekte (P 2). Sach- und Fachausgaben - Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten für Planungen und aktuelle Maßnahmen als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen (P 2), - Durchführung von Verkehrszählungen und Aufbau einer Verkehrsdatenbank zur Schaffung von Basisdaten für das tägliche Verwaltungshandeln sowie zahlreiche verkehrstechnische und - politische Entscheidungen (Einzelprojekte, Bebauungsplanverfahren etc.) (P 2). Investitionen - Gutachten und Untersuchungen im Rahmen von Verkehrsplanungen und vorhabensbezogene Planungen (P 2), - Ausbau eines Verkehrsinformations-Systems für die Region Hamburg (P 2; Titel 6300.891.06: Ansätze 2007/2008 jeweils 500.000 EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	24,37	24,46	24,46	24,37	24,37
Straßennetz					
Stadtstraßen ohne Hafengebiet in km	3.717	3.715	3.720	3.720	3.720
- davon Hauptverkehrsstraßen in km	494	686	686	494	494
Bundesautobahnen in km	82	82	82	82	82
Bundesstraßen, anbaufreie Strecken in km	22	22	22	22	22
Konstruktiver Ingenieurbau					
Straßenbrücken	874	851	850	880	879

Produktbereich: 04
Verkehr und Straßenwesen

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Fußgängerbrücken	456	455	455	457	458
Straßentunnel und Tröge	28	29	29	29	30
Fußgängertunnel	45	45	45	45	45
Lärmschutzwände	106	106	114	118	118
Stützwände	62	62	62	66	66
Verkehrszeichenbrücken	242	242	262	249	236
Öffentliche Beleuchtung und Lichtsignalanlagen					
Leuchten, Leuchtverkehrszeichen	126.000	126.000	126.000	126.000	126.000
Leuchtsignalanlagen	1.692	1.680	1.685	1.700	1.700
Verkehrsrechner	10	10	10	10	10
Parkleitsysteme	5	5	5	5	5
Verkehrsbeeinflussungsanlagen	1	1	1	1	2
Ruhender Verkehr					
zu bewirtschaftende Stellplätze	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
Parkuhren	270	320	320	270	270
Parkscheinautomaten	622	630	630	630	630
Bewohnerparken - Untersuchungen	1	2	2	2	2
Park+Ride-Untersuchungen (Haltestellen)	41	42	42	43	44
Bike+Ride-Untersuchungen (Haltestellen) ¹⁶	-	126	126	-	135
Verkehrsuntersuchungen	63	60	60	40	60
Anzahl Park+Ride-Stellplätze ¹⁷	9.653	9.700	9.700	10.000	10.500
Anzahl Bike+Ride-Stellplätze ¹⁸	14.238	14.500	14.800	15.000	15.200

Produktgruppe 02: Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verbesserung der Leistungsangebote im ÖPNV, Lösung von Finanzierungsfragen Z 2: Steigerung der Attraktivität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV Z 3: Ausweitung der Tarifgestaltung des HVV (z.B. Vorbereitung der Genehmigung der HVV-Tarife) Z 4: Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Bedienungsraum des HVV Z 5: Verbesserung der Infrastruktur (Ausweitung des HVV, Sauberkeit und Sicherheit im HVV)
<i>Produkte</i>
P 1 ÖPNV/HVV-Verbundstruktur (Abstimmung aller HVV-Leistungen mit den Gebietskörperschaften im HVV-Bedienungsraum und den Verkehrsunternehmen) P 2 Leistungsangebot und Finanzierung des ÖPNV (Angebotsstandards, Leistungsmerkmale, Betriebskosten- und Investitionsfinanzierung), Fahrplanangebot, Tarifgenehmigungen P 3 Wahrung hamburgischer Interessen P 4 Einrichtung neuer Schnellbahnhaltestellen im bestehenden Netz P 5 Schaffung barrierefreier Zugänge von Schnellbahnhaltestellen

¹⁶ Untersuchungen finden nicht jährlich statt

¹⁷ Auslastung 2004 = 82%

¹⁸ Auslastung 2004 = 66%

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	155.413	134.325	134.426	151.497	149.567
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	53.907	119.802	119.903	137.997	136.067
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	101.506	14.523	14.523	13.500	13.500
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	150.200	155.716	154.844	153.680	151.772
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.372	1.440	1.404	1.511	1.561
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	148.828	154.276	153.440	152.169	150.211
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	13.723	15.880	15.811	18.040	17.717
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	39.272	39.319	37.239	37.240	37.245
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	42.897	23.901	23.901	23.726	23.726
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	41.801	23.726	23.726	23.726	23.726

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	21	22	22	25	26
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	21	22	22	25	26

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Die wesentlichen Einnahmequellen in dieser Produktgruppe sind: - Beteiligungen des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum, - Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz, - Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. dem Entflechtungsgesetz - Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung. Das hohe Ergebnis 2005 bei den Investitionseinnahmen ist auf eine Verrechnung der Regionalisierungsmittel vom Betriebs- in den Investitionshaushalt zurückzuführen, um sie dort in den kommenden Jahren für den Bau der U4 verwenden zu können. Personalausgaben Personelle Schwerpunkte liegen insbesondere - in der Umsetzung der Auswirkungen der neuen Einnahmenaufteilung im HVV, - in der Verbundausweitung, - bei der Verbesserung der Infrastruktur im Netz (u. a. Barrierefreiheit), - bei den Verhandlungen über die Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade, - in Finanzierungsfragen zur ÖPNV-Erschließung der HafenCity und zur Planung und zum Bau der U 4, - in der Zusammenarbeit mit dem Umland im HVV. Sach- und Fachausgaben In diesem Bereich dominieren - die Zahlungen für bestellte Verkehre an die S-Bahn und andere Verkehrsunternehmen (P 2; enthalten in den Ansätzen von rd. 113,9 Mio EUR für 2007 und rd. 112,0 Mio. EUR für 2008 beim Titel 6300.682.02; Bewirtschaftung beim Titel 6300.682.13), - Ausgleichszahlungen für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr (P 2; Titel 6300.682.03: Ansätze 2007/2008 jeweils 37 Mio. EUR) und - die Gewährung von Zuwendungen an Verkehrsunternehmen. Investitionen Schwerpunkte werden bei - Investitionszuschüssen an die HHA gemäß dem U-Bahn-Verkehrswegevertrag (P2; Titel 6300.891.05: Ansätze 2007/2008 jeweils rd. 10,2 Mio. EUR) und - Zuschüssen an die Verkehrsunternehmen für verschiedene Investitionsmaßnahmen (P2; Titel 6300.891.02: Ansätze 2007/2008 jeweils 13,5 Mio. EUR) gesetzt. Die hohen Ergebnisse 2005 bei den Investitionsausgaben und Zuwendungen sind auf die Förderung der Beschaffung von U-Bahn-Fahrzeugen zurückzuführen.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	12,87	12,92	12,92	12,87	12,87
Haltestellen im Betrieb (FHH-Gebiet)	145	146	146	145	147
davon behindertenfreundlich ausgebaut	60	59	61	66	70

Produktgruppe 03: Zentrale kommunale Aufgaben

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Verkehrswege und Wahrnehmung der zentralen Aufgaben der Auftragsverwaltung für den Bund Z 2: Erhalt und Anpassung einer sicheren und funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur in Hamburg durch zentrale Erarbeitung der technischen und rechtlichen Grundlagen für die Verkehrswegeplanung, Straßenbautechnik, den konstruktiven Ingenieurbau und den Bereich des Verdingungs- und Vertragswesens einschl. zunehmender

	europäischer Regelungen und ggf. Umsetzung über Globalrichtlinien
Z 3:	Sicherung der tiefbautechnischen und verkehrlichen Belange zur Entwicklung der gesamstädtischen Verkehrsinfrastruktur in Bauleit- und Landschaftsplanung sowie Bauordnung
Z 4:	Sicherstellung der Errichtung von U-Bahn-Anlagen nach den anerkannten Regeln der Technik und deren Betrieb als hoheitliche Aufgabe nach der BOStrab
Z 5:	Sicherstellung eines optimierten Verkehrsablaufs auf den für den Wirtschaftsverkehr und den ÖPNV wichtigen Hauptverkehrsstraßen in Hamburg durch Baustellenkoordination (im Wesentlichen bedingt durch Arbeiten der Leitungsverwaltungen)
Z 6:	Sicherstellung der bestimmungsgemäßen Ausführung von Projekten durch Wahrnehmung der Aufgaben nach § 62 HBauO
Z 7:	Gewährleistung ordnungspolitischer Rahmenvorgaben für Zulassung und Betrieb von Eisenbahnunternehmen und Mitgestaltung bei der Fortschreibung dieser Vorgaben

Produkte

P 1	Verwaltung der Verkehrswege
P 2	Erarbeitung, Fortschreibung und Einführung von Regelungen und Arbeitshilfen zur Straßenbautechnik sowie zum Bereich des konstruktiven Ingenieurbaus einschließlich Vertragsgrundlagen
P 3	Kontraktwesen zur Beauftragung von Leistungen an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer einschließlich Controlling
P 4	Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen
P 5	Entwicklung von Projekten bei Maßnahmen an höhengleichen und -freien Bahnübergängen einschließlich vertraglicher Abwicklung mit den Projektträgern auf der Grundlage des Eisenbahnkreuzungsgesetzes
P 6	Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen
P 7	Grundsatzangelegenheiten des Eisenbahn- und Straßengüterverkehrs; Landeseisenbahnaufsicht
P 8	Genehmigungsverfahren Schiene gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz und Landeseisenbahngesetz
P 9	Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen
P 10	Mitwirkung bei der Bauleit- und Landschaftsplanung sowie bei Baugenehmigungsverfahren

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	124.477	120.569	122.371	128.206	128.244
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	124.477	120.569	122.371	128.206	128.244
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	28.203	7.127	31.400	16.145	16.371
• Personalausgaben in Tsd. EUR	25.908	7.110	28.656	5.900	6.097
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.295	17	2.744	10.245	10.274
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	518	201	1.461	8.524	8.444

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	78	107	109	100	101
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	78	107	109	100	101

Produktbereich: 04
Verkehr und Straßenwesen

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Die Einnahmen in dieser Produktgruppe betreffen vor allem die bis 2006 beim Amt für Immissionsschutz und Betriebe veranschlagten Konzessionsabgaben von Vattenfall, E.ON und den Hamburger Wasserwerken (P1; Titel 6300.122.02 bis 04: Ansätze 2007/08 jeweils rd. 123,3 Mio. EUR). Daneben sind auch die beim Titel 6300.231.04 erstmals veranschlagten Erstattungen des Bundes für Personalaufwendungen (P3; Ansätze 2007/2008 jeweils rd. 3,6 Mio. EUR) von Bedeutung. Personal- sowie Sach- und Fachausgaben Der Personaleinsatz in dieser Produktgruppe ist weit überwiegend durch Aufgaben im Bereich der zentralen kommunalen und fachbehördlichen Aufgaben gekennzeichnet. Nennenswert sind in dieser Produktgruppe die beim Titel 6300.539.04 erstmals veranschlagten Honorare an den Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer (LSBG) für die Unterhaltung von Bundesfernstraßen (P3; Ansätze 2007/2008 jeweils knapp 10 Mio. EUR). Allgemein sind die starken Schwankungen bei den Ausgaben auf Änderungen in der Organisationsstruktur der BSU und dem sich daraus ergebenden Neuzuschnitt der Produktgruppen zurückzuführen. So werden z.B. die Vergleichszahlen 2005 und 2006 durch die Zuordnung von Kosten aus dem ehemaligen Kapitel 6420 beeinflusst, das in Folge der Gründung des LSBG entfallen ist. Investitionen Das Investitionsvolumen wird fast ausschließlich bestimmt durch erstmals bei 6300.799.04 veranschlagten Planungs- und Ingenieurskosten für Maßnahmen des Bundes (P3; Ansätze 2007/2008 rd. 8,4 bzw. rd. 8,3 Mio. EUR).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	53,74	71,45	71,45	50,25	50,25

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 6: Koordinierung für Baumaßnahmen in Hauptverkehrsstraßen:					
Zahl der koordinierten Maßnahmen (KOST)	2.570	2.500	2.500	2.500	2.500
P 8: Genehmigungsverfahren Schiene gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz und Landeseisenbahngesetz:					
Erteilung eisenbahnrechtlicher Genehmigungen (Eisenbahnunternehmen, Gleisanschlüsse, Bahnübergänge, Plangenehmigungsverfahren)	65	60	60	60	60
Eisenbahnrechtliche Sicherheitsüberwachung	45	50	50	50	50
P 9: Technische Aufsicht Straßen- und U-Bahnen:					
Erteilte Genehmigungen / Gebührenbescheide der Technischen Aufsicht für Baumaßnahmen und Fahrzeugbeschaffungen sowie Umbaumaßnahmen der HHA	275	220	220	220	220
Anzahl					
Kostendeckungsgrad der Gebühren für erteilte Genehmigungen der Technischen Aufsicht in % ¹⁹	180	100	100	100	100
P 10: Mitwirkung bei der Bauleit- und Landschaftsplanung sowie bei Baugenehmigungsverfahren:					
Beteiligung an Bebauungsplanverfahren	220	180	180	200	200
Beteiligung an Bauantrags- und Vorbescheidsverfahren	65	60	60	100	100

¹⁹ Der ungewöhnlich hohe Kostendeckungsgrad 2005 ergibt sich aus dem Time-lag zwischen der Genehmigung und der Einzahlung der Gebühren durch die Verkehrsunternehmen.

Produktgruppe 04: Betrieb und Erhaltung von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Erhaltung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur
Z 2:	Verbesserung der wirtschaftlichen Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen unter Bedarfsgesichtspunkten und Finanzierungsmöglichkeiten
Z 3:	Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit, der Standsicherheit und der Funktionalität der Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (z.B. Lärmschutzwände, Stützwände, Tröge und Verkehrszeichenbrücken)
Z 4:	Proritätsgerechte Erneuerung und Grundinstandsetzung der Anlagen
Z 5:	Wirtschaftlicher Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung sowie der Lichtsignal- und Telematikanwendungen
<i>Produkte</i>	
P 1	Zustandserfassung und -bewertung einschl. straßenbautechnischer Begutachtung
P 2	Erhaltungsprogramme
P 3	Bereitstellung finanzieller Ressourcen für die Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen einschließlich konstruktiver Bauwerke
P 4	Bereitstellung finanzieller Ressourcen für die Grundinstandsetzung von Straßen einschließlich konstruktiver Bauwerke
P 5	Bereitstellung finanzieller Ressourcen für Öffentliche Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen sowie Parkuhren und Parkscheinautomaten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.801	4.221	4.221	2.151	2.151
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.630	4.221	4.221	2.151	2.151
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	171	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	44.962	39.484	39.489	42.503	42.539
• Personalausgaben in Tsd. EUR	892	871	803	629	650
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	44.070	38.613	38.686	41.874	41.889
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	28.952	30.555	38.898	40.068	36.169

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	15	13	13	11	11
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	15	13	13	11	11

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Auf der Einnahmeseite dominieren in dieser Produktgruppe die Erlöse aus dem Verkauf von nicht mehr benötigtem Straßengrund (P1; Titel 6300.131.91: Ansätze 2007/2008 je 2 Mio. EUR). Personalausgaben Personelle Schwerpunkte bilden die - Zustandserfassung und Bewertung (ZEB) für Straßen, - Entwicklung von Erhaltungsprogrammen einschließlich Finanzierungssicherungen - straßenbautechnische Begutachtung sowie die - Projektentwicklung entsprechend den Zielen und Produkten einschließlich der Finanzierungssicherungen als Besteller und die Vereinbarung entsprechender Leistung mit dem Ersteller in einem Kontraktmanagement. Sach- und Fachausgaben Die Sach- und Fachausgaben werden dominiert durch die Ausgaben der Öffentlichen Beleuchtung einschl. Lichtsignalanlagen für Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung (P5; Titel 6300.542.01: Ansätze 2007/2008 jeweils rd. 22,4 Mio. EUR). Von großer Bedeutung ist außerdem die Bereitstellung der finanziellen Ressourcen für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen, Wege, Brücken, Tunnel etc. (P3; Titel 6300.521.09, 6300.521.14 und 521.81: Ansätze 2007/2008 zusammen jeweils rd. 16,5 Mio. EUR), die entsprechend der Zuständigkeit nach dem Hamburgischen Wegegesetz teilweise als Rahmenzuweisung an die Bezirke veranschlagt sind. Das hohe Ergebnis 2005 ist u. a. auf das Sonderprogramm zur Instandsetzung von Straßen zurückzuführen. Außerdem ergibt sich in diesem Bereich grundsätzlich eine Differenz gegenüber der Planung, weil Arbeiten für fremde Rechnung (Titel 6300.546.86) nur als Leertitel veranschlagt werden. Investitionen Die Substanzerhaltung der Verkehrsinfrastruktur erfordert regelmäßige Grundinstandsetzung oder Erneuerung der Anlagen. Für den Bereich der Straßen siehe dazu die Erläuterungen der Titel 6300.741.14, 741.81, 771.01, 771.07 und 771.08. (P4; Summe der Ansätze 2007 rd. 20,5 Mio. EUR und 2008 rd. 16,4 Mio. EUR). Ein weiterer Schwerpunkt ist die Grundinstandsetzung der öffentlichen Brücken und Tunnel einschließlich der Planungs- und Ingenieurkosten, veranschlagt bei 6300.741.09, 785.07 und 785.08 (P4; Summe der Ansätze 2007 rd. 9,0 Mio. EUR und 2008 rd. 9,3 Mio. EUR). Wesentliche Brückenbaumaßnahmen in 2007/2008 sind - die Wiesendammbrücke (Bauvolumen 4,3 Mio. EUR), - die Brücke Horner Weg (Bauvolumen 1,9 Mio. EUR), - die Robert-Schuman-Brücke (Bauvolumen 2,3 Mio. EUR) und - die Hoheluftbrücke (Bauvolumen 4,5 Mio. EUR). Weiterhin ist die Verbesserung der Sicherheitsausstattung mehrerer Tunnel mit einem Gesamtbauvolumen von rd. 2,5 Mio. EUR geplant.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	7,37	7,39	7,39	5,36	5,36
Unterhaltung und Instandsetzung von Verkehrsflächen					
Fahrbahnen in ha	2.533	2.533	2.535	2.533	2.533
- Ansatz in Tsd. EUR	4.734	2.893	2.893	3.785	3.785
- Sachmittelbereitstellung in EUR/m ² ²⁰	0,19	0,11	0,11	0,16	0,16
Geh-, Radweg- und Bankettflächen in ha	2.384	2.384	2.385	2.384	2.384
- Ansatz in Tsd. EUR	2.688	1.790	1.790	2.690	2.690
- Sachmittelbereitstellung in EUR/m ²	0,11	0,08	0,08	0,11	0,11
Stellplatzflächen in ha	423	425	425	423	423
- Ansatz in Tsd. EUR	103	77	77	77	77

²⁰ ohne Sonderprogramme „Straßenschäden“

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
- Sachmittelbereitstellung in EUR/m ²	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02

Produktgruppe 05: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen)

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Fortsetzung des Ausbaus von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Stadt- und Bundesfernstraßen) im Bereich der globalen Programme, z.B. zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, dem passiven Lärmschutz sowie zur Verbesserung des Verkehrsflusses und der Entlastung bestehender Straßen mit hoher Wohndichte
Z 2:	Fortsetzung der baulichen Realisierung von Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen z.B. im Umfeld der Umgehung Fuhlsbüttel und Berner Heerweg im Zusammenhang mit dem Ausbau Friedrich-Ebert-Damm
Z 3:	Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bundesfernstraßennetzes
Z 4:	Verbesserung des Ausbauzustands von Hauptverkehrsstraßen
Z 5:	Förderung des ÖPNV auf der Straße und des Radverkehrs, vor allem aus Ausgleichsbeträgen für die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen gem. § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung
Z 6:	Attraktivitätssteigerung für Hamburgs Plätze
Z 7:	Entlastung Finkenwerders vom Durchgangsverkehr
<i>Produkte</i>	
P 1	Konkrete Verkehrsuntersuchungen und -konzepte Verkehrsinfrastruktur Straße (insbesondere vorhabensbezogene Verkehrsuntersuchungen, Park + Ride)
P 2	Entwicklung von Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit
P 3	Neu-, Um- und Ausbau von Stadt- und Bundesfernstraßen einschl. konstruktiver Bauwerke sowie Lärmschutzmaßnahmen
P 4	Neu-, Um- und Ausbau von Busbahnhöfen und Anlagen des ÖPNV auf der Straße
P 5	Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen an Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung, Lichtsignal- und Telematikeinrichtungen
P 6	Programm "Hamburgs Plätze"
P 7	Umgehung Finkenwerder
P 8	Großprojekt 4. Röhre des Elbtunnels einschließlich Nebenanlagen und Übergangsbereichen sowie Nachrüstprogramm für die Röhren 1 bis 3
P 9	Sechsstreifiger Ausbau der BAB A1 zwischen der Anschlussstelle Billstedt und dem Autobahndreieck Hamburg-Südost
P 10	Vorbereitung des sechs- bis achtstreifigen Ausbaus der BAB A7 zwischen der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein und der Anschlussstelle Othmarschen sowie zwischen dem Elbtunnel und dem geplanten Autobahndreieck BAB A7 / A26
P 11	Vorbereitung der BAB A26 zwischen der BAB A7 und der Landesgrenze zu Niedersachsen
P 12	Vorbereitung der Hafenquerspange (BAB A252)

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	10.176	11.230	11.230	12.250	12.250
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	10.176	11.230	11.230	12.250	12.250
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.190	1.977	1.841	1.524	1.572
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.143	1.973	1.837	1.450	1.498
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	47	4	4	74	74
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	30.260	30.067	27.503	32.989	31.574
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	39	10	10	62	62

Produktbereich: 04
Verkehr und Straßenwesen

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	32	30	30	24	25
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	32	30	30	24	25

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Die Einnahmen in dieser Produktgruppe setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Zuweisungen des Bundes gem. dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. dem Entwurf von § 3(1) des Entflechtungsgesetzes (P2 bis P4; Titel 6300.331.01: Ansätze 2007/2008 jeweils 8,25 Mio. EUR) und den allgemeinen Wegebaubeiträgen (P2 bis P4; Titel 6300.341.31: Ansätze 2007/2008 jeweils 4 Mio. EUR). Personalausgaben Den personellen Schwerpunkt bildet die Projektentwicklung entsprechend den Zielen und Produkten einschließlich der Finanzierungssicherungen als Besteller und die Vereinbarung entsprechender Leistung mit dem Ersteller in einem Kontraktmanagement. Investitionen Neben den aus Programmtiteln/Globaltiteln finanzierten Straßenbauprojekten (im Einzelnen vgl. Erläuterungen zu den Titeln 6300.741.01, 741.02, 741.04 741.08 und 881.05; Gesamtvolumen 2007/2008 jeweils rd. 8,2 Mio. EUR) ist als Einzelmaßnahme veranschlagt die Umgehung Finkenwerder (P6; Titel 6300.750.23: Ansätze 2007/2008 rd. 7,8 bzw. 7,7 Mio. EUR). Bedeutsam ist in dieser Produktgruppe auch das Programm "Adaptive Netzsteuerung" mit einem Bauvolumen von rd. 20 Mio. EUR, wovon in den Jahren 2007/2008 jeweils rd. 5,4 Mio. EUR veranschlagt sind (P5; Titel 6300.741.12).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	17,85	16,91	16,91	12,35	12,35

Produktgruppe 06: Ausbau von Anlagen der Verkehrsinfrastruktur (Schiene)

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek zur Erhöhung der Verkehrssicherheit Z 2: Inbetriebnahme der Schnellbahnanbindung des Flughafens im Jahre 2008 Z 3: Inbetriebnahme des zweigleisigen Ausbaues mit höhenfreier Einfädelung in Eidelstedt der AKN im Jahre 2006 Z 4: Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade Z 5: Realisierung der U-Bahn HafenCity bis 2011
<i>Produkte</i>
P 1 Verkehrsuntersuchungen und -konzepte bzgl. der Verkehrsinfrastruktur für den ÖPNV P 2 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und sonst. Maßnahmen an Bahnanlagen P 3 Großprojekt Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek P 4 Großprojekt Schnellbahnanbindung des Flughafens P 5 Großprojekt zweigleisiger Ausbau der AKN mit höhenfreier Einfädelung in Eidelstedt P 6 Großprojekt Verlängerung S-Bahn Neugraben bis Stade P 7 Großprojekt U-Bahn HafenCity

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.785	0	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	31	0	0	0	0
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	7.754	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.241	1.566	1.458	1.401	1.445
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.206	1.563	1.455	1.333	1.377
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	35	3	3	68	68
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	45.853	24.785	18.750	34.721	39.294
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	17.475	0	38	75	75

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	18	23	24	22	23
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	18	23	24	22	23

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Der personelle Schwerpunkt liegt bei der Vertretung hamburgischer Interessen bei der Entwicklung von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen und der Finanzierungsabwicklung für Kostenanteile des Straßenbaulasträgers oder sonstiger vertraglich vereinbarter Kostenanteile Hamburgs. Der reduzierte Ansatz der Personalausgaben 2007/2008 ergibt sich aus der geplanten Stellenzahl. Investitionen Die veranschlagten Investitionsmittel decken den Finanzbedarf der Kostenanteile Hamburgs für - die Schnellbahnanbindung des Flughafens (P 4; Titel 6300.891.18: Ansätze 2007 rd. 16,6 und 2008 rd. 13 Mio. EUR), - die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (P 3; Titel 6300.891.20: Ansätze 2007/2008 jeweils rd. 0,8 Mio. EUR), - den zweigleisigen Ausbau der AKN mit höhenfreier Einfädelung in Eidelstedt (P 5, ausfinanziert) - Anbindung der HafenCity und Anbindung Bramfelds ans U-Bahn-Netz (P 7; Titel 6300.891.19: Ansätze 2007 rd. 15,3 und 2008 rd. 23,6 Mio. EUR) ab.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	13,35	13,39	13,39	11,35	11,35
Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Gesamt volumen ~ 190 Mio. EUR)					
Anzahl	14	14	14	14	14
bereits fertig gestellt	4	4	6	7	7
Baulicher Umsetzungsstand in %	0	30	33	40	50
Großprojekt Schnellbahnanbindung Flughafen (Gesamt volumen ~ 280 Mio. EUR)					
Baulicher Umsetzungsstand in %	50	55	69	88	97

Produktgruppe 07: Erschließungen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie

Kapitel 6300

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erschließungen für Wohnungsbau entsprechend den Zielen der Stadtentwicklung
Z 2: Gewerbe- und Industrieerschließungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hamburg (Veranschlagung der Industrieerschließungen im Einzelplan 7 der Behörde für Wirtschaft und Arbeit)
Z 3: Stärkung der Wachsenden Stadt und des zentralen Bereichs der Metropolregion - HafenCity

Produktbereich: 04
Verkehr und Straßenwesen

<i>Produkte</i>
P 1 Wohnungsbauerschließungen
P 2 Gewerbeerschließungen
P 3 Industrieerschließungen
P 4 HafenCity, Äußere Erschließung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.270	3.000	3.000	3.040	3.040
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	153	0	0	40	40
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	2.117	3.000	3.000	3.000	3.000
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.357	1.554	1.577	1.413	1.458
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.256	1.550	1.573	1.344	1.389
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	101	4	4	69	69
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	19.716	17.340	17.295	25.975	37.022
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.511	900	900	970	963

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	19	23	24	23	23
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	19	23	24	23	23

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen Die Einnahmen in dieser Produktgruppe enthalten ausschließlich die Kostenanteile von Bauträgern für allgemeine Erschließungen und Großprojekte des Wohnungsbaus (P1 und P2; Titel 6300. 341.02 und 341.06: Ansätze 2007/2008 jeweils 3 Mio. EUR). Personalausgaben Die Personalaufwendungen betreffen im Wesentlichen die Beratung von Bauträgern, die Projektprüfung und Entwicklung von Erschließungsmaßnahmen, die Beurteilung von Erschließungskonzepten einschließlich der gesamtstädtischen Koordinierung und Ablaufüberwachung als Besteller, der Finanzierungssicherung sowie der haushaltstechnischen und finanziellen Steuerung und Abwicklung. Dazu gehört der Abschluss von Erschließungs- und Folgekostenverträgen nach dem Baugesetzbuch und von öffentlich-rechtlichen Verträgen nach dem Hamburgischen Wegegesetz, soweit dies nach der Verwaltungsreform nicht in die Zuständigkeit der Bezirke fällt. Investitionen Die im Aufgabenbereich allgemeine Erschließungen veranschlagten Mittel dienen insbesondere dem Wohnungsbau und der Gewerbeerschließung (P1 und P2; Titel 6300.788.01: Ansätze 2007 9,7 Mio. und 2008 9,6 Mio. EUR). Die für Großprojekte im Wohnungsbau veranschlagten Mittel orientieren sich an den projektbezogenen Bedarfen (P1; Titel 6300.789.01: Ansätze 2007 rd. 7,1 Mio. und 2008 rd. 8,1 Mio. EUR). Aus den beim Titel 788.02 (P4; Ansätze 2007 rd. 5,4 Mio. und 2008 rd. 16,1 Mio. EUR) veranschlagten Mitteln wird die Äußere Erschließung der HafenCity finanziert. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sind im Einzelplan 7 weitere Erschließungsmittel veranschlagt. Sie werden zur Projektabwicklung in die Anordnungsbefugnis der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt übertragen.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	13,45	14,48	14,48	11,45	11,45
Abgeschlossene Erschließungsbescheide und -verträge	19	15	15	15	15
Erschließungsvorhaben Gewerbe und Industrie	30	50	50	50	50
Durchschnittskosten Gewerbe und Industrie je ha in Tsd. EUR	409	409	409	410	410

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Wohnungsbauerschließungen:					
Erschließungsvorhaben	133	150	150	150	150
Durchschnittskosten der Erschließung (Wohnungsbau Großprojekte) / WE					
- Geschosswohnungsbau in Tsd. EUR	8	8	8	8	8
- Einfamilien- und Reihenhäuser in Tsd. EUR	26	26	26	26	26
- Mischbebauung in Tsd. EUR	13	13	13	13	13
Durchschnittskosten der Erschließung (Wohnungsbau Großprojekte) / ha					
- Geschosswohnungsbau in Tsd. EUR	358	358	358	360	360
- Einfamilien- und Reihenhäuser in Tsd. EUR	511	511	511	510	500
- Mischbebauung in Tsd. EUR	409	409	409	410	410
im Bau befindliche Großprojekte	3	3	3	3	3

Produktbereich 05: Landes- und Landschaftsplanung

Kapitel 6610

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²¹	4.077	1.710	1.710	3.150	2.639
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.972	1.710	1.710	3.150	2.639
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	1.105	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	27.939	25.663	22.893	29.368	29.679
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²²	5.577	6.988	5.108	5.494	5.526
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	22.362	18.675	17.785	23.874	24.153
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	5	5	2.203	2.603
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.934	3.564	3.364	3.384	3.384
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	10.706	10.885	9.837	35.962	24.033
Stellen	128,05	120,80	128,06	126,10	126,10

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Steuerung der räumlichen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadtgestaltung der FHH nach fachlichen und rechtlichen Grundlagen und Grundsätzen der Stadt- und Landesplanung sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben
Z 2:	Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen
Z 3:	Schutz, Pflege, Entwicklung und Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des öffentlichen Grüns auf der Grundlage von Nutzerinteressen, der fachlichen Vorgaben sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben.
Die Rolle der BSU als Infrastrukturbehörde der FHH soll durch die organisatorische Fortentwicklung gestärkt werden. Ein Ziel ist die Realisierung einer integrierten Stadt- und Landschaftsplanung. Das bedeutet, dass die Aufgaben der Bauleit-, Landschafts- und Grünplanung nach regionalen Kriterien zusammengefasst werden. Vor diesem Hintergrund wird das Amt für Landesplanung umorganisiert.	
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Landesplanung
PG 2	Stadt- und Landschaftsplanung
PG 3	Stadtgrün- und Erholung

Produktgruppe 01: Landesplanung

Kapitel 6610

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Sicherung und Stärkung der Raumstruktur sowie der Metropolfunktion Hamburgs durch regionale Zusammenarbeit mit den benachbarten Gebietskörperschaften und Anrainerstaaten.
Z 2:	Verbesserung der Standortbedingungen Hamburgs, seines Umlandes und der Metropolregion
Z 3:	Raumordnung
<i>Produkte</i>	
P 1	Raumordnung und Regionalplanung

²¹ ab 2007 Zusammenlegung der ehemaligen Produktgruppen 2 (Stadtplanung) und 3 (Landesplanung) zur neuen Produktgruppe 2 (Stadt- und Landschaftsplanung). Neue Produktgruppe 3: Stadtgrün und Erholung (ehem. AN 1)

²² Zusammenlegung des ehemaligen Amtes LP mit AN 1. Daher auch Planzahlen 2006 auf Basis LP alt + AN 1. Die Personalausgaben 2007/2008 konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	452	328	371	429	431
• Personalausgaben in Tsd. EUR	396	312	357	391	393
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	56	16	14	38	38
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	5	3	5	6	6
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	5	3	5	6	6

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	7,17	3,76	6,59	8,96	8,96

Produktgruppe 02: Stadt- und Landschaftsplanung

Kapitel 6610

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Steuerung der gesamtstädtischen Entwicklung, der städtebaulichen Ordnung und der Stadt- und Landschaftsgestaltung auf der Basis von zukunftsorientierten Konzepten unter Beachtung fachlicher und rechtlicher Grundlagen und Grundsätze sowie auf der Grundlage von politischen Rahmenvorgaben für die Wachsende Stadt Z 2: Sicherstellung der Flächenversorgung für die voraussehbaren Bedürfnisse der Stadt und zur Realisierung von stadtentwicklungspolitischen Programmen Z 3: Schaffen von Rechtsgrundlagen für die städtebauliche und landschaftsplanerische Entwicklung, Ordnung und Gestaltung in gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen und Nutzungsansprüche Z 4: Gewährleisten einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung Z 5: Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, konsequentes Fortführen einer ökologischen Vorsorgeplanung und Sicherstellen einer nachhaltigen Stadtentwicklung Z 6: Ermitteln der Auswirkungen und Risiken von Vorhaben auf den Landschaftsraum, die Umweltmedien und das Landschaftsbild durch differenzierte Standortanalysen und Prüfung von Alternativen
<i>Produkte</i>
P 1 Grundlagen der Stadtentwicklung P 2 Bauleitplanung Schwerpunkte: Schaffung von (bodenrechtlich relevantem) Planrecht für die Nutzung von Grundstücken durch "Senatspläne". (Die Bezirksverwaltungsreform sieht vor, dass die verbindliche Baulleitplanung zukünftig von den Bezirken wahrgenommen wird. Ausgenommen sind Planungen mit gesamtstädtischer Bedeutung, für die Vorbehaltsgebiete beschlossen werden sowie Verfahren, für die der Senat die B-Plan-Kompetenz behalten oder an sich gezogen ("evoziert") hat. Die Vorbereitung und Durchführung dieser Bebauungsplanverfahren wird vollständig durch die BSU erfolgen("Senatspläne")). P 3 Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung P 4 Landschaftsplanung

Produktbereich: 05
Landes- und Landschaftsplanung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.240	2	2	2	2
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	135	2	2	2	2
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	1.105	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.975	7.293	6.602	7.741	8.129
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.507	4.767	4.751	3.454	3.474
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.468	2.526	1.851	4.287	4.655
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	-	-	2.200	2.600
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	0	-	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.070	0	200	15.600	7.200

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	62	72	71	52	52
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	62	72	71	52	52

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Personalausgaben Die Personalausgaben werden im Wesentlichen für die Bearbeitung von städtebaulichen Entwürfen und die Betreuung von städtebaulichen Wettbewerben , für die Vorbereitende und Verbindliche Bauleitplanung (Er- und Bearbeitung von Bebauungsplänen in der Verantwortung der BSU) sowie der Landschaftsplanung verwendet. Sach- und Fachausgaben Die wesentlichen Sach- und Fachausgaben ergeben sich aus der Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten usw. an Externe (Titel 6610.526.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	95,38	90,54	94,97	79,29	79,29

Produktgruppe 03: Stadtgrün- und Erholung

Kapitel 6610

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherung der "Grünen Metropole" als Standortfaktor im Rahmen des Leitprojektes "Wachsende Stadt/Familienfreundliche Stadt" durch eine bedarfsgerechte quantitative und qualitative Versorgung mit öffentlich nutzbarem Grün, Friedhöfen und Kleingärten, durch die Sicherung von Freiflächen, durch die Förderung von hochwertigem Straßenbegleitgrün und durch die Vernetzung von Freiflächen. Z 2: Nachhaltige Sicherung und Verbesserung des Naturhaushaltes im Sinne der Agenda 21.
<i>Produkte</i>
P 1 Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen Schwerpunkte: P 2 Grundsatzaufgaben P 3 Serviceleistungen für Dritte

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²³	2.837	1.708	1.708	3.148	2.637
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.837	1.708	1.708	3.148	2.637
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.512	18.042	15.920	21.198	21.119
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁴	1.674	1.909	-	1.649	1.659
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.838	16.133	15.920	19.549	19.460
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	0	5	5	3	3
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.934	3.564	3.364	3.384	3.384
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.636	10.885	9.637	20.362	16.833

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	25	29	-	25	25
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	25	29	-	25	25

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben: Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und bezirkliche Friedhöfe (2007 und 2008 jeweils 14.835 EUR; Titel 521.81) Vorbereitung Baumsanierung (2007 und 2008 jeweils 260 Tsd. EUR, Titel 535.01) Pflege und Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (2007 und 2008 jeweils insgesamt 946 Tsd. EUR, Titel 545.01 und 545.02) Zuführung an die Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege (Altverträge) (2007 und 2008 jeweils 450 Tsd. EUR, Titel 545.04) Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz (2007 und 2008 jeweils insgesamt 670 Tsd. EUR, Titel 545.86) Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe (2007 und 2008: 2.200 Tsd. EUR, Titel 685.02) Investitionen: Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen (2007 insgesamt 5.279 Tsd. EUR -, 2008 insgesamt 5.700 Tsd. EUR, Titel 741.01) Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen (2007 und 2008 jeweils 700 Tsd. EUR, Titel 741.05) Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen (2007 und 2008 jeweils 1.400 Tsd. EUR, Titel 741.81) Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschließlich digitaler Erfassung (2007: 1.960 Tsd. EUR, 2007: 1.050 Tsd. EUR, Titel 741.10) Internationale Gartenschau 2013 (2007: 2.000 Tsd. EUR und 2008: 3.800 Tsd. EUR, Titel 751.01) Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im Öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen (2007 und 2008 jeweils 750 Tsd. EUR, Titel 791.02) Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze, Kleingarten-Ersatzflächen einschl. Allermöhe II (2007 insgesamt 4.343 Tsd. EUR, Titel 821.01 und 821.25. Im Jahr 2008: 1.173 Tsd. EUR einschließlich Allermöhe II und Neugraben- Fischbek 65, Titel 821.01, 821.25 und 821.27) Abbau von Altschulden beim Grundstock (2007: 2.250 Tsd. EUR und 2008: 560 Tsd. EUR, Titel 821.06)

²³ Abweichung Ergebnis/Planzahl 2005: Erhöhte Einnahmen aus dem Verkauf vom Grundstücken.

Die Planzahlen 2007-2008 haben sich gegenüber den Planzahlen 2005-2006 erhöht, da ab 2007 die Einnahmen aus Verpachtung von Dauerkleingärten bei der BSU veranschlagt werden und einmalig in 2007 eine Erstattung für die Freiflächen der Gedenkstätte Neuengamme in Höhe von 511 Tsd. EUR bei der BSU veranschlagt wird.

²⁴ Die Personalausgaben konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden. Daher in 2006 keine Personalausgaben. Diese sind noch in PB 07 gebucht.

Produktbereich: 05
Landes- und Landschaftsplanung

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	25,50	26,50	26,50	37,85	37,85

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen:					
Nutzerorientiert optimierte Flächen in qm pro Jahr ²⁵					
Neubau und Sanierung von Parks und sonst. Grün	20.000	80.000	1.700.000	20.000	20.000
Neubau und Sanierung von Spielplätzen	50.000	50.000	100.000	100.000	100.000
Zur Verfügung stehende Investitionsmittel in EUR/m ² ²⁶	-	-	-	56,90	62
Zur Verfügung stehende Unterhaltungsmittel in EUR/qm ²⁷					
Friedhöfe ²⁸	0,59	0,59	0,59	0,59	0,59
Grün und Erholungsanlagen ²⁹	0,44	0,43	0,47	0,46	0,46
Zur Verfügung stehende Arbeitskräfte/ha Öffentliches Grün ³⁰					
Friedhöfe	0,33	0,33	0,33	0,33	0,33
Grün- und Erholungsanlagen	0,16	0,14	0,16	0,16	0,16

²⁵ Planabweichung 2005: Die Baumaßnahmen für sonstige Grünflächen wurden auf später verschoben.

²⁶ neue Kennzahl ab 2007: Es handelt sich um Neubau-/ Sanierungs- und auch Planungskosten pro m²

²⁷ Daten aus der KLR Grün sollen ab 2009 in den Haushaltsplan einfließen. Z.Z. müssen die vorliegenden KLR- Daten noch qualitätsgesichert werden.

²⁸ Im Vergleich zu den Grün- und Erholungsanlagen entstehen die höheren Werte durch die Mitberücksichtigung des Bestattungswesens.

²⁹ Abweichung Ergebnis/Planzahl 2005: bedingt durch zuwachsende Einnahmen (Anfahrtschäden an Bäumen), durch Reste aus 2004 und durch im Rahmen der Doppikeinführung überarbeitete Flächenbasis.

³⁰ hier Trenddarstellung. Stellendatenbasis einer Schätzung des Haushaltsplans der Bezirke 2005/2006 entnommen. Abweichung zur Planzahl 2005 bedingt durch veraltete Datenbasis.

Produktbereich 06: Umweltschutz

Kapitel 6700

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ³¹	24.911	24.881	25.006	24.778	24.776
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	10.607	5.914	6.099	5.971	5.969
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	14.304	18.967	18.907	18.807	18.807
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR ³²	87.313	83.489	83.787	91.182	91.197
• Personalausgaben in Tsd. EUR ³³	13.072	12.991	13.051	13.159	13.247
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³⁴	74.241	70.498	70.736	78.023	77.950
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	-	170	170
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	47	85	32	382	282
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ³⁵	81.106	64.472	55.155	65.471	66.097
Stellen	218,39	219,02	219,02	207,89	207,89

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

Ziele des Produktbereichs	
Z 1:	Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, insbesondere durch die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) und durch die Unterstützung des Leitbilds "Grüne Stadt am Wasser"
Z 2:	Sicherstellung des Hochwasserschutzes (Binnenhochwasser- und Sturm-/Küstenschutz) der Stadt
Z 3:	Altlastenbezogenes Flächenmanagement (Mobilisierung von Flächen für die "Wachsende Stadt", Abschluss der Altlastensanierung auf öffentlichen Flächen, Ressourcen schonende Stadtentwicklung durch Flächenrecycling)
Z 4:	Abfallwirtschaftliche Steuerung und Qualitätssicherung (Abfallentsorgung und Abfallentsorgungsanlagen, Schiffsentsorgung, Sauberkeit der Stadt/Stadtpflege, UmweltPartnerschaft, Zusammenarbeit in der Metropolregion)
Z 5:	Unterstützung der Planungsziele der Stadt durch Bereitstellen geowissenschaftlicher Informationen und Daten (Wahrnehmung der geowissenschaftlichen Aufgaben Hamburgs, Kooperation der norddeutschen Geologischen Dienste)
Z 6:	Fachaufsicht über den Bereich Umweltuntersuchungen im Institut für Hygiene und Umwelt
Z 7:	Fachaufsicht über die Wassergütestelle Elbe (Vorsitz der ARGE Elbe 2004 bis 2006)
Produktgruppen - Überblick	
PG 1	Gewässerschutz
PG 2	Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung
PG 3	Abfallwirtschaft
PG 4	Geologisches Landesamt

³¹ Die Zahlen berücksichtigen durchgängig die Überleitung von Einnahmen aus dem aufgelösten Kapitel 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG).

³² Die Zahlen berücksichtigen durchgängig die Überleitung von Sach- und Fachausgaben aus dem aufgelösten Kapitel 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG).

³³ Die Personalkosten konnten noch nicht der neuen Organisationsstruktur angepasst werden.

³⁴ Ergebnis 2005: Hierin enthalten sind 6.311 Tsd. EUR für Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt (HU). Die Rahmen- und Zweckzuweisungen der Bezirke sind anteilig bei den PG 1 und 3 erläutert. Berücksichtigt sind Erstattungen an HU zur Durchführung von Umweltuntersuchungen in Höhe von 4.061 Tsd. EUR anteilig bei den PG 1, 2 und 3. Weitere 2.147 Tsd. EUR sind im PB 08 bei der PG 3 ausgewiesen.

³⁵ Die Zahlen berücksichtigen durchgängig die Überleitung von Investitionsausgaben aus dem aufgelösten Kapitel 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebes Brücken, Straßen und Gewässer (LSBG).

Ergebnis 2005: Hierin enthalten sind Erstattungen in Höhe von 688 Tsd. EUR an HU, die bisher nicht auf die PG aufgeteilt wurden, u.a. im Wesentlichen Ausgaben beim veranschlagten Leertitel 6700.891.01 für Sielbau- und Sielanschlussbeiträge in Höhe von 5.017 Tsd. EUR (A0 90) sowie Mehrausgaben im Bereich des Hochwasserschutzes des aufgelösten Kapitels 6420.

Ab 2007 sind außerdem Erstattungen an HU in Höhe 688 Tsd. EUR anteilig bei den PG 1 und 2 ausgewiesen.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Umsetzen der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Oberflächengewässer und des Grundwassers
Z 2:	Steuern von Gewässer Ausbau und -unterhaltungsmaßnahmen des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG)
Z 3:	Steuern der Hochwasserschutzmaßnahmen des LSBG
Z 4:	Einführen eines Kontraktmanagements und Projektcontrollings mit dem LSBG zur Beauftragung nachhaltiger Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen in und an Gewässern, Schleusen und Hochwasserschutzanlagen
Z 5:	Fortschreiben der Pläne für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
Z 6:	Ausweisung von und Vollzug in Wasserschutzgebieten
Z 7:	Überwachen von Grund- und Oberflächengewässern nach § 64 HWaG und Bereitstellen der wasserwirtschaftlichen Daten in Informationssystemen
Z 8:	Durchführen wasser- und schiffahrtsrechtlicher Zulassungsverfahren sowie Erteilen von Anordnungen und Ausnahme genehmigungen
Z 9:	EDV-gestütztes, automatisiertes Gebühren- und Verfahrensmanagement für wasser- und schiffahrtsrechtliche Gewässernutzungen, bodenschutzrechtliche Gebührentatbestände sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren
Z 10:	Fachliche Aufsicht über die Bezirksämter
<i>Produkte</i>	
P 1	Wasserwirtschaftliche Grundlagen, Informationssysteme, Kontraktmanagement LSBG
P 2	Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers
P 3	Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer, Hochwasserschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	20.498	24.315	24.455	24.145	24.145
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ³⁶	7.403	5.355	5.555	5.345	5.345
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ³⁷	13.095	18.960	18.900	18.800	18.800
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	38.523	35.977	36.291	48.456	48.403
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.752	3.333	3.349	3.789	3.814
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³⁸	34.771	32.644	32.942	44.667	44.589
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	-	170	170
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ³⁹	47	85	32	382	282
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴⁰	55.850	45.519	39.338	46.677	47.568

³⁶ Ergebnis 2005: Berücksichtigt sind Mehreinnahmen des Titels 6700.131.91 aus dem Verkauf von Grundstücken (ehemals Kapitel 6420).

³⁷ Ergebnis 2005: Verminderte Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschl. der Binnenentwässerung.

³⁸ Ergebnis 2005 inkl. 4.807 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.
Ab 2007 sind außerdem anteilig 2.261 Tsd. EUR für Erstattungen an HU berücksichtigt.

³⁹ Die Erhöhung in 2007 und 2008 ergibt sich durch die Umsetzung der WRRL beim Titel 546.01. Die Differenz zwischen Planzahl 2005 und 2006 basiert auf dem 5-Jahres-Beprobungsrhythmus für die Wasserqualität der Notbrunnen.

⁴⁰ Ergebnis 2005: inkl. Ausgaben beim veranschlagten Leertitel 6700.891.01 für Sielbau- und Sielanschlussbeiträge in Höhe von 5.017 Tsd. EUR sowie Mehrausgaben im Bereich des Hochwasserschutzes (ehemals Kapitel 6420).
Ab 2007 sind anteilig 344 Tsd. EUR für Erstattungen an HU berücksichtigt.

nachrichtlich:

Kostendaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	56	50	50	57	57
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	56	50	50	57	57

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte
Einnahmen: Grundwassergebühren nach dem Grundwassergebührengesetz (4.950 Tsd. EUR, Titel 111.02), P1 und P2 Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung (18.600 Tsd. EUR, Titel 331.01), P3 Betriebsausgaben: Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen (2007: 5.263 Tsd. EUR, 2008: 5.282 Tsd. EUR, Titel 521.02); desgl. Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung (2007: 2.678 Tsd. EUR, 2008: 2.681 Tsd. EUR, Titel 521.04), P3 Gebühren für die Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für den Niederschlagswasseranteil (HSE) gemäß jährlicher Festsetzung der Sielbenutzungsgebühr durch Senatsverordnung (24.200 Tsd. EUR, Titel 535.04), P3 Überwachungsprogramm für die Hamburger Stadtgewässer nach EG-Wasserrahmenrichtlinie (2007: 350 Tsd. EUR, 2008: 250 Tsd. EUR, Titel 546.01, gesetzliche Leistung), P1 bis P3 Investitionen: Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen (2007: 7.530 Tsd. EUR, 2008: 7.392 Tsd. EUR, Titel 741.01), P3 Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung (2007: 34.232 Tsd. EUR, 2008: 33.491 Tsd. EUR, Titel 746.01), P3

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	58,69	59,82	59,82	56,01	56,01

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Wasserwirtschaftliche Grundlagen, Informationssysteme, Kontraktmanagement LSBG:					
Wasserbehördliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen	326	330	330	330	330
Wasser- und schiffahrtsrechtliche Gebührenbescheide (Umweltgebührenordnung und Grundwassergebührengesetz) ⁴¹	1.280	1.500	1.500	1.300	1.300
Ordnungswidrigkeitenverfahren ⁴²	4	10	10	5	5
Durchschnittliche Einnahmen pro Gebührenbescheid in EUR ⁴³	3.648	3.450	3.580	3.650	3.650
Durchschnittliche Einnahmen pro Auskunft/Beratung in EUR ⁴⁴	78	100	100	80	80
P 3: Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer, Hochwasserschutz:					
Länge der Hauptdeichlinie (1. Deichlinie) in km ⁴⁵	99,36	99,30	99,36	99,36	99,36
- Deiche in km	77,61	77,61	77,61	77,61	77,61
- Hochwasserschutzwände in km	21,75	21,69	21,75	21,75	21,75
Zahl der Einzelbauwerke in der Hauptdeichlinie	72	72	74	75	75
- Schleusen, Deichsiele, Sperrwerke, Schöpfwerke	39	39	39	39	39

⁴¹ Die Anzahl der Gebührenbescheide ist Maßstab für den Nutzungsgrad der Gewässer, der z.B. von Freizeitaktivitäten (Wetter, Schiffsbewegungen) und Bautätigkeiten beeinflusst wird. Ab 2007 Anpassung an das Ergebnis 2005.

⁴² Abgeschlossene Verfahren.

⁴³ Der Quotient aus Gebühreneinnahmen und der Anzahl wasser- und schiffahrtsrechtlicher Gebührenbescheide wird dominiert von der Grundwassergebühr und unterliegt parallel auch der wetter- und bautätigkeitsabhängigen Schwankungsbreite der Gebührenbescheide von ca. 30 %.

⁴⁴ Berechnungsgrundlage ist nur die Anzahl gebührenpflichtiger Auskünfte/Beratungen.

⁴⁵ 2005: Verlängerung der Schutzlinie im Bereich St. Pauli/Fischmarkt ohne öffentlichen Vordeich Finkenwerder (Länge 4,4 km).

Produktbereich: 06
Umweltschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
- Sperrtore ⁴⁶	33	33	35	36	36
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie in km	16,30	16,30	16,30	16,30	16,30
Länge der durch Bezirke sowie HPA zu unterhaltenden Hauptdeichlinie in km	83,25	83,25	83,25	83,25	83,25
Erhöhungen der Hochwasserschutzanlagen im Planjahr					
- Deiche in km ⁴⁷	2,05	2,20	2,40	0,20	-
- Hochwasserschutzwände in km ⁴⁸	0,98	1,20	2,34	0,70	0,56
- Einzelbauwerke	4	6	6	7	8
Deichverteidigungsübungen	36	36	36	36	36
Plangenehmigungen und deichrechtliche Genehmigungen für bauliche Nutzung	60	60	60	70	70
Mittlere Kosten der Erhöhung					
- der Deiche in EUR pro lfd. m	4.500	4.800	4.500	4.500	-
- der Hochwasserschutzwände in EUR pro lfd. m ⁴⁹	11.500	12.100	12.000	20.000	20.000
Anteil erhöhter Hochwasserschutzanlagen an der jeweiligen Gesamtlinie					
- Deiche in %	96	97	99	100	100
- Hochwasserschutzwände in %	80	84	86	90	95
- Einzelbauwerke in %	66	70	71	79	87
Entnommene/aufbereitete Gewässersedimente in m ³	18.350	10.000	20.000	20.000	10.000
Kosten für die Entnahme und Aufbereitung von Gewässersedimenten in EUR/m ³ ⁵⁰	58	78	80	80	80

Produktgruppe 02: Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung

Kapitel 6700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Nachhaltige Sicherung und Entwicklung der Bodenfunktionen, sparsamer und schonender Umgang mit den Böden; Bereitstellen der Fachdaten (vorsorgender Bodenschutz) Z 2: Nachhaltige Reduzierung anthropogener Boden- und Grundwasserbelastungen: Verdächtige Flächen, schädliche Bodenverunreinigungen und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen sind zu untersuchen, ggf. zu sanieren sowie zu überwachen. Akut eingetretene und aufgedeckte Schadensfälle sind unverzüglich zu bearbeiten (Gefahrenabwehr). Z 3: Reduzierung des Flächenverbrauchs: Belastete Flächen sollen für eine Nutzung neu bzw. wieder zur Verfügung stehen; Unterstützung des Konzepts "Wachsende Stadt" (Flächenrecycling) Z 4: Planung und Durchführung der Sanierung von Altlasten, soweit die FHH dazu verpflichtet ist. Sicherstellung der dauerhaften Wirksamkeit von baulichen Sicherungsmaßnahmen und des langfristigen Betriebes von verfahrenstechnischen Sanierungsanlagen.
<i>Produkte</i>
P 1 Vorsorge, Information P 2 Gefahrenabwehr P 3 Flächenrecycling P 4 Sanierung

⁴⁶ 2006: Neubau von 2 Toren am Dradenauer Hauptdeich; 2007: Bau eines zusätzlichen Tores am Landungsbrückengelände.

⁴⁷ 2008: Abschluss der Deichverstärkungen im Rahmen des Erhöhungsprogrammes.

⁴⁸ 2005: Beginn größerer Baumaßnahmen, die erst in den Folgejahren abgeschlossen werden.

⁴⁹ Kostenerhöhung aufgrund aufwändiger Neubauten im Bereich Fischmarkt, Landungsbrücken und Stadtdeich.

⁵⁰ 2005: Außergewöhnlich günstige Deponiepreise. Die Planzahlen orientieren sich an den marktüblichen Preisen.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.486	153	143	172	170
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	277	146	136	165	163
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ⁵¹	1.209	7	7	7	7
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.295	5.436	5.451	7.145	7.180
• Personalausgaben in Tsd. EUR	5.227	5.301	5.326	5.279	5.314
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵²	68	135	125	1.866	1.866
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁵³	24.561	18.250	15.109	18.759	18.494

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	78	80	80	79	80
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	78	80	80	79	80

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Investitionen: Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen (2007: 2.955 Tsd. EUR, 2008: 2.730 Tsd. EUR, Titel 787.01 anteilig), P1 bis P3 Mobilisierung von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen für die Wachsende Stadt im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010, (jeweils 3.000 Tsd. EUR, Titel 787.08) P3 Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen mit Gesamtsanierungsbaukosten von jeweils unter 5 Mio. EUR (2007: 1.000 Tsd. EUR, 2008: 6.000 Tsd. EUR, Titel 787.07), P4 Sanierungsmaßnahme Am Radeland mit Gesamtbaukosten von rd. 9.500 Tsd. EUR (2007: 6.000 Tsd. EUR, 2008: 1.000 Tsd. EUR, Titel 787.72), P4 Fortlaufende Sicherung, Überwachung, Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken (2.820 Tsd. EUR, Titel 787.90) P4

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	86,03	85,03	85,03	83,93	83,93

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Gefahrenabwehr:					
Abgeschlossene Fälle	182	180	150	180	170
P 3: Flächenrecycling:					
Flächenrecycling in ha/Jahr	33	40	40	40	40
Fälle Bau- und Planungsvorhaben abgeschlossen	98	100	100	100	100
P 4: Sanierung:					
Sanierte Fläche (Dekontamination) in m ²	46.000	45.000	35.000	40.000	48.000
Gereinigtes Grundwasser in m ³	1.390.000	1.350.000	1.400.000	1.430.000	1.430.000

Produktgruppe 03: Abfallwirtschaft

Kapitel 6700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Verwirklichung einer Ressourcen schonenden, europakonformen Kreislaufwirtschaft u.a. durch Kooperationen

⁵¹ Ergebnis 2005: Einnahmen in Höhe von 1.199 Tsd. EUR beim veranschlagten Leertitel 6700.341.06

⁵² Ab 2007 sind anteilig 1.750 Tsd. EUR für Erstattungen an HU berücksichtigt.

⁵³ Ab 2007 sind anteilig 344 Tsd. EUR für Erstattungen an HU berücksichtigt.

Produktbereich: 06
Umweltschutz

mit Entsorgungspflichtigen sowie einer Verbesserung der Stadtpflege und Sauberkeit unter Berücksichtigung der "Wachsenden Stadt" als Zielorientierung	
Z 2:	Sicherstellung der umweltverträglichen und ordnungsgemäßen Abfallentsorgung durch Umsetzung nationaler und internationaler Vorschriften, nachhaltiger Meeresumwelt- und Gewässerschutz durch eine moderne Schiffsentsorgung
Z 3:	Sicherstellung der ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Behandlung und Lagerung von Abfällen in den Entsorgungsanlagen sowie der Wettbewerbsfähigkeit der Entsorgungsanlagen
Z 4:	Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für die FHH durch die aktive Mitwirkung im Norddeutschen Entsorgungsverbund mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen
<i>Produkte</i>	
P 1 Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege	
P 2 Qualitätssicherung der Entsorgungswege	
P 3 Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen	

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁵⁴	2.888	388	382	446	446
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.888	388	382	446	446
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	35.980	34.178	34.191	34.465	34.486
• Personalausgaben in Tsd. EUR	3.033	2.848	2.861	3.063	3.084
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵⁵	32.947	31.330	31.330	31.402	31.402

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	45	43	43	46	46
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	45	43	43	46	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt (22.553 Tsd. EUR, Titel 671.01), P1
Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (638 Tsd. EUR, Titel 671.02), P1
Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst (6.947 Tsd. EUR, Titel 671.05), P1

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	49,67	48,67	48,67	48,71	48,71

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege:					
Aufwand pro Bürger für die Reinigung der Stadt und Verkehrssicherheit inkl. Winterdienst aus Haushaltsmitteln in EUR	18,06	18,20	18,20	18,20	18,20

⁵⁴ Ergebnis 2005: insbes. Einnahme beim veranschlagten Leertitel 6700.111.06 aus der Abgabe für die Entsorgung der Schiffsabfälle in Höhe von 2.201 Tsd. EUR.

⁵⁵ Ergebnis 2005 inkl. 845 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen.
Ab 2007 sind anteilig 50 Tsd. EUR für Erstattungen an HU berücksichtigt.

Produktgruppe 04: Geologisches Landesamt

Kapitel 6700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Zentrale Sammlung, Archivierung und Interpretation geowissenschaftlicher Informationen und Daten für die Wachsende Stadt Hamburg durch - Dokumentation der Informationen und Daten in Fachinformationssystemen und geowissenschaftlichen Karten und - vertiefende Untersuchungen zur Verbesserung der geowissenschaftlichen Grundlagen (Landesaufnahme)
Z 2:	Unterstützung von Projekten der "Wachsenden Stadt" und anderen Planungsvorhaben durch Information und Beratung staatlicher Stellen und Dritter, insbesondere auf den Gebieten der Ingenieurgeologie und Hydrogeologie
Z 3:	Intensivierung der Zusammenarbeit der Staatlichen Geologischen Dienste Norddeutschlands
<i>Produkte</i>	
P 1	Geowissenschaftliche Landesaufnahme
P 2	Angewandte Geowissenschaften - Information und Beratung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	39	25	26	15	15
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	39	25	26	15	15
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.204	1.178	1.183	1.116	1.128
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.060	1.102	1.107	1.028	1.035
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	144	76	76	88	93
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7	15	20	35	35

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	16	17	17	15	16
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	16	17	17	15	16

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>					
Betriebsausgaben:					
Ausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben (2007: 72 Tsd. EUR, 2008: 77 Tsd. EUR, Titel 541.02), P 1 und P 2					
Ausgaben auf Grund von Aufträgen Dritter werden bei den Einnahmetiteln 119.01 und 282.01 vereinnahmt und bei den Leertiteln 429.62 / 534.62 und 429.63 / 534.63 verausgabt, P 1 und P 2					

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	19	20	20	19,24	19,24

Produktbereich: 06
Umweltschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Geowissenschaftliche Landesaufnahme:					
Vorhalten von EDV-verfügbaren Schichtenverzeichnissen im FIS Geologie ⁵⁶	230.229	248.000	249.000	232.000	233.000
P 2: Angewandte Geowissenschaften - Information und Beratung:					
Geowissenschaftliche Beratungen (Geologie, Hydrogeologie, Ingenieurgeologie, Geothermie) ⁵⁷	554	450	450	500	500

⁵⁶ Ergebnis 2005: Abweichung gegenüber Planzahl wegen Umstellung auf Zählung der EDV-verfügbaren Schichtenverzeichnisse. Anpassung der Planzahl ab 2007.

⁵⁷ Ergebnis 2005: Erhöhtes Beratungsaufkommen wegen zunehmender Anfragen zur Nutzung oberflächennaher Geothermie (Erdwärme).

Produktbereich 07: Natur- und Ressourcenschutz

Kapitel 6800

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.582	24	24	22	22
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	526	24	24	22	22
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	1.056	0	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.106	10.300	10.384	6.728	6.752
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵⁸	4.932	4.728	4.721	4.818	4.861
- darunter Mittel z. Arbeitsmarktförderung in Tsd. EUR	2.015	-	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.174	5.572	5.663	1.910	1.891
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.121	732	1.422	1.437	1.437
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	24	30	74	74	74
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.681	10.860	8.122	7.133	7.190
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.195	-	-	-	-
Stellen	83,71	85,21	85,21	74,75	74,75

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Förderung der Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität Hamburgs im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gemäß den Ergebnissen der Weltgipfel in Rio und Johannesburg mit Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Umwelt und Stadtentwicklung sowie mit ressortübergreifenden Kooperationen
Z 2:	Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt
Z 3:	Schutz, Pflege, Entwicklung und Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete Hamburgs sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben
Z 4:	Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet, Durchführung von Arten- und Biotopschutzmaßnahmen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Nachhaltigkeit
PG 2	Energie
PG 3	Naturschutz

Produktgruppe 01: Nachhaltigkeit

Kapitel 6800

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Förderung der nachhaltigen Entwicklung Hamburgs und des integrierten Umweltschutzes mit Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Umwelt und Stadtentwicklung sowie ressortübergreifenden Kooperationen
Z 2:	Förderung der Umweltbildung und der Bildung für Nachhaltigkeit in Hamburg als Beitrag Hamburgs zur UN-Dekade "Bildung für Nachhaltigkeit" von 2005-2014
<i>Produkte</i>	
P 1	Förderung der nachhaltigen Entwicklung Erläuterungen: Zu den Aufgaben gehört die Beratung der Behördenleitung in Grundsatzangelegenheiten der nachhaltigen Entwicklung und des integrierten Umweltschutzes sowie die Konzipierung und Umsetzung von entsprechenden

⁵⁸ Die Personalausgaben konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden.

Produktbereich: 07
Natur- und Ressourcenschutz

Strategien, Programmen und Plänen. Schwerpunkte: Hamburger Konferenzen über nachhaltige Entwicklung (jährliche Durchführung und Dokumentation sowie Stärkung der themenbezogenen Arbeitsprozesse) Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele, Berichterstattung im Rahmen des Monitor Wachsende Stadt P 2 Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit Erläuterungen: Zu den Aufgaben gehört die Beratung der Behördenleitung in Grundsatzangelegenheiten der Umweltbildung und der Bildung für Nachhaltigkeit insbesondere mit Blick auf die UN-Dekade Bildung für Nachhaltigkeit, die Konzipierung und Umsetzung von entsprechenden Strategien, Programmen und Plänen. Schwerpunkte: Initiative "Hamburg lernt Nachhaltigkeit" zur Unterstützung der UN-Dekade "Bildung für Nachhaltigkeit" von 2005 - 2014 insbesondere mit jährlicher Fortschreibung des "Hamburger Aktionsplanes" (HHAP) als Maßnahmenkatalog über alle Bildungsbereiche Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade "Bildung für Nachhaltigkeit" (NUN) Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) Modernisierung des Umweltzentrums Karlshöhe zum "ErlebnisPark Gut Karlshöhe"

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	240	-	-	-	-
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	240	-	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.114	978	971	1.020	1.006
• Personalausgaben in Tsd. EUR	710	680	679	693	699
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	404	298	292	327	307
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	-	70	90	90
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	144	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	11	10	10	10	10
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	11	10	10	10	10

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	-	-	-	10,75	10,75

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 2: Umweltbildung und Bildung für Nachhaltigkeit:					
Teilnehmende am Freiwilligen ökologischen Jahr	42	42	42	42	42

Produktgruppe 02: Energie

Kapitel 6800

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Klima- und Ressourcenschutz: - Einsparung von Energie, Wasser und Rohstoffen - Förderung Ressourcen sparender Technologien

- Nutzung regenerativer Energien Im privaten Bereich setzt der Senat auf Bündnisse mit der Wirtschaft, um Investitionen in den Ressourcenschutz und die erneuerbaren Energien anzuregen. Im Bereich der öffentlichen Gebäude fördert die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt das Wassersparen. Z 2: Nachhaltiges Wirtschaften - UmweltPartnerschaft Hamburg zwischen Staat und Wirtschaft: - Umweltverbesserungen durch freiwillige Maßnahmen der Unternehmen - mehr Kooperation von Staat und Wirtschaft beim Vollzug des Umweltschutzes
<i>Produkte</i>
P 1 Ressourceneffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe P 2 Erneuerbare Energien und Brennstoffzellentechnologie P 3 Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH P 4 UmweltPartnerschaft Hamburg

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	-	0	-	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁵⁹	-	0	-	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.150	2.071	2.068	2.109	2.127
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.015	1.932	1.929	1.969	1.987
- darunter Mittel z. Arbeitsmarktförderung in Tsd. EUR	2.015	-	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	135	139	139	140	140
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	-	20	100	100	100
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	7.310	10.295	7.127	5.888	6.295

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	30	29	29	30	30
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	30	29	29	30	30

⁵⁹ Ab dem Haushaltsjahr 2007 werden die Konzessionsabgaben Vattenfall, E.ON Hanse und Hamburg Wasser (ehemals Titel 6900.122.01, 02, 03) im Kapitel 6300 veranschlagt. Vergleichszahlen aus den Vorjahren daher dort.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben: Mittel für die Förderung der UmweltPartnerschaft (100 Tsd. EUR, Titel 541.02) und Mittel für die Unterhaltung des ZEWU (Zentrum Energie, Wasser, Umwelt)-Gebäudes (davon 25 Tsd. EUR aus Titel 519.01) Investitionen: Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen (329 Tsd. EUR (2007) bzw. 235 Tsd. EUR (2008), Titel 791.10) Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien (5.559 Tsd. EUR (2007) bzw. 6.060 Tsd. EUR (2008), Titel 892.10); Aus dem Titel 892.10 werden Programme aus folgenden Bereichen finanziert: - Maßnahmen zum Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung "Unternehmen für Ressourcenschutz" - Wärmeschutz im Gebäudebestand - Förderung von Investitionen im Rahmen des Kompetenzclusters erneuerbare Energien und Brennstoffzellentechnologie - Förderung der solaren Warmwasserbereitung Für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms zur Reduzierung des Wasserverbrauchs im öffentlichen Bereich stehen als Finanzierungsquellen der Haushaltstitel 791.10 und in Einzelfällen Mittel der BBS zur Verfügung.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	49,50	54	54	30,55	30,55

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Ressourceneffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe:					
Förderung des Wärmeschutzes im Gebäudebestand:					
- Anzahl der Wohnungen ⁶⁰	5.100	3.700	3.700	-	-
- modernisierte Gebäudenutzfläche in qm ⁶¹	-	-	-	190.000	190.000
- dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh/a	32.000	19.000	19.000	23.000	23.000
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	3.600	2.300	2.300	1.150	1.150
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	30.000	23.000	23.000	14.000	14.000
Ressourcenschonung in Produktion und Dienstleistung					
- Anzahl der im Programm betreuten Betriebe	190	140	150	150	150
- dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh/a	48.900	15.000	17.000	23.000	23.000
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	1.600	2.700	2.700	2.300	2.300
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	13.300	7.000	10.000	10.000	10.000
P 2: Erneuerbare Energien und Brennstoffzellentechnologie:					
Förderung der thermischen Solarenergie					
- neu installierte Kollektorfläche in qm	2.200	2.800	3.000	3.300	3.900
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	407	460	460	500	500
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	2.600	2.800	3.000	3.300	3.900
- erreichter Stand: installierte Solarkollektorfläche in m ² ⁶²	35.400	35.400	38.400	41.700	45.600
Förderung der Bioenergie ⁶³					
- neu installierte Wärmeleistung in KW	-	-	-	4.600	4.600
- ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	-	-	-	380	380
- Investitionsvolumen in Tsd. EUR	-	-	-	3.000	3.000

⁶⁰ Diese Kennzahl wird ab 2007 durch die nachfolgende Kennzahl ersetzt.

⁶¹ Da sich die Förderung zukünftig auch auf gewerbliche Gebäude erstreckt, wurde eine neue, nunmehr treffende Kennzahl entwickelt.

⁶² Planzahlen ab 2006 auf der Basis der Ergebnisse 2005

⁶³ Die folgenden Kennzahlen wurden ab 2007 neu eingerichtet.

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 3: Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH:					
Investitionen zur Einsparung von Wasser in Tsd. EUR ⁶⁴	385	375	325	330	235

Produktgruppe 03: Naturschutz

Kapitel 6800

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Ausweisung bzw. Erweiterung von Schutzgebieten, bei Naturschutzgebieten mittelfristig auf 8,2 % der Landesfläche, bei Landschaftsschutzgebieten mittelfristig auf 35% der Landesfläche Umsetzung der EG-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie in Hamburg Z 2: Sicherung eines materiellen Schutzes für 28 Naturschutzgebiete durch Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen einschließlich Umsetzung Z 3: Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz Z 4: Aktualisierung und Fortentwicklung des Artenschutzprogramms und der Biotopkartierung als Grundlage für alle Raumbezogenen Planungen Z 5: Überwachung der europäischen und internationalen Vorschriften zum Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten (EU-VO 338/97) sowie qualifizierte Vertretung heimischer Artenschutzaspekte Z 6: Erarbeitung von Vorgaben und Instrumenten zur Umsetzung der Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg sowie Vollzug Z 7: Begleitung herausragender Einzelprojekte wie Planung und Umsetzung der Ersatzmaßnahmen für die Hafenerweiterung Altenwerder und Francop Z 8: Öffentlichkeitsarbeit im Naturschutz durch Ausstellungen, Broschüren, Veranstaltungen, Informationszentren u.s.w.
<i>Produkte</i>
P 1 Flächenschutz Schwerpunkte: Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Erweiterung von Naturschutzgebieten gemäß Artenschutzprogramm, Nationalparkplan Hamburgisches Wattenmeer, Erfüllung der Pflichten aus der FFH-Richtlinie, Erarbeitung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen für Naturschutzgebiete, Naturschutz in der Kulturlandschaft. P 2 Arten- und Biotopschutz Schwerpunkte: Schutz der Biotope gemäß § 28 HmbNatSchG, Fortschreibung der Biotopkartierung. P 3 Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung Schwerpunkte: Umsetzung Ersatzmaßnahmen im Süderelbraum, Umsetzung von Maßnahmen aus Ausgleichsabgaben durch das Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege (§ 26 LHO-Betrieb; gesonderte Ausweisung im Wirtschaftsplan und der dazu gehörigen Produktinformation). P 4 Naturschutzinformation Schwerpunkte: Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit in den Naturschutzgebieten und im Nationalpark Wattenmeer.

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.342	24	24	22	22
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	286	24	24	22	22
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	1.056	0	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.842	7.251	7.345	3.599	3.619
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.207	2.116	2.113	2.156	2.175
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.635	5.135	5.232	1.443	1.444

⁶⁴ beinhaltet in geringem Umfang Fremdmittel der betroffenen Dienststellen

Produktbereich: 07
Natur- und Ressourcenschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.121	712	1.252	1.247	1.247
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	24	30	74	74	74
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁶⁵	371	565	995	1.245	895
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	1.051	-	-	-	-

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	33	32	32	32	33
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	33	32	32	32	33

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben - Ausgaben für den Naturschutz (2007 und 2008 jeweils 430 Tsd.EUR, Titel 541.01) mit den Schwerpunkten Ausgaben für Naturschutzgebiete, Nationalpark Wattenmeer, Biotopkartierung - Vertragsnaturschutz / Extensivierungsprogramm (2007 und 2008 jeweils 402 Tsd. EUR, Titel 681.02) - Zuwendungen an die Stiftung Naturschutz Hamburg und die Naturschutzverbände (2007 und 2008 jeweils insgesamt 415 Tsd. EUR, Titel 684.03 und 684.08). Mit den Mitteln sollen Naturschutzaufgaben der Stiftung und der Verbände und die Betreuung von Schutzgebieten und Informationseinrichtungen durch ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden. Hierdurch soll insbesondere dem Erholungs- und Informationsbedürfnis der Bürger Rechnung getragen werden. Investitionen: - Ausgleich für die Beeinträchtigungen durch den Bau der Schlicklagerstätte Francop (2007: 420 Tsd. EUR, 2008: 220 Tsd.EUR, Titel 742.04) - Grunderwerb für naturschutzrechtliche Belange (2007: 665 Tsd. EUR, 2008: 565 Tsd. EUR, Titel 821.02 und 821.03)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	34,21	31,21	31,21	33,45	33,45

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Flächenschutz:					
Schutzgebiete in Hamburg / Gesamtfläche in ha	34.476	35.098	35.098	35.623	35.638
- Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer in ha	13.750	13.750	13.750	13.750	13.750
- Naturschutzgebiete in ha ⁶⁶	6.020	5.575	5.575	6.120	6.135
- Landschaftsschutzgebiete in ha ⁶⁷	14.666	15.733	15.166	15.166	15.166
- Naturdenkmale in ha ⁶⁸	40	40	40	20	20
- zu betreuende Vertragsflächen in ha ⁶⁹	1.722	1.700	1.700	2.000	2.000
Aufwendungen Naturschutzgebiete in EUR/ha ⁷⁰	51	55	55	51	50
Aufwendungen für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer (330 ha Neuwerk/Scharhörn/Nigehörn) in Tsd. EUR ⁷¹	100	100	100	100	100

⁶⁵ Ab 2007 wird der Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Höhe von 365 Tsd.EUR im Kapitel 6800 (bis 2006: Kapitel 6000) veranschlagt.

⁶⁶ Plan 2007 NSG Hummelsbütteler Moore 62 ha, Erweiterung NSG Schnaakenmoor um 41 ha

Plan 2008 Erweiterung NSG Die Reit 15 ha

⁶⁷ Durch Teilaufhebungen und digitale Vermessungen (NSG-Erweiterungen, Entlassungen aus dem Landschaftsschutz) ergibt sich ein aktueller Bestand März 2004 von 15.233 ha. Die geplante Ausweisung des LSG Wilhelmsburg um ca. 500 ha ergibt die Planzahl 2005 bis 2008.

⁶⁸ Planzahl 2007 Reduzierung durch Einbeziehung der ND Ohlkuhlenmoor und Hüsermoor in das NSG Hummelsbütteler Moore

⁶⁹ Ausweitung der Vertragsfläche durch Umstellung der EU-Agrarförderung ab 2007- 2013. Der Kofinanzierungsanteil der EU wird erhöht, es können mehr Flächen unter Vertrag genommen werden. Die Fördermöglichkeiten werden ausgeweitet.

⁷⁰ Pflegekosten bezogen auf bezirkliche und BSU-Naturschutzgebiete (5510 ha in 2004, 6020 ha in 2005), Absenkung aufgrund konstanter Mittelzuweisung und steigender Schutzgebietsfläche

⁷¹ einschließlich Pflege, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit

Produktbereich 08: Immissionsschutz und Betriebe

Kapitel 6900

Die Produktgruppe 04 (bis 2006 in Produktgruppe 01 integriert) wird ab 2007 als neue Produktgruppe dargestellt.

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁷²	12.803	9.327	9.345	5.823	5.823
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	12.803	9.327	9.345	5.823	5.823
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	14.173	14.093	14.238	16.418	16.576
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷³	13.183	13.180	13.363	13.130	13.309
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁷⁴	990	913	875	3.288	3.267
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	550	550	498	328	540
Stellen	168,93	172,56	172,56	171,73	171,73

Geringfügige Differenzen zum Zahlenwerk durch Rundungstoleranzen möglich

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Gewährleistung eines ordnungsgemäßen anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes in Industrie- und Gewerbebetrieben, Instituten und öffentlichen Einrichtungen
Z 2:	Luftreinhalteplanung, Lärm- und Fluglärmschutz
Z 3:	Wahrnehmung atomrechtlicher Aufgaben
Z 4:	Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren
Z 5:	Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Gentechnik sowie atomrechtliche Aufgaben
PG 2	Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen
PG 3	Lärmschutz und Luftreinhaltung
PG 4	Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Gewässerschutz

Produktgruppe 01: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Gentechnik sowie atomrechtliche Aufgaben

Kapitel 6900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften nach Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes
Z 2:	Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung
Z 3:	Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung und Beratung
Z 4:	Risikovorsorge und Gefahrenabwehr beim Umgang mit ionisierender und nichtionisierender Strahlung

⁷² Ergebnis 2005: vgl. Erläuterung bei den PG 1, PG 2 und PG 4.

⁷³ Die Personalausgaben konnten noch nicht an die neue Organisationsstruktur angepasst werden.

⁷⁴ In der PG 3 sind für 2007 und 2008 jeweils 2.147 Tsd. EUR für Luftuntersuchungen enthalten, die im Kapitel 6700 im Produktbereich 06 veranschlagt sind.

Produktbereich: 08
Immissionsschutz und Betriebe

<i>Produkte</i>
P 1 Umweltschutz bei Energieerzeugungsanlagen, öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen
P 2 Umweltschutz bei Abfallverbrennungsanlagen
P 3 Umweltschutz bei Chemie und Oberflächenbehandlung
P 4 Umweltschutz in der Chemie- und Gummiindustrie
P 5 Umweltschutz in der Gentechnik
P 6 Atomrechtliche Aufgaben

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.986	1.482	1.482	1.360	1.360
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁵	1.986	1.482	1.482	1.360	1.360
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.728	5.782	5.757	5.120	5.189
• Personalausgaben in Tsd. EUR	5.693	5.693	5.678	5.054	5.131
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	35	89	79	66	58

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	85	85	85	76	77
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	85	85	85	76	77

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Verwaltungsgebühren insbesondere für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (1.050 Tsd. EUR aus Titel 111.03) Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (100 Tsd. EUR aus Titel 111.11) Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für die Indirekteinleiterüberwachung (200 Tsd. EUR , Titel 261.01) Betriebsausgaben: Mittel für Gutachten insbesondere für atomrechtliche Aufgaben und Strahlenschutz (50 Tsd. EUR (2007) bzw. 42 Tsd. EUR (2008), Titel 526.50)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	81,25	82,25	82,25	46,95	46,95

Produktgruppe 02: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Hafenwirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen

Kapitel 6900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften nach Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes
Z 2: Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung
Z 3: Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung und Beratung
Z 4: Sofortige Bekämpfung von akuten Schadensfällen für die Umwelt durch Gewährleistung eines 24-Stunden-Services für Bürger und Behörden sowie umweltgerechte Sanierung nach Bränden

⁷⁵ Das hohe Ergebnis 2005 ist insbesondere auf höher als erwartet ausgefallene Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren zurückzuführen.

<i>Produkte</i>
P 1 Umweltschutz in der Nahrungsmittelindustrie, bei Tanklagern und Tankstellen
P 2 Umweltschutz bei Lager-, Umschlags- und Verkehrsbetrieben
P 3 Umweltschutz bei Raffinerien
P 4 Umweltschutz in der Kupfer-, Stahl- und Aluminiumindustrie
P 5 Umweltschutz in der Schiffbau- und Baustoffindustrie und bei Reinigungsbetrieben
P 6 Umweltschutz in der Luftfahrt- und metallverarbeitenden Industrie
P 7 Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.497	1.782	1.782	1.553	1.553
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁶	2.497	1.782	1.782	1.553	1.553
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.089	4.947	5.080	5.296	5.393
• Personalausgaben in Tsd. EUR	4.188	4.187	4.322	4.457	4.513
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	901	760	758	839	880
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	518	530	480	308	510

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	63	63	65	67	68
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	63	63	65	67	68

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Verwaltungsgebühren insbesondere für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Planfeststellungen und Plangenehmigungen nach dem UVPG sowie entspr. Überwachungsmaßnahmen (1.150 Tsd. EUR aus Titel 111.03) Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (100 Tsd. EUR aus Titel 111.11) Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für die Indirekteinleiterüberwachung (300 Tsd. EUR, Titel 261.01) Betriebsausgaben: Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere für Gewässer durch austretende Wasser gefährdende Stoffe (238 Tsd. EUR aus Titel 541.01 - BSU sowie 14 Tsd. EUR (2007) bzw. 30 Tsd. EUR (2008) aus Titel 535.86 - Bezirke) Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der 5 norddeutschen Küstenländer (10 Tsd. EUR (sowohl 2007 als auch 2008)/ Titel 631.01; 437 Tsd. EUR (2007) bzw. 452 Tsd. EUR (2008)/ Titel 631.02; 71 Tsd. EUR (sowohl 2007 als auch 2008)/ Titel 632.01). Investitionen: Anteilige hamburgische Kosten (12%) für die Beschaffung von Schiffen (deren Aus- und Umrüstung) sowie von Geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (253 Tsd. EUR in 2007 bzw. 490 Tsd. EUR in 2008/ Titel 881.03)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	55,05	59,07	59,07	64,70	64,70

⁷⁶ Das hohe Ergebnis 2005 ist insbesondere auf höher als erwartet ausgefallene Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren zurückzuführen.

Produktgruppe 03: Lärmschutz und Luftreinhaltung

Kapitel 6900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Lärmeinwirkungen Z 2: Luftreinhaltung
<i>Produkte</i>
P 1 Fluglärmschutz P 2 Schalltechnische Untersuchungen P 3 Lärminderungsplanung (Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie) P 4 Luftreinhaltung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	10	152	152	10	10
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁷	10	152	152	10	10
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	600	598	598	2.970	2.924
• Personalausgaben in Tsd. EUR	561	560	560	614	622
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁷⁸	39	38	38	2.356	2.302
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	32	20	18	20	30

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	8	8	8	9	9
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	8	8	8	9	9

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben: Ausgaben für die Anmietung und Bewirtschaftung der Räumlichkeiten der Dienststelle des Fluglärmschutzbeauftragten am Flughafen (30 Tsd. EUR aus Titel 547.01). Mittel für die Beschaffung von Kleinmaterial und Kleingeräten sowie die Unterhaltung der Geräte der Lärmmessstelle (2 Tsd. EUR aus Titel 541.01). Veranschlagt sind außerdem interne Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für den Bezug digitaler Karten, die insbesondere im Rahmen der Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie erforderlich sind (50 Tsd. EUR in 2007 sowie 20 Tsd. EUR in 2008/ Titel 535.02). Ebenfalls zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie wird es erforderlich werden, Aktionspläne und dabei insbesondere Lärminderungsmaßnahmen mit gutachterlicher Hilfestellung zu erarbeiten (100 Tsd. EUR / Titel 541.03). Investitionen: Bei den Investitionen handelt es sich um Ersatzbeschaffungen von Lärmmessgeräten (20 Tsd. EUR in 2007 und 30 Tsd. EUR in 2008 / Titel 811.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	8,50	8	8	9,05	9,05

⁷⁷ Ergebnis 2005: die erwarteten Verwaltungsgebühren konnten als Einnahme nicht realisiert werden.

⁷⁸ In 2007 und 2008 sind jeweils 2.147 Tsd. EUR für Luftuntersuchungen enthalten, die im Kapitel 6700 im Produktbereich 07 veranschlagt sind.

Produktgruppe 04: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Gewässerschutz

Kapitel 6900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften nach Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller in bau-, wasser- und abwasserrechtlichen Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes Z 2: Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung Z 3: Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung und Beratung
<i>Produkte</i>
P 1 Umweltschutz in der Entwässerungstechnik P 2 Umweltschutz bei Direkteinleitung, Anlagenbezogener Gewässerschutz, Abwasserabgaben P 3 Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	8.310	5.911	5.929	2.900	2.900
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁹	8.310	5.911	5.929	2.900	2.900
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.756	2.766	2.803	3.032	3.070
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.741	2.740	2.803	3.005	3.043
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	15	26	-	27	27

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	41	41	42	45	46
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	41	41	42	45	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Abwasserabgaben gewerblicher Direkteinleiter sowie öffentliche Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz (1.500 Tsd. EUR, Titel 099.01 und 099.02) Verwaltungsgebühren insb. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (200 Tsd. EUR aus Titel 111.03) Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (500 Tsd. EUR aus Titel 111.11) Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für die Indirekteinleiterüberwachung sowie die Festlegung von Sielanschlussbauten (700 Tsd. EUR aus Titel 261.01) Betriebsausgaben: Dichtheitsprüfungen von Grundstücksentwässerungsanlagen auf privaten Grundstücken (13 Tsd. EUR aus Titel 547.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	24,13	23,24	23,24	51,03	51,03

⁷⁹ Das hohe Ergebnis 2005 ist insbes. auf höher als erwartet ausgefallenen Einnahmen bei den öffentlichen Abwasserabgaben (wg. Grenzwertüberschreitungen) zurückzuführen (Titel 099.02). Die niedrige Veranschlagung 2007 und 2008 ist durch Verrechnungsmöglichkeiten der Hamburger Stadtentwässerung (HSE) bei der Konzessionsabgabe ab 2007 bedingt.

Produktgruppe 04: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Gewässerschutz

Kapitel 6900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften nach Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller in bau-, wasser- und abwasserrechtlichen Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Gewässerschutzes Z 2: Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung Z 3: Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung und Beratung
<i>Produkte</i>
P 1 Umweltschutz in der Entwässerungstechnik P 2 Umweltschutz bei Direkteinleitung, Anlagenbezogener Gewässerschutz, Abwasserabgaben P 3 Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	8.310	5.911	5.929	2.900	2.900
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁹	8.310	5.911	5.929	2.900	2.900
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.756	2.766	2.803	3.032	3.070
• Personalausgaben in Tsd. EUR	2.741	2.740	2.803	3.005	3.043
• Sach- und Fachaussgaben gesamt in Tsd. EUR	15	26	-	27	27

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	41	41	42	45	46
• überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	41	41	42	45	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Abwasserabgaben gewerblicher Direkteinleiter sowie öffentliche Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz (1.500 Tsd. EUR, Titel 099.01 und 099.02) Verwaltungsgebühren insb. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz (200 Tsd. EUR aus Titel 111.03) Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (500 Tsd. EUR aus Titel 111.11) Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für die Indirekteinleiterüberwachung sowie die Festlegung von Sielanschlussbauten (700 Tsd. EUR aus Titel 261.01) Betriebsausgaben: Dichtheitsprüfungen von Grundstücksentwässerungsanlagen auf privaten Grundstücken (13 Tsd. EUR aus Titel 547.01)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	24,13	23,24	23,24	51,03	51,03

⁷⁹ Das hohe Ergebnis 2005 ist insbes. auf höher als erwartet ausgefallenen Einnahmen bei den öffentlichen Abwasserabgaben (wg. Grenzwertüberschreitungen) zurückzuführen (Titel 099.02). Die niedrige Veranschlagung 2007 und 2008 ist durch Verrechnungsmöglichkeiten der Hamburger Stadtentwässerung (HSE) bei der Konzessionsabgabe ab 2007 bedingt.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2007 / 2008

Einzelplan 06.0

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 06.0

- 11 IuK-Technik, Investitionen
- 12 Neu- u. Ersatzbeschaffung v. Fahrzeugen u. Geräten
- 14 Flächensanierung
- 15 Bauunterhaltung
- 16 Hochbauinvestitionen Umwelt
- 20 Verkehrsbauten
- 40 Investitionen Öffentlicher Personennahverkehr

Deckungskreis im Kapitel 6000

- 12 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6000

Deckungskreis im Kapitel 6100

- 14 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6100
- 22 Investitionen Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

Deckungskreis im Kapitel 6200

- 15 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6200

Deckungskreis im Kapitel 6300

- 16 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6300
- 41 Investitionen Erschließungen

Deckungskreis im Kapitel 6610

- 19 Sach- und Fachausgaben, Kapitel 6610
- 21 Investitionen Landes- und Landschaftsplanung

Deckungskreis im Kapitel 6700

- 17 Sach- und Fachausgaben Gewässer und Hochwasserschutz, Kapitel 6700
- 20 Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz

Deckungskreis im Kapitel 6800

- 23 Betriebsmittel Natur- und Ressourcenschutz
- 24 Investitionen Natur- und Ressourcenschutz

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	-	-	-	15 G	470 G	470 G
		- A	- A	- A	525	435	435
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	8.400	5.400	5.400
6200	Bauordnung und Hochbau	-	-	-	500 G	500 G	500 G
		- A	- A	- A	3	3	3
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	14	14	14
6300	Verkehr und Straßenwesen	-	-	-	1.120 G	100 G	100 G
		- A	- A	- A	126.967	130.342	130.380
6610	Landes- und Landschaftsplanung	-	-	-	- G	2 G	2 G
		- A	- A	- A	703	2.114	1.603
6700	Umweltschutz	-	-	-	5.904 G	5.775 G	5.775 G
		- A	- A	- A	152	145	143
6800	Natur- und Ressourcenschutz	-	-	-	9 G	7 G	7 G
		- A	- A	- A	15	15	15
6900	Immissionsschutz und Betriebe	-	-	-	3.386 G	3.108 G	3.108 G
		4.711 A	1.500 A	1.500 A	25	10	10
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	-	-	-	10.934 G	9.962 G	9.962 G
		4.711 A	1.500 A	1.500 A	136.804	138.478	138.003
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		972-G	972-G
			3.211-A	3.211-A		1.674+	1.199+

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
3.531	2.739	2.693	-	-	-	-	-	-	6000
			- Z	- Z	- Z				
37.500	15.000	16.000	726	600	400	-	-	-	6100
			8.322 Z	14.576 Z	11.198 Z				
351	351	351	-	-	-	-	-	-	6200
			- Z	- Z	- Z				
14.330	12.583	12.648	-	-	-	-	-	-	6210
			- Z	- Z	- Z				
118.408	137.952	136.022	-	-	-	-	-	-	6300
			28.753 Z	28.750 Z	28.750 Z				
1.007	1.034	1.034	-	-	-	-	-	-	6610
			- Z	- Z	- Z				
43	51	51	-	-	-	-	-	-	6700
			18.907 Z	18.807 Z	18.807 Z				
-	-	-	-	-	-	-	-	-	6800
			- Z	- Z	- Z				
1.223	1.205	1.205	-	-	-	-	-	-	6900
			- Z	- Z	- Z				
176.393	170.915	170.004	726	600	400	-	-	-	Ges. einn.
			55.982 Z	62.133 Z	58.755 Z				
	5.478-	6.389-		126-	326-		-	-	+/-
				6.151+Z	2.773+Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008
		16	17	18
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	4.071	3.644	3.598
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	54.948	35.576	32.998
6200	Bauordnung und Hochbau	854	854	854
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	14.344	12.597	12.662
6300	Verkehr und Straßenwesen	275.248	297.144	295.252
6610	Landes- und Landschaftsplanung	1.710	3.150	2.639
6700	Umweltschutz	25.006	24.778	24.776
6800	Natur- und Ressourcenschutz	24	22	22
6900	Immissionsschutz und Betriebe	9.345	5.823	5.823
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	385.550	383.588	378.624
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		1.962-	6.926-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	31.892	28.902	29.378	11.059	9.162	9.184
		-	-	-	10	-	-
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	4.864	4.560	4.573	1.719	592	304
		-	-	-	1.901	262	466
6200	Bauordnung und Hochbau	10.007	10.223	10.337	657	663	663
		-	-	-	5.600	5.600	5.600
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	9.282	7.611	7.676	5.030	4.954	4.954
		-	-	-	-	-	-
6300	Verkehr und Straßenwesen	38.386	15.030	15.530	39.433	50.062	50.105
		-	-	-	14.300	28.600	27.100
6610	Landes- und Landschaftsplanung	5.108	5.494	5.526	15.580	19.471	19.350
		-	-	-	2.177	2.469	2.469
6700	Umweltschutz	13.051	13.159	13.247	31.982	41.183	41.110
		-	-	-	2.400	3.238	3.588
6800	Natur- und Ressourcenschutz	4.721	4.818	4.861	4.756	912	915
		-	-	-	792	525	525
6900	Immissionsschutz und Betriebe	13.363	13.130	13.309	469	623	587
		-	-	-	224	323	320
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	130.674	102.927	104.437	110.685	127.622	127.172
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		27.747-	26.237-		16.937 +	16.487 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	27.404	41.017	40.068
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		13.613+	12.664 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
21.665	20.013	19.629	-	-	-	6000
26	21	21	-	-	-	
75.029	40.033	32.033	101.364	84.082	95.893	6100
9	9	9	-	-	-	
35	239	44	-	-	-	6200
-	-	-	-	-	-	
32	32	32	-	-	-	6210
-	-	-	-	-	-	
155.840	154.584	152.627	-	-	-	6300
98.310	100.010	100.010	-	-	-	
2.205	4.403	4.803	-	-	-	6610
-	1.000	1.000	-	-	-	
38.754	38.987	38.987	-	-	-	6700
50	50	50	-	-	-	
907	997	977	-	-	-	6800
701	716	826	-	-	-	
406	518	533	-	-	-	6900
165	165	165	-	-	-	
294.873	259.806	249.665	8.695	7.582	7.393	Ges. Aus.
			92.669 H	76.500 H	88.500 H	
	35.067-	45.208-		1.113-	1.302-	+/-
				16.169-- H	4.169-- H	
99.261	101.971	102.081	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	2.710 +	2.820 +		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		13	14	15	16	17	18
6000	Zentrale Aufgaben und Recht	-	-	-	64.616	58.077	58.191
		-	-	-	36	21	21
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung	-	-	-	182.976	129.267	132.803
		-	-	-	1.910	271	475
6200	Bauordnung und Hochbau	-	-	-	10.699	11.125	11.044
		-	-	-	5.600	5.600	5.600
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)	-	-	-	14.344	12.597	12.662
		-	-	-	-	-	-
6300	Verkehr und Straßenwesen	-	-	-	233.659	219.676	218.262
		-	-	-	112.610	128.610	127.110
6610	Landes- und Landschaftsplanung	-	-	-	22.893	29.368	29.679
		-	-	-	2.177	3.469	3.469
6700	Umweltschutz	-	-	-	83.787	93.329	93.344
		-	-	-	2.450	3.288	3.638
6800	Natur- und Ressourcenschutz	-	-	-	10.384	6.727	6.753
		-	-	-	1.493	1.241	1.351
6900	Immissionsschutz und Betriebe	-	-	-	14.238	14.271	14.429
		-	-	-	389	488	485
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	-	-	-	637.596	574.437	577.167
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		63.159-	60.429-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	126.665	142.988	142.149
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		16.323 +	15.484 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
6.815	5.711	5.636	71.431	63.788	63.827	6000
415	631	631	451	652	652	
24.575	37.293	32.601	207.551	166.560	165.404	6100
48.336	43.136	42.836	50.246	43.407	43.311	
200	200	200	10.899	11.325	11.244	6200
200	200	200	5.800	5.800	5.800	
-	-	-	14.344	12.597	12.662	6210
-	-	-	-	-	-	
128.490	166.681	176.906	362.149	386.357	395.168	6300
653.080	490.166	442.006	765.690	618.776	569.116	
9.837	35.962	24.033	32.730	65.330	53.712	6610
8.850	29.028	30.823	11.027	32.497	34.292	
55.155	65.471	66.097	138.942	158.800	159.441	6700
73.552	68.908	81.013	76.002	72.196	84.651	
8.121	7.133	7.190	18.505	13.860	13.943	6800
8.613	6.905	6.885	10.106	8.146	8.236	
498	328	540	14.736	14.599	14.969	6900
280	280	280	669	768	765	
137.473 B	175.860 B	184.170 B	871.287	893.216	890.370	Ges. Aus.
96.218	142.919	129.033				
	38.387 +B	46.697 +B		21.929 +	19.083 +	+/-
	46.701 +	32.815 +				
210.024 B	234.927 B	235.559 B	919.991	782.242	746.823	Ges. VE
583.302	404.327	369.115				
	24.903 +B	25.535 +B		137.749-	173.168-	+/-
	178.975--	214.187--				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

6000	Zentrale Aufgaben und Recht				
(012)	-----				
	EINNAHMEN				
111.02	Verwaltungsgebühren	145	15	470	470
112.01	Zwangs- und Bußgelder	92	100	100	100
119.02 (013)	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.531.01.	0	0	-	-
119.03	Kostenbeteiligung der Hamburg Port Authority an der Ausbildung von Nachwuchskräften durch die BSU Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.525.91.	0	0	-	-
119.92	Schadenersatzleistungen	4	25	25	25
119.93	Ersatzvornahmen	0	0	-	-
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	123	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	99	96	93	93
124.01	Entgelte für die Mitbenutzung von IuK-Ein- richtungen und Einnahmen aus dem Verkauf digitaler Programme 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.547.02.	0	0	-	-
124.02	Einnahmen aus Werbeverträgen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.547.02. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0	0	-	-
124.20	Einnahmen aus der Vermietung von Flächen der Dienstgebäude der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.517.22 06.0.6700.547.01 06.0.6800.547.10 06.0.6900.547.01.	98	68	68	68

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	93	195	93	93
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	59	41	56	56
231.01	Erstattungen für Zivildienstleistende vom Bund	0	7	7	7
261.01 (721)	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach §§ 15 und 26 LHO sowie der Anstalten öffentlichen Rechts	3.592	3.469	2.677	2.631
281.01	Erstattung von Sachkosten der Anstalten öffentlichen Rechts u. a Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.461.01 06.0.6000.535.56.	56	0	-	-
281.20	Erstattung durch Dataport für Gebäudekosten des Dienstgebäudes Billstraße Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.517.22.	50	51	51	51
281.21	Erstattung durch Landesbetriebe für Mietkosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.518.22.	0	0	-	-
282.01 (013)	Beiträge Dritter zu Informationsveranstaltungen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.531.01.	1	4	4	4
282.02 (422)	Beiträge Dritter zur Unterhaltung des Hamburger Stadtmodells Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.535.01.	0	0	-	-
282.05 (331)	Spenden für den Umweltschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.546.04.	0	0	-	-
282.06	Zuschüsse Dritter für die Durchführung der Architekturolympiade Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.685.02.	0	0	-	-
282.50	Zuschüsse für Gutachten und Untersuchungen für den Umweltbereich	39	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
	Gesamteinnahmen		4.071	3.644	3.598
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	19.777	19.613	17.216	17.302
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	91	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	5	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	698	13.356	12.246	12.636
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw	11	27	26	26
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	22	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 6 Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6000.281.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.111.06. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6800.261.01. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungengebundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Einzelplans	0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	796	814	814
462.01 (989)	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0	1.900-	1.400-	1.400-
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	464 23 R	305	661	683
511.86	Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe karten- und drucktechnischer Arbeiten Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	(39)	45	45	45

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	38 2 R	26	110	110
517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6000.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6000.281.20.	909 54 R	789	1.438	1.438
518.22	Mieten und Pachten Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.281.21.	5.174 129 R	5.378	3.882	3.882
519.01	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	255 481 R	622	410	410
525.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.119.03.	160 149 R	261	141	141
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	11	0	112	112
526.22	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	134 206 R	50	50	50
526.81 (332)	Gutachten und Untersuchungen für den Umweltbereich, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	(13)	15	15	15

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
527.22	Dienstreisen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	122 29 R	122	264	264
531.01 (013)	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6000.282.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.119.02.	139 282 R	288 10 VE	288	288
534.02	Betriebliche Gesundheitsförderung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	6 4 R	10	10	10
534.56	Sachaufwand im Zusammenhang mit IuK-Technik für Landesbetriebe	0	0	-	-
535.01 (422)	Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Stadtmodells Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.282.02.	21 11 R	14	14	14
535.56	Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6000.671.53 06.0.6000.671.54 06.0.6000.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6800.261.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6000.281.01.	997 336 R	1.388	1.183	1.183
539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	129	33	33	33
546.04 (332)	Verwendung zweckgebundener Spenden für den Umweltschutz Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.282.05.	0	0	-	-
546.86	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	(472)	489	489	489

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
546.93	Ersatzvornahmen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 06.0.6700.681.86 .	96 29 R	2	2	2
547.02	Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Effektivität der Verwaltung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6000.124.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.124.02.	0 1 R	0	-	-
547.05 (629)	Aufwendungen für Vorhaben aus erwirtschafteten Energie- und Wassereinsparungen (fifty-fifty) Übertragbar	2 4 R	0	-	-
547.10	Förderung internationaler Zusammenarbeit im Umweltbereich Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	15 8 R	15	15	15
547.22	Sächliche Verwaltungsausgaben -Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz- Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	1.302 231 R	1.207		
632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	2.303	2.303	2.303	2.303
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinforma- tion und Vermessung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	955 887 R	2.358	1.482	1.460
671.53	Erstattungen für ESARI-Dienstleistungen Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6000.535.56.	0	0	-	-
671.54	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport für Landesbetriebe Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6000.535.56.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	506	588	388	388
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6000.535.56.	827	921	882	882
681.86	Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 06.0.6700.681.86 .	(118)	81 21VE	84 21VE	84 21VE
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 06.0.6700.681.86 .	14	23 5 VE	22	22
682.01 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6000: Ergebnis Wert-GmbH	0	0	-	-
682.02 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6000: Ergebnis GBS	0	0	-	-
682.05 (322)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6000: Bäderland Hamburg	0	0	-	-
682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinfor- mation und Vermessung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	14.793	14.798	14.262	13.900
684.01	Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	71	71	71	71
685.01 (165)	Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeits- gemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mit- gliedschaften Übertragbar Zuwendungsanteil 01% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 .	506 31 R	522	519	519

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
685.02 (013)	Architektursommer und begleitende Ausstellungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6000-12 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.282.06.	25 325 R	0		
701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-16. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	134 209 R	50 50 VE	50 50 VE	50 50 VE
701.04	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuorganisa- tion der BSU Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	10 206 R	0		
701.56	Baumaßnahmen für IuK-Technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-11.	31 113 R	25	16	16
799.03	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinforma- tion und Vermessung Übertragbar	0	0	-	-
812.01	Erwerb von Geräten und beweglichen Sachen Übertragbar	58 74 R	0	60	
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6000.812.56.	99 249 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6000.812.54.	1.958 161 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6000 -----					
812.66	Investitionsausgaben Projekt Doppik Übertragbar	0	0	-	-
821.01	Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6000.131.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6000.281.03.	268 497 R	570 365 VE		
823.01	Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße Übertragbar	3.702 1.675 R	5.064	4.404	4.464
891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geo-information und Vermessung Übertragbar	0 1.266 R	1.056	1.131 581 VE	1.056 581 VE
891.56	Investitionszuschüsse an die Wirtschaftspläne der BSU für IuK-Maßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-11.	0	0	-	-
892.10 (741)	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskal-taxametern Übertragbar Zuwendungsanteil 30% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	178 102 R	0	-	-
893.01	Rückstellung für Freibäder Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	19 62 R	50	50	50
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		71.431 451 VE	63.788 652 VE	63.827 652 VE
6100 (411)	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung ----- EINNAHMEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
134.01 (422)	Einnahmen aus Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6100.821.01.	184	8.000	5.000	5.000
134.03 (422)	Kapitalrückzahlungen einschließlich Zinsen sowie Ausgleichsbeträge aus Maßnahmen außerhalb von Bodenordnungsgebieten (Sanierung)	983	400	400	400
231.02 (233)	Zuweisung des Bundes für Wohngeld	19.337	37.500	15.000	16.000
272.20 (440)	Zuschüsse der EU für das Projekt CASE im Rahmen des EU-Programms INTERREG III C Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.547.20.	0	0	-	-
311.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungs- baues Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.863.02.	974	726	600	400
331.01	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Maßnahme "Quartiers- und wohnprojektorientiertes Mehr- Generationen Projekt Hamburg-Langenhorn" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.893.01.	450	0	-	-
331.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.893.02.	4.995	4.984	4.900	4.000
331.03 (440)	Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadt- teilentwicklungsprogramm	1.673	1.718	2.011	2.245
331.04 (440)	Zuweisungen des Bundes für die städtebauliche Sanierung nach BauGB	856	1.620	2.665	2.953
331.06 (440)	Zuweisungen des Bundes für das Forschungsvorhaben Stadtumbau-West (EXWOST) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.893.06.	190	0	-	-
341.01 (422)	Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten nach BauGB Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6100.821.01.	0	0	5.000	2.000
342.01 (440)	Zuschüsse für Maßnahmen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6100.893.11.	74	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
342.02	Einnahmen im Zusammenhang mit Bauträger-Wettbewerben Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6100.799.02.	12	0	-	-
342.05 (440)	Zuschüsse für Maßnahmen der städtebaulichen Sanierung nach BauGB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6100.893.05.	3	0	-	-
	Gesamteinnahmen		54.948	35.576	32.998
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.727	4.895	4.529	4.526
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	6	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.734	31-	31	47
511.22 (419)	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	13 32 R	17	17	17
526.01 (419)	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	174 150 R	46 196 VE	334 46 VE	46 250 VE
526.02 (419)	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	32 169 R	53 102 VE	53 53 VE	53 53 VE
526.03 (419)	Aufwendungen für den Wettbewerb "Familienfreundlichstes Wohnquartier" Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	0	0	85 60 VE	85 60 VE
547.10 (440)	Aufwendungen für die Stadterneuerung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	1.537 410 R	1.603 1.603 VE	103 103 VE	103 103 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
547.20 (440)	Aufwendungen zur Durchführung des Projekts CASE im Rahmen des EU Programms INTERREG III C Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.272.20.	0	0	-	-
571.01	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbau- kreditanstalt Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.571.01 06.0.6100.571.02 .	1.094	845	820	613
571.02	Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbau- kreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.571.01 06.0.6100.571.02 .	6.970	7.850	6.762	6.780
631.01 (419)	Kostenerstattung gem. Wohngelddatenabgleichsverordnung Übertragbar	0	0	4	4
661.50	Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50 06.0.6100.663.50 .	62.138	75.000	66.000	74.000
663.50	Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6100.661.50 06.0.6100.663.50 .	13.208 1.428 R	17.669	10.500	14.500
681.86 (233)	Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke	(30.585) 16.000R	75.000	30.000	32.000
681.87 (419)	Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer Zweckzuweisung a.d. Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	(8) 20R	15 9VE	15 9VE	15 9VE
682.01 (419)	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-14 .	0 22 R	14	14	14
682.06 (854)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6100 : Ergebnis GWG	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
686.01 (440)	Projekt Lebenswerte Stadt Hamburg Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	10.000	
741.04	Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der sozialen Infrastruktur (Revitalisierung) Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	25	0		
799.02 (419)	Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträger-Wettbewerben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.02.	0 195 R	0	-	-
799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	17 152 R	25 25 VE	25 25 VE	25 25 VE
821.01 (422)	Aufwendungen in Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) Übertragbar GB 2007 2.023 GB 2008 1.023 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.134.01. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.341.01.	1.207 5.578 R	1.023 8.000 VE	7.023 8.000 VE	3.023 8.000 VE
821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	1.401 550 R	1.000 2.800 VE	1.800 2.600 VE	1.600 2.300 VE
821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung) Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	0 276 R	0	-	-
821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungs- aktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebie- ten Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	71 1.054 R	211 811 VE	211 511 VE	211 511 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
863.02	Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungs- baues Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.311.02.	1.482 3 R	726	600	400
891.02 (440)	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunder- neuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertra- genen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 16 (1) WoFG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	1.121 2.386 R	2.106 5.700 VE	2.106 3.000 VE	1.106 2.000 VE
892.01	Investitionszuschuss an Hagenbecks Tierpark für den Bau eines Menschenaffenhauses Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
893.01	Zuschüsse an die Wohnungsbaukreditanstalt für das quartiers- und wohnprojektorientierte Mehr-Generationen Projekt Hamburg-Langenhorn Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.331.01.	150 550 R	0	-	-
893.02	Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.331.02.	6.312	4.984	4.900	4.000
893.04	Zuschüsse zur Förderung familiengerechten Wohnungsbaus Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 .	0	0	3.528 4.000 VE	4.536 5.000 VE
893.05 (440)	Städtebauliche Sanierung nach BauGB Übertragbar Zuwendungsanteil 06% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.05. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	3.903 1.875 R	7.000 15.500 VE	8.600 15.500 VE	8.200 15.500 VE
893.06 (440)	Forschungsvorhaben Stadtumbau-West (EXWOST) Übertragbar Zuwendungsanteil 45% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.331.06. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	328 467 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6100 -----					
893.11 (440)	Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - "Aktive Stadtteilentwicklung" Übertragbar Zuwendungsanteil 21% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6100-22 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6100.342.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	4.951 2.901 R	7.500 15.500 VE	8.500 9.500 VE	9.500 9.500 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		207.551 50.246 VE	166.560 43.407 VE	165.404 43.311 VE
6200 (016)	Bauordnung und Hochbau ----- EINNAHMEN				
111.03 (043)	Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen	771	500	500	500
112.41 (043)	Zwangs- und Bußgelder u.a.	0	0	-	-
121.57	Einnahmen aus Abführungen des Wirtschaftsplans Staatlicher Hochbau / Dienstleistungsbereich (Weggefallener Ansatz)	0	0		
129.01	Erstattung für Aus- und Fortbildung im Hochbaubereich	2	3	3	3
281.01 (043)	Ersatz von Kosten für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6200.537.01.	535	351	351	351
281.03	Erstattung von Personal- und Sachkosten aus dem Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienst- stellen (Weggefallener Ansatz)	0	0		
	Gesamteinnahmen		854	854	854
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.017	5.222	5.242	5.188
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	26	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0	0	-	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6200 -----					
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	7.957	4.785	4.981	5.149
511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6200-15 .	62 2 R	53	53	53
514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6200-15 .	3	4	4	4
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	0	6	6
537.01 (043)	Prüfung von statischen Unterlagen und Überwachung von Baustellen durch Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, Untersuchungen durch Sachverständige Übertragbar GB 2007 249 GB 2008 249 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6200.281.01.	802 490 R	600 5.600 VE	600 5.600 VE	600 5.600 VE
671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinforma- tion und Vermessung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6200-15 .	0	0	15	15
682.57	Zuschuss an den Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Stadtent- wicklung und Umwelt	985	35	224	29
702.03 (195)	Sicherung und Grundinstandsetzung des Mahnmals St.Nikolai Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-16.	47 5 R	0		
799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-16.	156 497 R	200 200 VE	200 200 VE	200 200 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		10.899 5.800 VE	11.325 5.800 VE	11.244 5.800 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6210	Baufaufgaben des Bundes (Hochbau)				
(016)	-----				
	EINNAHMEN				
119.01	Verkauf von Ausschreibungsunterlagen (Bund)	29	10	10	10
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	192	4	4	4
129.01	Sonstige Einnahmen	0	0	-	-
231.01	Kostenerstattung für die Vorbereitung und Durch- führung von Bauaufgaben des Bundes, soweit nicht anderweitig veranschlagt	11.300	14.330	12.583	12.648
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6210.422.67 06.0.6210.425.67 06.0.6210.426.67 06.0.6210.432.67 06.0.6210.435.67 06.0.6210.436.67 06.0.6210.441.67 06.0.6210.511.67 06.0.6210.514.67 06.0.6210.517.67 06.0.6210.518.67 06.0.6210.519.67 06.0.6210.525.67 06.0.6210.526.67 06.0.6210.527.67 06.0.6210.534.67 06.0.6210.535.67 06.0.6210.539.67 06.0.6210.671.67.				
331.01	Zuweisung des Bundes für Investitionen	270	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6210.710.01 06.0.6210.812.01.				
	Gesamteinnahmen		14.344	12.597	12.662
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	65	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.154-	96-	226	247

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6210 -----					
535.56	IuK-Investitionsfolgekosten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Titelgruppe(n) -----	0	0		
Z67	Betriebsausgaben -----				
422.67	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	1.106	1.635	1.200	1.207
425.67	Vergütungen der Angestellten Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	5.292	6.546	5.300	5.332
426.67	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	0	8	-	-
432.67 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	332	513	360	362
435.67 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	476	607	477	480
436.67 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	0	1	-	-
441.67 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	44	68	48	48
511.67	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	169 12 R	160	160	160

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6210 -----					
514.67	Haltung von Dienstfahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	2	7	7	7
517.67	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	247	189	165	165
518.67	Mieten und Pachten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	445	432	380	380
519.67	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	31	21	21	21
525.67	Aus- und Fortbildung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	3	22	22	22
526.67	Sachverständige, Gerichts- u. ä. Kosten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	2	18	18	18
527.67	Dienstreisen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	13	12	12	12
534.67	Vergütung an Privatarchitekten u. a . für Bauaufgaben des Bundes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	2.815	4.009	4.009	4.009
535.67	IuK-Investitionsfolgekosten Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	74	150	150	150

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6210 -----					
539.67	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	15	10	10	10
671.67	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6210.231.01.	32	32	32	32
	Summen für Z67	11.098 12 R	14.440	12.371	12.415
710.01	Neu- Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6210.331.01.	0	0	-	-
812.01	Investitionsaufwand für den Einsatz von IuK-Technik Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6210.331.01.	258	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		14.344	12.597	12.662
6300	Verkehr und Straßenwesen				
(725)	----- EINNAHMEN				
111.03 (790)	Verwaltungsgebühren	1.494	1.120	100	100
111.11	Benutzungsgebühren	79	0	-	-
119.01	Ersatzleistungen für Schäden an Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.521.09.	0	26	26	26

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
119.05	Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.521.14.	0	0	-	-
119.99	Auffangtitel für Vergleichszahlen der mit Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer weggefallenen Ansätze	1.438	1.546		
121.01 (729)	Gewinnbeteiligung bei Garagenbauten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.893.02.	495	0	-	-
122.01 (729)	Einnahmen in Zusammenhang mit Werbung an Stadt- informationsanlagen und Fahrgastunterständen	1.652	3.600	5.000	5.000
122.02 (821)	Konzessionsabgabe Vattenfall Europe Hamburg AG (ehem. HEW)	92.594	88.776	92.932	93.142
122.03 (822)	Konzessionsabgabe E.ON Hanse AG	2.565	2.880	2.800	2.800
122.04 (823)	Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH	26.351	28.139	27.584	27.412
131.91	Verkauf von Grundstücken	1.430	2.000	2.000	2.000
162.01 (729)	Zinsen für Darlehen zu Garagenbauten (Weggefallener Ansatz)	0	0		
182.01 (729)	Tilgung von Darlehen zu Garagenbauten (Weggefallener Ansatz)	0	0		
231.01 (721)	Erstattung des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltslast des Bundes	1.002	2.000	1.300	1.300
231.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungs- gesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.682.02.	48.508	115.303	113.897	111.967
231.03 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungs- gesetz zur Minderung des Zuschussbedarfes an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 09.2.9590.682.10.	0	0	15.600	15.600

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
231.04 (721)	Erstattung des Bundes für Personalaufwendungen im Bereich des Autobahn- und Tunnelbetriebs Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.539.04.	0	0	3.550	3.550
231.08 (741)	Zuweisungen des Bundes für Ausgleichszahlungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.682.08.	0	0	-	-
233.01 (741)	Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum	3.747	1.000	3.500	3.500
261.01 (790)	Verwaltungskostenentgelte für die Planung und Durchführung von Bauaufträgen	31	0	-	-
272.01 (729)	Einnahmen aus Zuschüssen der EU Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.526.04.	502	0	-	-
281.01	Erstattung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen durch Dritte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.517.01.	112 1.878 R	0	-	-
281.02	Erstattungen Dritter für Unterhaltungskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.521.14.	71	0	-	-
281.03 (431)	Erstattungen Dritter für Betriebskosten der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.542.01.	17	50	50	50
281.04 (431)	Kostenerstattungen für Unterhaltungsmaßnahmen sowie Einnahmen aus der Beleuchtung von Unternehmerstraßen und dgl.	14	55	55	55
331.01 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Hamburgs	8.253	8.253	8.250	8.250
331.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Dritter Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.891.02.	26.484	13.500	13.500	13.500

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
331.03 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs durch Hamburg (Weggefallener Ansatz)	0	0		
331.08 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.891.08.	76.499	0	-	-
331.10 (741)	Kostenbeiträge zu Maßnahmen gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.10.	1.408	0	-	-
331.11 (741)	Kostenbeiträge des Bundes und der DB AG für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.20.	3.846	0	-	-
331.14 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen durch Dritte (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.891.14.	0	0		
331.20 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für die Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Weggefallener Ansatz)	0	0		
331.21 (741)	Einnahmen für flankierende Maßnahmen beim Ausbau der AKN in Eidelstedt (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.21.	0	0		
331.22 (741)	Zuweisungen des Bundes aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer für den zweigleissigen Ausbau der AKN in Eidelstedt (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.891.21.	0	0		
341.02	Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.788.01.	1.669	1.500	1.500	1.500

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
341.03	Einnahmen von Bauträgern für Grunderwerb bei Erschließungsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.821.03.	0	0	-	-
341.04	Einnahmen für die Neugestaltung des Spielbudenplatzes (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.750.01.	0	0		
341.06	Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6300.789.01.	448	1.500	1.500	1.500
341.09	Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Brücken Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.741.09.	15	0	-	-
341.10 (431)	Zuschuss Dritter zum Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.741.10.	60	0	-	-
341.12 (741)	Einnahmen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.742.12 06.0.6300.891.48.	0	0	-	-
341.14	Beiträge Dritter zur Grundinstandsetzung von Straßen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.741.14.	21	0	-	-
341.20	Kostenbeiträge Dritter zur Umgestaltung Hamburger Plätze Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6300.741.20.	578	0	-	-
341.31	Allgemeine Wegebaubeiträge 2.50 % der Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6700.891.02.	2.308	4.000	4.000	4.000
342.03 (729)	Ausgleichsbeträge zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.893.02.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
356.01	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb zur teilweisen Finanzierung des Umbaus des ZOB Bergedorf Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6300.891.27.	0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		275.248	297.144	295.252
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	7.881	8.741	7.447	7.613
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	103	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	3	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	6.438	8.753	7.583	7.917
429.01	Auffangtitel für Vergleichszahlen der mit Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer weggefallenen Ansätze	20.725	20.892		
511.22 (790)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Gebrauchsgegenstände, Fahrgelder und vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	27 15 R	38	32	32
514.22 (790)	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	3	1	1	1
517.01	Zahlung von Rohrnetz- und Baukostenzuschüssen bei der Erschließung stadteigener Gewerbeflächen und Einzelbauplätze Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.281.01.	65	0	-	-
521.01 (729)	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschließlich Zubehör Übertragbar GB 2007 106 GB 2008 106 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 4.00 % der Einnahmen bei 01.2.1230.111.12.	374 44 R	438 300 VE	454 300 VE	454 300 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
521.09	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.119.01.	4.421 557 R	5.126 4.000 VE	7.349 6.200 VE	7.359 6.200 VE
521.14	Aufwendungen für Öffentliche Straßen und Wege Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.119.05 06.0.6300.281.02.	8 26 R	113 250 VE	2.083 1.400 VE	2.083 1.000 VE
521.81	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	(9.986)	7.349 4.150VE	7.054 4.700VE	7.054 3.600VE
521.86	Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	(70)	200		0
526.03 (729)	Wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Verkehrspolitik und der öffentlichen Verkehrswirtschaft Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	0	0		
526.04 (729)	Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.272.01.	389 934 R	0	-	-
537.01 (729)	Verkehrsdatenerfassung und -aufbereitung sowie Einrichtung einer Verkehrsdatenbank Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	0	0		
539.01	Auffangtitel für Vergleichszahlen der mit Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer weggefallenen Ansätze	2.153 1 R	2.727		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
539.04 (721)	Honorare und Entgelte an d. Landesbetrieb Straßen, Brücken u. Gewässer f. Betriebs- u. Unterhaltungs- maßnahmen in der Auftragsverwaltung Bundesfernstr. Übertragbar GB 2007 6.393 GB 2008 6.422 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.231.04.	0	0	9.943 9.000 VE	9.972 9.000 VE
542.01 (431)	Betriebsausgaben für die öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen Übertragbar GB 2007 22.360 GB 2008 22.364 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.119.09 01.3.1330.119.09 01.4.1430.119.09 01.5.1530.119.09 01.6.1630.119.09 01.7.1730.119.09 01.8.1830.119.09 06.0.6300.281.03.	22.572 379 R	23.055 3.500 VE	22.410 4.500 VE	22.414 4.500 VE
546.86	Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	(3.825)	0 2.000VE	- 2.000VE	0 2.000VE
547.22 (790)	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verkehrsdaten, Öffentliche Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik - Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	309 283 R	386 100 VE	736 500 VE	736 500 VE
632.01 (741)	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV Übertragbar	230	230	-	-
633.01 (741)	Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV Übertragbar	1.549	1.000	-	-
671.01 (741)	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-16 .	0	0 10 VE	- 10 VE	- 10 VE
671.55 (790)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs, -Sondernetz-	2.403	2.403	2.492	2.493

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
682.01 (741)	Betriebskostenzuschüsse für den ÖPNV (ohne DB AG) (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 90%	0	0		
682.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungs- gesetz Übertragbar GB 2007 0 GB 2008 0 Zuwendungsanteil 15% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.231.02. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.231.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	113.897 100.000 VE	111.967 100.000 VE
682.03 (741)	Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungs- und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastun- gen aus dem Ausbildungsverkehr Übertragbar	39.019 65 R	37.000	37.000	37.000
682.04 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich HHA Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
682.05 (859)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich P+R Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
682.06 (832)	Zuschuss an die Eisenbahn-Aktiengesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	1.199 78 R	895	955	922
682.08 (832)	Ausgleichszahlung nach § 16 Allgemeines Eisenbahn- gesetz für betriebsfremde Aufwendungen der nicht- bundeseigenen Eisenbahnen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.231.08.	253 118 R	239	240	245
682.09 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich VHH Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
682.11 (839)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpol. Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich HADAG Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
682.13 (741)	Zahlungen für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr Übertragbar	92.630	97.500 96.900 VE	-	-
682.14 (741)	Zahlungen für Leistungen im ÖPNV mit Bussen Übertragbar	0	0 1.400 VE	-	-
682.15 (741)	Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV Übertragbar Zuwendungsanteil 90%	13.914	16.573	-	-
682.17 (741)	Sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 90%	0	0		
682.30 (831)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6300: Verlustausgleich PVG Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	4.708 10 R	4.250 7.000 VE	3.933 6.000 VE	3.907 6.000 VE
741.02 (729)	Förderung des Radverkehrs Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	362 44 R	200 200 VE	1.248 1.240 VE	1.246 240 VE
741.03 (729)	Förderung des Radverkehrs aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO Übertragbar Zuwendungsanteil 05%	106 3.688 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
741.04 (741)	Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	1.785 55 R	1.178 2.000 VE	1.269 2.000 VE	1.261 2.000 VE
741.05 (741)	Förderung des ÖPNV auf der Straße aus Ausgleichs- beträgen gemäß § 49 (4) HBauO Übertragbar	628 3.527 R	0	-	-
741.08	Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	436	100 300 VE	129 300 VE	128 300 VE
741.09	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.09.	4.648 151 R	5.790 9.000 VE	5.500 4.200 VE	4.254 7.900 VE
741.10 (431)	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffent- lichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.10.	2.659	2.800 3.000 VE	1.940 1.900 VE	1.927 1.900 VE
741.11 (431)	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	5.842	8.000 8.000 VE	8.621 8.500 VE	8.564 8.600 VE
741.12 (431)	Verstärkung der verkehrsadaptiven Netzsteuerung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0 500 R	0	5.388 5.300 VE	5.352 4.300 VE
741.13 (729)	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohn- wagengesetz Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	5 261 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
741.14	Grundinstandsetzung von Hauptverkehrsstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.14.	5.673 45 R	5.980 10.000 VE	6.466 6.000 VE	5.888 6.000 VE
741.15	Sonderprogramm zur Grundinstandsetzung von Fahrbahnflächen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	6	0		
741.20	Umgestaltung Hamburger Plätze Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.20.	170 1.608 R	0	2.000 1.000 VE	1.000
741.21	Verbesserung des Verkehrsflusses Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	535 1.205 R	0	3.233 3.200 VE	3.211 3.200 VE
741.25 (741)	Maßnahmen zur Nutzung des ehemaligen Hafenbahntun- nels durch den ÖPNV Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	0 944 R	0	-	-
741.81	Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	(6.264)	400 400VE	9.319 10.450VE	9.319 10.450VE
741.83	Grundinstandsetzung von Straßen Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	(559)	6.289 6.200VE		0
742.01 (741)	Rückstellung für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
742.03 (741)	Bau, Erweiterung und Grundinstandsetzung von öffentlichen P+R-Anlagen Übertragbar Zuwendungsanteil 05%	0 544 R	0	-	-
742.08 (729)	Bau von Velorouten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	118 529 R	0		
742.09 (741)	Busbeschleunigung Linie 25 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	754 155 R	0		
742.10 (741)	Umbau und Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	153 40 R	0		
742.12 (741)	Planerische Vorleistungen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.341.12.	123 9.344 R	0	-	-
750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.04.	904 3.471 R	0		
750.23	Umgehung Finkenwerder Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.376 91 R	7.700 20.000 VE	7.759 14.173 VE	7.708 6.465 VE
760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand" Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	64 17 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	291 757 R	0		
770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstiegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	229	0		
771.01	Sicherung der Verkehrsinfrastruktur - Straßen einschließlich Radwege - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	1.155 1.100 VE	1.141 3.200 VE
771.07	Grundinstandsetzung und Umbau des Horner Kreisel Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.934	3.000 1.400 VE	1.509	
771.08	Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmanstraße zw. Dorothea-Kasten-Straße und Hebebrandstraße Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0 500 R	3.000 1.800 VE	2.479 535 VE	535
773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	135 68 R	679		
775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	536 333 R	1.500 500 VE		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	1.628 786 R	0		
785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17.Juni Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0 9 R	0		
785.03	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	4	0		
785.06	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	25	130		
785.07	Grundinstandsetzung der Wiesendammbrücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0	1.500 2.800 VE	2.360 970 VE	970
785.08	Grundinstandsetzung der Hoheluftbrücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0	0	1.180 4.391 VE	4.060 331 VE
788.01	Allgemeine Erschließungen Übertragbar GB 2007 8.199 GB 2008 8.134 Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.341.02 01.3.1330.341.02 01.4.1430.341.02 01.5.1530.341.02 01.6.1630.341.02 01.7.1730.341.02 01.8.1830.341.02 06.0.6300.341.02.	15.110 844 R	9.000 25.000 VE	9.699 25.000 VE	9.634 25.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
788.02	Erschließung Hafencity Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	269 2.317 R	0	5.388 16.000 VE	16.057 16.000 VE
789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes Übertragbar GB 2007 5.613 GB 2008 6.636 Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.341.06 01.3.1330.341.06 01.4.1430.341.06 01.5.1530.341.06 01.6.1630.341.06 01.7.1730.341.06 01.8.1830.341.06 06.0.6300.341.06.	1.431 688 R	5.100 21.000 VE	7.113 21.000 VE	8.136 21.000 VE
799.01 (790)	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen,-architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u.dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	15.096 609 R	11.588 12.500 VE	3.721 4.500 VE	3.638 4.500 VE
799.04 (721)	Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Investitionsprojekte in der Auftrags- verwaltung Bundesfernstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0	0	8.387 9.700 VE	8.307 9.700 VE
811.04 (790)	Beschaffung von Fahrzeugen und Großgeräten für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	0	0	-	-
811.86 (790)	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbau- maßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	(407)	200 200VE	200 200VE	200 200VE
812.06 (729)	Beschaffung von Kameras zur Verkehrslageerfassung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 13 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
821.01	Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Straßenbaus Übertragbar	661 2.466 R	600 1.150 VE	650 900 VE	900 400 VE
821.02 (729)	Entschädigungen, Verlagerungskosten und Billig- keitszahlungen im Zusammenhang mit Grunderwerb Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.03	Grunderwerb und Entschädigungen bei Erschließungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.341.03.	2.901 694 R	3.125 8.125 VE	3.705 3.125 VE	3.125 3.125 VE
821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes (Grunderwerb) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	0	0		
821.06 (741)	Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Schnellbahnbaus inkl. P+R-Anlagen Übertragbar	662 650 R	100 100 VE	100 100 VE	100 100 VE
821.07	Grunderwerb für die Grundinstandsetzung und den Umbau des Horner Kreisel Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.08	Grunderwerb für die Grundinstandsetzung und den Umbau der Sengelmannstraße zw. Dorothea-Kasten- Straße und Hebebrandstraße Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.11 (741)	Grunderwerb für U-Bahn-Folgemaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.13 (741)	Entschädigungen für die Begründung von Dienstbar- keiten für Tunnelanlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
821.15	Grunderwerb für die Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.16	Grunderwerb für den Ausbau der Straße Am Stadtrand zwischen Friedrich-Ebert-Damm und Walddörferstraße Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
821.23	Grunderwerb für den Bau der Ortsumgehung Finken- werder Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6300-41 .	0 70 R	70 70 VE	70 70 VE	70 70 VE
881.05 (721)	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	960 1.040 R	2.100 8.400 VE	2.263 9.000 VE	2.248 9.000 VE
891.02 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflech- tungsgesetz Übertragbar GB 2007 0 GB 2008 0 Zuwendungsanteil 100% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	14.505	13.500	13.500	13.500
891.03 (741)	Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunter- nehmen aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
891.04 (741)	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behin- dertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	1.228 9.303 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
891.05 (741)	Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG gemäß U-Bahn-Verkehrswegevertrag Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	10.277	10.226	10.226	10.226
891.06 (729)	Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrs- information in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	352 1.094 R	500 500 VE	500 500 VE	500 500 VE
891.08 (741)	Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungs- gesetz für Investitionen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.08. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	5.889 97.650 R	0	-	-
891.10 (741)	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen gem. Eisenbahnkreuzungs- gesetz Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.10.	322 931 R	750 5.000 VE	1.509 5.000 VE	1.499 5.000 VE
891.14 (741)	Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.14.	9.479	0		
891.15 (741)	Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunter- nehmen (§ 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz) Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
891.17 (741)	Zuschüsse für die Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	12.704	0	-	-
891.18 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahn- anbindung Flughafen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	14.251 7.195 R	10.750 300 VE	16.576 47.512 VE	12.987 34.525 VE
891.19 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity und der Anbindung Bramfeld Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	3.792 42 R	6.000 455.000 VE	15.260 233.000 VE	23.560 209.000 VE
891.20 (741)	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.11 06.0.6300.331.20.	8.247 13.644 R	700 30.000 VE	826 30.000 VE	848 30.000 VE
891.21 (741)	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.331.21 06.0.6300.331.22.	1.447 4.204 R	450		
891.27	Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6300.356.01.	0	0	-	-
891.28	Auffangtitel für Vergleichszahlen der mit Gründung des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer weggefallenen Ansätze	10 329 R	135 135 VE		
891.48 (741)	Zuwendung für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6300.341.12.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6300 -----					
892.01 (741)	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibus- bahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-40.	0 894 R	0		
893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-20.	997 30 R	1.100 3.000 VE	1.050 3.000 VE	600 3.000 VE
893.02 (729)	Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bau- ordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1230.342.03 01.3.1330.342.03 01.4.1430.342.03 01.5.1530.342.03 01.6.1630.342.03 01.7.1730.342.03 01.8.1830.342.03 06.0.6300.121.01 06.0.6300.342.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 16.355 R	0 10.000 VE	- 10.000 VE	- 10.000 VE
893.03	Zuwendungen zum Bau von Anlagen für den ruhenden Verkehr Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	879 9.005 R	0	-	-
893.04 (749)	Kostenbeteiligung Hamburgs zu freiwilligen Schall- schutzmaßnahmen an der Güterumgehungsbahn Übertragbar	0	0	450 300 VE	300
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		362.149 765.690 VE	386.357 618.776 VE	395.168 569.116 VE
6610 (422)	Landes- und Landschaftsplanung ----- EINNAHMEN				
111.01 (321)	Verwaltungsgebühren	0	0	2	2
119.98 (321)	Vermischte Einnahmen	2	1	1	1

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
124.01 (321)	Einnahmen aus Verpachtung von Dauerkleingärten	0	0	900	900
125.01	Einnahmen aus der Abgabe von Planunterlagen an Private	0	2	2	2
131.01 (321)	Erstattung nach § 61 LHO für die Gedenkstätte Neuengamme	0	0	511	
131.91 (321)	Verkauf von Grundstücken	1.764	700	700	700
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.821.01 06.0.6610.821.06.				
182.01 (321)	Rückzahlung des Darlehens durch den Norddeutschen und Flottbeker Reiterverein	5	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.741.01.				
231.01 (249)	Ruherechtsentschädigung durch den Bund für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft	490	489	489	489
	81.89 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.545.02.				
231.02 (249)	Kostenerstattung des Bundes für die Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft auf den Friedhöfen der FHH	574	518	545	545
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.2.1230.545.33 01.3.1330.545.33 01.6.1630.545.33 01.7.1730.545.33 01.8.1830.545.33 06.0.6610.545.01.				
233.01 (321)	Zuweisungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zur Intensivierung der Sauberkeit im öffentl. Grün	0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.521.81.				
235.01 (321)	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Intensivierung der Sauberkeit im öffentl. Grün	0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.521.81.				
272.20	Zuschüsse der EU für Vorhaben im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III/IV ff.	0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.547.20.				
272.30	Sonstige Zuschüsse für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung der IBA 2013	0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.547.30.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
282.01	Beteiligung Dritter an Wettbewerben und Planverfahren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.526.01.	115	0	-	-
282.02	Einnahmen und Beteiligung Dritter am Leitprojekt "Sprung über die Elbe" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.526.03.	0	0	-	-
282.04	Einnahmen und Beteiligung Dritter an der Vorbereitung des Kooperationsprojektes "Ökologische Bauausstellung Shanghai 2006" (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.526.04.	20	0		
282.91 (321)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.546.91.	2	0	-	-
341.01	Einnahmen aus Beteiligung von Planungsbegünstigten an durch Bauleitplanverfahren ausgelösten Kosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.791.01.	0	0	-	-
341.02	Einnahmen für das Projekt "Sprung über die Elbe" und die Internationale Bauausstellung 2013 (IBA) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.893.01.	0	0	-	-
341.03 (329)	Kostenbeitrag Dritter für Kleingartenersatzland Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.821.01.	0	0	-	-
341.04 (321)	Zuweisungen Dritter auf Grund vertraglicher Verpflichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.741.10 06.0.6610.791.02.	0	0	-	-
346.30	Einnahmen für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung der IBA 2013 Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.893.01.	0	0	-	-
356.03 (321)	Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau auf Teilflächen der Anzuchtgärtnerei des Friedhofes Ohlsdorf 543000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6610.741.01 06.0.6610.741.05.	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
382.01	Grundstückseigentümerbeiträge in Innovationsbereichen (ohne Verwalt.aufwandsabgabe) z. Stärkung u. Entw. urb. Einzelhandels-/Dienstleist.zentr. (BID) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6610.982.01.	1.105	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.710	3.150	2.639
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.029	5.178	5.602	5.612
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	19	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	471-	70-	108-	86-
511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	11 18 R	17	34	36
518.01 (321)	Nutzungsentgelte für vorübergehend überlassene öffentliche Grünflächen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	0	0	83	
521.02 (321)	Erhaltung kulturell und historisch wertvoller Denkmale auf staatlichen Friedhöfen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	4 4 R	5 5 VE	7 7 VE	7 7 VE
521.81 (321)	Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und bezirkliche Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.233.01 06.0.6610.235.01.	(14.798)	11.353	14.835	14.835
525.01 (321)	Überbezirkliche Aus- und Fortbildung von Bediensteten der Grünverwaltungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	9 5 R	14 14 VE	14 14 VE	14 14 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.282.01.	1.053 2.256 R	1.073 1.073 VE	1.083 1.083 VE	1.083 1.083 VE
526.03	Ausgaben im Rahmen des Leitprojektes "Sprung über die Elbe" Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.282.02.	82 17 R	0	-	-
526.04	Ausgaben im Rahmen der Vorbereitung des Kooperationsprojektes "Ökologische Bauausstellung Shanghai 2006" Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.282.04.	238 51 R	0		
526.10	Verleihung des Fritz-Schumacher-Preises durch die Freie und Hansestadt Hamburg Übertragbar	0	0	40	
526.81	Planungsleistungen, Beteiligung d. Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	(1.068)	700 700VE	700 700VE	700 700VE
535.01 (321)	Vorbereitung von Maßnahmen an Bäumen und im öffentlichen Grün Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	222 13 R	260 260 VE	260 260 VE	260 260 VE
545.01 (249)	Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6610.231.02.	453 87 R	518	545	545
545.02 (249)	Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 81.89 % der Einnahmen bei 06.0.6610.231.01.	401 401 R	401	401	401

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
545.03 (439)	Grabgebühren und Unterhaltung der Gräber im öffentlichen Interesse auf den Friedhöfen der Anstalt Hamburger Friedhöfe Übertragbar	64	64	64	64
545.04 (439)	Zuführung an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege -Altverträge- Übertragbar	500	500	450	450
545.86 (439)	Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(970)	600 50VE	670 120VE	670 120VE
546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	26 123 R	75 75 VE	285 285 VE	285 285 VE
546.91 (321)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.282.91. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	2 1 R	0	-	-
547.20	Aufwendungen für Vorhaben im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III/IV ff. Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.272.20.	48	0	-	-
547.30	Aufwendungen für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung der IBA 2013 Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.272.30.	0	0	-	-
681.01	Entschädigungen in Geld für Planungsschäden nach dem Baugesetzbuch Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	0	0	-	-
682.01	Betriebszuschuss an die IBA-GmbH Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	2.200 1.000 VE	2.600 1.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
684.01 (249)	Zuschuss an den Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-19 .	0	5	3	3
685.02 (321)	Unterhaltung des öffentlichen Grüns durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe	2.400	2.200	2.200	2.200
741.01 (321)	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6610.356.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.182.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	7 116 R	3.900 2.000 VE	5.279 3.000 VE	5.700 3.000 VE
741.05 (329)	Herrichtung u. Umgestaltung v. Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgeländen, vorbereitende Untersuchungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6610.356.03. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	40 7 R	500 1.400 VE	700 1.400 VE	700 1.400 VE
741.10 (321)	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschließlich digitaler Erfassung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6610.341.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	14	1.050 2.000 VE	1.960 2.000 VE	1.050 2.000 VE
741.11 (321)	Ersatz von Straßenbäumen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	900 600 VE	600
741.81 (321)	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Entwicklung d. Straßenbaumbestandes sowie f. bez. Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 .	(3.583)	1.100 1.100VE	1.400 1.400VE	1.400 1.400VE
748.84 (321)	Städtische Grünplanung Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf	(152)	0	100 100VE	100

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 .				
749.84 (321)	Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blomen / Wallringpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte	(562)	50 600VE	300 500VE	500 600VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 .				
751.01 (321)	Internationale Gartenschau 2013	200	200	2.000 10.000 VE	3.800 10.000 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 .				
752.84 (321)	Herrichtung der Grünflächen im Bebauungsplangebiet Neugraben-Fischbek 65, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg	(0)	0	380 1.078VE	500 578VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 .				
791.01	Ausgaben im Zusammenhang mit der Beteiligung von Planungsbegünstigten an Kosten in Folge oder als Voraussetzung von Bauleitplanung	0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.341.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
791.02 (321)	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün sowie auf bezirklichen Friedhöfen	75 37 R	750 750 VE	750 750 VE	750 750 VE
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6610.341.04. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
821.01 (321)	Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingarten-Ersatzflächen	3.132 439 R	1.025 1.000 VE	2.143 1.000 VE	25 1.000 VE
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6610.131.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.341.03.				
821.06 (321)	Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb	1.907 374 R	510	2.250	560
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6610.131.91.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6610 -----					
821.25 (321)	Grunderwerb für Grünflächen im Neubaugebiet Allermöhe II Übertragbar	0 785 R	752	2.200	648
821.27 (321)	Grunderwerb für die Grünflächen im Bebauungsplan- gebiet Neugraben-Fischbek 65 Übertragbar	0	0	-	500 1.395 VE
831.01	Zuführung von Kapital an die IBA-GmbH zur Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
891.02	Investitionszuschuss an Hamburg Port Authority (HPA) zur Umgestaltung der Niedernfelder und Muggenburger Durchfahrt Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	9.800	
891.03 (321)	Zuschuss an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für die Umstrukturierung der Anzuchtgärtnerei Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
893.01	Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der IBA 2013 im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes "Sprung über die Elbe" Übertragbar Zuwendungsanteil 70%	0	0	5.800 7.200 VE	7.200 8.700 VE
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6610-21 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.341.02 06.0.6610.346.30. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen				
982.01	Ausgaben an Aufgabenträger in Innovationsbereichen zur Stärkung u. Entwicklung urbaner Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6610.382.01.	1.070 35 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		32.730 11.027 VE	65.330 32.497 VE	53.712 34.292 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700	Umweltschutz				
(331)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01 (623)	Verwaltungsgebühren	137	204	120	120
111.02	Einnahmen aus der Grundwassergebühr	4.315	4.950	4.950	4.950
111.03	Verwaltungsgebühren für die Genehmigung und Überwachung von Entsorgungsanlagen	180	81	95	95
111.05	Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungs- vorgängen nach der Umweltgebührenordnung	497	300	350	350
111.06	Einnahmen aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.461.01 06.0.6700.542.02.	2.201	0	-	-
111.12 (623)	Benutzungsgebühren	268	286	177	177
111.13 (623)	Schleusen- und andere Gebühren	62	83	83	83
111.14	Einnahmen aus der Ablösung von Gebühren	0	0	-	-
112.01 (623)	Zwangs- und Bußgelder	2	5	3	3
119.01 (177)	Entgelte aus Aufträgen der öffentlichen Hand Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6700.429.62 06.0.6700.534.62.	0	0	-	-
119.03 (623)	Erstattung von Auslagen bei förmlichen Wasserrechtsverfahren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.541.04.	0	0	-	-
119.04 (623)	Einnahmen aus dem Verkauf von Ausschreibungsunter- lagen im Zusammenhang mit der Altlastensanierung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.787.06.	5	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
119.05	Erstattung besonderer Auslagen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.541.03.	2	0	-	-
119.06	Sicherheitsleistungen für Abfallexporte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.541.03.	0	0	-	-
119.07	Einnahmen aus dem Verkauf von Merkblättern etc. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.547.01.	0	0	-	-
119.92 (332)	Schadenersatzleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.521.02 06.0.6700.521.04 06.0.6700.521.06 06.0.6700.541.04.	72	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	0	0	-	-
124.01 (623)	Einnahmen im Zusammenhang mit der Vermietung von Flächen und Anlagen auf der Deponie Georgswerder	31	27	29	29
124.91 (623)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Weggefallener Ansatz)	7	0		
125.01 (623)	Einnahmen aus der Nutzung gereinigter Grundwässer Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.787.90.	11	0	-	-
125.02 (627)	Einnahmen aus der industriellen Nutzung von Deponiegas aus der Deponie Georgswerder Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.892.10.	39	30	28	26
125.03 (622)	Einnahmen aus der Stromproduktion der Windenergieanlage auf der Deponie Georgswerder Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 06.0.6700.519.02.	71	50	45	45
131.91 (623)	Verkauf von Grundstücken	2.170	40	40	40

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
231.02 (623)	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Untersuchungsaufgaben u. dgl.	12	18	12	12
261.01 (623)	Erstattungen für Beratungsleistungen und von Untersuchungskosten bei Untergrundverunreinigungen	8	9	23	23
261.02 (332)	Erstattung einer Verwaltungskostenpauschale durch die Wassergütestelle Elbe	16	16	16	16
272.20 (623)	Zuschüsse der EU zum Projekt FLOWS Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6700.971.20.	381 30 R	0	-	-
281.01 (623)	Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand an Hamburger Gewässern Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.521.02.	18	0	-	-
282.01 (177)	Einnahmen aus Aufträgen sonstiger Dritter Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6700.429.63 06.0.6700.534.63.	0	0	-	-
331.01 (625)	Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	6.881	18.600	18.600	18.600
341.01 (625)	Kostenbeiträge Dritter zur Anpassung an den Hochwasserschutz	157	0	-	-
341.02 (623)	Erstattung von Kosten im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen	10	7	7	7
341.04 (623)	Kostenbeiträge Dritter für Planung, Umgestaltung und Neubau von Hamburger Gewässern Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.741.01.	272	0	-	-
341.06 (623)	Kostenbeteiligungen Dritter im Rahmen des Altlastensanierungsprogramms Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6700.787.07.	1.199	0	-	-
341.36 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gemäß § 8 Abs.1 Sielabgabengesetz	782	300	200	200
341.37 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6700.891.01.	5.003	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
	Gesamteinnahmen		25.006	24.778	24.776
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.828	12.565	12.526	12.570
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1-	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	202	475	622	666
427.01	Beschäftigungsentgelte	0	11	11	11
	Übertragbar				
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens (Weggefallener Ansatz)	0	0		
517.81 (432)	Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(947)	631	631	631
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-15.	0 3 R	1	1	1
519.02 (623)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung Übertragbar GB 2007 8 GB 2008 8 Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-15. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.125.03.	19 164 R	58	53	53
521.02 (623)	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.92. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.281.01.	1.064	878 250 VE	5.263 275 VE	5.282 275 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
521.03 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser- notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG) Übertragbar	10	10 5 VE	10 5 VE	10 5 VE
521.04 (625)	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.92.	2.097 149 R	1.995 465 VE	2.678 500 VE	2.681 500 VE
521.05 (332)	Aufwendungen für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.521.05 06.0.6700.521.86 .	0	0	151	151
521.06 (625)	Betriebsausgaben an die Hamburg Port Authority (HPA) für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.92.	0	0	3.741 500 VE	3.741 500 VE
521.81 (623)	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung einschl. Renaturierung kleinerer Fließgewässer Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 .	(2.237)	1.872 517VE	1.887 517VE	1.887 517VE
521.86 (434)	Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.521.05 06.0.6700.521.86 .	(845)	981 589VE	830 500VE	830 500VE
521.87 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser- notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(37)	19	22	22
521.88 (625)	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge an wasserwirtsch. Verbände, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 .	(1.586)	662 128VE	662 128VE	662 128VE
535.04 (432)	Gebühren für Entwässerung öffentl. Wege und Abwasserabgabe für Niederschlagswasseranteil Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.535.04 06.0.6700.671.04 .	23.800	24.200	24.200	24.200 500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
541.02 (177)	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-20 .	54 8 R	60	72	77
541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-20 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.119.05 06.0.6700.119.06.	52 294 R	196 131 VE	226 263 VE	226 263 VE
541.04 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-20 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.92. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.119.03.	339 56 R	317 315 VE	307 300 VE	307 300 VE
541.05 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für Bodenschutz und Altlastensanierung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-20 .	27 13 R	28	48	48
542.02	Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.111.06.	2.158 1.507 R	0	-	-
546.01 (332)	Überwachungsprogramm für die Hamburger Stadtgewässer nach EG-Wasserrahmenrichtlinie Übertragbar	0	0	350 250 VE	250 100 VE
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben - Amt für Umweltschutz - Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6000.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.119.07.	58 37 R	74	51	51
547.20 (623)	Aufwendungen zur Durchführung des Projektes FLOWS in Hamburg Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6700.971.20.	345	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
637.01 (332)	Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe Übertragbar	158	158	158	158
637.02	Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe Übertragbar	14	15	15	15
671.01 (433)	Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6700.671.02.	22.553	22.553	22.553	22.553
671.02 (433)	Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti) Übertragbar Zuwendungsanteil 30% Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6700.671.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	382 182 R	638 50 VE	638 50 VE	638 50 VE
671.04 (432)	Erstattungen an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6700.891.03. Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.535.04 06.0.6700.671.04 .	2.108 423 R	2.152	2.152	2.152
671.05 (433)	Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst Übertragbar	6.947	6.947	6.947	6.947
671.07	Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen etc. Übertragbar	6.308	6.258	6.208	6.208
681.02 (625)	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 .	0	0	-	-
681.86	Schadenersatzleistungen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6000.546.93 06.0.6000.681.86 06.0.6000.681.92 06.0.6700.681.86 .	(0)	3		0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
684.01 (332)	Zuwendungen an WWF - Internationales WWF - Zentrum für Meeresschutz Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	170	170
685.02 (625)	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6700-17 .	24 3 R	30	146	146
	Titelgruppe(n) -----				
Z62	Ausgaben für Aufträge der öffentlichen Hand -----				
429.62 (177)	Personalausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.01.	42	0	-	-
534.62 (177)	Sach- und Fachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.119.01.	34	0	-	-
	Summen für Z62	76	0	0	0
Z63	Ausgaben für Aufträge sonstiger Dritter -----				
429.63 (177)	Personalausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.282.01.	0	0	-	-
534.63 (177)	Sach- und Fachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6700.282.01.	0 1 R	0	-	-
	Summen für Z63	0 1 R	0	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
701.02 (432)	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-16. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	120 230 VE	120 120 VE	120 120 VE
741.01 (623)	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.741.01 06.0.6700.741.02 06.0.6700.746.01 06.0.6700.811.01 06.0.6700.893.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.341.04.	5.993 568 R	6.120 6.000 VE	7.530 7.120 VE	7.392 7.120 VE
741.02 (623)	Grundinstandsetzung Fuhlsbütteler Schleuse Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.741.01 06.0.6700.741.02 06.0.6700.746.01 06.0.6700.811.01 06.0.6700.893.01 .	0	0		2.108 12.000 VE
742.02 (332)	Kosten für Gewässermessstellen einschl. wissenschaftlicher Begleituntersuchungen sowie Ingenieurleistungen Übertragbar	470 106 R	480 560 VE	573 480 VE	480 480 VE
742.84 (332)	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0)	0		0
746.01 (625)	Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.741.01 06.0.6700.741.02 06.0.6700.746.01 06.0.6700.811.01 06.0.6700.893.01 .	40.131 4.676 R	28.750 45.500 VE	34.232 40.000 VE	33.491 40.000 VE
787.01 (623)	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorge- maßnahmen bei Untergrundverunreinigungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14.	2.929 489 R	3.204 3.931 VE	3.180 3.000 VE	2.960 3.000 VE
787.02 (623)	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14.	2.331 131 R	1.700 2.000 VE	1.700 1.700 VE	1.700 1.700 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
787.06 (623)	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.119.04.	569 172 R	900 900 VE	940 900 VE	900 900 VE
787.07 (623)	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.341.06.	4.742 1.579 R	7.000 8.458 VE	1.000 6.000 VE	6.000 7.000 VE
787.08 (332)	Mobilisierung von Flächen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010 (SIP) Übertragbar	0	0	3.000 3.000 VE	3.000 3.000 VE
787.46 (623)	Sanierung Moorfleeter Brack Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14.	48 8 R	0		
787.71 (623)	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity - Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14.	10.558 120 R	0		
787.72 (332)	Sanierung Am Radeland Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14.	0	0	6.000 1.000 VE	1.000
787.90 (623)	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.125.01.	1.540 441 R	2.520 2.820 VE	2.820 2.400 VE	2.820 2.500 VE
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.741.01 06.0.6700.741.02 06.0.6700.746.01 06.0.6700.811.01 06.0.6700.893.01 . Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-12.	59 4 R	20	35 35 VE	35 40 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
821.01 (625)	Grunderwerb für die Verbesserung des Hochwasser- schutzes einschließlich der Binnenentwässerung Übertragbar	1.156 606 R	1.250 1.000 VE	1.250 1.000 VE	1.000 1.000 VE
821.02 (623)	Grunderwerb für sonstige wasserwirtschaftliche Maßnahmen Übertragbar	107 94 R	153 153 VE	153 153 VE	153 153 VE
891.01 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.341.37.	5.017 580 R	0	-	-
891.02 (432)	Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil) Übertragbar GB 2007 50 GB 2008 50 Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 2.50 % der Einnahmen bei 06.0.6300.341.31.	31 77 R	150	150	150
891.03 (432)	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6700.671.04.	2.273	2.100 2.000 VE	2.100 2.000 VE	2.100 2.000 VE
891.04	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	688	688	688	688
893.01 (625)	Erstattung von Vorsorgeaufwendungen für den Hochwasserschutz Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6700.741.01 06.0.6700.741.02 06.0.6700.746.01 06.0.6700.811.01 06.0.6700.893.01 .	0	0	-	-
896.02 (623)	Zuschüsse zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Elbe Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 675 R	0		
971.20 (623)	Zahlungen aus EU-Mitteln zur Durchführung des Projektes FLOWS Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6700.547.20. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6700.272.20. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6700 -----					
	Gesamtausgaben		138.942	158.800	159.441
	Summe Verpflichtungsermächtigungen		76.002 VE	72.196 VE	84.651 VE
6800	Natur- und Ressourcenschutz				
(321)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	7	9	7	7
112.01	Zwangs- und Bußgelder	2	7	7	7
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	9	8	8	8
131.02 (012)	Erlöse aus der Veräußerung von ehemaligen Naturschutzflächen	0	0	-	-
	50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.821.03.				
261.01	Erstattung von Personalausgaben aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6000.461.01.	249	0	-	-
261.02	Erstattung von Sachkosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege 25.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.547.10.	11	0	-	-
261.03	Erstattung von IuK-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6000.535.56.	3	0	-	-
271.01	Erstattungen der EU und des Bundes f. das Programm Biotopschutz durch Einschränkung d. Bewirtschaf- tung von Flächen - Extensivierungsprogramm - Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.681.02.	0	0	-	-
281.05 (012)	Erstattungen von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.547.06.	240	0	-	-
282.03	Spenden für den Naturschutz	5	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.521.83 06.0.6800.541.01.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
341.03 (332)	Einzahlungen für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege auf Grund von Bauleitplänen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.535.02 06.0.6800.742.02 06.0.6800.821.02.	56	0	-	-
341.04	Einnahmen für Planung und Ausbau des Hamburger Umweltzentrums zum ErlebnisPark Gut Karlshöhe "Natur und Energie der Stadt" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6800.791.02.	0	0	-	-
381.01 (332)	Einnahmen aus Kostenerstattungsbeiträgen des Allgemeinen Grundvermögens für Ausgleichsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6800.535.02 06.0.6800.742.02 06.0.6800.821.02.	1.000	0	-	-
	Gesamteinnahmen		24	22	22
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.211	3.931	3.986	3.996
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	11	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	709	790	832	865
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0	0	-	-
519.01 (331)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	24 2 R	25	35	35
521.82 (439)	Betriebskosten der Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(49)	1.273		0
521.83	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.282.03.	(58)	0	69	69
521.86	Intensivierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns (Mäh- und Gehölzflächen), Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(289)	1.300		0
521.87	Intensivierung der Maßnahmen zur Reinigung und Pflege öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen sowie Spielplätze, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(397)	1.100		0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
526.01	Preise und Ausgaben für Wettbewerbe, Prämien u.ä. (Weggefallener Ansatz)	0	0		
526.10 (332)	FFH-Monitoring in Hamburger Naturschutzgebieten Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	0	0	44	44
526.50	Gutachten und Untersuchungen Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	208	184 197 VE	57	57
535.02 (332)	Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6800.742.02 06.0.6800.821.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.341.03 06.0.6800.381.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 23 R	15 15 VE	15 15 VE	15 15 VE
541.01 (332)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.541.01 06.0.6800.681.02 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.282.03.	396 39 R	430 410 VE	430 410 VE	430 410 VE
541.02 (331)	Förderung der UmweltPartnerschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 20% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	93 95 R	100 100 VE	100 100 VE	100 100 VE
541.81 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0)	49		0
541.86 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(8)	20		0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
545.06 (439)	Bestattungen Obdachloser oder unbekannt Verstorbener gemäß § 10 Bestattungsgesetz Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	88	70 70 VE		
546.02	Verwendung von Zuschüssen für das EU-Life-Projekt Borghorster Elbwiesen - Sachmittel - Übertragbar	179 1.556 R	0	-	-
547.06 (012)	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6800.281.05.	292 97 R	96	96	96
547.10 (331)	Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Natur- und Ressourcenschutz Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6000.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 25.00 % der Einnahmen bei 06.0.6800.261.02.	75 53 R	66	54	57
547.11 (331)	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Vorsitz Hamburgs in der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege u. Erholung 2006/07 Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	16		
547.40 (012)	Förderung der Umweltbildung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	11 10 R	12	12	12
681.01 (332)	Leistungen nach den §§ 38 und 39 Hamburgisches Naturschutzgesetz -Enteignung und Entschädigung- Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6800.681.02.	16 53 R	15 15 VE	15 15 VE	15 15 VE
681.02 (332)	Vertragsnaturschutz - Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - (Extensivierungsprogramm) Übertragbar Zuwendungsanteil 05% Einseitig deckungsfähig zugunsten 06.0.6800.681.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.541.01 06.0.6800.681.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6800.271.01.	695 36 R	407 407 VE	402 402 VE	402 402 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
684.02 (012)	Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	31	26	26	26
684.03 (332)	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	70	70	70	70
684.05 (012)	Förderung von Prozessen der Kommunalen Agenda 21 Übertragbar	4	0	75	55
684.08 (332)	Zuwendungen an Naturschutzverbände Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	356	345 235 VE	345 235 VE	345 345 VE
684.10 (332)	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Übernahme ausgelaufener AB-Maßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
684.40 (012)	Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-23 .	43 2 R	44 44 VE	64 64 VE	64 64 VE
720.01	Neueindeckung des Reetdaches Schafstall Fischbeker Heide Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	7	0		
720.02 (332)	Grundinstandsetzung des Gebäudes Turmwurt 12 auf der Insel Neuwerk "Ottos Gartenlokal" Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 100 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
720.03 (332)	Sanierung der Dienstwohnung im Naturschutzgebiet Boberger Niederung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	100		
720.04	Grundinstandsetzungen an Gebäuden des Naturschutzamtes Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-24 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	60 60 VE	60 60 VE
741.86	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0)	0		0
741.87 (439)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0)	180		0
742.02 (332)	Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege auf Grund von Bauleitplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6800.535.02. Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.742.02 06.0.6800.821.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6800.341.03 06.0.6800.381.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	5 461 R	50 100 VE	100 50 VE	50 50 VE
742.03 (332)	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-24 .	4 138 R	60	-	-
742.04 (332)	Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Bagger- gutunterbringung sowie Vergütungen an Vertrags- architekten u. -ingenieure für Planung und Entwurf Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-060-6800-24 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	95 330 R	255 300 VE	420 300 VE	220 255 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
742.06 (332)	Herrichtung der Außenanlagen der Infostationen Duvenstedter Brook und Boberger Niederung für Lehrzwecke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
742.09 (332)	Bau eines Informationszentrums für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer auf Neuwerk Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 3 R	0		
742.84 (332)	Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(0)	0		0
750.84	Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Wandsbek Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(570)	0		0
791.02 (012)	Planung und Ausbau des Hamburger Umweltzentrum zum ErlebnisPark Gut Karlshöhe "Natur und Energie der Stadt" Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6800.341.04.	0	0	-	-
791.10 (629)	Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.791.10 06.0.6800.892.10 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0	0	329 235 VE	235 285 VE
799.01	Internationale Gartenschau 2013 -Durchführung der Wettbewerbe- Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
811.02 (439)	Erstausstattung des Nationalpark-Hauses auf der Insel Neuwerk Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6800 -----					
811.03 (439)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	80	0		
811.81 (439)	Investitionen für die Gartenbauabteilungen -Bereich Friedhöfe-, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(10)	300 300VE		0
812.01 (812)	Aufbau der Fachinformationssysteme Forsten, Grün und Naturschutz Übertragbar	1 14 R	0		
821.02 (332)	Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen auf Grund von Festsetzungen in Bebauungsplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 06.0.6800.535.02. Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.742.02 06.0.6800.821.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.8.1830.281.05 06.0.6800.341.03 06.0.6800.381.01.	211 57 R	50 300 VE	300 200 VE	200 100 VE
821.03 (332)	Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 06.0.6800.131.02.	0	0	365	365
821.26	Grunderwerb für den Stadtpark Rothenburgsort Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
892.10 (629)	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien Übertragbar Zuwendungsanteil 85% Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6800.791.10 06.0.6800.892.10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 06.0.6700.125.02.	6.548 772 R	7.126 7.613 VE	5.559 6.060 VE	6.060 6.135 VE
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		18.505 10.106 VE	13.860 8.146 VE	13.943 8.236 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6900	Immissionsschutz und Betriebe				
(331)	-----				
	EINNAHMEN				
099.01 (623)	Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter	594	800	800	800
099.02 (623)	Einnahmen aus öffentlichen Abwasserabgaben	6.580	3.911	700	700
111.03	Verwaltungsgebühren	3.446	2.650	2.400	2.400
111.04	Verwaltungsgebühren nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LUFTKOSTV)	8	11	8	8
111.11	Benutzungsgebühren nach der Umweltgebühren- ordnung	675	725	700	700
112.01	Zwangs- und Bußgelder	10	11	10	10
119.01	Erstattung besonderer Auslagen	6	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 06.0.6900.541.01.				
119.02	Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe Datenbank RESY	31	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6900.429.04 06.0.6900.534.03.				
119.93	Ersatzvornahmen	165 898 R	14	-	-
	95.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6900.546.93.				
119.98	Vermischte Einnahmen	40	0	-	-
231.01 (621)	Erstattung des Bundes für die Durchführung des Atomgesetzes	11	5	5	5
231.03 (332)	Zuweisung für Betrieb der Datenbank RESY	89	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6900.429.04 06.0.6900.534.03.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6900 -----					
231.04	Zuweisungen im Rahmen der Aufgabe Gemeinsamer Stoffdatenpool Bund Länder (GSBL) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6900.526.01.	3	0		
232.06	Erstattungen im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 06.0.6900.429.06 06.0.6900.534.06.	34	0	-	-
261.01	Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung	1.111	1.218	1.200	1.200
261.02	Einnahmen aus Erstattungen von Landesbetrieben und dgl. (§ 61 LHO)	0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		9.345	5.823	5.823
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	13.165	13.105	11.990	12.140
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	42	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	147-	258	1.140	1.169
429.04	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY -Personalmittel- Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6900.119.02 06.0.6900.231.03.	89 1 R	0	-	-
429.06	Personalkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6900.232.06.	34	0	-	-
459.95 (940)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0	0	-	-
511.81 (432)	Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	(4)	5 3VE		0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6900 -----					
526.01	Gutachten zur Bearbeitung feuerwehrrelevanter Sachverhalte Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6900.231.04.	3 19 R	0	-	-
526.50	Gutachten und Untersuchungen im Technischen Umweltschutz Übertragbar	0	0	74	52
534.03	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY -Sachmittel- Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6900.119.02 06.0.6900.231.03.	31 173 R	0	-	-
534.05	Verwendung von Zuweisungen der EU zur Durchführung des Projektes BALTSPIEL Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
534.06	Sachkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 06.0.6900.232.06.	0 5 R	0	-	-
535.02	Ausgaben für Erstattungen an Landesbetriebe und dgl. (§ 61 LHO)	0	0	50	20
535.86	Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Ausgaben für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar	(27)	34 6VE	16 8VE	32 5VE
541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe Übertragbar Künftig wegfallend 4 Tsd. EUR Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 06.0.6900.119.01.	300 18 R	298 215 VE	290 215 VE	290 215 VE
541.03	Betriebsausgaben für die Erarbeitung von Lärm-minderungsmaßnahmen Übertragbar	0	0	100 100 VE	100 100 VE
546.93	Ersatzvornahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 95.00 % der Einnahmen bei 06.0.6900.119.93.	58	13	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
6900 -----					
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 06.0.6000.124.20.	100 27 R	119	93	93
631.01	Kostenerstattung an das Land Schleswig-Holstein für die Beseitigung von Meeresverschmutzungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6900.631.01 06.0.6900.631.02 06.0.6900.632.01 .	18 2 R	10	10	10
631.02	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. a.d. Land Schl.-Hol.f.Betrieb u.Unterhaltung v. Schadstoffbekämpfungsgeräten u. -einrichtungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6900.631.01 06.0.6900.631.02 06.0.6900.632.01 .	392 2 R	335 150 VE	437 150 VE	452 150 VE
632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 06.0.6900.631.01 06.0.6900.631.02 06.0.6900.632.01 .	57 11 R	61 15 VE	71 15 VE	71 15 VE
687.07	Zuschuesse im Rahmen des EU-Projektes CPRUSS - Vorsorgeplanung Russland Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0	0	-	-
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-060-12.	39 37 R	38 30 VE	75 30 VE	50 30 VE
881.03	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schl.-Hol. f. d. Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen Übertragbar	479 334 R	460 250 VE	253 250 VE	490 250 VE
893.02	Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 75%	32 50 R	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		14.736 669 VE	14.599 768 VE	14.969 765 VE

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.170	---	6.313
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt-	46	---	---
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.529	---	1.209
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.242	---	1.511
6300	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.447	---	3.257
6610	Landes- und Landschaftsplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.602	---	1.828
6700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.526	---	2.469
6800	Natur- und Ressourcenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.986	---	719
6900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.990	---	2.756
Summe Gesamtansatz 2007		68.538	---	20.062
Summe Vergleichszahl 2006		73.250	---	21.478
Summe (Vergleichs-)Ist 2005		73.635	---	21.917

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
6000	6.864	1.232	34	1.785	599	103	240
6000	---	---	46	---	---	---	---
6100	2.714	---	---	328	233	---	45
6200	2.995	---	---	422	260	---	54
6300	2.993	---	3	831	252	---	111
6610	2.936	---	---	515	254	---	69
6700	8.242	115	109	741	735	16	99
6800	2.665	83	14	211	244	19	31
6900	8.282	---	---	157	684	---	111
	37.691	1.430	206	4.990	3.261	138	760
	39.518	1.497	206	6.086	3.505	144	816
	39.516	1.038	46	6.625	3.520	93	879

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.256	---	6.360
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt-	46	---	---
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.526	---	1.216
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.188	---	1.488
6300	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.613	---	3.353
6610	Landes- und Landschaftsplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.612	---	1.832
6700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.570	---	2.490
6800	Natur- und Ressourcenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.996	---	718
6900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.140	---	2.841
Summe Gesamtansatz 2008		68.947	---	20.298
Summe Vergleichszahl 2007		68.538	---	20.062
Summe (Vergleichs-)Ist 2005		73.635	---	21.917

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
6000	6.884	1.233	34	1.799	601	103	242
6000	---	---	46	---	---	---	---
6100	2.703	---	---	330	232	---	45
6200	2.974	---	---	415	258	---	53
6300	3.027	---	3	860	255	---	115
6610	2.941	---	---	516	254	---	69
6700	8.257	115	109	747	736	16	100
6800	2.675	83	14	211	245	19	31
6900	8.316	---	---	182	687	---	114
	37.777	1.431	206	5.060	3.268	138	769
	37.691	1.430	206	4.990	3.261	138	760
	39.516	1.038	46	6.625	3.520	93	879

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.246	---	7.022
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	31	---	64
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.981	---	3.443
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	226	---	309
6300	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.583	---	5.347
6610	Landes- und Landschaftsplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	108-	---	28
6700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	622	---	509
6800	Natur- und Ressourcenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	832	---	625
6900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.140	---	1.238
Summe Gesamtansatz 2007		27.553	---	18.585
Summe Vergleichszahl 2006		28.220	---	18.468
Summe (Vergleichs-)Ist 2005		15.966	---	10.851

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Titel Kap. Nr.	435.93 Versorgungs- bezüge der Angestellten	436.93 Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	446.93 Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
6000	2.973	1.160	1.091
6100	76-	---	43
6200	1.113	---	425
6210	157-	---	74
6300	1.579	220-	877
6610	196-	---	60
6700	16-	9-	138
6800	17-	132	92
6900	251-	153	---
	4.952	1.216	2.800
	6.378	638	2.736
	2.541	410	2.164

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
6000	Zentrale Aufgaben und Recht -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.636	---	7.374
6100	Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	47	---	77
6200	Bauordnung und Hochbau -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.149	---	3.593
6210	Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	247	---	331
6300	Verkehr und Straßenwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	7.917	---	5.648
6610	Landes- und Landschaftsplanung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	86-	---	48
6700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	666	---	549
6800	Natur- und Ressourcenschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	865	---	656
6900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.169	---	1.264
Summe Gesamtansatz 2008		28.610	---	19.540
Summe Vergleichszahl 2007		27.553	---	18.585
Summe (Vergleichs-)Ist 2005		15.966	---	10.851

06.0 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Titel Kap. Nr.	435.93 Versorgungs- bezüge der Angestellten	436.93 Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	446.93 Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
6000	2.971	1.160	1.131
6100	75-	---	45
6200	1.115	---	441
6210	160-	---	76
6300	1.573	220-	916
6610	196-	---	62
6700	17-	9-	143
6800	18-	132	95
6900	254-	159	---
	4.939	1.222	2.909
	4.952	1.216	2.800
	2.541	410	2.164

6000 Zentrale Aufgaben und Recht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung der Behördenleitung und Fachämter bei der Umsetzung politischer und administrativer Zielsetzungen (u. a. Ressourcensteuerung, Organisations- und Personalentwicklung) unter Berücksichtigung der Verwaltungsmodernisierung auf der Grundlage des NSM,
- wirtschaftliche Bereitstellung der für den Betrieb der Behörde erforderlichen Dienst- und Sachleistungen,
- effektive Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen,
- effiziente Erledigung der Präsidialangelegenheiten,
- Gewährleistung der Rechtmäßigkeit des Handelns im Rahmen des Aufgabenbereichs der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- haushaltswirtschaftliche Vorgaben,
- Haushaltskonsolidierung,
- Fortführung der Prozesse der Verwaltungsmodernisierung,
- politische Zielsetzungen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden bei den Titeln 547.10 „Förderung internationaler Zusammenarbeit im Umweltbereich“, 684.01 „Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a.“, 685.01 „Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeitsgemeinschaften u. a. Einrichtungen sowie Mitgliedschaften“, 892.10 „Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskaltaxametern“ und 893.01 „Rückstellung für Freibäder“ gewährt (vgl. ggf. auch die jeweiligen Titelerläuterungen).

Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. (Titel 684.01)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, durch die Förderung der Umweltberatung der Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) auf die Bevölkerung einzuwirken, durch geeignete Auswahl von Produkten und Dienstleistungen die Belastungen für die Umwelt so gering wie möglich zu halten. Die Bevölkerung soll zu umweltbewusstem Einkauf und Verhalten angeleitet werden, insbesondere zur Verringerung des Einsatzes chemischer Produkte im Haushalt, zur Abfallvermeidung und umweltverträglichen Abfallentsorgung, zu umwelt- und gesundheitsbewusstem Bauen und Wohnen, zu umweltbewusstem Freizeitverhalten.

vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Projekt Umweltberatung der VZ wird seit dem Haushaltsjahr 1989 von der FHH gefördert. Ein Abschluss des Projekts ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie durch Prüfung des Jahresberichtes der VZ vorgenommen, der Bestandteil des Verwendungsnachweises ist. Methodisch werden z.B. folgende Leistungskennzahlen erfasst:

- Persönliche, telefonische und schriftliche Beratung und Kurzauskünfte
- Vorträge, Kurse und Seminare mit Zielgruppen
- Kontakte auf Ausstellungen und Messen
- Kontakte mit Presse, Hörfunk und Fernsehen
- Abmahn- und Verbandsklageverfahren wegen irreführender Werbung u.Ä.

Kostenteile Hamburgs an öffentlichen Arbeitsgemeinschaften u. a. Einrichtungen sowie Mitgliedschaften (Titel 685.01)

Die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG) wird durch Bund und Länder gefördert. Die Zuweisung in Höhe von 1.622 EUR wird nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel durch die Verkehrsabteilungsleiterkonferenz festgelegt.

Rückstellung für Freibäder (Titel 893.01)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, die Funktionsfähigkeit der drei verpachteten Freibäder (Neugraben, Naturbad Farmsen, Naturbad Volksdorf) zu erhalten und den Betrieb dieser Anlagen, die z.T. in sozialen Brennpunkten liegen, sicher zu stellen. Ohne diese Zuwendungen müssten die Bäder geschlossen werden, da die Pächter allein aus den Einnahmen die Ausgaben für die Beseitigung von Gefahrenstellen sowie für dringende Reparaturarbeiten an Heizungsanlagen, Rohrsystemen, Sanitäranlagen, Schwimmbecken und Gebäuden nicht abdecken könnten.

vorgesehene Laufzeit des Programms:

Die verpachteten Freibäder werden seit 1993 durch derartige Zuwendungen unterstützt. Eine Beendigung des Programms ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden überwiegend durch Prüfung der Verwendungsnachweise, der vorzulegenden Rechnungen der ausführenden Handwerksfirmen, durch Bauüberwachung durch die Eigentümerin der Bäder, die Bäderland Hamburg GmbH sowie durch Baubesichtigungen nach Abschluss der Baumaßnahmen vorgenommen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen werden insbesondere bestimmt durch:

- Einnahmen aus Amtshandlungen sowie Verwarn- und Bußgelder im Bereich des Güter- und Personenverkehrs (Titel 111.02 und 112.01)
- Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach §§ 15 und 26 LHO sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts (Titel 261.01).

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. wegen erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

111.02 – Verwaltungsgebühren –
und

112.01 – Zwangs- und Bußgelder –

Mehr durch Amtshandlungen im Bereich des Güter- und Personenverkehrs, für die Einnahmen bisher im Kapitel 6300 veranschlagt wurden.

124.91 – Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken –

Weniger aufgrund von geringerer Verpachtung von Stellplätzen und Nutzungen im Bereich der Wasserwirtschaft.

261.01 – Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach §§ 15 und 26 LHO sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe der BSU.

	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
1. Staatlicher Hochbau	1.774	1.347	1.311
2. Autobahn- und Tunnelbetrieb	760	-	-
3. Geoinformation und Vermessung	709	679	667
4. Hamburger Friedhöfe	35	35	35
5. Hamburger Stadtentwässerung	89	89	89
6. Hamburger Stadtreinigung	102	102	102
7. Straßen, Brücken und Gewässer	-	576	576
	3.469	2.828	2.780

Mit Gründung des § 26 LHO Landesbetriebes „Straßen, Brücken und Gewässer“ wird der bisher im § 15 LHO „Autobahn- und Tunnelbetrieb“ veranschlagte Anteil dort integriert. Weniger aufgrund einer niedrigeren Pauschale

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

461.20 – Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds –

Im Epl. 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen zu fördern und die möglichst reibungslose Weiterbeschäftigung freiwerdenden Personals zu sichern. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds, die im Haushalt 2005/2006 bereits nachrichtlich im Epl. 9.2 veranschlagt waren (Titel 9700.461.06 bis 461.17), beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 dezentral in den Einzelplänen veranschlagt.

462.01 – Globale Minderausgaben für Personalausgaben –

Die globale Minderausgabe resultiert aus den Jesteburg II - Beschlüssen. Danach hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt noch eine Konsolidierungsverpflichtung in Höhe von 1,4 Mio. EUR zu erbringen.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Höhe von 8,4 Mio. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik (Titel 535.56),
- Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung (Titel 671.01),
- Kosten für die Inanspruchnahme von Dataport (Titel 671.56),
- Betriebszuschüsse an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (Titel 682.58).

511.22 – Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände –

Mehr aufgrund der Umschichtung vom Titel 547.22 (s. dort).

511.86 – Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für karten- und drucktechnische Arbeiten, insbesondere für die laufende Grünplanbearbeitung, für den Neu- und Nachdruck von Naturschutzverordnungskarten, für Wassergüteberichte, für die Vervielfältigung von Gutachten sowie das Anfertigen von Luftbildern.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	11,0	11,0	11,0
Altona	4,5	4,5	4,5
Eimsbüttel	5,0	5,0	5,0
Hamburg-Nord	4,5	4,5	4,5
Wandsbek	10,0	10,0	10,0
Bergedorf	5,5	5,5	5,5
Harburg	4,5	4,5	4,5
Gesamt	45,0	45,0	45,0

514.22 – Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung –

Mehr aufgrund der Umschichtung vom Titel 547.22 (s. dort).

6000

517.22 – Bewirtschaftung der Grundstücke –

Mehr aufgrund der Umschichtung vom Titel 547.22 (s. dort).

519.01 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Weniger aufgrund Neuberechnung des Unterhaltsbedarfs des Dienstgebäudes Billstraße 84 für den Anteil der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

525.91 – Aus- und Fortbildung – und

525.92 – Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung –

Die Veranschlagung wurde gem. Nr. 5 der Bürgerschaftsdrucksache 18/2302 (Neuordnung und Neupositionierung der Fach- und ressortübergreifenden Fortbildung) umgestellt.

Das Zentrum soll einer klaren inhaltlichen Ausrichtung der fach- und ressortübergreifenden Fortbildung dienen, ihre Professionalisierung stärken und Synergie-Effekte und daraus ableitbare Einsparpotenziale realisieren.

526.81 – Gutachten und Untersuchungen für den Umweltbereich, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen beim Titel 526.81 entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	1	1	1
Altona	2	2	2
Eimsbüttel	2	2	2
Hamburg-Nord	4	4	4
Wandsbek	2	2	2
Bergedorf	2	2	2
Harburg	2	2	2
Gesamt	15	15	15

527.22 – Dienstreisen –

Mehr aufgrund der Umschichtung vom Titel 547.22 (s. dort).

547.22 – Sächliche Verwaltungsausgaben – Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz – (weggefallener Ansatz)

Die bis 2006 zentral veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben des Umweltbereiches wurden auf vorhandene sachlich zuständige Titel im Kapitel 6000 übertragen, und zwar im Einzelnen

410 Tsd. EUR nach 511.22
84 Tsd. EUR nach 514.22
605 Tsd. EUR nach 517.22
108 Tsd. EUR nach 527.22
1.207 Tsd. EUR

681.86 – Ersatzvornahmen sowie Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 36 Abs. 3 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile für Ersatzvornahmen und Schadenersatzleistungen zusammengefasst. Veranschlagt sind die Kosten zur Abwendung einer drohenden Gefahr an baulichen Anlagen, wenn der Verfügungsberechtigte die angeordneten Sicherungsmaßnahmen nicht durchführt, sowie Schadenersatzleistungen auf dem allgemeinen Bausektor.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	5,0	3,0	5,5	3,0	5,5	3,0
Altona	19,0	3,0	19,5	3,0	19,5	3,0
Eimsbüttel	16,0	3,0	16,5	3,0	16,5	3,0
Hamburg-Nord	13,0	3,0	13,5	3,0	13,5	3,0
Wandsbek	12,0	3,0	12,5	3,0	12,5	3,0
Bergedorf	10,0	3,0	10,0	3,0	10,0	3,0
Harburg	6,0	3,0	6,5	3,0	6,5	3,0
Gesamt	81,0	21,0	84,0	21,0	84,0	21,0

Als Verpflichtungsermächtigungen sind in 2007 und 2008
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt je

21.000 EUR.

682.01 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6000: Ergebnis Wert - GmbH –

Erfolgsplan

WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH

WERT

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	10.122	9.783	9.783
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	152	50	50
Summe der Erträge	10.274	9.833	9.833
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand	331	330	330
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.540	3.775	3.775
2.2 Personalaufwand	3.608	3.751	3.751
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	716	820	820
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	461	210	210
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.486	835	835
Summe der Aufwendungen	10.142	9.721	9.721
3. Finanzergebnis		80	80
4. Außerordentliches Ergebnis	31	30	30
5. Gewinnabführung an die HGV	101	2	2

6000

WERT

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006
(haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005**
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

Tsd. EUR

1.1 Umsatzerlöse

Auf der Grundlage der verminderten Lizenzmenge wird mit entsprechend verminderten Umsatzerlösen seitens der DSD AG für die LVP - Sammlung geplant.

- 339

2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind Preissteigerungen bei den Kfz. - Kosten eingeplant (Kraftstoffe und höhere Reparaturkosten).

- 235

2.2 Personalaufwand

Die Planung berücksichtigt im Wesentlichen Tarifsteigerungen.

- 143

2.3 Abschreibungen

Die Abschreibungen mindern sich aufgrund des Wegfalls der Abschreibungen für Behälter.

+ 251

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden sich durch den Wegfall einer einmaligen Wertberichtigung (440 Tsd. EUR) und Einsparungen in anderen Bereichen erheblich vermindern.

+ 651

WERT

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007
(haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006**
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Es ergeben sich keine wesentlichen Abweichungen.

682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 6000: Bäderland Hamburg GmbH –

Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.

Erfolgsplan

Bäderland Hamburg GmbH

BLH

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	19.728	21.064	22.358
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	4.896	11.678	569
Summe der Erträge	24.624	32.742	22.927
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.454	11.779	11.955
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen			
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	15.985	15.927	16.493
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.162	1.880	1.898
2.3 Abschreibungen	8.059	11.622	5.420
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.805	7.709	3.314
Summe der Aufwendungen	41.465	48.917	39.080
3. Finanzergebnis	74	140	108
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Verlustübernahme durch die HGV	16.767	16.035	16.045

BLH

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006
(haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005**
(ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	Tsd. EUR
1.1 Umsatzerlöse	
Umsatzzuwächse durch Neuausrichtung der Bäder sowie Preissteigerungen.	+ 1.336
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Sondererlöse durch Grundstücksverkäufe.	+ 6.782
2.3 Abschreibungen	
Erhöhte Abschreibungen im Zuge der Grundstücksgeschäfte und Investitionen.	-3.563
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Sonderaufwand durch Grundstücksgeschäfte und Investitionen.	- 3.904

BLH

**Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007
(haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006**
(ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
1.1	Umsatzerlöse	
	Neuausrichtung des Unternehmens und Preisanpassungen führen zu erwarteten Umsatzsteigerungen.	+ 1.294
1.2	Sonstige betriebliche Erträge	
	Diese Position wird im Jahr 2007 wieder frei von Sondereinflüssen sein.	- 11.109
2.2.1	Vergütungen und gesetzliche Sozialaufwendungen	
	Geplanter Personalabbau und allgemeine Steigerungen der Arbeitskosten.	- 566
2.3	Abschreibungen	
	Abschreibungen aus bestehenden und neuen Anlagen ohne Sondereinflüsse wie im Vorjahr.	+ 6.202
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Die hier enthaltenen Einzelpositionen entsprechen der bisherigen Planung ohne Sondereinflüsse wie im Vorjahr.	+ 4.395
684.01	– Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. – (vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)	
	Veranschlagt sind Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) für den Teilbereich Umweltberatung sowie ggf. an verschiedene Vereine, Initiativen u.a. für Projekte und Aktionen zur Förderung umweltgerechter Verhaltensweisen, die ohne staatliche Hilfe nicht realisiert werden könnten. Die Zuwendung zur Projektförderung an die VZ wird zu etwa 80% zur Finanzierung von Personalkosten (ein Mitarbeiter) verwendet.	

685.01 – Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeitsgemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mitgliedschaften –

Folgende Mittel sind veranschlagt:

	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Kuratorium des Oberprüfungsamtes für die höheren Technischen Verwaltungsbeamten	1	1	1
Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister der Länder (ARGEBAU)	6	6	6
Vereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg über "Zentrale Sammlung und Auswertung von Planungs- und und Kostendaten staatlicher Gebäude"	4	4	4
Deutsche Gesellschaft für Geotechnik (DGGT)	1	1	1
Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG)	2	2	2
Fachnormenausschuss Bauwesen im Deutschen Institut für Normung	25	25	25
Deutsches Institut für Bautechnik: Kosten für bautechnische Untersuchungen	156	156	156
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung	1	1	1
Forschungsgesellschaft für Straßenwesen	1	1	1
Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen	1	1	1
Institut für Ferntechnik	1	1	1
Verein Bauschutz e. V.	1	1	1
Verein Europäischer Korridore	1	1	1
Difu Deutsches Institut für Urbanistik	116	116	116
Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) Landesgruppe Nord	2	2	2
Deutsches Straßenmuseum	1	1	1
Klima-Bündnis	11	11	11
Verein TransEurorapid Network der Industrie- und Handelskammer (TERN)	1	1	1
LUCI Beleuchtungsbeirat	6	6	6
Verschiedene	184	181	181
Gesamt	522	519	519

Die Leistungen an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) werden nicht länger als Zuwendungen deklariert. Aufgrund eines Bundes – Länder – Abkommens hat das DIBt einen begründeten Anspruch. Von daher sind die Zahlungen an das DIBt keine Zuwendungen im Sinne des § 23 LHO.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird geprägt durch die Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße (823.01) und den Zuschuss an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (Titel 891.01).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

812.01 – Erwerb von Geräten und beweglichen Sachen –

Beschaffung eines Kassenautomaten mit Bargeldannahme- und Cashfunktion im Bereich der Verkehrsgewerbeaufsicht.

812.54 – Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung –
und

812.56 – Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt –

Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik sind global beim Titel 9090.812.56 veranschlagt. Die Mittel werden per Sollübertragung auf diese Investitionstitel übertragen und von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bewirtschaftet.

823.01 – Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße –

Veranschlagt sind die vertraglich vereinbarten Mietkaufrenten für das Gebäude Billstraße 82 - 84 (Anteil der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt).

891.01 – Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung –

2007 = 1.131 Tsd. EUR

2008 = 1.056 Tsd. EUR

Laut Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung sind folgende Maßnahmen veranschlagt:

- Investitionen für das Flächenbezogene Informationssystem und fortlaufenden Aufbau der Geodateninfrastruktur
- Investitionen für technische Anlagen, Maschinen, Vermessungs- und reprotechnische Geräte.
- IuK- Baumaßnahmen
- zeitgerechte Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen.

Bei Nichtauskömmlichkeit der vorgesehenen Mittel im Wirtschaftsplan kann der Investitionszuschuss aus dem Haushaltsplan abgefordert werden.

6100 Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformationen – Produktbereich 02 – Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung und im Finanzbericht „Entwicklung in ausgewählten Aufgabenfeldern der Mittelfristigen Aufgaben- und Investitionsplanung 2006 – 2010 (2011)“.

Der Mittel- / Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- politische Programmvorgaben für den Bereich Wohnraum- und Städtebauförderung
- Festlegung der Förderschwerpunkte
- Wirtschaftsentwicklung (Arbeitslosenzahlen, Einkommens- und Mietpreisentwicklung, Finanzierungsengagement der Investoren)
- Entwicklung der Haushalte Hamburgs und der Wohnungsnachfrage
- auslaufende Belegungsbindungen im Sozialwohnungsbestand
- Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt
- Bedarfslage im Bereich der Instandsetzung und der Modernisierung von Mietwohnungen
- gesetzliche Vorgaben (z.B. für Wohngeld)
- Anteil des Bundes an der Mitfinanzierung von Aufgaben des Wohnungswesens und der Stadterneuerung

2. Zuwendungen

Im Rahmen der Stadterneuerung erfolgt keine institutionelle, sondern eine rein projektbezogene Förderung durch Zuwendungen. Mittel werden überwiegend nur als Anteilsfinanzierung nach dem Subsidiaritätsprinzip zur Deckung unrentierlicher Kosten eingesetzt. Die erforderlichen Baumaßnahmen werden von privaten Eigentümern / Investoren / Projektträgern durchgeführt. Eine Förderung durch Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Darlehen erfolgt nur dann, wenn das geplante Vorhaben den Erneuerungs-, Entwicklungszielen und -konzepten entspricht und die im öffentlichen Interesse liegende Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

- 134.01 – Einnahmen aus Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) –

Veranschlagt sind die Geldausgleiche und Geldbeiträge, die Beteiligte an hoheitlichen Verfahren zur Grundstücksneuordnung zu zahlen haben nach den Bestimmungen der §§ 45-79 (Umlegung), §§ 80-84 (Grenzregelung/vereinfachte Umlegung) und §§ 165-171 (Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen) BauGB sowie sonstige Rückzahlungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen wie z.B. aus der Darlehensgewährung und sonstige Einnahmen im Rahmen ländlicher Grundstücksneuordnungen nach Flurbereinigungsgesetz (FlurbG). Die Geldbeiträge in Umlegungsverfahren können auf Antrag der Leistungspflichtigen auch bis zu längstens 10 Jahren verrentet werden. Dabei entstehen aus Stundungs- und Darlehensgewährung zu vereinnahmende Zins- und Tilgungsraten. Noch nicht quantifizierbar sind Einnahmen aus Grundstücksrückveräußerungen in städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 165-171 BauGB sowie Einnahmen im Rahmen ländlicher Grundstücksneuordnungen nach FlurbG.

Bedingt durch Verzögerungen in den B-Planverfahren der Großverfahren in Neugraben Fischbek und in Finkenwerder konnten Einnahmeerwartungen nicht realisiert werden. Die Veranschlagung wurde den veränderten Verfahrensständen angepasst.

Siehe 821.01

- 134.03 – Kapitalrückzahlungen einschließlich Zinsen sowie Ausgleichsbeträge aus Maßnahmen außerhalb von Bodenordnungsgebieten (Sanierung) –

Veranschlagt sind Ausgleichsbeträge, die Eigentümer von in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten gelegenen Grundstücken gem. § 154 BauGB zu entrichten haben. Es wird wegen der derzeitigen Verfahrensstände in den Sanierungsgebieten mit Einnahmen in veranschlagter Höhe gerechnet.

6100

231.02 – Zuweisungen des Bundes für Wohngeld –

Veranschlagt ist der fünfzigprozentige Anteil des Bundes an den Aufwendungen (vgl. 681.86) für Wohngeld nach § 34 Absatz 1 des Wohngeldgesetzes (WoGG).

272.20 – Zuschüsse der EU für das Projekt CASE im Rahmen des EU-Programms INTERREG III C –

Siehe 547.20

331.03 – Zuweisungen des Bundes für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm –

Der Bund gewährt den Ländern Bundesfinanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen und beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten entsprechend der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung. Vereinnahmt werden die zu erwartenden Finanzhilfen für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm aus dem Programmbereich „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben in den in das Bundesprogramm aufgenommenen Gebieten vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Stadtentwicklungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Programmgebiet.

331.04 – Zuweisungen des Bundes für die städtebauliche Sanierung nach BauGB –

Der Bund gewährt den Ländern Bundesfinanzhilfen nach Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen und beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten entsprechend der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung. Vereinnahmt werden die zu erwartenden Finanzhilfen für das Sanierungsverfahren (nach BauGB). Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend den Ausgaben in den in das Bundesprogramm aufgenommenen Sanierungsgebieten vom Bund abgerufen.

Förderungsgegenstand ist die Sanierungsmaßnahme als Einheit (Gesamtmaßnahme), also das jeweilige Sanierungsgebiet.

331.06 – Zuweisungen des Bundes für das Forschungsvorhaben Stadtumbau-West –

Siehe 893.06

341.01 – Einnahmen vom Grundstock für Grunderwerb für Bodenordnungsmaßnahmen einschl. Grunderwerb in Entwicklungsgebieten nach BauGB –

Während eines Umlegungsverfahrens werden häufig in großem Umfang Flächen von Privateigentümern gegen Geldabfindung übernommen. Im Rahmen der Bodenordnung werden diese Flächen der Liegenschaftsverwaltung als Baugrundstücke zugeteilt. Bis zur endgültigen Zuteilung durch einen Umlegungsplan oder eine Regelung nach § 76 BauGB werden bei großen Verfahren zur Grundstücksübernahme Mittel aus dem Grundstock für Grunderwerb zur Vorfinanzierung bereitgestellt.

Siehe 821.01

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachaussgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

526.01 – Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis –

Der Hamburger Mietenspiegel und das Wohnlagenverzeichnis werden alle zwei Jahre neu erstellt bzw. fortgeschrieben. Vorbereitende und ergänzende gutachterliche Tätigkeiten sowie mit der Veröffentlichung im Zusammenhang stehende Sachkosten fallen jedoch auch zwischen den jeweiligen Erscheinungsjahren an.

Ansatz 2007	334.000 EUR
Ansatz 2008	46.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	46.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	250.000 EUR

526.03 – Aufwendungen für den Wettbewerb "Familienfreundlichstes Wohnquartier" –

Mit dem Wettbewerb soll einerseits auf die Familienfreundlichkeit Hamburgs aufmerksam gemacht werden, andererseits soll das Vorhaben Menschen Mut machen, sich für familienfreundliche/-fördernde Maßnahmen einzusetzen und an gesellschaftlichen Prozessen aktiv teilzunehmen.

Der Wettbewerb wird - beginnend in 2006 - jährlich in jedem Bezirk ausgeschrieben.

Die Aufwendungen werden als Prämie für die ausgelobten Preisträger verwendet, für die Vorbereitung, Umsetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation. Teilleistungen der Wettbewerbsaktion werden an Externe vergeben.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 85.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 60.000 EUR

547.10 – Aufwendungen für die Stadterneuerung –

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Aufwendungen für die Stadterneuerung gehören:

- die Erarbeitung und Beauftragung von übergreifenden Untersuchungen – einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten
- gebietsübergreifende Öffentlichkeitsarbeitsprojekte zur Intensivierung der Bürgerpartizipation (z.B. Veranstaltungen, Ausstellungen, Foren, Broschüren, Informationen über das Internet)

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 103.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 103.000 EUR

547.20 – Aufwendungen zur Durchführung des Projektes CASE im Rahmen des EU-Programms INTERREG III C –

Das Projekt CASE (Cities Against Social Exclusion) beschäftigt sich mit der Vermeidung von Segregationsprozessen in der Stadtentwicklung und dem Austausch von Best-Practise Modellen für Integration innerhalb des Projektnetzwerkes.

Das Projekt ist auf 2 Jahre bis voraussichtlich 2007 befristet, Lead-Partner ist Pecs, Ungarn.

Die Zuschüsse der EU werden bei dem Titel 272.20 vereinnahmt.

571.01 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die Förderung von Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden in Hamburg (ehemals "500 Mio. DM-Instandsetzungsprogramm" bzw. Nachfolgeprogramm), welche 2002 ausgelaufen sind, wurde über die WK abgewickelt. Hierfür war eine kreditäre Finanzierung vorgesehen, deren Annuitäten der WK aufgrund der zehnjährigen Tilgungen noch bis zum Jahr 2012 aus dem FHH-Haushalt zu erstatten sind (vgl. Art. 16 Nr. 1 Haushaltsbeschluss und Bürgerschaftsdrucksachen 13/3636 und 15/3663). Die Mittel des Instandsetzungsprogramms konnten auch mit den Fördermitteln aus dem Wohnungsbauprogramm für Maßnahmen nach § 17 II. Wohnungsbaugesetz verknüpft werden.

Zum Vorjahr ergibt sich ein Minderbedarf wegen fortschreitender Tilgung nach Wegfall der Förderung.

Ansatz 2007 820.000 EUR
Ansatz 2008 613.000 EUR

571.02 – Zinsausgaben an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt zur Finanzierung investiver Zuschüsse –

Analog zur Finanzierungsregelung für das „500 Mio.-DM-Instandsetzungsprogramm“ (Titel 571.01) erstattet die FHH den Schuldendienst für die von der WK zur Gewährung investiver Zuschüsse aufgenommenen Darlehen (vgl. Art. 16 Nr. 2 Haushaltsbeschluss). Es handelt sich um bestehende Verpflichtungen aus Vorjahren bis einschließlich 2003.

Des Weiteren ist der Senat nach den Haushaltsbeschlüssen ermächtigt, gegenüber der Wohnungsbaukreditanstalt (WK) Verbindlichkeiten in Höhe der investiven Zuschüsse der WK zur Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnungsmodernisierung in Sanierungsgebieten zu übernehmen. Die FHH erstattet den Schuldendienst für die von der WK für diesen Zweck aufgenommenen Darlehen.

Zum Vorjahr ergibt sich ein Minderbedarf wegen fortschreitender Tilgung nach Wegfall der Förderung.

Ansatz 2007	6.762.000 EUR
Ansatz 2008	6.780.000 EUR

631.01 – Kostenerstattung gem. Wohngelddatenabgleichsverordnung –

Die Kostenerstattung für die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung basiert auf der vom Senat beschlossenen Verordnung zur Regelung des Datenabgleichs von Wohngeldempfängern mit Beziehern anderer Sozialleistungen, sie wird daher als gesetzliche Leistung veranschlagt.

Grundlage der Kostenermittlung ist § 5 Absatz 2 der Wohngelddatenabgleichsverordnung. Die Datenstelle legt dabei die Höhe der Erstattungsforderung ab 2007 auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten fest. Ab dem Jahr 2007 darf demzufolge der vorgesehene Sockelbetrag zuzüglich einer Steigerung, die der Lohn- und Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst des Bundes entspricht, nicht überstiegen werden. Die Kosten werden jeweils am 1. April für das laufende Kalenderjahr erstattet.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils	4.000 EUR

661.50 – Zinsausgleichszahlungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –
663.50 – Verlustausgleich an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt –

Die staatliche Wohnraumförderung sowie die Förderung des Wohnungsneubaus, der Modernisierung und der Instandsetzung von Wohnraum sowie die Nachsubventionierung öffentlich geförderter Mietwohnungen durch die WK umfasst die Gewährung von Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen, Annuitätshilfen und Zuschüssen. Die Mittel werden, soweit sie nicht durch Rückflüsse aus Wohnungsbaudarlehen, Bundesmitteln und sonstige Erträge der WK aufgebracht werden können, von ihr auf dem Kapitalmarkt beschafft. Das Kreditvolumen wird jährlich im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplans durch die Bürgerschaft festgesetzt.

Die der WK aus der Subventionierung der o.a. Aufgaben entstehenden Verluste sind nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt vom 06.03.1973 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Seite 41), zuletzt geändert am 26.01.2006 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 4, S. 30f.), aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg zu decken. Die endgültige Höhe der Verluste ergibt sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres aus dem vom Verwaltungsrat der WK nach § 13 Abs. 3 des o. a. Gesetzes festgestellten jeweiligen Jahresabschluss.

Die Entwicklung der Verlustausgleichszahlungen ist im Wesentlichen eine Folge der Haushalts- und Veranschlagungssystematik für die Förderungen über die WK. Sie ergibt sich vor allem daraus, dass die Subventionsbedarfe von der FHH zu tragen sind, soweit sie nicht aus Zinsen, Bundesmitteln und sonstigen Erträgen der WK gedeckt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Subventionen je nach Förderprogramm über mehrere Jahrzehnte laufen, was zu einer Kumulierung der Subventionsleistungen vieler Programmjahre führt. Der Gesamtverlust der WK wird differenziert nach:

- Verlust aufgrund niedrig verzinsten oder bezuschusster Kreditvergaben (Zinsausgleich)

Ansatz 2007	66.000.000 EUR
Ansatz 2008	74.000.000 EUR

- allgemeinem Verlust aus sonstiger Geschäftstätigkeit (Verlustausgleich).

Ansatz 2007	10.500.000 EUR
Ansatz 2008	14.500.000 EUR

Aufgrund des zeitlichen Abstandes zwischen der Erstellung von WK-Wirtschaftsplan und Mittelfristiger Finanzplanung einerseits und dem Veranschlagungszeitpunkt für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg andererseits ergeben sich durch Zeitablauf Veränderungen in der Mittelbedarfslage, die zu einer gegenüber der Planung der WK veränderten Veranschlagung der Ansätze für den Zins- und Verlustausgleich führen. Dementsprechend lässt sich der zum Veranschlagungszeitpunkt aktuelle und über den Titelansatz abgebildete Mittelbedarf als Ergebnis nicht mehr aus der älteren Mittelfristigen Finanzplanung der WK ableiten. Die Daten der folgenden Übersicht basieren für 2007 und 2008 auf der vom Verwaltungsrat der WK genehmigten Mittelfristigen Finanzplanung mit Stand Oktober 2005. Die Daten für 2006 entsprechen dem Wirtschaftsplan 2006 aus Oktober 2005. Beim Verlustausgleich sind die Auswirkungen der Veräußerung von Kundenforderungen in den Ansätzen 2007 mit 12.777.000 EUR und 2008 mit 17.009.000 EUR veranschlagt.

Erfolgsplan der WK

	2005	2006	2007	2008
	Ergebnis	WK- Wirtschafts- plan (in Tsd. EUR)	WK-MifriFi	WK-MifriFi
1	2	3	4	5
1. Aufwendungen				
Zinsaufwendungen	168.281	177.165	188.817	205.951
Verwaltungsaufwendungen	13.418	14.693	14.349	14.169
AfA und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	286	307	451	531
Sonstige betriebliche Aufwendungen	69	76	76	76
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen:				
- zum Fonds für allgem. Bankrisiken	2.500	0	0	0
- Rückstellungen	51.637	33	25	22
Zuschüsse zur Wohnungsbaufinanzierung	170.785	178.084	172.024	166.064
Summe der Aufwendungen	406.976	370.358	375.742	386.813

	2005	2006	2007	2008
	Ergebnis	WK- Wirtschafts- plan (in Tsd. EUR)	WK-MifriFi	WK-MifriFi
1	2	3	4	5
2. Erträge				
Zinserträge	249.951	257.585	260.696	261.421
Provisionserträge	6.898	6.895	6.127	5.489
Sonstige betriebliche Erträge	1.141	402	401	400
Zuweisungen für besondere Fördermaßnahmen	25.335	28.701	25.280	22.884
Fehlförderungsabgabe	- 7	15	4	0
Entnahme aus Rücklagen	51.567	0	0	0
Zuweisungen der FHH				
Zinsausgleich	67.688	66.552	71.893	79.546
Verlustausgleich	4.403	10.208	11.341	17.073
Summe der Erträge	406.976	370.358	375.742	386.813

681.86 – Wohngeld, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 38 BezVG wird der Ansatz für Wohngeldzahlungen veranschlagt. Nach dem Wohngeldgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und fami-

liengerechten Wohnens ein Miet- oder Lastenzuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Die Höhe des Wohngeldes wird nach dem Einkommen und der Anzahl der im Haushalt lebenden Familienangehörigen sowie der Höhe der Miete bzw. der Belastung berechnet. Der Bund trägt 50 v.H. der Ausgaben; der Bundesanteil wird über den Titel 231.02 vereinnahmt.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirke übertragen.

Nach dem In-Kraft-Treten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 („Hartz IV“) ist der Mietzuschuss für Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge, auch Besonderes Wohngeld genannt, weggefallen. Dieser Personenkreis hatte zuvor Wohngeld nicht nach den allgemeinen wohngeldrechtlichen Bestimmungen erhalten, sondern nach den speziellen Regelungen der §§ 31 bis 33 WoGG. Der Fünfte Teil des WoGG ist durch Art. 25 Nr. 10 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24.12.2003 mit Wirkung vom 01.01.2005 aufgehoben worden. Die §§ 31 bis 33 WoGG waren mit dem Ausschluss der Transferleistungsempfänger vom Wohngeld gegenstandslos geworden. Dies soll einer klaren Trennung der für die Unterkunftskosten zuständigen sozialen Sicherungssysteme dienen (vgl. Bundestags-Drs. 15/1516, S. 75, 78).

Diese systematischen Neuerungen lassen einen Vergleich mit den Vorjahren nicht zu: Aufgrund der Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen wurde der Ansatz 2006 gem. Bürgerschaftsdrucksache 18/3419 vom 20.12.2005 von 75 Mio. EUR um 36 Mio. EUR auf 39 Mio. EUR abgesenkt. Das Ergebnis 2005 beträgt rd. 31 Mio. EUR.

Bezirksamt	Wohngeld		
	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	75 Mio. EUR	30 Mio. EUR	32 Mio. EUR
Hamburg-Mitte	14	6	6
Altona	11	5	5
Eimsbüttel	6	2	3
Hamburg-Nord	12	5	5
Wandsbek	15	6	6
Bergedorf	6	2	2
Harburg	11	4	5
Gesamt	75	30	32

681.87 – Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 38 BezVG werden Mittel für Umzugsprämien zur Freimachung von Rollstuhlfahrerwohnungen als freiwillige Leistung der FHH veranschlagt. Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 15.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 9.000 EUR

682.06 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich –

– Ergebnis GWG –

Das im HGV-Komplex für die GWG zu berücksichtigende Ergebnis ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

Erfolgsplan

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2007 der GWG fließt (mit +/- 0, da keine Ausschüttung) in die Ermittlung des HGV-Haushaltsansatzes 2008 (9590.682.10) ein.

GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen

(mit der GWG-BG besteht ein Beherrschungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR	
	1	2	3	4
1. Erträge				
1.1	Mieterträge	139.231	143.323	145.844
1.2	Umlagenabrechnung	53.910	58.480	58.943
1.3	Sonstige betriebliche Erträge	26.904	13.101	13.981
Summe der Erträge		220.04	214.904	218.768
2. Aufwendungen				
2.1	Materialaufwand			
2.1.1	Betriebskosten	55.003	54.673	56.047
2.1.2	Instandhaltungskosten	44.644	42.665	44.812
2.2	Personalaufwand			
2.2.1	Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	14.579	14.904	14.861
2.2.2	Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.022	2.041	1.825
2.3	Abschreibungen	27.892	28.065	29.116
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.376	18.373	17.837
Summe der Aufwendungen		166.516	160.721	164.498
3.	Beteiligungsergebnis	1.449	1.006	928
4.	Finanzergebnis	- 45.364	- 44.483	- 43.328
5.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
6.	Unternehmensergebnis	9.614	10.706	11.870
7.	Rücklagenzuführung	9.614	10.706	11.870
8.	Gewinnausschüttung an die GWG-BG	0	0	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006
(haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Mieterträge	
Steigerung der Nettokaltmieten durch Mietanhebungen, Mietensteigerung aus Investitionsstätigkeit	+ 4.092
1.2 Umlagenabrechnung	
Höhere Abrechnungen für Betriebs- und Heizkosten des Vorjahres	+ 4.570
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Umstellung der Schadenersatzabwicklung auf direkte Abrechnung zwischen beauftragten Unternehmen und der Versicherung	- 13.803
2.1.2 Instandhaltungskosten	
Sinkende Aufwendungen	+ 1.979
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Sinkende Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke sowie für die Hausbewirtschaftung, sinkende Einstellung in die § 6b EStG Rücklage	+ 4.003
3. Beteiligungsergebnis	
Sinkende Überschüsse der GWG Gewerbe	- 443

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007
(haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Mieterträge	
Steigerung der Nettokaltmieten durch Mietanhebungen, Mietensteigerung aus Investitionsstätigkeit	+ 2.521
2.1.1 Betriebskosten	
Erwartete Kostensteigerungen	- 1.374
2.1.2 Instandhaltungskosten	
Anstieg Aufwandsmodernisierung	- 2.147
2.3 Abschreibungen	
Anstieg durch Neubau und Modernisierungen	- 1.051
4. Finanzergebnis	
Zinsdegression als Folge von Tilgungen	+ 1.155

686.01 – Projekt Lebenswerte Stadt Hamburg –

Das interbehördliche Projekt soll die aktive Stadtteilentwicklung mit besonderem Schwerpunkt auf der Familienpolitik intensivieren. Seine Vorgehensweise soll im Sinne einer echten Querschnittaufgabe die unterschiedlichen Handlungsfelder der Stadtteilentwicklung integrieren, wobei neben der Familienpolitik auch die quartiersbezogene Bildungspolitik einen besonders herausgehobenen Stellenwert haben wird. Ausgewählte Projekte und Maßnahmen der Programme der aktiven Stadtteilentwicklung, der Sanierung nach BauGB und der Familienpolitik sowie der Bildungspolitik sollen gebiets- und problemorientiert gebündelt und unter Einbeziehung der fachlich und administrativ verantwortlichen Stellen der FHH und externer Initiativen und Organisationen zielstrebig realisiert werden. Dabei sollen auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass Stadtteile mit besonderen Problemlagen zukünftig noch wirksamer und zielgenauer gefördert werden.

Das Projekt im engeren Sinn soll voraussichtlich bis Ende 2007 beendet sein, aber Strukturen schaffen, die eine kontinuierliche Fortsetzung und Verstetigung der Stadtteilentwicklung und Familienpolitik auf verbessertem Niveau gewährleisten.

Die Maßnahmen und Projekte konzentrieren sich auf sechs Projektgebiete, in denen unterschiedliche Problemkonstellationen bestehen, die jeweils spezifische Vorgehensweisen und Instrumente verlangen.

Ansatz 2007

10.000 EUR

Investitionen:

799.02 – Vergütungen an Architektinnen und Architekten im Rahmen von Bauträgerwettbewerben –

Aus diesem Titel werden die Architektenhonorare bei Ausschreibungsverfahren vorfinanziert. Die im Voraus gezahlten Honorarpauschalen werden auf die zu bauenden Häuser umgelegt, von den ausgewählten Bauträgern bei Baubeginn wieder abgefordert und beim Titel 342.02 vereinnahmt. Da nicht absehbar ist, ob und in welcher Höhe Zahlungen bei 342.02 vereinnahmt werden können, und die Ausgaben bei 799.02 von den Einnahmen abhängig sind, wird in beiden Fällen ein Leertitel ausgebracht.

799.03 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dergleichen –

Die Mittel sind vorgesehen für Untersuchungen und Planungsaufträge mit unmittelbar investivem Bezug im Bereich des Wohnungswesens. Des Weiteren werden Leistungen zur Entwicklung und Aktivierung von Grundstücken für die Bebauung durch Baugemeinschaften und Leistungen für Informationsmaterial Betroffener und Interessierter in Form von Faltblättern, Broschüren u. ä. vergeben.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

25.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

25.000 EUR

821.01 – Aufwendungen in Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB) –

Bodenordnung und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen dienen der Bildung von neuen und zweckmäßig gestalteten Grundstücken, z.B. für:

- mehrgeschossigen Wohnungsbau und sonstige Gebäude
- Einfamilienhausbebauung
- neue oder zu verändernde Einkaufs- oder Ortszentren
- Gewerbebetriebe
- Gemeinbedarfszwecke.

Dabei werden gleichzeitig die entsprechenden Erschließungs-, Verkehrs- und Grünflächen für den Gemeingebrauch sowie Immissionsschutzflächen bereitgestellt.

Durch ländliche Grundstücksneuordnung nach dem FlurbG sollen die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft verbessert, die Landentwicklung gefördert sowie Nachteile für die Landeskultur, die durch Inanspruchnahme größerer ländlicher Grundstücke entstehen, vermieden werden.

Die veranschlagten Geldleistungen Hamburgs, die Beteiligte an hoheitlichen Bodenordnungsmaßnahmen erhalten, ergeben sich aus den Bestimmungen der §§ 45-79 (Umlegung) und 80-84 (Grenzregelung/vereinfachte Umlegung) ggf. in Verbindung mit den §§ 175 bis 179 BauGB.

Bei der hoheitlichen Bodenordnung innerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete erhalten Beteiligte Geldleistungen Hamburgs nach den sanierungsrechtlichen Bestimmungen des BauGB. Ferner können bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 165-171 BauGB – z. Zt. noch nicht quantifizierte - Aufwendungen durch Grunderwerb nach den §§ 166, 168 und 169 BauGB entstehen. Des Weiteren sind in Flurbereinigungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz Kosten (u. a. für Verfahren und Zwischenerwerb) in zurzeit nicht bestimmbarer Höhe zu tragen.

Außer Geldleistungen, die Beteiligte für die Aufhebung oder Änderung von Grundstücken oder Rechten an Grundstücken erhalten, sind auch Umzugskosten, Entschädigungen für Betriebsverlagerungen und Betriebsaufgaben sowie Nebenkosten (z.B. für sachlich gebotene Beratung im Umlegungsverfahren) zu Lasten dieses Titels zu übernehmen. Bei der Neubebauung zugeteilter Ersatzgrundstücke nach § 59 BauGB können zur Überbrückung von Finanzierungslücken auch Aufbaudarlehen gewährt werden. Vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Umlegungsbeteiligte können auch Darlehen z.B. als Überbrückung für die Bau- und Ordnungsphase als Zwischen- und Nachfinanzierung anfallen.

Ferner entstehen Hamburg vor und nach Zuweisung der Grundstücke an Beteiligte Ausgaben für Bodenuntersuchungen, Baureifmachung, Erschließung, Aufwendungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Kostenerstattungs-gesetz (KostEG), Besitzzei-nweisungen, Abbruch, bauliche Veränderungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Sachverständige, Erstattung von Mietausfall und dgl.. Aus diesen Mitteln dürfen auch Zahlungen zur Abgeltung von anderen Rechtsansprüchen und aus Billigkeitsgründen sowie zur Sicherung von wichtigen Unterlagen gegen Verlust (Mikroverfilmung), der Dokumentation und der Beweissicherung von Grundstücken geleistet werden. Weiterhin entstehen im Zusammenhang mit der Grundstücksneuordnung auch Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme von Amtshandlungen anderer Behörden oder von privaten Unternehmen etc., wie z.B. Vergabe drucktechnischer Arbeiten (z.B. Informationsmaterial für betroffene Bürger), Programmier- und Rechenaufträge, Beschaffung von Karten- und Luftbildmaterial, Plandaten, für Vermessungsleistungen und Katasterunterlagen, Grundbuchdaten, für Auskünfte zur Erschließung, Bebauung, Bodenbewertung, aus Melde- und Altlastenregistern u. ä..

Die Bodenordnung in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten berührt überwiegend bebaute Flächen, auf denen sich Altbauwohnungen und Gewerbebetriebe befinden. Es sind die gleichen Ausgaben zu bestreiten wie bei der Bodenordnung außerhalb von Sanierung. Ferner kommen nach Beendigung von Sanierungsumlegungsverfahren evtl. Rückzahlungen nach § 154 BauGB in Betracht.

Die Entscheidung über die Gewährung von Geldleistungen in sämtlichen Umlegungsverfahren, ebenso die Entscheidung über die Gewährung, über die Festsetzung der Konditionen eventueller Darlehen sowie über den Grunderwerb in Entwicklungsgebieten liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Dem Titel fließen Geldausgleiche und Geldbeiträge, die Beteiligte an hoheitlichen Verfahren zur Grundstücksneuordnung nach den Bestimmungen des BauGB zu zahlen haben sowie sonstige Rückzahlungen im Zusammenhang mit Bodenordnungsmaßnahmen wie z.B. aus der Darlehensgewährung und sonstige Einnahmen im Rahmen ländlicher Grundstücksneuordnungen nach Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), zu (siehe dazu 134.01 und 341.01).

Ansatz 2007	7.023.000 EUR
Ansatz 2008	3.023.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	8.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

821.02 – Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grunderwerb (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden die in förmlich festgelegten Sanierungs- und Stadtumbaugebieten erforderlichen Aufwendungen für Entschädigungen, Verlagerungen, Räumungs-, Abbruch- und ähnliche Kosten insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung von Mietern und der Verlagerung von Betrieben sowie im Einzelfall für zwischenzeitlichen Grunderwerb im Rahmen der Bestimmungen des BauGB und dazu geltender Verwaltungsvorschriften bestritten.

Nach Abschluss der Sanierung sollen die durch Kauf erworbenen Grundstücke, sofern sie nicht dem öffentlichen Grund oder einem Verwaltungsvermögen zuzuführen sind, reprivatisiert werden, so dass die Grunderwerbsmittel später an den Haushalt zurückfließen werden. Das gleiche gilt bei der Reprivatisierung von Grundstücken bereits während des Sanierungsverfahrens, außer für Grundstücke im Treuhandvermögen eines Sanierungsträgers; im letztgenannten Fall fließen die Reprivatisierungserlöse zunächst dem Treuhandvermögen zu.

Aus diesem Titel können auch Darlehen gewährt werden, die in Sanierungsgebieten nach dem BauGB während der Ordnungs- und Bauphase anfallen.

Die Entscheidung über die Entschädigung und Geldleistungen an Dritte, über Grunderwerb sowie die Gewährung und die Festsetzung der Konditionen der Darlehen liegt bei der Kommission für Bodenordnung.

Der Bund beteiligt sich an den förderungsfähigen Kosten (vgl. 331.04).

Die Erhöhung der Ansätze gegenüber dem Vorjahr dient insbesondere der Finanzierung von Aufwendungen im Rahmen neuer sowie zur Abwicklung auslaufender oder abgeschlossener Sanierungsverfahren.

Ansatz 2007	1.800.000 EUR
Ansatz 2008	1.600.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	2.600.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	2.300.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

821.03 – Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung) –

Aus diesem Titel werden Werterstattungen an den Grundstock für Grunderwerb für Flächen finanziert, die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen benötigt werden und sich bereits im Eigentum der Stadt befinden. Mögliche Maßnahmen werden aus noch vorhandenen Mitteln finanziert.

821.04 – Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten –

Die Mittel sind zur Förderung von Stadtentwicklungs- und Erneuerungsaktivitäten außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete (s. 6100.821.02) entsprechend der Gebietsauswahl für das Hamburgische Stadtteilentwicklungsprogramm bestimmt. In analoger Anwendung der §§ 147 BauGB (Ordnungsmaßnahmen) und 180 BauGB (Sozialplan) ist in diesen Gebieten in Einzelfällen sowohl die Erstattung von Aufwendungen für die Freimachung von Grundstücken als auch die Erstattung von Kosten für notwendige Mieterumsetzungen aus Anlass von Modernisierungsmaßnahmen und sonstigen Erneuerungsmaßnahmen erforderlich.

Über die Gewährung und die Höhe der Kostenerstattungen an Dritte zur Freimachung von Grundstücken entscheidet die Kommission für Bodenordnung.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 211.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt 511.000 EUR

863.02 – Darlehen des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues –

893.02 – Zuschüsse des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaus und zur sozialen Wohnraumförderung –

Über diese beiden Titel werden alle Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung, die der Bund auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes im Investitionsbereich leistet, an die WK weitergeleitet, bzw. mit den Tilgungen an den Bund bei der FHH verrechnet. Es handelt sich bei diesen durchlaufenden Geldern um Darlehen (Einnahmen bei 311.02) und Zuschüsse (Einnahmen bei 331.02). Für das Beteiligungsverhältnis, die Verwendung der Mittel und ihre Abrechnung galt bis 2006 die jährlich neu vereinbarte Verwaltungsvereinbarung „Soziale Wohnraumförderung“. Im Rahmen der Föderalismusreform soll die Freie und Hansestadt Hamburg ab 2007 nach dem Entwurf des Entflechtungsgesetzes anstelle der bisherigen Regelung jährlich 9.500.000 EUR erhalten. Die Zahlungsmodalitäten sind nach § 7 des Gesetzentwurfes erneut einer Verordnungsermächtigung für den Bund überlassen. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens wird der Bund voraussichtlich von dieser Verordnungsermächtigung Gebrauch machen. Bis zu einer abschließenden Klärung wurden zunächst geglättete Beträge auf Basis der Verwaltungsvereinbarung „Soziale Wohnraumförderung“ für das Programmjahr 2005 veranschlagt.

Die Bundesmittel werden abgerufen und an die WK weiter geleitet, sobald die Bewilligungsbedingungen des Bundes erfüllt sind. Die Darlehen sind von der WK als Refinanzierungsmittel einzusetzen, soweit sie nicht der Verrechnung von Tilgungsleistungen der Finanzbehörde an den Bund dienen (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 14/2611). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch die gestreckten Zahlungen des Bundes Zwischenfinanzierungskosten für Hamburg ergeben.

Der Gesamtbetrag der Darlehen teilt sich auf in:

- Baudarlehen des Bundes (0)
- Aufwendungsdarlehen des Bundes (100 v. H.)

Bis zur endgültigen Klärung sind dafür veranschlagt:

Ansatz 2007 600.000 EUR
Ansatz 2008 400.000 EUR

Der Gesamtbetrag der Zuschüsse teilt sich auf in:

- Aufwendungszuschüsse des Bundes (ca. 2 v. H.)
- Zuschüsse des Bundes für den Vertragswohnungsbau bzw. die Förderung nach dem Wohnungsbauförderungsgesetz (98 v. H.).

Bis zur endgültigen Klärung sind dafür veranschlagt:

Ansatz 2007 4.900.000 EUR
Ansatz 2008 4.000.000 EUR

891.02 – Zuschuss an die STEG für Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen an in Treuhandvermögen übertragenen Gebäuden sowie Maßnahmen nach § 16 (1) WoFG –

Die Zuschüsse sollen für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Gebäuden und Neubau auf Grundstücken, die sich im Treuhandvermögen der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) befinden, eingesetzt werden. Insbesondere dient der Zuschuss zur Finanzierung des Eigentümeranteils,

der die STEG in die Lage versetzen soll, für das ihr von der FHH temporär übertragene Treuhandvermögen öffentliche Förderungsprogramme (insbesondere § 164a BauGB, § 16 WoFG) in Anspruch zu nehmen.

Für die Finanzierung der Modernisierungs- und Neubauvorhaben der im Treuhandvermögen der STEG befindlichen Objekte sind ab 2008 verminderte Bedarfe zu erwarten, da die Steg bereits ca. 75 % der ihr übertragenen Objekte modernisiert hat.

Ansatz 2007	2.106.000 EUR
Ansatz 2008	1.106.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	3.000.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	2.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

893.04 – Zuschüsse zur Förderung familiengerechten Wohnungsbaus –

Das aus diesem Titel gespeiste Programm (siehe dazu Bürgerschaftsdrucksache 18/3103 zum Sonderinvestitionsprogramm „familienfreundlicher Wohnungsbau“) schafft Anreize für die Versorgung von Familien mit Kindern mit neu gebauten Wohnungen sowie mit Wohnungen, die durch Umbau von bisher gewerblich genutzten Gebäuden neu auf dem Hamburger Stadtgebiet entstehen. Es dient der Finanzierung der beiden bis einschließlich 2010 laufenden Förderinstrumente „Kinderzimmer-Zulage“ und „Büro-Umwandlungsprämie“.

Ansatz 2007	3.528.000 EUR
Ansatz 2008	4.536.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	4.000.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	5.000.000 EUR

893.05 – Städtebauliche Sanierung nach BauGB –

Aus diesem Titel werden alle mit der Sanierung und dem Stadtumbau nach BauGB zusammenhängenden Maßnahmen finanziert. Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Erneuerungskonzepten für die Untersuchungs- und Sanierungsgebiete einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeiner Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen von städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen
- Projekte, die entsprechend den Erneuerungskonzepten baulichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Defiziten in den Sanierungs- und Untersuchungsgebieten entgegenwirken, zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen, Beschäftigung fördern und soziale Defizite abbauen, auch in Form von Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) zur Finanzierung unrentierlicher Kosten
- Maßnahmen zur Sicherung preiswerten Wohnraums
- Maßnahmen zur Nutzung von Brachflächen bzw. zur Aufwertung minder genutzter Flächen
- die nach BauGB von der Gemeinde zu tragenden Kosten für Erschließungen
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Sinne des § 177 Abs. 4 und 5 BauGB zur Sicherung preiswerten Wohnraums
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung, mit denen die Realisierung kleinerer, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und der anfallenden Vergütung in die lokale Verantwortung gegeben werden
- der Einsatz von vor Ort arbeitenden Sanierungsträgern und anderen Beauftragten nach dem Baugesetzbuch auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten
- der Einsatz von Baubetreuern bei der Umsetzung von Selbsthilfeprojekten

- die verfahrens- und maßnahmebezogene Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
- die Kosten der Stadtteilbüros
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträgern Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Maßnahmen der Sanierung nach BauGB aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Die Verpflichtungsermächtigungen dieses Titels sichern auch die Förderung der über mehrere Jahre laufenden Modernisierung von Wohnungen in Sanierungsgebieten ab, Kassenmittel für diese Maßnahmen werden nur anteilig aus diesem Titel finanziert.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms für Städtebauförderung stellt Hamburg Komplementärmittel für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Die Erhöhung der Ansätze gegenüber dem Vorjahr dient insbesondere der Realisierung von Projekten in neu begonnenen Sanierungsverfahren.

Ansatz 2007	8.600.000 EUR
Ansatz 2008	8.200.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	15.500.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

893.06 – Forschungsvorhaben Stadtumbau-West (EXWOST) –

Aus diesem Titel wird das Pilotprojekt Hamburg-Wilhelmsburg finanziert, das zu den 16 Pilotstädten gehört, die das BMVBW im EXWOST Forschungsfeld Stadtumbau West in den alten Bundesländern fördert. In dem wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben werden innovative Planungen und Maßnahmen mit dem Ziel gefördert, die städtebaulichen Instrumente einschließlich der Städtebauförderung des Bundes zu überprüfen und ggf. Empfehlungen zur Weiterentwicklung zu geben. Insbesondere soll untersucht werden, wie rückläufige Entwicklungen zu steuern sind.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien und Stadtteilentwicklungskonzepten für Wilhelmsburg als Grundlage für das Pilotprojekt einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeine Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen
- Projekte, die entsprechend dem Entwicklungskonzept baulichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Defiziten entgegenwirken, zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen, Beschäftigung fördern und soziale Defizite abbauen, auch in Form von Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) zur Finanzierung unrentierlicher Kosten
- Maßnahmen zur Nutzung von Brachflächen bzw. zur Aufwertung minder genutzter Flächen
- die für den Stadtumbau erforderlichen Ordnungsmaßnahmen
- der Einsatz von Beauftragten auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten sowie die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen
- die verfahrens- und maßnahmebezogene Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Maßnahmen werden im Verhältnis 40% Bundes- zu 60% Landesmitteln finanziert. Der Bund stellt Hamburg für die Durchführung des Pilotprojektes insgesamt 2,5 Mio. EUR in 4 Jahresraten zur Verfügung. Die Komplementärmittel Hamburgs werden aus dem Titel 6100.893.05 per Sollübertragung unterjährig bereitgestellt.

Die Zuweisungen des Bundes werden bei dem Titel 331.06 vereinnahmt.

893.11 – Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - ‚Aktive Stadtteilentwicklung‘ –

Aus diesem Titel werden alle mit der Erneuerung und Entwicklung der Gebiete zusammenhängenden Maßnahmen finanziert. Für Maßnahmen, die grundsätzlich in anderen Einzelplänen veranschlagt sind, dient er ggf. zur Anteilsfinanzierung.

Zu den aus diesem Titel zu finanzierenden Maßnahmen gehören:

- die Erarbeitung von Strategien, quartiersentwicklungs- und gebietsbezogenen Handlungskonzepten für die Fördergebiete des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms einschließlich der Erfassung, Ermittlung und Aufbereitung entsprechender Bestandsdaten sowie allgemeine Sachkosten für die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation der Maßnahmen
- die Erarbeitung von Gutachten, Untersuchungen, Planungen von städtebaulichen und Gebäudeentwürfen und dgl., die Durchführung von Wettbewerben und die Vergabe der erforderlichen technischen Arbeiten
- die Durchführung von Untersuchungen und die Vergabe von Gutachten im Rahmen der Aufstellung und Durchführung sozialer Erhaltungsverordnungen
- Projekte, die entsprechend den quartiersentwicklungs- und gebietsbezogenen Handlungskonzepten baulichen, städtebaulichen und infrastrukturellen Defiziten in den Gebieten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms entgegenwirken, zur Stärkung der lokalen Wirtschaft beitragen, Beschäftigung fördern und soziale Defizite abbauen, auch in Form von Zuwendungen (Zuschüsse oder Darlehen) zur Finanzierung unrentierlicher Kosten
- Maßnahmen zur Nutzung von Brachflächen bzw. zur Aufwertung minder genutzter Flächen
- Zuschüsse an die WK zur anteiligen Abdeckung unrentierlicher Kosten zur Sicherung preiswerten Wohnraums
- die Bereitstellung von Verfügungsfonds zum Gelingen der Bürgeraktivierung, mit denen die Realisierung kleinerer, schnell umzusetzender Projekte einschl. der erforderlichen Sachmittel und der anfallenden Vergütungen in die lokale Verantwortung gegeben werden
- der Einsatz von vor Ort tätigen Quartiersentwicklern in den Fördergebieten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms (Entwicklungsquartiere, Sonderfördergebiete) - auch im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung von Einzelprojekten.
- der Einsatz von Baubetreuern bei der Umsetzung von Selbsthilfeprojekten
- die verfahrens- und projektbezogene Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit
- die Kosten der Stadtteilbüros
- die Vorbereitung und Durchführung von Erfolgskontrollen durch externe Beauftragte.

In Einzelfällen können Dritten als Maßnahmeträger Zuschüsse für die Entwicklung und Planung von Vorhaben gewährt werden, wenn die im öffentlichen Interesse angestrebte Maßnahme sonst nicht realisiert werden kann. Des Weiteren kann die Beauftragung von Dritten zur Vorbereitung, Begleitung und Koordinierung der Durchführung von Projekten des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms aus diesem Titel finanziert werden.

Es werden nur solche Vorhaben gefördert, bei denen die Finanzierung der Folgekosten gesichert ist bzw. die für den Haushalt keine Folgekosten auslösen.

Neben den Mitteln des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ stellt Hamburg Komplementärmittel für Stadterneuerungsmaßnahmen bei diesem Titel zur Verfügung.

Die Erhöhung des Ansatzes im Vergleich zum Vorjahr ist zum einen bedingt durch die Veranschlagung von Kosten für den Einsatz von vor Ort tätigen Quartiersentwicklern in den Fördergebieten sowie insbesondere der Realisierung neuer Maßnahmen.

Ansatz 2007	8.500.000 EUR
Ansatz 2008	9.500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt	9.500.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

6200 Bauordnung und Hochbau

1. Allgemeines

Siehe Produktinformationen – Produktbereich 03 – Bauordnung und Hochbau –.

2. Zuwendungen

Entfällt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden bestimmt durch:

- die Verwaltungsgebühren aufgrund der Gebührenordnungen für das Bauwesen (Titel 111.03),
- den Kostenersatz für die Prüfung statischer Berechnungen durch Vertragsingenieurinnen und -ingenieure (Titel 281.01).

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen die Kosten für die Prüfung von statischen Unterlagen und die Überwachung von Baustellen (Titel 537.01) i. H. v. 600 Tsd. EUR sowie die Kosten für den allgemeinen Dienstbetrieb in Höhe von 78 Tsd. EUR.

Investitionen

799.01 - Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige u. dgl. –

Berücksichtigt sind die Kosten:

- für Leistungen freiberuflich Tätiger im Zusammenhang mit der Erfüllung zentraler fachlicher Aufgaben des Amtes für Bauordnung und Hochbau - Öffentlicher Hochbau - für Bestandsaufnahmen und Gutachten an der Bausubstanz, für den Bautenschutz und für Statiksonderaufgaben einschließlich aller Nebenkosten,
- für projektbezogene Realisierungswettbewerbe (Architektenwettbewerbe) bei staatlichen Hochbauten,
- für die Durchführung von fachbezogenen Fortbildungsveranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen mit externen Fachleuten für die Beschäftigten in den Hochbaudienststellen sowie bei den Bedarfsträgerbehörden (Bauherrenfunktionen) einschließlich der Nebenkosten.
- für die Honorare der Hochbaudienststellen für Zivilschutzmaßnahmen.

Als Verpflichtungsermächtigung sind 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt

200.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt

200.000 EUR

6210 Bauaufgaben des Bundes (Hochbau)

1. Allgemeines

Siehe Produktinformationen – Produktbereich 03 – Bauordnung und Hochbau –

2. Zuwendungen

Entfällt

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Gemäß der abgeschlossenen Verwaltungskostenvereinbarung mit dem Bund wird jahresübergreifend eine vollständige Refinanzierung aller Ist-Kosten der Bundesbauabteilung vorgenommen.

Die Einnahme-Ansätze in den Jahren 2005/2006 liegen bei rd. 14,3 Mio. EUR. Die Ist-Einnahmen betrugen jedoch in 2005 nur rd. 11,8 Mio. EUR. Diese fielen geringer aus als veranschlagt, da über die Kostenerstattung des Bundes - einerseits durch kontinuierliche Personalkosteneinsparungen und andererseits durch Ausgabenminderungen beim Titel 534.67 für „freiberuflich Tätige“ (Ausgaben für Architekten, Ingenieure u. a., die abhängig vom Auftragsvolumen des Bundes sind) - weniger entstandene Kosten abgerechnet wurden.

Der reduzierte Einnahme-Ansatz für das Haushaltsjahr 2007/2008 resultiert im Wesentlichen aus einer Anpassung der Personalausgabenansätze an die tatsächlichen Gegebenheiten.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Besonders zu erwähnen ist, dass ab dem Haushaltsjahr 2007/2008 die Personalausgaben des Kapitels 6210 nicht mehr im KRD veranschlagt, sondern in die Titelgruppe Z 67 aufgenommen werden. Entsprechend dieser geänderten Veranschlagung wurden auch die Vergleichszahlen aus 2005 und 2006 vom KRD in die Titelgruppe umgesetzt.

Die Vereinbarung mit dem Bund sieht vor, dass der Personalkörper der Bundesbauabteilung zugunsten „freiberuflich Tätiger“ stetig reduziert werden soll. Diese „freiberuflich Tätigen“ (Architekten, Ingenieure u. a.) werden aus dem Titel 534.67 finanziert. Eventuell unerwartet entstehende höhere Ausgaben im Titel 534.67 können somit durch die kontinuierlichen Einsparungen im Personalausgabenbudget gedeckt werden.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen alle Kosten, die notwendig für die Durchführung der Bauaufgaben des Bundes (Hochbau) sind. Neben den Miet- und Bewirtschaftungsaufwendungen wird die Ausgabeseite von den Aufwendungen für die Architekten und Ingenieure geprägt (Titel 534.67).

Investitionen

Für Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IT-Technik wurde der Titel 812.01 neu eingerichtet, die Vergleichszahlen 2005 und 2006 wurden aus dem bisherigen Titel 812.67 übernommen.

6300 Verkehr und Straßenwesen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Vgl. Produktinformation, Produktbereich 04: – Verkehr und Straßenwesen – und Darstellung im Finanzbericht „ausgewählte Aufgabenfelder“.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden gewährt für die institutionelle Förderung sowie für die Projektförderung, u.a. an Verkehrsunternehmen und als Darlehen und Zuschüsse für Sammeleinstellplätze.

Die Zuwendungen an die Verkehrsunternehmen unterliegen einer Erfolgskontrolle insbesondere im Rahmen der Unternehmenssteuerung, über die mit den Beteiligungsberichten informiert wird. Planung, Zielvereinbarung und Erfolgskontrolle gehören zu den ständigen Aufgaben.

Daneben werden einzelne Projekte durch Darlehen und Zuschüsse gefördert. Richtlinien, in denen Standards, Wirtschaftlichkeit, Eigenfinanzierungen usw. festgelegt sind, werden angewendet, so dass ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet ist. Erfolgskontrollen werden sachgerecht auf die jeweiligen Einzelfälle bezogen durchgeführt. Weitere Erläuterungen sind bei den nachfolgenden Einzeltiteln aufgeführt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Konzessionsabgaben der hamburgischen Versorgungsunternehmen Vattenfall Europe Hamburg AG (ehemals HEW), E.ON Hanse AG (Ehemals Hamburgische Gaswerke) und Hamburger Wasserwerke GmbH (Titel 6300.122.02, 122.03 und 122.04, vormals 6900.122.01, 122.02 und 122.03)
- Erstattungen des Bundes u. a. für die Planung und Durchführungen von Bauvorhaben (Titel 6300.231.01, vormals 6420.231.01)
- Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz (Titel 231.02, 231.03 und 331.08),
- Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum (Titel 233.01),
- Zuweisungen des Bundes nach dem Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) vom 05.09.2006 (BGBl I S. 2098) (Titel 331.01 und 331.02) und nach dem Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz, EKrG) in der Fassung vom 9.9.1998 (BGBl I S. 2858) (Titel 331.10 und 331.11),
- Allgemeine Wegebaubeiträge gemäß Baugesetzbuch und Hamburgischem Wegegesetz (Titel 341.31),
- Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen und Erschließungen von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms (Titel 341.02 und 341.06).

Im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen Brücken und Gewässer (LSBG) ist das Kapitel 6420 (Bau und Betrieb) aufgelöst worden. Die bisher in diesem Kapitel veranschlagten Einnahmetitel 119.01, 231.01, 261.01, 281.03, 281.04, 341.09, 341.10 und 341.11 sind ab dem Haushaltsjahr 2007 im Kapitel 6300 ausgewiesen.

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

111.03 – Verwaltungsgebühren -

Veranschlagt sind Verwaltungsgebühren

1. der Landeseisenbahnaufsicht über die nicht bundeseigenen Eisenbahnen in Hamburg nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) vom 27.12.1993 (BGBl I 1993 S. 2378, 2396, 1994 S. 2439) und dem Landeseisenbahngesetz (LEG) vom 04.11.1963 (HmbGVBl. S.205) in Verbindung mit der Gebührenordnung für die Verkehrsverwaltung vom 09.03.1965 (HmbGVBl. S. 51), zuletzt geändert am 06.12.2005 (HmbGVBl. S. 461);
2. nach der Anlage des Gebührengesetzes vom 05.03.1986 (HmbGVBl. S 37), z.B. für Gebäude neben der BAB;
3. nach der Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege und Grün- und Erholungsanlagen vom 06.12.1994 (HmbGVBl. 1994, S. 385), zuletzt geändert am 06.12.2005 (HmbGVBl. S. 461) z.B. für Wegeüberfahrten, Verkehrssicherung von Kabelverlegungen, Erteilung von Auftragsbescheiden, Ausnahmegenehmigungen für Über-/Unterbauungen sowie
4. nach der Baugebührenordnung vom 23.05.2006 (HmbGVBl. 2006, S 261).

In Folge der veränderten Behördenstruktur und der Übertragung von Aufgaben auf die Hamburger Hochbahn AG sind ab 2007 erheblich geringere Einnahmen zu erwarten.

122.01 – Einnahmen in Zusammenhang mit Werbung an Stadtinformationsanlagen und Fahrgastunterständen –

Für die Aufstellung von 200 weiteren Werbetafeln bis 2008 ist gemäß Ergänzungsvertrag zwischen der Firma JCDecaux Deutschland GmbH und der FHH vom 26.08.2002 ein Entgelt zu entrichten, das teilweise der FHH und der HHA zusteht. Die Höhe des Entgelts ist unter anderem von der aktuellen Anzahl der Werbetafeln, der allgemeinen Preissteigerungsrate und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den Werbeflächentarifen der Firma JCDecaux abhängig. Nach der für den Zeitraum bis 2008 gültigen Rechtsgrundlage sind tendenziell steigende Einnahmen zu erwarten. Der Ansatz kann aber nur grob geschätzt werden.

122.02 – Konzessionsabgabe Vattenfall Europe Hamburg AG (ehem. HEW) –

Gemäß dem Konzessionsvertrag zwischen Vattenfall Europe Hamburg AG (ehem. HEW) und der FHH vom 01.01.1995 ist als Gegenleistung für die Benutzung der öffentlichen Wege eine jährliche Abgabe an die FHH entsprechend der Höchstbeträge gemäß der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas vom 09.01.1992 (KAV) zu zahlen. Die voraussichtliche Höhe der Konzessionsabgabe wurde aufgrund der bisherigen Entwicklung geschätzt. Die Einnahmen waren bis 2006 beim Titel 6900.122.01 veranschlagt.

122.03 – Konzessionsabgabe E.ON Hanse AG –

Der Konzessionsvertrag vom 25.08.1989 sieht vor, dass die E.ON Hanse AG (vormals HGW GmbH) als Gegenleistung für die Benutzung von öffentlichen Wegen eine jährliche Abgabe an die FHH zu zahlen hat. Grundlage für die Zahlungen sind die in der Verordnung über Konzessionsabgaben vom 09.01.1992 für Strom und Gas (KAV) festgelegten Höchstbeträge. Die voraussichtliche Höhe der Konzessionsabgabe wurde aufgrund der bisherigen Entwicklung geschätzt.

Die Einnahmen waren bis 2006 beim Titel 6900.122.02 veranschlagt.

122.04 – Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH –

Veranschlagt ist die Konzessionsabgabe der Hamburger Wasserwerke GmbH an die FHH, wie sie voraussichtlich für die Geschäftsjahre 2007 und 2008 geleistet werden wird.

Die Einnahmen waren bis 2006 beim Titel 6900.122.03 veranschlagt.

131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Nicht mehr benötigter Straßengrund wird z.B. nach städtebaulicher Neuordnung durch die Finanzbehörde – Liegenschaftsverwaltung – verkauft. Der Ansatz kann nur geschätzt werden, da außergewöhnliche Verkäufe nicht absehbar sind.

Die Höhe der zu erwartenden Einnahmen orientiert sich am Grundumsatz der letzten Jahre.

231.01 – Erstattungen des Bundes für die Auftragsverwaltung von Bundesfernstraßen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes –

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben einschl. Lärmschutz an Bundesstraßen und Bundesautobahnen sowie Prüfung von Bauwerken in der Unterhaltungslast des Bundes.

Die Mittel für die Planung und Durchführung von Bauvorhaben in der Auftragsverwaltung des Bundes werden vom Bund im Rahmen der so genannten UA III-Pauschale (3 % der Baukosten) erstattet. Weniger aufgrund der Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel.

231.02 – Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz –

231.03 – Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschussbedarfs an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen –

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs [Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993 (BGBl. I Seite 2378, 2395), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I Seite 1402)] Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu. Die Mittel werden vom Bund in festgesetzter Höhe für Maßnahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) gezahlt. Die Mittel werden als jährliche Zahlungen geleistet, können aber, soweit sie nicht verbraucht werden, über Jahre hinaus angespart und im Rahmen des gesetzlichen Verwendungszwecks verwandt werden.

Nach der mit dem Haushaltsbegleitgesetz des Bundes vom 29.6.2006 wirksam gewordenen Kürzung stehen Hamburg noch

- 136.100 Tsd. EUR für 2006,
- 129.497 Tsd. EUR in 2007 und
- 127.567 Tsd. EUR ab 2008 zur Verfügung.

Die Kürzung bedeutet für Hamburg einen Eingriff in Höhe von rd. 63,5 Mio. EUR im Zeitraum bis 2010. In welchem Umfang Hamburg durch die vom Bund in Aussicht gestellte Kompensation einen Ausgleich erhält, ist bisher noch nicht bekannt. Nach den bisherigen Quoten in diesem Bereich sind voraussichtlich etwa 10 Mio. EUR zu erwarten.

Im Haushaltsplan-Entwurf 2007 / 2008 sind die Regionalisierungsmittel erstmals in voller Höhe als Einnahme ausgewiesen:

2007 in Tsd. EUR	2008 in Tsd. EUR	
113.897	111.967	beim Titel 6300.231.02 für Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz und
15.600	15.600	beim Titel 6300.231.03 für den Anteil, der zur Minderung des Zuschussbedarfs an die HGV für Verlustausgleiche der Verkehrsunternehmen eingesetzt werden soll.
129.497	127.567	

Den zweckgebundenen Einnahmen steht eine korrespondierende Ausgabeveranschlagung beim Titel 6300.682.02 in Höhe von 113.897 Tsd. EUR in 2007 und 111.967 Tsd. EUR in 2008 sowie beim Titel 9590.682.10 in Höhe von 15.600 Tsd. EUR gegenüber. Die Verwendung der Mittel im Einzelnen und hinsichtlich jährlicher Beträge ergibt sich konkret erst im Laufe des jeweiligen Jahres entsprechend den konkreten Leistungsbestellungen im Schienenpersonennahverkehr und den vertraglichen Abrechnungen der Verkehrsunternehmen bzw. nach dem tatsächlichen Baufortschritt bei investiven Projekten und Zuwendungen.

Aus den Regionalisierungsmitteln werden sowohl Zuschüsse für Betriebskosten als auch für Investitionen finanziert. Die Mittel für Betriebskostenzuschüsse werden ab 2007 auf den erstmals veranschlagten Zentraltitel 682.02 verfügt, um sie von dort bedarfsgerecht per Sollübertragung an fachlich zutreffende Ausgabetitel weiterzuleiten. Investitionseinnahmen werden auf den Titel 331.08 verrechnet und von dort auf den Zentraltitel 891.08 verfügt. Auch bei den Investitionen ist eine Weiterleitung an zweckentsprechende Ausgabetitel möglich.

Darüber hinaus ist in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 geplant, Zuweisungen des Bundes nach dem Regionalisierungsgesetz zur Minderung des Zuschussbedarfs an die Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung (HGV) einzusetzen. Diese Mittel werden über den Titel 231.03 auf den Ausgabetitel 9590.682.10 verfügt.

Die aktuelle Bedarfsplanung bis 2010 ist in einer Tabelle als Anlage zur Drucksache 18/4534 vom 23.06.2006 dargestellt.

Soweit aus Regionalisierungsmitteln Beträge in Höhe von über 800 Tsd. EUR für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden, wird der Bürgerschaft hierüber berichtet.

231.04 – Erstattung des Bundes für Personalaufwendungen im Bereich des Autobahn- und Tunnelbetriebs –

Veranschlagt sind die Personalkostenerstattungen einschließlich Rufbereitschaftsentschädigungen, Überstundenvergütungen und personalbezogenen Sachkosten. Darüber hinaus werden für die vom Autobahn- und Tunnelbetrieb im Zusammenhang mit der Auftragsverwaltung erbrachten investiven Bauleistungen Mittel im Rahmen der so genannten UA III-Pauschale erstattet (vgl. Titel 231.01). Die Erstattung des Bundes berechnet sich nach den tatsächlichen Ist-Kosten und berücksichtigt keine Versorgungslasten. Diese sind von Hamburg zu tragen.

231.08 – Zuweisungen des Bundes für Ausgleichszahlungen nach § 16 Allgemeines Eisenbahngesetz –

Veranschlagt sind die Ausgleichsbeiträge des Bundes nach § 16 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) zu den Aufwendungen der nichtbundeseigenen öffentlichen Eisenbahnen (NE) für die Erhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Strecken dieser Eisenbahnen. In der Vergangenheit hatte mit der AKN Eisenbahn AG nur ein Verkehrsunternehmen aus Hamburg Aufwendungen für diesen Zweck geltend gemacht und der Bund hat abweichend von seiner NE-Ausgleichs-Richtlinie den Beitrag direkt an die AKN ausgezahlt. Diese Ausnahmeregelung für Hamburg ist ab 2006 aufgehoben worden, so dass ein ab 2007 ein Leertitel veranschlagt wird.

233.01 – Beteiligung des Umlandes an den Kosten des Verkehrs im HVV-Verbundraum –

In den Verhandlungen über die Neuorganisation des ÖPNV ist vereinbart worden, dass die Aufgabenträger Schleswig-Holsteins (beginnend 1996) und Niedersachsens (beginnend 1997) die Defizite für Nahverkehrsleistungen auf ihren Gebieten tragen.

Mit Schleswig-Holstein wurde am 22.03.1999 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, nach der die Aufgabenträger ihre Anteile an Hamburg leisten. Ab dem Jahr 2001 haben die Aufgabenträger des Umlands die Option, die Verkehre in einem 5-Jahreszeitraum in Teilnetzen anderweitig zu vergeben. Dies ist bis Mitte 2005 erfolgt. Die Ausgleichszahlungen an Hamburg reduzieren sich in dem Umfang, in dem Verkehrsleistungen von Aufgabenträgern im Umland direkt an Hamburger Verkehrsunternehmen vergeben werden. Der für Schleswig-Holstein ausgewiesene Kostenanteil betrifft im Wesentlichen die U-Bahn, für die bislang keine Vergabe vorgesehen ist.

Mit dem Landkreis Harburg ist für den Bereich Niedersachsen am 07.04. / 02.05.2000 eine entsprechende Vereinbarung geschlossen worden. Der Landkreis Harburg hat von der Option der Vergabe von Verkehrsleistungen bisher keinen Gebrauch gemacht.

Veranschlagt ist der von der HVV GmbH für 2007 und 2008 geschätzte Kostenbeitrag (in Tsd. EUR):

	2007	2008
Schleswig-Holstein / Hamburg-Randkreise	2.800	2.800
Landkreis Harburg	700	700
	3.500	3.500

Der Ansatz steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Abrechnung, insbesondere aufgrund der tatsächlich erbrachten Verkehrsleistungen (u.a. in Abhängigkeit von den auf der Grundlage von Verträgen erbrachten Verkehrsleistungsanteilen) sowie der Einnahmenabrechnung im HVV.

- 331.01 – Zuweisungen des Bundes gemäß § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Hamburgs –
 331.02 – Zuweisungen des Bundes gemäß § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz für Maßnahmen Dritter –

Der Bund gewährt den Ländern bis einschließlich 2006 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) in der Fassung vom 28.01.1988 (BGBl. I S. 100), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2004 (HBegLG 2004) vom 29.12.2003 (BGBl. I S. 3076, 3091), und zwar für den „Kommunalen Straßenbau“ und den „Öffentlichen Personennahverkehr“ (ÖPNV).

Diese Förderung wird im Rahmen der Föderalismusreform durch das Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) für den Zeitraum vom 05.09.2007 bis 31.12.2019 neu geregelt werden. Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 EntflechtG stehen Hamburg in den Jahren 2007 bis 2013 jeweils 2,220108% des Volumens von 1,3355 Mrd. EUR zu. Daraus ergeben sich jährliche Einnahmen in Höhe von 29,65 Mio. EUR.

Daneben besteht bis 2019 noch die Möglichkeit der Fortführung der bisher im GVFG geregelten Bundesprogramme. Einnahmen in diesem Bereich sind abhängig von Einzelbewilligungen und können deshalb nicht veranschlagt werden. Die Förderung der U 4 Hafencity fällt in diesen Bereich.

Die Einnahmen für den kommunalen Straßenbau sowie für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße werden bei 331.01 (bis 2006 bei 331.01 und 331.03) veranschlagt und fließen dem allgemeinen Haushalt zu. Mittel für den Schienenpersonennahverkehr sind bei 331.02 veranschlagt und werden auf den Zentraltitel 891.02 übertragen, um sie von dort im Wege der Sollübertragung an fachlich zutreffende Leertitel bzw. außerplanmäßig eingerichtete Titel weiterzuleiten.

- 341.02 – Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen –

Die zu erwartenden Einnahmen von Bauträgern wurden nach grober Schätzung in Abhängigkeit von der Ansatzhöhe der Grundbewilligung (siehe Titel 788.01) veranschlagt.

Bei diesem Titel werden auch die Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Erschließungen mit veranschlagt. Darüber hinaus sind auch die Einnahmen der Bezirke für diesen Zweck in den Ansatz bei der AO 60 (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) eingestellt.

- 341.06 – Einnahmen von Bauträgern für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes –

Aufgrund der Erfahrung mit den ersten Großprojekten wurden die zu erwartenden Einnahmen von Bauträgern grob geschätzt (siehe Titel 789.01).

Bei diesem Titel werden auch die Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Erschließungen mit veranschlagt. Darüber hinaus sind auch die Einnahmen der Bezirke für diesen Zweck in den Ansatz bei der AO 60 (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) eingestellt. Ansatz unverändert gegenüber dem Vorjahr, da mit einer mittleren Anzahl von privaten Erschließungen zu rechnen ist. Der Ansatz kann nur schwer kalkuliert werden, weil die Einnahmen in den vergangenen Jahren starken Schwankungen unterworfen waren.

- 356.01 – Entnahme aus dem Grundstock zur teilweisen Finanzierung des Umbaus des ZOB Bergedorf –

Dieser 2005 außerplanmäßig eingerichtete Titel wird ab 2007 als planmäßiger Leertitel veranschlagt (siehe Erläuterungen zum Titel 891.27 sowie Bürgerschaftsdrucksache 18/3052).

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben sind im Wesentlichen für folgende Aufgabenbereiche bestimmt:

- Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der Brücken, Tunnel und sonst. Ingenieurbauwerke (Titel 521.09, vormals 6420.521.09),
- Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (521.14 und 521.81),
- Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und der Verkehrssteuerungseinrichtungen sowie die Beseitigung von Schäden an diesen Anlagen (Titel 542.01, vormals 6420.542.01),
- Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz (682.02),
- Ausgleichszahlungen für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr (Titel 682.03),
- Zuschuss an die AKN zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr (Titel 682.06).

Soweit Ingenieurleistungen, Gutachten, Untersuchungen oder Leistungen von Sachverständigen im unmittelbaren Zusammenhang mit Betrieb sowie Unterhaltung und Instandsetzung stehen, werden sie aus den entsprechenden Titeln (521.14, 521.81) finanziert.

Im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen Brücken und Gewässer (LSBG) ist das Kapitel 6420 (Bau und Betrieb) aufgelöst worden. Die bisher in diesem Kapitel veranschlagten Ausgabetitel 521.01, 521.09, 542.01, 539.04 und 671.55 sind ab dem Haushaltsjahr 2007 im Kapitel 6300 ausgewiesen.

Einzelne Ansätze der Sach- und Fachausgaben enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Leistungen, die von ihm auf der Grundlage von Kontrakten erbracht werden. Die für diesen Zweck bestimmten Anteile wurden prozentual zur Höhe des Ansatzes bei den einzelnen Titeln ermittelt und dem Ansatz hinzugerechnet.

Für diese im Kapitel 6300 veranschlagten Titel im Betriebshaushalt ergeben sich insgesamt folgende Anteile; die Höhe der Entgelte ist bei den einzelnen Titeln ausgewiesen.

	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR
Betriebsausgaben	41.181	9.943	41.225	9.972

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

521.01 – Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten einschließlich Zubehör –

Veranschlagt sind die Kosten für Wartung, Unterhaltung und Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten. 4% der Einnahmen aus Parkgebühren (1230.111.12) fließen diesem Titel zu.

Die Ansätze enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 16 Tsd. EUR / 2008 – 16 Tsd. EUR).

Da die zweckgebundenen Einnahmen erst im Laufe des Jahres zuwachsen und wirtschaftliche Wartungsaufträge einen längeren Zeitraum abdecken müssen, ist eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

300.000 EUR

521.09 – Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der öffentlichen Brücken, Tunnel und sonstigen Ingenieurbauwerke (ohne Kostengrenze) einschließlich Allwetterfahrtreppen und Aufzüge sowie Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Prüfungen nach DIN 1076 (einschl. der hierfür erforderlichen Hilfsmittel, wie z.B. Geräte, Gerüste, Werkzeuge etc.) veranschlagt. Investitionen im Rahmen dieser Maßnahmen sind im Einzelfall bis zu 20 v. H. der veranschlagten Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig.

Die Mittel sind vorgesehen für:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ergebnis 2005 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	104	45	45	45
2	Prüfungen nach DIN 1076, Betrieb und Unterhaltung des Brückenlagerplatzes, Untersuchungen an Brücken und Tunneln sowie Ergänzung der Brückenbücher	656	550	791	792
3	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	2.726	3.526	5.070	5.077
4	Betrieb der Allwetterfahrtreppen und Aufzüge	935	1.000	1.438	1.440
5	Betriebstechnische Anlagen, die im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau entstanden sind	0	5	5	5
Zusammen		4.421	5.126	7.349	7.359

Zu Ziffer 3 sind weitere Haushaltsmittel veranschlagt bei 521.81, soweit die Aufgaben in die Zuständigkeit der Bezirke fallen.

Die Ansätze enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 2.223 Tsd. EUR / 2008 – 2.233 Tsd. EUR).

Soweit bei Sachbeschädigungen an Bauwerken und Anlagen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen die entsprechenden Einnahmen aus dem Titel 119.01 diesem Titel zu.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

6.200.000 EUR

521.14 – Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege –

521.81 – Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der öffentlichen Straßen und Wege (insbesondere Fahrbahnflächen, Geh- und Radweg sowie Bankettflächen, Straßengräben), für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke; für Verkehrszeichen, Geräte und Ausstattungsgegenstände einschließlich des Regiebetriebes in der Zuständigkeit der Bezirke (521.81) sowie der BSU (521.14). Durch die Neuordnung der Zuständigkeit bei der Straßenunterhaltung kommt es zwischen diesen beiden Titeln ab 2007 zu veränderten Ansätzen zugunsten des Titels 521.14. Es ist vorgesehen, auch den neu gegründeten Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer mit den auf die BSU entfallenden Aufgaben im Bereich der Hauptverkehrsstraßen zu beauftragen.

Die Ansätze beim Titel 521.14 enthalten daher auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 75 Tsd. EUR / 2008 – 75 Tsd. EUR).

Darüber hinaus sind Mittel für nicht festgelegte Arbeiten der Unterhaltung und Instandsetzung von öffentlichen Straßen und Wegen sowie Vorarbeiten für größere Objekte bei 521.14 veranschlagt.

Die Summe der Straßen- und Wegeflächen hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Neue Flächen kommen fast ausschließlich nur im Rahmen von Erschließungen hinzu. Dagegen sind entwidmete Flächen anzurechnen wie sie z.B. durch städtebauliche Neuordnung entstehen. Der Umfang notwendiger Unterhaltung und Instandsetzung wird jedoch nicht nur durch die Flächen, sondern im Wesentlichen durch die Verkehrsbelastung und dabei besonders den Lkw-Anteil bestimmt, dieser nimmt weiter zu. Ein weiterer Faktor ist die besondere Beanspruchung der Fahrbahnen durch den Witterungsverlauf im Winter mit den Frost- und Tauwechseln. Der Zustand der Straßen hat sich weiter verschlechtert, so dass eine erhebliche Ausweitung der Schadenbilder nach jedem Winter festgestellt werden muss. Dem steigenden Bedarf folgend wurde der Ansatz aufgestockt.

Die Einnahmen aus Schadenersatzleistungen für Wegebeschädigungen und Schäden an Wegezubehör (Titel 119.05) sowie die Einnahmen aus Ablösebeträgen für Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Straßen und Wege, die von Dritten aufgrund öffentlich-rechtlicher Verträge erhoben werden (Titel 281.02), fließen dem Titel 521.14 zu.

Die Unterhaltung umfasst alle Maßnahmen der Instandhaltung, Instandsetzung und Erneuerung. Investitionsanteile sind im Rahmen dieser Maßnahmen im Einzelfall bis zu 20 v. H. der Baukosten und höchstens 250.000 EUR zulässig.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt.

Für die Haushaltsjahre 2007 / 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG.

Die Mittel des Titels 6300.521.81 werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ergebnis 2005 *) Tsd. EUR R = Rest	Ansatz 2006 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
		KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	1.301 / R - 36	1.050	529	894	596	894	456
Altona	1.362 / R 18	1.243	697	1.288	858	1.288	657
Eimsbüttel	1.515 / R - 240	974	547	845	563	845	431
Hamburg-Nord	1.452 / R 6	1.055	580	891	594	891	455
Wandsbek	1.937 / R - 119	1.582	884	1.611	1.073	1.611	822
Bergedorf	1.306 / R - 365	800	445	803	535	803	410
Harburg	1.184 / R - 109	845	468	722	481	722	369
Bezirke insgesamt (6300.521.81)	10.057 / R - 845	7.549	4.150	7.054	4.700	7.054	3.600
BSU zentral (6300.521.14)	8 / R 16	113	250	2.083	1.400	2.083	1.000
Gesamtsumme	10.065 / R - 829	7.662	4.400	9.137	6.100	9.137	4.600

Die Mittelverteilung zwischen den Bezirken berücksichtigt noch nicht die Gebietsveränderungen (Wilhelmsburg zu Hamburg-Mitte und neuer Stadtteil Sternschanze zu Altona).

*) einschließlich Sonderprogramm

Die bei 521.81 veranschlagten bezirklichen Anteile an Betriebsausgaben sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereich	Ergebnis 2005 ¹ Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
1	Haltung von Fahrzeugen	207	220	162	162
2	Verkehrszeichen, Geräte, Ausstattungsgegenstände	907	901	901	901
3	Bewirtschaftung der Grundstücke	459	357	262	262
4	Mieten und Pachten	0	0	0	0
5	Unterhaltung der Grundstücke	137	120	94	94
6	Fahrbahnflächen	4.414	2.906	3.067	3.067
7	Geh-, Radweg- und Bankettflächen	2.688	1.990	1.576	1.576
8	Stellplatzflächen, Wohnwagenplätze	52	77	68	68
9	Straßengräben	624	460	406	406
10	Instandhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken einschl. Brücken in Grün- und Erholungsanlagen	569	518	518	518
Zusammen		10.057 R - 845	7.549	7.054	7.054

In den beiden vorstehenden Tabellen sind in den Spalten „Ergebnis 2005“ und „Ansatz 2006“ auch die Werte berücksichtigt, die bisher den Titeln 6300.521.86 (Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum, Zweckzuweisungen

¹ Zusammenfassung der in den jeweiligen Bezirksplänen erwirtschafteten Ergebnisse bzw. Reste / Vorgriffe

an die Bezirke) und 6420.521.82 (Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke, Rahmenzuweisungen an die Bezirke) zugeordnet waren. Außerdem sind darin die auf Hauptverkehrsstraßen entfallenden Mittel enthalten, die entsprechend der neuen Zuständigkeit ab 2007 auf die BSU übergehen und beim Titel 6300.521.14 veranschlagt werden.

526.04 – Gutachten über Verkehrstelematik in Nordeuropa —

Der Titel dient der Abwicklung des EU-Forschungsprojekts VIKING, das in Machbarkeitsstudien die Einsatzmöglichkeiten von Verkehrstelematik in Nordeuropa untersucht und deren Anwendung fördert. Die Förderung erfolgt im Rahmen des TEN-T Programms (Trans-European Network for Transport) der EU und dient der Entwicklung transeuropäischer Netze.

Unter der Federführung Schwedens führen die nordischen Staaten Dänemark, Finnland und Norwegen gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen und Hamburg ein Projekt zur Entwicklung der Koordination von nationalen Verkehrsinformationssystemen, insbesondere von Telematikanwendungen, durch. Hamburg hat die Projektabwicklung federführend für die norddeutschen Bundesländer übernommen. Leertitel, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung die Höhe der voraussichtlichen Einnahmen nicht feststellbar ist. Die Einnahmen fließen über den Einnahmetitel 272.01 diesem Titel zu.

539.04 – Honorare und Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Betriebs- und Unterhaltungsmaßnahmen in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen –

Diese Mittel werden eingesetzt zur Abdeckung der mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) in projektbezogenen Kontrakten für seine betriebs- und unterhaltungsbezogenen Leistungen im Aufgabenbereich der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen (z.B. Betrieb Autobahnmeistereien, Tunnelbetrieb) vereinbarten Honorare und Entgelte. Mit den Honoraren und Entgelten finanziert der Landesbetrieb seine Personal- und Sachkosten ebenso wie eingekaufte Dienstleistungen (z.B. Ingenieur-, Architekten- und Vermessungsleistungen) sowie ggf. sonstige Kosten (vgl. bei 6300.799.01 und im Wirtschaftsplan des LSBG sowie Bürger-schaftsdrucksache 18/4149 vom 25.04.2006).

Siehe auch Erläuterungen zu 6300.231.04.

542.01 – Betriebsausgaben für die öffentliche Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen –

Die Mittel sind vorgesehen für

- den Betrieb, die Unterhaltung und Instandsetzung von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung einschließlich Leuchtverkehrszeichen, der Verkehrssteuerung einschließlich der Bewirtschaftung und die Beseitigung von Sachschäden an den Anlagen,
- die Unterhaltung sowie sonstige Kosten für die Zentralsteuerungsämter sowie
- die Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG).

Diesem Titel fließen die Einnahmen des Titels 281.03 „Erstattungen Dritter für die Betriebskosten öffentlicher Beleuchtung einschließlich Lichtsignalanlagen“ zu. Soweit bei Sachbeschädigungen Verursacher feststellbar sind und zu Leistungen herangezogen werden können, fließen die entsprechenden Einnahmen aus den Titeln der Bezirke 1230. bis 1830.119.09 diesem Titel zu.

Ziffer	Aufgabenbereich	Ergebnis 2005 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
1	Betrieb und Energie				
	HEW-Contractingvertrag	18.558	18.559	17.352	17.352
2	Sonstige Leistungen	13	56	52	52
3	Zentralsteuerungsämter	694	750	701	701
4	Sondermaßnahmen	885	1.090	1.019	1.019
5	Beseitigung von Sachschäden	2.422	2.600	2.431	2.431
6	Entgelte an LSBG	–	–	855	859
Gesamt		22.572	23.055	22.410	22.414
7	Zweckgebundene Einnahme aus Schadenersatzleistungen sowie Erstattungen Dritter für Betriebskosten	14	1.550	50	50
Grundbewilligung		-----	21.505	22.360	22.364

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

4.500.000 EUR

- 546.86 – Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Die Kosten, die für die Durchführung von Aufträgen Dritter von den Auftraggebern erstattet werden, werden bei den Titeln 1230.125.95 bis 1830.125.95 vereinnahmt. Die anfallenden Verwaltungsgemeinkostenzuschläge werden bei den Titeln 1230.271.03 bis 1830.271.03 nachgewiesen. Die Aufwendungen für den Abtransport und die Verwahrung unbefugt abgestellter, nicht zugelassener und nicht fahrbereiter Fahrzeuge, werden soweit möglich vom Fahrzeughalter eingezogen, bei den Titeln 1230.119.02 bis 1830.119.02 vereinnahmt und fließen den Ausgabemitteln wieder zu.

Die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung dient der Abdeckung von Aufträgen, die durch Bürgschaften etc. abgesichert sind.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gemäß § 39 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	0	400	0	400	0	400
Altona	0	400	0	400	0	400
Eimsbüttel	0	200	0	200	0	200
Hamburg-Nord	0	200	0	200	0	200
Wandsbek	0	600	0	600	0	600
Bergedorf	0	100	0	100	0	100
Harburg	0	100	0	100	0	200
Gesamt	0	2.000	0	2.000	0	2.000

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

- 547.22 – Sächliche Verwaltungsausgaben – Verkehrsdaten, öffentliche Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik –

Bei diesem Titel werden ab 2007 die bisher bei 6300.526.03 und 6300.537.01 geleisteten Zahlungen sowie der auf den Bereich Verkehr und Straßenwesen entfallende Anteil an den Ausgaben des Titels 6000.671.01 veranschlagt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um

- Gutachten für Konzepte, Planungen und aktuelle Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrsplanung als Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen,
- Ergänzende Untersuchungen zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV),
- Verkehrszählungen,
- Ersatzbeschaffung und Reparatur von Zählanlagen und –geräten, Programmpflege, Schulung, Aktualisierung von Verkehrsdaten sowie
- Leistungen und Produkte des Landesbetriebes Geoinformation und Vermessung, soweit sie nicht über Titel des Investitionshaushalts, insbesondere 6300.799.01 und 6300.891.06, abzuwickeln sind.

632.01

633.01

682.15

Den Ländern stehen nach den §§ 5 und 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs [Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993 (BGBl. I Seite 2378, 2395), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29.06.2006 (BGBl. I Seite 1402)] Mittel für den ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Die nachfolgend erläuterten Ausgaben werden jeweils aus diesen Regionalisierungsmitteln finanziert, die über den Einnahmetitel 231.02 dem Ausgabetitel 682.02 zufließen und von dort an die fachlich zuständigen Maßnahmenmetitel verfügt werden:

- Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und den Nachbarländern auf dem Gebiet des ÖPNV – (632.01)

Über diesen Titel werden Zahlungen aufgrund der mit Schleswig-Holstein abgeschlossenen Rahmenvereinbarung vom 25.05.1984 geleistet. Gemäß dieser Vereinbarung hat Hamburg sich verpflichtet, nach der Inbetriebnahme der U-Bahn-Verlängerung nach Norderstedt-Mitte (September 1996) für die Entbindung der AKN von der Betriebspflicht für diesen von ihr ehemals betriebenen Streckenabschnitt (Betriebsteil Alster-Nord-Bahn – ANB) an das Land Schleswig-Holstein für die Dauer von zwölf Jahren einen Festbetrag von jährlich 0,23 Mio. EUR zu

leisten. Auf Grund der bei 6300.231.02 beschriebenen Verfahrensänderung wird der Titel ab 2007 als Leertitel veranschlagt.

- Zahlungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Hamburg und kommunalen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet des ÖPNV – (633.01)

Es werden u.a. die Kostenbeiträge gezahlt (beginnend 1997), die zwischen Hamburg und den Aufgabenträgern Niedersachsens im Zusammenhang mit der Neuorganisation des ÖPNV für HVV-Verkehrsleistungen vereinbart worden sind, die von auswärtigen Verkehrsunternehmen (KVG Stade) auf hamburgischem Gebiet erbracht werden (vgl. Drucksache 15/6662 „Strukturveränderungen im ÖPNV aufgrund von Vereinbarungen zwischen Niedersachsen und Hamburg“ vom 10.12.1996). Es sind die von der HVV GmbH für 2005 und 2006 geschätzten Kostenbeiträge vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung aufgrund tatsächlich erbrachter Verkehrsleistungen, der Einnahmenabrechnung im HVV sowie der Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr (vgl. 6300.682.03) veranschlagt. Auf Grund der bei 6300.231.02 beschriebenen Verfahrensänderung wird der Titel ab 2007 als Leertitel veranschlagt.

- Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse aus Regionalisierungsmitteln für den ÖPNV – (682.15)

Über diesen Titel werden ab 2007 alle Zahlungen geleistet, die bisher bei 6300.682.01 und 6300.682.17 veranschlagt waren. Es handelt sich um einen Leertitel, da die Ausgaben zentral bei 682.02 veranschlagt und im Rahmen der Bewirtschaftung bedarfsgerecht auf 682.15 übertragen werden (vgl. auch die Erläuterungen zu 6300.231.02).

Geplante Einzelmaßnahmen	(Tsd. EUR)	
	2007	2008
Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten	588	588
Zuschuss AKN (Personenverkehr)	4.006	4.134
Zuschuss HVV GmbH	4.938	5.045
Erhöhte Sicherheit im ÖPNV und sonstige	5.000	5.100
Summe	14.532	14.867

Im Einzelnen:

- ◆ Betriebskostenzuschuss Bahnhofstoiletten

Grundlage der Veranschlagung ist der mit der HHA abgestimmte Bedarf zur Umsetzung des Reinigungskonzepts.

- ◆ Zuschuss an die AKN Eisenbahn AG zur Abdeckung von Verlusten im Personenverkehr (Güterverkehr siehe Titel 6300.682.06)

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2006 sowie die mittelfristige Planung für den Bereich Personenverkehr (Stand Dez. 2005). Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung vom 22.03.1999 zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein (vgl. Erläuterung zu 6300.233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.02.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN. Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet (siehe auch den Erfolgsplan AKN am Schluss dieser Titelerläuterungen).

- ◆ Zuschuss an die Hamburger Verkehrsverbund GmbH

Grundlage für die Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der HVV GmbH genehmigte Wirtschaftsplan 2006 sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2005). Der jährliche Aufwand der Gesellschaft wird entsprechend den Gesellschafteranteilen von den beteiligten Gebietskörperschaften getragen (Hamburg 85,5 %, schleswig-holsteinische Gebietskörperschaften 11,0 %, Niedersachsen 3,5 %). Der Ausgleich wird von den Gesellschaftern im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

- ◆ Projektförderung zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV

Der Mittelbedarf begründet sich im Wesentlichen für die Fortsetzungsmaßnahmen für erhöhte Sicherheit an die Hamburger Hochbahn-Wache sowie in geringem Maße für andere Maßnahmen.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Personenverkehr)

	Vorl. Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Eigenverkehre	7.309	7.124	7.041
1.2 Auftragsverkehre	5.137	4.607	4.606
1.3 Sonstige Sparten	1.948	2.039	1.800
Summe der Erträge	14.394	13.770	13.447
2. Aufwendungen Transport			
2.1 Dieselkraftstoff / Heizöl Fahrzeuge	3.584	4.243	4.413
2.2 sonstige direkte Kosten	1.373	1.262	1.275
2.3 Fahrdienst / Transport	3.164	3.084	3.048
2.4 Abschreibungen / Zinsen Fahrzeuge	2.107	2.148	2.405
2.5 Instandhaltung / Wartung Fahrzeuge	4.755	6.022	4.354
2.6 Vertrieb	1.154	1.323	1.353
2.7 Gebäude	258	268	269
2.8 Aufträge andere Abteilungen	269	150	149
Summe der Aufwendungen	16.664	18.500	17.266
3. Umlagen			
3.1 Verwaltungsumlage	2.908	3.192	3.143
3.2 Pensionsrückstellungen / Versorgungsbezüge	-113	1.100	1.396
3.3 Fahrwegumlage	12.677	12.928	13.602
Summe der Umlagen	15.472	17.220	18.141
4. Ergebnis	- 17.742	- 21.950	- 21.960
Kostendeckungsgrad	44,8 %	38,5 %	38,0 %
5. Anteil Hamburgs	2.607	3.775	4.006
zzgl. Zinsausgleich für Investitionszuschüsse gem. Vereinbarung	161	149	137
6. Zuschussbedarf	2.768	3.924	4.143

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2007 gegenüber 2006
(Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3):

1.1 Eigenverkehre

Es wird von Fahrgeldsteigerungen im HVV- und SH-Bereich ausgegangen bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen aus Erstattungen im Ausbildungsverkehr.

1.3 Sonstige Sparten

Rückgang aufgrund von Einmaleffekten im Vorjahr.

2.1 Dieselkraftstoff / Heizöl

Anstieg aufgrund der Preisentwicklung.

2.4 Abschreibungen / Zinsen Fahrzeuge

Anstieg entsprechend Neuinvestitionen Fahrzeuge.

3.2 Pensionsrückstellungen / Versorgungsbezüge

Anstieg gem. versicherungsmathematischer Gutachten.

3.3 Fahrwegumlage

Die Erhöhung ergibt sich überwiegend aus dem Anstieg der Abschreibungen und Zinsen aus dem zweigleisigen Ausbau der AKN.

5. Anteil Hamburgs

Anstieg aufgrund der in der Regionalisierungsrechnung Hamburg zugerechneten Finanzierungskosten für den Streckenausbau im Bereich Eidelstedt.

Nachrichtlich: Erfolgsplan Hamburger Verkehrsverbund GmbH

	Vorl. Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfogsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Sonstige Erträge	103	104	105
1.2 Erträge VVU	3.848	3.536	3.587
Summe der Erträge	3.951	3.640	3.692
2. Aufwendungen			
2.1 Personalaufwand	4.714	4.835	4.958
2.2 Abschreibungen	153	165	166
2.3 Materialaufwand	106	85	86
2.4 Fremdleistungen	2.768	2.429	2.452
2.5 Raumkosten	388	387	400
2.6 Sonstige Aufwendungen	1.208	1.239	1.405
Summe der Aufwendungen	9.337	9.140	9.467
3. Ergebnis	5.386	5.500	5.775
4. Anteil Hamburg/Zuschuss	4.604	4.703	4.938

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007 gegenüber 2006
(Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3):

Gegenüber der Systematik der Darstellung in Vorjahren sind die Aufwendungen der HVV GmbH für die Verkehrsunternehmen (VVU) in die Kosten eingeflossen; diese Kosten sind durch entsprechende Kostenerstattungen (Erträge VVU) gedeckt. Die Vergleichszahlen für 2006 und 2005 wurden entsprechend angepasst.

1.1 Sonstige Erträge

Der HVV erzielt prinzipiell keine eigenen Erträge; der Ansatz enthält im Wesentlichen Skontoerträge und Erträge aus internen Leistungsverrechnungen für Aufgabenerfüllungen außerhalb der Kernaufgaben der HVV GmbH.

1.2 Erträge VVU

Ausgewiesen ist hier der Ausgleich von Leistungen des HVV für die VVU. Änderung gegenüber Vorjahr aufgrund der Bruttodarstellung.

2.1 Personalaufwand

Der Aufwand entwickelt sich aufgrund der Anpassung des Personalbestandes an die Anforderungen.

2.4 Fremdleistungen

Der Ansatz enthält im Wesentlichen Mittel für die Durchführung von Projekten durch Dritte (insbesondere Gutachten) sowie die für Rechnung der Verkehrsunternehmen durchzuführenden Erhebungen.

2.6 Sonstige Aufwendungen

Der Ansatz enthält neben Prüfungs- und Beratungskosten insbesondere die auf die HVV-Leistungen anfallende Umsatzsteuer. Für 2007 ist der erhöhte Mehrwertsteuersatz berücksichtigt.

671.55 – Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (Sondernetz) –

Die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonnetzes erstreckt sich auch auf die Nutzung des sog. Sondernetzes, über das die Verkehrssignalanlagen und Parkleitsysteme gesteuert werden. Die Veranschlagung der hierdurch entstehenden Kosten im Kapitel 6300 erfolgt in Abgrenzung zur Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (vgl. Titel 6000.671.55).

Die Ansätze enthalten auch Entgelte an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 89 Tsd. EUR / 2008 – 90 Tsd. EUR).

682.02 – Zuweisungen des Bundes gem. § 8 Regionalisierungsgesetz –

2007 erstmalig veranschlagter Zentraltitel (vgl. die Erläuterungen zu 6300.231.02).

682.03 – Ausgleichszahlungen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz für Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr –

Bei diesem Titel werden alle Ausgleichszahlungen veranschlagt, die aufgrund des § 45 a Personenbeförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1691), zuletzt geändert am 29. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3073, 3076), und § 6 a bis g Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951 (BGBl. III 930-1), zuletzt geändert am 29. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3073, 3076), an die Verkehrsunternehmen HHA, PVG, VHH, AKN, KVG und Stadtwerke Norderstedt (SN) für ihre Aufwendungen für den Ausbildungsverkehr auf Hamburger Gebiet zu leisten sind.

Der gesetzliche Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen beträgt 50 % der nicht durch Verkehrserträge gedeckten Kosten des Ausbildungsverkehrs. Die jährlichen Ausgleichszahlungen setzen sich zusammen aus der Endabrechnung des Vorjahres und einer Vorauszahlung in der Höhe von 80 % des Vorjahresanspruchs.

Die Ausgleichszahlung für die Belastungen aus dem Ausbildungsverkehr vermindern die Verluste der Verkehrsunternehmen. Zahlungen aus dem Titel 6300.682.03 verringern somit die Mittelbedarfe für die Verlustabdeckung bei den Titeln

9590.682.10 (HHA, VHH und PVG) im folgenden Jahr sowie

6300.682.15 (AKN, Bereich ÖPNV) und 6300.633.01 (KVG) im selben Jahr.

682.04 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (HHA) –

Der im HGV-Komplex für die HHA zu berücksichtigende Verlustausgleich wird nachstehend erläutert:

Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft (HHA)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Verkehrseinnahmen	264.164	270.630	268.340
1.2 Miet- und Pachteinnahmen	11.188	10.720	10.810
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	59.615	62.300	70.030
Summe der Erträge	334.967	343.650	349.180
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	37.054	42.290	42.650
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	92.017	98.270	97.485
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	170.093	164.850	169.655
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	3.859	5.770	5.800
2.3 Abschreibungen	53.857	59.880	64.300
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	31.132	32.576	36.357
Summe der Aufwendungen	388.012	403.636	416.247

3. Beteiligungsergebnis	+ 7.752	+ 7.086	+ 7.357
4. Finanzergebnis	- 17.577	- 19.800	- 20.090
5. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-
6. Verlustübernahme durch die HGV	62.870	72.700	79.800
Kostendeckungsgrad	84,5 %	82,8 %	81,7 %

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006 (haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Aufgrund der Tarifierpassung im HVV-Gemeinschaftstarif zum 01.04.2006 sowie einer vom HVV geplanten Nachfragesteigerung und den separat kalkulierten Auswirkungen der zusätzlichen Leistungsnachfrage durch die Fußball-Weltmeisterschaft in 2006 wird mit einer Erhöhung der Verkehrseinnahmen gerechnet.	+ 6.466
1.3 Sonstige betriebliche Erträge	
Die zusätzlichen Erträge entstehen durch die Weiterberechnung von Fahrzeugabschreibungen, Zinsaufwendungen, Versicherungen u.a. an die FFG aufgrund des Neukonzeptes der Businstandhaltung.	+ 2.685
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Die höheren Kosten resultieren aus stark steigenden Strom- und Dieselmkraftstoffpreisen.	- 5.236
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Die Steigerung der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist primär auf die Neustrukturierung der Betreuung der Busflotte der Hochbahn durch das Tochterunternehmen FFG zurück zu führen. Den steigenden Aufwendungen stehen Erträge aus Weiterberechnungen (vgl. Ziffer 1.3) gegenüber.	- 6.253
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Im Jahr 2005 wurden die Personalaufwendungen durch den neuen Vergütungstarifvertrag mit einer Laufzeit vom 01.07.2005 bis zum 31.03.2008 beeinflusst. Am 23.06.2005 wurde weiterhin von den Tarifvertragsparteien eine Rahmenvereinbarung zu den Verhandlungen über einen neuen Vergütungssystemtarifvertrag geschlossen. Auf der Basis des bereits für einen großen Teil der Hochbahn-Mitarbeiter gültigen Vergütungsniveaus, das sich an den Wettbewerbskonditionen orientiert, soll ein strukturell homogenes Vergütungssystem unter Berücksichtigung von leistungsabhängigen Komponenten eingeführt werden. Auf der Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens ergaben sich durch die notwendigen Zuführungen zur Wettbewerbsrückstellung aus dem Vergütungstarifvertrag und dem Vergütungssystemtarifvertrag in 2005 höhere Kosten, denen dementsprechend geringere Personalkosten im Jahr 2006 gegenüberstehen.	+ 5.243
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	
Auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens zu den Pensionsrückstellungen ergab sich für 2005 kein Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen. Für 2006 wird mit einem Mehrbedarf gerechnet.	- 1.911
2.3 Abschreibungen	
Aufgrund der Verschiebung von Projektfertigstellungsterminen (z.B. spätere Aktivierung der XXL-Busse) ergibt sich eine Mehrbelastung im Jahr 2006.	- 6.023

3. Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis hat sich im Jahr 2005 infolge höherer Ausschüttungen aus Gewinnabführungsverträgen positiv entwickelt. Für 2006 wird ein Ergebnissrückgang geplant.

- 666

4. Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wird sich durch die erwartete steigende Zinsbelastung weiter verschlechtern.

- 2.223

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007 (haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

**Tsd.
EUR**

1.1 Verkehrseinnahmen

Die Planung der Verkehrseinnahmen im Jahr 2006 enthält auch den Sondereffekt der Fußball-Weltmeisterschaft. Saldiert mit der Restauswirkung der Tarifierpassung vom 01.04.2006 und den vom HVV prognostizierten weiter steigenden Fahrgastzahlen sowie sinkender Einnahmen im Ausbildungsverkehr ergibt sich im Jahr 2007 eine Reduzierung der Verkehrseinnahmen.

- 2.290

1.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die positive Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge wird im Jahr 2007 u.a. durch den erwarteten Abschluss eines weiteren Cross-Border-Leasing-Vertrages und steigender Leistungsentgelte der FHH für die Planungsleistungen der U4 beeinflusst.

+ 7.730

2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand

Die Restauswirkung der Tarifierpassung vom 01.07.2005 und die Einmalzahlung von 1.000 EUR pro Mitarbeiter im Jahr 2007 führen zu einer Erhöhung des Personalaufwandes. Gegenläufig wirken sich die wegfallenden Einmalkosten für die Sonderleistungen zur Fußball-Weltmeisterschaft in 2006 (Fahr-, Überwachungs- und Sicherheitsdienste) aus.

- 4.805

2.3 Abschreibungen

Aufgrund des weiterhin hohen Investitionsbedarfes der Hochbahn muss mit steigenden Abschreibungen gerechnet werden.

- 4.420

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Jahr 2007 wird mit einer höheren Inanspruchnahme von allgemeinen Dienstleistungen für den Beginn der Realisierungsphase des Baus der U4 und anderer Projekte kalkuliert.

- 3.781

3. Beteiligungsergebnis

Im Jahr 2007 wird wieder mit einer Verbesserung des Beteiligungsergebnisses gerechnet.

+ 271

4. Finanzergebnis

Bei steigenden sonstigen Zinsen für die Finanzierung des Investitionsbedarfes wird sich infolge einer Reduzierung der Zuführung zur Wettbewerbsrückstellung das Finanzergebnis im Jahr 2007 nur noch marginal verschlechtern.

- 290

682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (P+R) –

Der im HGV-Komplex für die P+R Betriebsgesellschaft mbH zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

P+R-Betriebsgesellschaft mbH

(mit der HGV besteht ein Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	935	893	905
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	237	1.038	819
Summe der Erträge	1.172	1.931	1.724
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	162	169	180
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.033	1.864	1.690
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	200	170	173
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	81	95	86
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	244	260	263
Summe der Aufwendungen	1.720	2.558	2.392
3. Finanzergebnis	4	3	3
4. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-
5. Verlustübernahme durch die HGV	544	624	665

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006 (haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Höhere Zuschüsse der Freien und Hansestadt Hamburg aufgrund erhöhter Grundinstandsetzungsmaßnahmen in 2006.	+ 801
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Höherer Aufwand durch Grundinstandsetzungsmaßnahmen (s. Pos. 1.2) sowie durch die Inbetriebnahme des P+R-Hauses Bergedorf.	- 831

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007 (haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

Tsd. EUR

1.2 Sonstige betriebliche Erträge

Geringere Zuschüsse der Freien und Hansestadt Hamburg aufgrund rückläufiger Grundinstandsetzungsmaßnahmen in 2007.

- 219

2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen

Geringerer Aufwand durch Grundinstandsetzungsmaßnahmen (s. Pos. 1.2).

+ 174

682.06 – Zuschuss an die AKN Eisenbahn AG zur Abdeckung von Verlusten aus dem Güterverkehr –

Grundlage der Veranschlagung ist der vom Aufsichtsrat der AKN genehmigte Wirtschaftsplan 2006 für den Bereich Güterverkehr sowie die mittelfristige Planung (Stand Dez. 2005).

Die Verluste werden aufgrund der Vereinbarung zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein vom 22.03.1999 (vgl. Erläuterungen zu 233.01) sowie der ergänzenden Regionalisierungsvereinbarung zur AKN vom 24./25.02.2000 von den beiden Ländern entsprechend der territorialen Zuordnung übernommen. Die Zuordnung erfolgt auf der Grundlage einer Spartenrechnung der AKN.

Der Ausgleich wird im laufenden Geschäftsjahr entsprechend dem Liquiditätsbedarf der Gesellschaft geleistet.

Erfolgsplan AKN Eisenbahn AG (nur Güterverkehr)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Eigenverkehre	488	445	263
1.2 Auftragsverkehre	524	524	524
Summe der Erträge	1.012	969	787
2. Aufwendungen Transport			
2.1 Dieseldienst / Heizöl Fahrzeuge	53	57	59
2.2 Fahrdienst / Transport	232	223	224
2.3 Abschreibungen / Zinsen Fahrzeuge	134	94	94
2.4 Instandhaltung / Wartung Fahrzeuge	638	271	275
2.5 Vertrieb	351	291	297
2.6 Gebäude	82	86	88
Summe der Aufwendungen	1.490	1.022	1.037
3. Umlagen			
3.1 Verwaltungsumlage	256	168	176
3.2 Pensionsrückstellungen / Versorgung	11	18	22
3.3 Fahrweg	983	832	616
Summe der Umlagen	1.250	1.018	814
4. Ergebnis	-1.728	-1.071	-1.064
Kostendeckungsgrad	36,9 %	47,5 %	42,5 %
5. Anteil Hamburgs/Zuschussbedarf	1.215	736	955

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wichtigsten Einzelpositionen 2007 gegenüber 2006 (Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3):

1. **Erträge**
Wegfall von vertraglichen Ausgleichszahlungen Dritter.
2. **Aufwendungen**
Die Betriebsaufwendungen steigen entsprechend der erwarteten Neuakquisitionen.
3. **Umlagen**
Die Umlagen sinken aufgrund Wegfalls von Kapitalkosten/Pacht für einen Streckenabschnitt.

682.09 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (VHH) –

682.30 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (PVG) –

Der im HGV-Komplex für die VHH AG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht.

Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Verkehrseinnahmen	49.970	50.268	50.947
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	6.048	5.464	5.578
Summe der Erträge	56.018	55.732	56.525
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.912	9.308	9.494
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.109	17.400	17.464
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	30.332	29.451	30.040
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.620	2.894	2.952
2.3 Abschreibungen	7.306	7.370	7.517
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.670	5.824	5.941
Summe der Aufwendungen	70.949	72.247	73.408
3. Beteiligungsergebnis	190	- 5.827	- 6.372
4. Finanzergebnis	205	160	163
5. Außerordentliches Ergebnis	3.208	347	349
6. Verlustübernahme durch die HGV	11.328	21.835	22.743
Kostendeckungsgrad VHH-Konzern (einschließlich PVG)	85,6 %	80,9 %	80,5 %
Kostendeckungsgrad VHH	84,0 %	78,2 %	78,0 %
Kostendeckungsgrad PVG	88,1 %	85,7 %	84,7 %

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Der im HGV-Komplex für die PVG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH (PVG)

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag *)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Verkehrseinnahmen	33.013		
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	2.894		
Summe der Erträge	35.907		
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.611		
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.349		
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	14.879		
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	472		
2.3 Abschreibungen	3.362		
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.936		
Summe der Aufwendungen	40.609		
3. Beteiligungsergebnis	311		
4. Finanzergebnis	5		
5. Außerordentliches Ergebnis	- 459		
6. Verlustübernahme durch die HGV *	4.845		
Kostendeckungsgrad	88,1 %		

* Ab dem Geschäftsjahr 2006 wird der Verlust durch die Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein AG (VHH) übernommen. Auf eine detaillierte Erläuterung der Erträge und Aufwendungen wird an dieser Stelle verzichtet, es erfolgt stattdessen eine Berücksichtigung im Beteiligungsergebnis der VHH.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006 (haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Im Gegensatz zum Vorjahr vor allem geringere Werkstatteerlöse aus Drittaufträgen.	- 584
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich höherer Beschaffungspreis für Dieseldieselkraftstoff.	- 396
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Preis Anpassungen zwischen PVG, Hochbahn, ORD (Orthmann's Reisedienst GmbH) und ABG (Ahrensburger Busbetriebsgesellschaft). In 2005 geplante Instandsetzungsvorhaben werden in 2006 realisiert.	- 1.291
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Mehraufwendungen aufgrund von Tarifier Anpassungen (2 %) werden durch den Wegfall der Rückstellung für Kapazitätsanpassungen überkompensiert.	+ 881
2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen	
Wegfall der in 2003 vorgenommen Anpassung der Rückstellung für die Altersteilzeit.	
3 Beteiligungsergebnis	
Durch die Übernahme der Mehrheitsanteile an der PVG und dem Abschluss eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit Wirkung ab dem 1.1.2006 übernimmt die VHH das Ergebnis der PVG (- 6.050 Tsd. EUR). Im Vorjahr wurde das Ergebnis der PVG von der HGV ausgeglichen).	- 6.017
5. Außerordentliches Ergebnis	
In 2006 Wegfall der Sondereinflüsse (Nachzahlung von Verkehrseinnahmen aus der endgültigen Einnahmeaufteilung des HVV für das Jahr 2003, Auflösung diverser Rückstellungen, Verkauf von Fahrzeugen deutlich über Plan).	- 2.861

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007 (haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Verkehrseinnahmen	
Angenommen wird eine durchschnittliche Erlössteigerung von 1,5 %.	+ 679
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Planerisch wird eine Tarifier Anpassung von 2 % erwartet.	- 589
3 Beteiligungsergebnis	
Höheres Defizit der PVG (- 6.575 Tsd. EUR) aufgrund höherer Steigerungsraten im Aufwand (2 %) im Vergleich zu den erwarteten Einnahmesteigerungen (1,5 %).	- 545

682.11 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (HADAG) –

Der im HGV-Komplex für die HADAG zu berücksichtigende Verlustausgleich ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

HADAG – Seetouristik und Fährdienst AG

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Ergebnis GJ 2005 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2006 Tsd. EUR	Vorschau GJ 2007 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Hafenfähr- und Berufsverkehr	3.936	3.892	4.041
1.2 Touristik	739	671	671
1.3 Sonstige Umsatzerlöse	110	143	145
1.4 Sonstige betriebliche Erträge	480	200	191
Summe der Erträge	5.265	4.906	5.048
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.792	2.231	2.238
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.213	3.062	3.140
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	2.082	1.797	1.766
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	578	1.128	1.141
2.3 Abschreibungen	1.003	1.196	1.323
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.786	1.572	1.600
2.5 Steuern	4	1	1
Summe der Aufwendungen	10.458	10.987	11.209
3. Beteiligungsergebnis	79	78	81
4. Finanzergebnis	-61	-67	-71
5. Außerordentliches Ergebnis			
6. Verlustübernahme durch die HGV	5.175	6.070	6.151

Eine Vorschau für das Geschäftsjahr 2008 ist aufgrund fehlender Detailplanungen der Unternehmen nicht möglich.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2006 (haushaltswirksam 2007) gegenüber 2005 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 2)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.2 Touristik	
Im Wesentlichen durch weniger Vercharterungen.	- 68
1.4 Sonstige betriebliche Erträge	
Geringere Schadenserstattungen und sonstige Erträge.	- 280

2.1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
	Insbesondere höhere Treibstoffkosten durch Erhöhung des Dieselpreises.	- 439
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen	
	Die Minderkosten betreffen im Wesentlichen geringere Reparaturkosten für die Schiffe.	+ 151
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
	Die Minderkosten sind hauptsächlich auf die Reduzierung des Personalbestandes sowie auf die Wettbewerbsrückstellung zurückzuführen. Im Jahr 2005 wurden 165 Tsd. Euro zugeführt, 2006 beträgt die Zuführung 19 Tsd. Euro.	+ 285
2.2.2	Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen	
	Die Abweichung ist auf die Auflösung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen. Im Jahr 2005 wurden 735 Tsd. EUR aufgelöst, im Plan 2006 beträgt die Auflösung 200 Tsd. EUR.	- 550
2.3	Abschreibungen	
	Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubauten.	- 193
2.4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Im Wesentlichen geringere Aufwendungen für die Beseitigung von Unfallschäden.	+ 214

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2007 (haushaltswirksam 2008) gegenüber 2006 (ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 4 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1	Hafenfähr- und Berufsverkehr
	Höhere HVV-Einnahmen.
	+ 149
2.1.2	Aufwendungen für bezogene Leistungen
	Erhöhung durch die Anmietung von Personal der HADAG Verkehrsdienste GmbH.
	- 78
2.3	Abschreibungen
	Höhere Abschreibungen durch Schiffsneubauten und andere Investitionen.
	-127

682.13 – Zahlungen für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr –

Die bei dem Titel zu leistenden und nach den Vereinbarungen von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) notwendigen Zahlungen entsprechen dem Saldo aus Kosten und Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen, insbesondere der DB AG. Sie beruhen auf der zum 01.01.2002 rückwirkend in Kraft getretenen Neufassung des Regionalisierungsgesetzes vom 26.06.2002 (BGBl. I Seite 2264) zuzüglich geplanter Mehrverkehre sowie den Ergebnissen bei Vergabeverfahren. Hinsichtlich der Veranschlagung eines Leertitels vergleiche die Erläuterungen zu 6300.231.02.

682.14 – Zahlungen für Leistungen im ÖPNV mit Bussen –

Im Zusammenhang mit der Ausschreibung von Busbetriebsleistungen können ab Sommer 2005 Änderungen bei den Zahlungen an Verkehrsunternehmen eintreten. Diese Zahlungen können sich auch auf die Verlustausgleiche in den Einzelplänen 6 und 9 (HGV-Verlustausgleich) auswirken, soweit hamburgische Verkehrsunternehmen betroffen sind. Hinsichtlich der Veranschlagung eines Leertitels vergleiche die Erläuterungen zu 6300.231.02.

Investitionen

Die Investitionen in diesem Bereich werden insbesondere geprägt durch

- den allgemeinen Straßenbau mit den Schwerpunkten
 - Substanzerhaltung von Straßen (Titel 741.14, 741.81),
 - Substanzerhaltung von Brücken (Titel 741.09, 785.07, 785.08),
 - Förderung des Radverkehrs (Titel 741.02),
 - Verstärkung der adaptiven Netzsteuerung (Titel 741.12) und Verbesserung des Verkehrsflusses (Titel 741.21),
 - Planung, Bau bzw. Grundinstandsetzung von Lichtsignalanlagen, Lichtsignalsteuerung und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung (Titel 741.10, 741.11, 741.12),
 - Einzelmaßnahmen: Umgehung Finkenwerder (Titel 750.23), Sengelmanstraße (Titel 771.08),
- den Schnellbahnbau mit Schwerpunkt für Einzelmaßnahmen (Kostenanteile bzw. Zuschüsse Hamburgs)
 - Bau der S-Bahn-Strecke Neugraben – Stade (Titel 891.17),
 - Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen (Titel 891.18),
 - Bau der U-Bahn HafenCity – Bramfeld (Titel 891.19) und
 - Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Titel 891.20),
- die Erschließungsmaßnahmen für die HafenCity, den Wohnungsbau sowie für den Gewerbe- und Gemeinbedarf einschließlich dazugehörigem Grunderwerb [Titel 788.01, 788.02 (Erschließung HafenCity), 789.01, 821.03, 862.01],
- die Mittel u.a. für Planung, Entwurf, Bauvorbereitung und –durchführung, Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten sowie sonstige Baunebenkosten sowie entsprechende Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (Titel 799.01 und 799.04),
- die Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (Titel 893.02),
- die Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG (Titel 891.05),
- die Zuschüsse zur Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation (Telematik) in Hamburg (Titel 891.06),
- die Zuschüsse gem. § 8 Regionalisierungsgesetz an Verkehrsunternehmen für Investitionen (Titel 891.08),
- die vom Bund gewährten Finanzhilfen gem. § 3 (1) Entflechtungsgesetz zum Bau oder Ausbau von Anlagen des ÖPNV (Titel 891.02) sowie zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen (Titel 891.15),

Aus den Mitteln der Titel 741.02, 741.03, 741.04, 741.05, 741.09, 741.10, 741.11, 741.12, 741.14, 741.20, 742.03, 785.07, 785.08, 788.01, 788.02, 789.01, 891.06, 891.10, 891.17, 891.18, 891.19, 891.20, 893.01 und 893.04 dürfen auch Vergütungen an Gutachter, Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sonderfachleute für Planungsleistungen, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vervielfältigungen, Lichtpausen und Ähnliches) gezahlt werden. Für noch nicht veranschlagte Maßnahmen werden Planungsmittel aus 799.01 finanziert.

Im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen Brücken und Gewässer (LSBG) ist das Kapitel 6420 (Bau und Betrieb) aufgelöst worden. Die bisher in diesem Kapitel veranschlagten Ausgabetitel 741.09, 741.10, 741.11, 741.12, 785.07, 785.08 und 799.04 sind ab dem Haushaltsjahr 2007 im Kapitel 6300 ausgewiesen.

Einzelne Ansätze der Investitionsausgaben enthalten auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Leistungen, die von ihm auf der Grundlage von Kontrakten erbracht werden. Die für diesen Zweck bestimmten Anteile wurden prozentual zur Höhe des Ansatzes bei den einzelnen Titeln ermittelt und dem Ansatz hinzugerechnet.

Für diese im Kapitel 6300 veranschlagten Titel im Investitionshaushalt ergeben sich insgesamt folgende Anteile; die Höhe der Honorare sind bei den einzelnen Titeln ausgewiesen.

	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR
Investitionsausgaben	112.110	14.499	115.879	14.566

Aus den Titeln 741.01 bis 799.01 und 891.02 bis 891.21 können auch Kredithilfen, Entschädigungen, Kosten für Folgemaßnahmen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden. Entscheidungen über Billigkeitszahlungen bzw. Darlehensvergabe bei Nachteilen infolge von Erschließungsmaßnahmen werden durch die Kommission für Bodenordnung getroffen (Titel 862.01).

Der Grunderwerb für Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, für Brücken und sonstigen Ingenieurbauwerken aus den Titeln 741.xx ist beim Titel 821.01, für Erschließungen beim Titel 821.03 veranschlagt.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

741.01 – Neu-, Um- und Ausbau von Straßen –

Veranschlagt sind Maßnahmen des Neu-, Um- und Ausbaues von Straßen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 283 Tsd. EUR / 2008 – 257 Tsd. EUR).

Die Mittel in 2007 und 2008 sind für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:

Ziffer	Aufgabenbereiche	Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
		KM	VE	KM	VE
1	Neu-, Um- und Ausbau	2.155	3.000	2.141	3.000
2	Baumaßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit	1.078	2.000	1.070	2.000
3	Unternehmerstraßen	377	500	375	500
4	Maßnahmen an Stellplätzen	108	-	107	-
5	noch nicht festgelegte Arbeiten	215	500	214	500
	Insgesamt	3.933	6.000	3.907	6.000

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 6.000.000 EUR ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

Zu Ziffern 1:

Vorgesehen sind Maßnahmen mit Kosten von jeweils bis zu 2,5 Mio. EUR im Netz der Hauptverkehrsstraßen.

Zu Ziffer 2:

Im Rahmen eines Mehrjahresprogramms werden in Abstimmung mit der Polizei Umbaumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit durchgeführt.

Zu Ziffer 3:

Das Hamburgische Wegegesetz sieht die Übernahme der Wegebaulast an Unternehmerstraßen durch die Freie und Hansestadt Hamburg vor.

Zu Ziffer 4:

Veranschlagt sind Mittel für das Herrichten, Ändern und Aufheben insbesondere bewirtschafteter Parkflächen.

Zu Ziffer 5:

Die veranschlagten Mittel sind für noch nicht bekannte Sofortmaßnahmen im Rahmen der Ziffern 1 - 5 vorgesehen. Über den Einsatz der Mittel wird nach aktuellen Kriterien entschieden.

Vor Beginn entsprechender Maßnahmen aus Ziffern 1 – 5 muss sichergestellt sein, dass ggf. erforderlicher Grunderwerb finanziert werden kann.

741.02 – Förderung des Radverkehrs –

Die Mittel in den jährlichen Bauprogrammen dienen schwerpunktmäßig der Erneuerung von Radwegen sowie dem Um- und Ausbau von Radwegen zur Verbesserung des baulichen und verkehrlichen Zustandes insbesondere durch Verbreiterung und unbehinderte, gradlinige Führung im Streckenbereich sowie sichere und attraktive Führung in Knoten- und Einmündungsbereichen an Hauptverkehrsstraßen. Außerdem soll das in 2006 begonnene Programm zur Erhaltung der Benutzungspflicht von Radwegen und der Verbesserung von Radwegen im Bereich von Schulen und Kindergärten (siehe Bürgerschaftsdrucksache 18/3417) fortgesetzt werden. Weiterhin sollen die mit dem Ersuchen (Bürgerschaftsdrucksache 18/4180) formulierten und von der Bürgerschaft einstimmig angenommenen Ziele Berücksichtigung finden.

Aus diesen Mitteln wird auch die Herstellung von Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Straßenraum, insbesondere an Haltestellen des ÖPNV einschließlich „bike & ride“ sowie die Förderung der Aufstellung von Fahrradhäuschen und Fahrradboxen finanziert; dafür können aus diesem Titel auch Zuschüsse an Dritte gewährt werden.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 18 Tsd. EUR / 2008 – 16 Tsd. EUR).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

741.03 – Förderung des Radverkehrs aus Ausgleichbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO –

Aus Gründen der Haushaltstransparenz werden Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, die aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (vgl. 893.02) finanziert werden, getrennt von den im Haushaltsplan veranschlagten Maßnahmen (vgl. 741.02) gebucht.

Es ist beabsichtigt, in den Haushaltsjahren 2007/2008 insbesondere das in 2006 begonnene Programm zur Erhaltung der Benutzungspflicht von Radwegen und zur Verbesserung der Radwege im Bereich von Schulen und Kindergärten (siehe Bürgerschaftsdrucksache 18/3417) fortzusetzen und geeignete Maßnahmen aus Ausgleichsbeträgen zu finanzieren. Weiterhin sollen die mit dem Ersuchen (Bürgerschaftsdrucksache 18/4180) formulierten und von der Bürgerschaft einstimmig angenommenen Ziele Berücksichtigung finden.

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

741.04 – Maßnahmen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße –

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach einem mit den Hamburger Verkehrsunternehmen abgestimmten fachbehördlichen Programm. Dabei werden vorrangig solche Maßnahmen umgesetzt, die neben der Förderung des ÖPNV auch geeignet sind, das wirtschaftliche Betriebsergebnis der Verkehrsunternehmen zu verbessern. Aus diesen Mitteln wird auch der Umbau einschließlich Grundinstandsetzung von Busbuchten und sonstiger Omnibusanlagen finanziert, wenn damit Verbesserungen für den ÖPNV-Nutzer erreicht werden (z.B. behindertengerechte Gestaltung).

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 91 Tsd. EUR / 2008 – 83 Tsd. EUR).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

741.05 – Förderung des ÖPNV auf der Straße aus Ausgleichbeträgen gemäß § 49 (4) HBauO -

Aus Gründen der Haushaltstransparenz werden Maßnahmen zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße, die aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (vgl. 6300.893.02) finanziert werden, getrennt von den im Haushaltsplan veranschlagten Maßnahmen (vgl. 6300.741.04) gebucht. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

741.08 – Maßnahmen in Verbindung mit dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm der Bundesfernstraßen –

Das Netz der Stadtstraßen und Bundesfernstraßen ist als Einheit zu betrachten. Der Bau von städtischen Entlastungsstraßen ermöglicht flankierende Maßnahmen vorrangig in den entlasteten Straßen. Ebenso führt das Bauprogramm für die Bundesfernstraßen zu Folgemaßnahmen (Anpassung des Stadtstraßennetzes an die veränderten Verkehrsströme) und flankierenden Maßnahmen (z. B. Rückbau in den entlasteten Straßen).

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 9 Tsd. EUR / 2008 – 8 Tsd. EUR).

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 300 Tsd. EUR ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

741.09 – Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau –

Veranschlagt sind Maßnahmen an hamburgischen Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken außerhalb des Hafens mit Baukosten von bis zu 2.500 Tsd. EUR im Einzelfall, soweit sie nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt werden. Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Größere Maßnahmen werden bei Einzeltiteln veranschlagt.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 840 Tsd. EUR / 2008 – 744 Tsd. EUR).

Ein großer Teil der hamburgischen Brücken hat ein Alter erreicht, in dem durch Zeitschäden, Überbelastungen usw. ihre Funktionsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Die Schäden sind durch reine Instandsetzungsmaßnahmen nicht zu beheben, so dass die Bauwerke in wesentlichen Teilen erneuert werden müssen, um sie den gesteigerten Belastungen anzupassen.

Erhöhte verkehrliche Anforderungen machen es erforderlich, einige Brücken umzubauen, zu erweitern oder sie in ihrer Tragfähigkeit zu erhöhen. Auch erfordern neue Verkehrsbeziehungen in einigen Fällen die erstmalige

Erstellung neuer Brückenbauwerke. Aus Mitteln dieses Titels wird auch der Abbau von Anlagen finanziert, soweit dies zur Einsparung von Erhaltungskosten oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen von 4.200 Tsd. EUR in 2007 und 8.000 Tsd. EUR in 2008 ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

- 741.10 – Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt –

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Maßnahmen:

- Bau von Lichtsignalanlagen im vorhandenen Straßennetz sowie kleinere Anpassungen im Zusammenhang mit der Lichtsignalsteuerung, soweit nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder bei anderen Baumaßnahmen veranschlagt. Dazu gehört auch der Um- und Ausbau von Anlagen, sowie die erforderliche Anpassung und Erweiterung der Verkehrsrechner. Die Arbeiten beziehen sich ebenfalls auf die Umstellung auf Tempo 60 auf ausgewiesenen Hauptverkehrsstraßen.
- Ergänzung der Anlagen der Öffentlichen Beleuchtung einschließlich der Leuchtverkehrszeichen, soweit sie nicht im Zusammenhang mit Straßenneubau oder anderen Baumaßnahmen veranschlagt sind. Sie sind insbesondere erforderlich, um die Sicherheit auf allen Straßen und Wegen zu verbessern. Dazu gehören insbesondere die Umrüstung bzw. der Ersatz von abgängigen Leuchten, die Beleuchtung von Fußgängerüberwegen, die Erweiterung und Verbesserung von Beleuchtungsanlagen an Wegeflächen, die gemäß § 6 Hamburgisches Wegegesetz für den öffentlichen Verkehr gewidmet sind, an Fußgängerüberwegen und im Zuge von Maßnahmen an Unternehmerstraßen, deren Wegebaulast Hamburg übernimmt, der Bau von Beleuchtungsanlagen in vorhandenen Verbindungswegen in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen und der Bau von innenbeleuchteten oder retroreflektierenden Verkehrszeichen.

Aus dem Titel 741.10 darf auch der Abbau von Anlagen finanziert werden, soweit dies zur Betriebskosteneinsparung oder aus anderem Anlass notwendig ist.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 140 Tsd. EUR / 2008 – 127 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

1.900.000 EUR

- 741.11 – Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung –

Die Mittel sind vorgesehen für folgende Maßnahmen:

- Grundinstandsetzung und Ersatz der Anlagen zur Lichtsignalsteuerung, um den bestehenden Leistungsstand der Verkehrssicherung zu erhalten und das vorhandene Straßennetz optimal auszunutzen. Dazu gehören Ersatz abgängiger und Nachrüstung noch verwendbarer Schaltgeräte und Verkehrsrechner, Ergänzungen an Lichtsignalanlagen und Einrichtung von Koordinierungsschaltungen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Erweiterungen und Ergänzungen in den Verkehrsrechnerzentralen; diese Maßnahmen dienen der Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Aus Mitteln dieses Titels können auch Kostenanteile/Zuschüsse zu Baumaßnahmen Dritter geleistet werden.
- In einem Sonderprogramm wird ein Teil der insgesamt rd. 1.695 Lichtsignalanlagen gem. den geltenden VDE-Vorschriften auf sog. Sternverkabelung nachgerüstet. Ende 2005 waren insgesamt rd. 1.422 Anlagen sternverkabelt.
- Grundinstandsetzung von Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Leuchtverkehrszeichen einschl. abgängiger Stahlmasten und Leuchten sowie Ersatz von Freileitungsanlagen mit Holzmasten durch erdverkabelte Beleuchtungsanlagen mit Stahlmasten.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 621 Tsd. EUR / 2008 – 564 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind

in 2007 zu Lasten 2008
in 2008 zu Lasten 2009

8.500.000 EUR
8.600.000 EUR

veranschlagt.

- 741.12 – Verstärkung der verkehrsadaptiven Netzsteuerung –

Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms (SIP) wurde mit Dr. 18/2908 die Verstärkung der verkehrsadaptiven Netzsteuerung beschlossen mit dem Ziel der Verbesserung des Verkehrsflusses durch Optimierung von Schaltzeiten der Lichtsignalanlagen. Durch den Einbezug aller Verkehrsbeziehungen wird erreicht, dass eine permanente Anpassung der Lichtsignalsteuerung durch den Einsatz von neuester Soft- und Hardware an die tatsächlich vorhandenen Verkehrsverhältnisse erfolgt.

Auf der Grundlage der positiven Ergebnisse aus dem Pilotprojekt ist beabsichtigt, die verkehrsadaptive Netzsteuerung in Hamburg schrittweise auszubauen. Im Titel sind die Mittel veranschlagt für die Verbesserung des stauanfälligen Bereichs des Ring 2 zwischen Wandsbek Markt und der Bramfelder Straße mit insgesamt 25 Lichtsignalanlagen und im weiteren die Umrüstung des Bereichs Ring 2/ Fruchtallee sowie Ring 2/ Lokstedter Weg.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 388 Tsd. EUR / 2008 – 352 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind

in 2007 zu Lasten 2008	5.300.000 EUR
in 2008 zu Lasten 2009	4.300.000 EUR

veranschlagt.

741.14 – Grundinstandsetzung von Hauptverkehrsstraßen –

Um die Funktionsfähigkeit des Straßennetzes zu sichern, ist bei einer Anzahl von Straßen die Durchführung von Grundinstandsetzungen erforderlich. Wesentliche Ursachen des schlechten Straßenzustandes ist neben unzureichender Unterhaltung in früheren Jahren auch die gestiegene Verkehrsbelastung (Verkehrsmengen und insbesondere Achslasten), die von den vorhandenen Straßenkonstruktionen bei den bestehenden Untergrundverhältnissen nicht aufgenommen werden können.

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen im Netz der Hauptverkehrsstraßen mit Baukosten von bis zu 2.500.000 EUR im Einzelfall. Die Maßnahmen ergeben sich aus dem Dringlichkeitsprogramm unter Berücksichtigung des akuten Zustandes einzelner Straßen.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und können ebenfalls als Investitionsmaßnahmen aus diesem Titel finanziert werden.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 466 Tsd. EUR / 2008 – 388 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der Folgejahre veranschlagt

6.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

741.20 – Umgestaltung Hamburger Plätze –

Die gemäß Bürgerschaftsdrucksache 18/5166 vom 24.10.2006 veranschlagten Haushaltsmittel sind für die Realisierung der Projekte „Teufelsbrück“ (Altona), „Rathausplatz / Gärten der Archäologie / Museumsplatz“ (Hamburg) und „Fanny-Mendelsohn-Platz“ (Eimsbüttel) vorgesehen.

Ansatz 2007	2.000.000 EUR
Ansatz 2008	1.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind

in 2007 zu Lasten 2008	1.000.000 EUR

veranschlagt

Die Fortsetzung des in der Bürgerschaftsdrucksache 18/1779 erläuterten Programms mit einem Volumen von bis zu 11 Mio. EUR und die Konkretisierung von Maßnahmen aus der 2. Priorität sowie die Bereitstellung erforderlicher Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP) erfolgen über gesonderte Drucksachen.

Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

741.21 – Verbesserung des Verkehrsflusses –

Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010 (SIP) sind Ausbaumaßnahmen an Hauptverkehrsstraßen vorgesehen, um eine Verbesserung des Verkehrsflusses zu erreichen und damit die Lebensqualität und Attraktivität der „Wachsenden Stadt“ zu steigern. Das Programm umfasst ein Volumen von 15,74 Mio. EUR für den Zeitraum von 2005 bis 2010. Details zu den geplanten Maßnahmen und die Finanzierung des Programms sind in der Drucksache 18/2334 vom 31.05.2005 dargestellt.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 233 Tsd. EUR / 2008 – 211 Tsd. EUR).

741.81 – Neu-, Um- und Ausbau sowie Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Mittel für Neu-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Grundinstandsetzung an Straßen und Wegen (ohne Hauptverkehrsstraßen) einschließlich Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung und Absenkungen von Bordsteinen. Der Ansatz berücksichtigt die Änderungen im Netz der Hauptverkehrsstraßen entsprechend den Entscheidungen im Rahmen der Verwaltungsreform. Die in den Haushaltsjahren 2005 und 2006 bei dem Titel 6300.741.83 (Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke) gesondert veranschlagten Mittel sind nunmehr ab 2007 wieder bei diesem Titel ausgewiesen.

Aus diesen Mitteln können auch Maßnahmen mit einem Unterhaltungs- und Instandsetzungskostenanteil von bis zu 20 v. H. der Gesamtbaukosten finanziert werden. Großflächige Erneuerungen der Fahrbahndecke erhöhen den Wert der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig und werden als Investitionsmaßnahme aus diesen Mitteln finanziert.

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 38 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	680	591	1.128	1.263	1.128	1.263
Altona	974	974	1.140	1.277	1.140	1.277
Eimsbüttel	738	738	971	1.086	971	1.086
Hamburg-Nord	656	656	1.147	1.284	1.147	1.284
Wandsbek	1.590	1.590	2.189	2.460	2.189	2.460
Bergedorf	1.184	1.184	1.551	1.743	1.551	1.743
Harburg	867	867	1.193	1.337	1.193	1.337
Gesamt	6.689	6.600	9.319	10.450	9.319	10.450

In der vorstehenden Tabelle sind in der Spalte „Ansatz 2006“ die Werte ausgewiesen, die bisher bei den Titeln 6300.741.81 (Neu-, Um- und Ausbau von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke) und 6300.741.83 (Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke) veranschlagt waren.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 10.450 Tsd. EUR ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

742.03 – Bau, Erweiterung und Grundinstandsetzung von öffentlichen P+R-Anlagen –

Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen (einschl. Grundinstandsetzung, Modernisierung und Grunderwerb) erfolgt über Ausgleichsbeträge für Stellplätze (vgl. Erläuterungen zu Titel 893.02). Der Grunderwerb für P+R-Anlagen wird bei 821.06 eingestellt. Entscheidungen über den Bau oder Ausbau von P+R-Anlagen werden im Einzelfall getroffen und bei Gesamtkosten von über 800 Tsd. EUR der Bürgerschaft mit besonderer Drucksache zur Kenntnis gegeben. Einen Schwerpunkt bildet die Grundinstandsetzung der P+R-Anlage am U-Bahnhof Langenhorn Markt. Aus diesem Titel werden auch Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer gezahlt.

742.12 – Planerische Vorleistungen für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel –

891.48 – Zuwendung für den Bau eines P+R-Hauses in Poppenbüttel –

Der Bau eines 3-geschossigen P+R-Hauses mit rd. 500 Stellplätzen über den Streckengleisen der S-Bahn südlich der Haltestelle Poppenbüttel ist der Bürgerschaft mit der Drucksache 17/3378 vom 23.9.2003 erläutert worden. Die Maßnahme wird im Wesentlichen aus Ausgleichsbeträgen finanziert; die Mittel wurden bereits vollständig per Sollübertragung von 6300.893.02 auf dem Leertitel 742.12 bereitgestellt. Vorgesehen war als Bauherr die damalige Behörde für Bau und Verkehr. Die P+R Betriebsgesellschaft mbH sollte die Planungen eng begleiten und anschließend den Betrieb übernehmen. Nach Fertigstellung des P+R-Hauses Bergedorf im November 2005 ist die P+R-Betriebsgesellschaft aber personell in der Lage, auch für die Anlage in Poppenbüttel als Bauherr zu fungieren.

Gemäß der Drucksache 18/3897 vom 14.03.2006 soll abweichend von der bisherigen Planung eine Zuwendung als Vollfinanzierung zur Abdeckung der nachgewiesenen, zuwendungsfähigen Kosten der Maßnahme an die P+R-Betriebsgesellschaft gezahlt werden. Dafür ist der neue Leertitel 6300.891.48 vorgesehen. Bereits erbrachte bzw. beauftragte Vorleistungen werden auf dem bestehenden Titel bewirtschaftet. Am Gesamtvolumen der Maßnahme von rd. 9,5 Mio. EUR ändert sich durch die Veränderung der Bauherrenschaft nichts; die Mittel für die Zuwendung werden bedarfsgerecht vom Titel 6300.742.12 umgeschichtet.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung hat die ECE Projektmanagement GmbH einen Kostenzuschuss in Aussicht gestellt, der über den Titel 6300.341.12 eingenommen und den Ausgabetiteln zugeführt wird.

750.23 – Umgehung Finkenwerder –

Die Ortsumgehung Finkenwerder ist eine wichtige Maßnahme zur Entlastung des Ortskerns Finkenwerder von durchgehendem Verkehr, insbesondere auch Verkehren vom und zum Werk der Airbus Deutschland. Die Planung folgt der deichfernen Südtrasse und verbindet die Finkenwerder Straße im Osten mit dem Neuenfelder Hauptdeich im Westen.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 04.04.2003 36.000.000 EUR

davon entfallen auf den Titel

6420.799.01 / 6300.799.01 (ab 2007)

(Vergütungen an Vertragsingenieure)

1.500.000 EUR

6300.821.23 / 6300.821.01 (ab 2007)

(Grunderwerb)

1.500.000 EUR

3.000.000 EUR

Baukosten

33.000.000 EUR

davon entfallen auf

Straßenbaukosten

25.500.000 EUR

Ausgleichsmaßnahmen

7.500.000 EUR

zuzüglich Honorare LSBG

1.532.000 EUR

34.532.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2006

12.600.000 EUR

Ansatz 2007

7.759.000 EUR

Ansatz 2008

7.708.000 EUR

28.067.000 EUR

Vorbehalten bleiben

6.465.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 559 Tsd. EUR / 2008 – 508 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in

2007

14.173.000 EUR

2008

6.465.000 EUR

veranschlagt.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf der Maßnahme und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

771.01 – Sicherung der Verkehrsinfrastruktur – Straßen einschließlich Radwege –

Das Anlagevermögen Straße repräsentiert einen Wert von rd. 1,65 Milliarden EUR (ohne Grundstücke, Brücken- und Tunnelbauwerke sowie Anlagen der öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen) und muss entsprechend seiner in den einzelnen Anlageteilen unterschiedlichen Lebensdauer in Zyklen zwischen 25 und 80 Jahren erneuert werden. Die veranschlagten Mittel sollen dazu beitragen, den Zustand der Straßeninfrastruktur einschließlich der Geh- und Radwege zu verbessern.

Als erste Rate werden in

2007

1.155.000 EUR

2008

1.141.000 EUR

veranschlagt.

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 155 Tsd. EUR / 2008 – 141 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in

2007	1.100.000 EUR
2008	3.200.000 EUR

veranschlagt.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ist abhängig vom Verlauf der Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

Die Haushaltsmittel werden bedarfsgerecht auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel übertragen werden.

771.07 – Grundinstandsetzung und Umbau des Horner Kreisels –

Der Horner Kiesel stellt seit Jahren ein verkehrliches Problem dar, sowohl im baulichen Zustand als auch in der verkehrlichen Abwicklung. Vorgesehen ist eine höhengleiche Lösung mit Signalisierung als kostengünstige und gleichwohl leistungsfähige Maßnahme, die zusammen mit einer Grundinstandsetzung ab 2005 realisiert wird.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert.

Gesamtkosten gem. Unterlagen §§ 24/54 LHO vom 23. und 31.03.2005	5.000.000 EUR
davon entfallen auf Grunderwerb (bis 2006 Titel 821.07, ab 2007 Titel 821.01)	100.000 EUR
Baukosten	4.900.000 EUR
zuzüglich Honorare LSBG	109.000 EUR
	5.009.000 EUR
Veranschlagt sind bis 2006	3.500.000 EUR
Ansatz 2007	1.509.000 EUR
	5.009.000 EUR

Der Ansatz 2007 enthält auch den Honoraranteil des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (109 Tsd. EUR).

771.08 – Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmanstraße zwischen Dorothea-Kasten-Straße und Hebebrandstraße –

Die Ausbau der Sengelmanstraße hat eine hohe Verkehrsbedeutung als wichtige Verbindung zum Flughafen. Die vom Bund finanzierte Umgehung Fuhlsbüttel ist seit Mai 2000 in Betrieb. Die Grundinstandsetzung und der Umbau der an die Umgehung Fuhlsbüttel nach Süden anschließenden Abschnitte der Sengelmanstraße bis zur Alsterdorfer Straße einschließlich der Brücke über die Alster sind bereits realisiert. Der Umbau des Einmündungsbereiches in die Hebebrandstraße erfolgte 2003.

Bei diesem Titel ist der Ausbau des zweistreifig verbliebenen Abschnitts der Sengelmanstraße zwischen Dorothea-Kasten-Straße und nördlich Hebebrandstraße veranschlagt. Mit der Maßnahme wird die verbliebene Lücke auf dieser wichtigen Verkehrsverbindung geschlossen.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert.

Gesamtkosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 12.03.2004	5.650.000 EUR
davon entfallen auf Grunderwerb (bis 2006 Titel.821.07, ab 2007 Titel 821.01)	350.000 EUR
Baukosten	5.300.000 EUR
zuzüglich Honorare LSBG	214.000 EUR
	5.514.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2006	2.500.000 EUR	
Dabei ist berücksichtigt, dass 2006 ein Betrag von 1 Mio. EUR zugunsten anderer Titel im EDK 20 in Anspruch genommen wurde (vgl. Drs. 18/3417)		
Ansatz 2007	2.479.000 EUR	
Ansatz 2008	535.000 EUR	5.514.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 179 Tsd. EUR / 2008 – 35 Tsd. EUR).
Als Verpflichtungsermächtigung sind in

2007 zu Lasten 2008 535.000 EUR

veranschlagt.

785.07 – Grundinstandsetzung der Wiesendammbrücke –

Die Wiesendammbrücke überquert den Goldbekkanal im Zuge der Straße Wiesendamm in Hamburg-Winterhude. Durchgeführte Bauwerksuntersuchungen haben ergeben, dass das Bauwerk wegen der fortschreitenden Korrosion der Bewehrung durch Karbonatisierung und Chlorideinwirkung stark gefährdet ist. Aufgrund der sehr gering einzustufenden Betonqualität wird die Dauerhaftigkeitsprognose zusätzlich erheblich belastet.

Aus den Ergebnissen der durchgeführten Bauwerksuntersuchungen und der Entwicklung des Bauwerkszustandes seit der letzten Instandsetzung ist erkennbar, dass eine erneute, kostenintensive Instandsetzung des bereits über 75 Jahre alten Bauwerkes wenig sinnvoll und mit erheblichen Risiken behaftet ist. Eine Erneuerung der Brücke ist deshalb aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar.

Baukosten gemäß Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 22.04.2004 4.300.000 EUR

zuzüglich Honorare LSBG 530.000 EUR

4.830.000 EUR

Veranschlagt sind bis 2006	1.500.000 EUR	
Ansatz 2007	2.360.000 EUR	
Ansatz 2008	970.000 EUR	4.830.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 360 Tsd. EUR / 2008 – 170 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind

in 2007 zu Lasten 2008 970.000 EUR

veranschlagt.

785.08 – Grundinstandsetzung der Hoheluftbrücke –

Die Hoheluftbrücke überquert den Isebekkanal im Zuge der Hoheluftchaussee in Hamburg Eimsbüttel. Durchgeführte Bauwerksuntersuchungen haben u. a. ergeben, dass das mittlerweile 75 Jahre alte Bauwerk erhebliche Schäden in Form von Betonabplatzungen mit freiliegender Bewehrung, einsetzender Querschnittsminderung der Tragbewehrung und starke Durchfeuchtungen an der Unterschicht aufweist. Eine daraufhin vorgenommene statische Nachrechnung der Brücke hatte eine sofortige Geschwindigkeitsbeschränkung für den Schwerlastverkehr zur Folge.

Aus den Ergebnissen der durchgeführten Bauwerksuntersuchungen ist erkennbar, dass eine kostenintensive Instandsetzung dieses Bauwerks wenig sinnvoll und mit erheblichen Risiken behaftet ist. Unter Würdigung aller Fakten muss das Bauwerk daher als nicht mehr instand setzbar eingestuft werden. Somit ist eine Erneuerung der Brücke aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich. Dabei ist vorgesehen, die Querschnittsaufteilung auf der Brücke in Hinsicht auf eine attraktivere Gestaltung der dort befindlichen ÖPNV – Haltestelle zu modifizieren.

Baukosten gemäß Kostenunterlage nach § 24 LHO vom 15.01.2006	4.650.000 EUR
zuzüglich Honorare LSBG	921.000 EUR
	5.571.000 EUR

Ansatz 2007	1.180.000 EUR	
Ansatz 2008	4.060.000 EUR	5.240.000 EUR

Vorbehalten bleiben	331.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 180 Tsd. EUR / 2008 – 710 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in

2007 zu Lasten 2008	4.391.000 EUR
2008 zu Lasten 2009	331.000 EUR

veranschlagt.

788.01 – Allgemeine Erschließungen –

Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung für Wohnungsbau, Gemeinbedarf und Gewerbeflächen bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen einschl. Vermessungskosten. Weiterhin fällt darunter die Erstattung von Kosten für Erschließungsaufwendungen, die durch private Bauträger als Vorleistungen erbracht wurden (z.B. Ingenieurkosten).

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Weiterhin werden bei Bedarf aus diesem Titel auch Zuwendungen für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen finanziert. Ein Teil der Aufwendungen aus Haushaltsmitteln geht später in Form von Wegebau- und Sielbaubeiträgen bei den Titeln 6300.341.31 und 6700.341.36 wieder ein.

Bei der Vielzahl der jährlich zu finanzierenden Maßnahmen und der Abhängigkeit vom Beginn der Hochbauprojekte können Erschließungsmaßnahmen nur exemplarisch genannt werden. Es sollen u.a. nachstehende laufende bzw. neue Maßnahmen finanziert werden (Änderungen bleiben vorbehalten):

Maßnahme	Bezeichnung / Belegenheit	Stadtteil
Private Erschließungen a) Gewerbeflächen	Bergedorfer Straße / Weidenbaumsweg Buxtehuder Straße / Lauenbrucher Straße Schlachthofstraße (westlich)	Bergedorf Harburg Harburg
b) Wohnbauflächen	Am Husarendenkmal Skaldenweg Twietenknick	Lurup Meiendorf Bergstedt
Erschließung von Gemeinbedarfsflächen	Sportanlage Rahewinkel /Beim Saaren	Billstedt
Bebauungsplan-Folgemaßnahmen	Seehofallee	Bramfeld
Endgültige Herstellung	Joachim-Wells-Weg / Diestelweg Hinsbleek Mellenbergweg	Hummelsbüttel Poppenbüttel Volksdorf
Liegenschaftserschließungen a) Gewerbeflächen	Schlachthofstraße (östlich) / Zum Ausbesserungswerk	Harburg
b) Wohnbauflächen	Kleine Horst Krankenhausfläche Ochsenzoll B-Plan Wohldorf / Ohlstedt 13	Wellingsbüttel Ochsenzoll Wohldorf-Ohlstedt

Ansatz 2007	9.699.000 EUR
Ansatz 2008	9.634.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 699 Tsd. EUR / 2008 – 634 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 25.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

Grunderwerb ist bei dem Titel 6300.821.03 veranschlagt.

Einnahmen (Titel 6300.341.02)

Die Einnahmen von Bauträgern für allgemeine Erschließungen fließen dem Titel 788.01 zu. Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit allgemeinen Erschließungen sind hier ebenfalls veranschlagt.

788.02 – Erschließung HafenCity –

Die äußere Erschließung der HafenCity und des Überseequartiers erfordert zur Anbindung an die Innenstadt und die überregionalen Verkehrsverbindungen diverse Umbaumaßnahmen in den Randbereichen.

Mit den Bürgerschaftsdrucksachen 18/2335 vom 31.05.2005 und 18/3806 vom 28.02.2006 sind Kassenmittel für

2005 in Höhe von	2.000.000 EUR
2006 in Höhe von	- 6.000.000 EUR

sowie eine

Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5.000.000 EUR nachbewilligt worden.

Ansatz 2007	5.388.000 EUR
Ansatz 2008	16.057.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 388 Tsd. EUR / 2008 – 1.057 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils veranschlagt 16.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

789.01 – Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes –

Bei diesem Titel sind die Mittel für die Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes mit mehr als 400 Wohneinheiten (WE) veranschlagt. Die Mittel sind für sämtliche Aufwendungen der äußeren und inneren Erschließung bestimmt. Dazu gehören der Neu-, Um- und Ausbau öffentlicher Straßen, Brücken, Siele und Gewässer sowie Lärmschutz einschließlich der Kosten – auch Dritter – für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Baudurchführung und Sonderleistungen sowie Vermessung. Die Finanzierung erfolgt bei privaten Baumaßnahmen aus Haushaltsmitteln und Beiträgen der Bauträger, die beim Titel 341.06 vereinbart werden; bei Veranlassung durch die FHH (Liegenschaftserschließungen) ausschließlich aus Haushaltsmitteln. Einnahmen von Bauträgern für Maßnahmen der Hamburger Stadtentwässerung im Zusammenhang mit Großprojekten sind ebenfalls beim Titel 341.06 veranschlagt.

Zur Beschleunigung der einzelnen Wohnungsbauvorhaben sind vorzeitige Besitzeinweisungen / vorgezogene Baumaßnahmen erforderlich. Das mögliche Risiko aus dann noch nicht beendeten Rechtsverfahren (Planfeststellung / Ausbaugenehmigung / Gerichtsverfahren) ist für einen eventuellen Rück- bzw. Umbau hier finanziell abgesichert.

Maßnahmen in 2007 / 2008	Wohneinheiten	Baukosten Mio. EUR
Allermöhe II	5.700	92,0
Neugraben-Fischbek	1.250	25,0
Haferblöcken	480	17,0
Zusammen	7.430	134,0

Ansatz 2007 7.113.000 EUR
 Ansatz 2008 8.136.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 513 Tsd. EUR / 2008 – 536 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils 21.000.000 EUR veranschlagt.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

Grunderwerb ist bei dem Titel 6300.821.03 veranschlagt.

799.01 – Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dgl. sowie sächliche Bauaufsichtskosten –

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel decken alle Aufgabenbereiche des Amtes für Verkehr und Straßenwesen und der Bezirke ab, soweit nicht entsprechende Mittel projektbezogen bei anderen Titeln bereit stehen. Sie werden eingesetzt für Planung, Entwurf, Statik, Bauvorbereitung, Projektconsulting, Baudurchführung, Sonderleistungen und Projektsteuerung einschließlich der Instrumente des Neuen Steuerungsmodells sowie für Voruntersuchungen von Baugrund und Bauvorhaben, sächliche Bauaufsichtskosten (einschl. Beschaffung, Anmietung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und Ausstattung von Büros, bauvertraglicher Beweissicherung), Informationsveranstaltungen, Lichtpausen, Fotoarbeiten, Broschüren, Faltblätter und sonstige Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die damit verbundenen Datenverarbeitungs-Leistungen und den ggf. von Hamburg zu tragenden Sachkosten der Eröffnung von Verkehrsbauwerken. Dazu gehören auch die Durchführung von Wettbewerben sowie Herstellung von Arbeitsmodellen und Demonstrationsmaterial für städtebaulich schwierige Objekte der Planung von Straßen, Brücken, Ingenieurbauten und -hochbauten.

Ab 2007 wird erstmals die Möglichkeit eröffnet, Sollübertragungen vom Titel 6300.799.01 auf fachlich zutreffende Titel vorzunehmen. Dies ist erforderlich, um bei Bedarf auch aus Titeln ohne Ansatz Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer zu zahlen.

Ansatz 2007 3.721.000 EUR
 Ansatz 2008 3.638.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 253 Tsd. EUR / 2008 – 251 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 4.500.000 EUR

799.04 – Honorare an den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer für Investitionsprojekte in der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen –

Diese Mittel werden eingesetzt zur Abdeckung der mit dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) in projektbezogenen Kontrakten für ihre Leistungen an Investitionsprojekten im Aufgabenbereich der Auftragsverwaltung Bundesfernstraßen vereinbarten Honorare. Mit den Honoraren finanziert der Landesbetrieb seine Personal- und Sachkosten ebenso wie eingekaufte Dienstleistungen (z.B. Ingenieur-, Architekten- und Vermessungsleistungen) sowie ggf. sonstige Kosten (vgl. bei 6300.799.01 und im Wirtschaftsplan des LSBG sowie Bürgerschaftsdrucksache 18/4149 vom 25.04.2006).

Der Anteil der Eigenhonorare für den LSBG beträgt voraussichtlich 2007 – 5.086 Tsd. EUR / 2008 – 5.109 Tsd. EUR.

Den Aufwendungen für Bundesfernstraßen-Maßnahmen stehen Einnahmen vom Bund (so genannter UA-III-Mittel) gegenüber, die nach Baufortschritt gezahlt und beim Titel 231.01 vereinnahmt werden.

811.04 – Beschaffung von Fahrzeugen und Großgeräten für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer –

Vorsorglich vorgesehen zur Beschaffung kontraktbezogen erforderlicher Fahrzeuge und Großgeräte.

811.86 – Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen und Geräten, die von den Straßenbaurevieren der Bezirke oder auf den Betriebsplätzen eingesetzt werden, sowie die Aufwendungen für die Sanierung und Grundinstandsetzung von Gebäuden auf den Betriebsplätzen. Die Entscheidung über die Aufteilung der veranschlagten Mittel auf die einzelnen Bezirke erfolgt unter Berücksichtigung der Neustrukturierung der Garten- und Tiefbaubereiche in den Bezirken erst im Laufe des Haushaltsjahres. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen.

Ansatz 2007	200.000 EUR
Ansatz 2008	200.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind 2007 veranschlagt	200.000 EUR

und zwar zu Lasten	2008	100.000 EUR
	2009	100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind 2008 veranschlagt	200.000 EUR

und zwar zu Lasten	2009	100.000 EUR
	2010	100.000 EUR

821.01 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Straßenbaus –

Bei diesem Titel werden ab 2007 alle Ausgaben der bisherigen Titel 821.01, 821.07, 821.08, 821.15, 821.16 und 821.23 zusammengefasst. Die Mittel dienen dem Erwerb der

- Flächen für Straßenbaumaßnahmen, die bei den Obergruppen 74 bis 76 – mit Ausnahme des Titels 741.04 – veranschlagt sind,
- in Bebauungsplänen für Straßenzwecke ausgewiesenen, bereits in Anspruch genommenen Privatflächen,
- Flächen, die im Zusammenhang mit Straßenunterhaltungsmaßnahmen (vgl. 521.81) stehen.

Außerdem werden aus diesem Titel Werterstattungen bei bereits durchgeführten Straßenbaumaßnahmen auf Flächen des Allgemeinen Grundvermögens bzw. anderer Verwaltungsvermögen gezahlt.

821.03 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Erschließungsmaßnahmen –

Bei diesem Titel werden ab 2007 alle bisherigen Zahlungen bei 821.02, 821.03 und 821.05 zusammengefasst. Vergleiche im Übrigen die Erläuterungen zu 788.01 und 789.01.

821.06 – Grunderwerb und Entschädigungen bei Maßnahmen des Schnellbahnbaus inkl. P+R-Anlagen –

Bei diesem Titel werden ab 2007 alle bisher bei 821.06, 821.11 und 821.13 geleisteten Zahlungen zusammengefasst. Der Grunderwerb für neue P+R-Anlagen erfolgt unregelmäßig und nach Bedarf; ein Ansatz für diesen Bereich lässt sich daher nicht mit ausreichender Genauigkeit prognostizieren. Ggf. werden Mittel aus anderen Titeln des Kapitels 6300 – z.B. aus Ausgleichsbeträgen nach § 49 (4) HBauO (Titel 893.02) – zugewiesen.

862.01 – Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen –

Aus den Mitteln dieses Titels werden Eigentümern und Nutzungsberechtigten von Grundstücken, die bei Erschließungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden, Darlehen gewährt, soweit dieses neben Entschädigungen für die Aufgabe von Rechten oder aus Billigkeitsgründen notwendig ist, um den Betroffenen einen Wiederaufbau an anderer Stelle zu ermöglichen. Ferner werden Darlehen vergeben, um Grundeigentümer in die Lage zu versetzen, in Neubaugebieten liegende Flächen mit minderwertiger Bausubstanz planungsgemäß neu zu bebauen. Die Kommission für Bodenordnung entscheidet über die Gewährung von Darlehen und über die Festsetzung von Konditionen. Es sind keine konkreten Maßnahmen bekannt, die Verpflichtungsermächtigungen sind vorsorglich zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.

881.05 – Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen –

Bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes ist der Bund der Initiativträger. Höhe und Zeitpunkt der fälligen Kostenanteile werden aufgrund von Verträgen und Vereinbarungen festgelegt. Veranschlagt sind die von Hamburg zu tragenden Kostenanteile zu Fernstraßenbaumaßnahmen und den damit zusammenhängenden Verwaltungskosten der Deutschen Bahn AG. Hierunter fallen auch Verwaltungskosten von Eisenbahnunternehmen bei Baumaßnahmen in der Baulast des Bundes, sofern diese vom Land zu tragen sind.

Neben der Fortsetzung laufender Maßnahmen soll im Rahmen der Maßnahmen des Bundes an der A1 (sechsstreifiger Ausbau von AS HH-Billstedt bis AD HH-Südost) gleichzeitig die Amandus-Stubbe-Straße an die AS Hamburg-Moorfleet angeschlossen werden.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen der bisher bekannten Bauprogramme des Landes, des Bundes oder der Deutschen Bahn AG ergeben, die es notwendig machen, im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel Kostenanteile für weitere Bundesfernstraßen zu leisten.

Ansatz 2007	2.263.000 EUR
Ansatz 2008	2.248.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 163 Tsd. EUR / 2008 – 148 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils veranschlagt.	9.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

891.02 – Zuweisungen des Bundes gem. § 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz –

Dieser Titel ist ab 2007 als Zentraltitel eingerichtet, um Finanzhilfen des Bundes auf den Titel 891.15 und bei Bedarf auch auf andere bestehende oder außerplanmäßig eingerichtete Titel weiterzuleiten, vgl. Erläuterungen zu 331.02 und 891.15.

891.03 – Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunternehmen aus Ausgleichsbeträgen gem. § 49 (4) HBauO –

Bei diesem Titel werden seit 2006 (außerplanmäßig eingerichtet) Zuwendungen an Dritte aus Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (vgl. 893.02) bewirtschaftet, sofern nicht spezielle Investitionstitel in Betracht kommen (z.B. 891.04 beim behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen oder 893.03 beim Bau von Anlagen für den ruhenden Verkehr).

891.04 – Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen –

Aus diesem Titel werden Zuwendungen an Verkehrsunternehmen zum behindertengerechten Umbau vorhandener oder zum Neubau zusätzlicher Zugänge von Schnellbahnhaltestellen gezahlt. Die Mittel werden nach Bedarf vom Titel 893.02 im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

891.05 – Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG gemäß U-Bahn-Verkehrswegevertrag –

Veranschlagt sind Investitionszuschüsse an die Hamburger Hochbahn AG zur Erneuerung von Anlagen des U-Bahn-Verkehrsweges (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 16/1361 vom 29./30.06.1998).

891.06 891.06– Telematik - Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg –

Zur Verkehrsinformation stellt die Telematik eine besondere Bedeutung dar. Nach Vorarbeiten z.B. durch das Projekt „Verkehrsinfo-hamburg.de“ im Internet sollen die Telematik-Anwendungen ausgeweitet werden, wobei weitere Systemkomponenten und -partner eingebunden werden sollen. Hierzu sind Anschubfinanzierungen und Zuwendungen für Projektleistungen erforderlich. Zudem sind die Haushaltsmittel für den Bereich der Verkehrslage-Information sowie für die Kooperation und Vernetzung operativer Einheiten vorgesehen. Aus dem Titel sollen u.a. folgende Maßnahmen finanziert werden: Förderung von Ersteinrichtungen von Verkehrsinformationssystemen, Entwicklungsaufträge für derartige Projekte, Aktualisierung von Inhalten und Programmen, Leitungskosten zur Verknüpfung von Informationsbasen.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt.

891.08 – Zuschüsse gemäß § 8 Regionalisierungsgesetz für Investitionen –

Bei diesem Titel werden die Hamburg gemäß § 8 des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs [Artikel 4 des Eisenbahnneuordnungsgesetzes vom 27.12.1993 (BGBl. I Seite 2378, 2395), zuletzt geändert durch das Haushaltsbegleitgesetz 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I Seite 1402)] zustehenden

Bundesmittel bewirtschaftet, sofern sie nicht für Betriebskostenzuschüsse (vgl. 6300.632.01, 633.01, 682.13, 682.14 und 682.15) eingesetzt oder für einzeln veranschlagte Investitionsmaßnahmen (z.B. 6300.891.17) verwendet werden. Die Ausstattung mit Mitteln erfolgt bedarfsgerecht durch Sollübertragung von 6300.682.02.

In der Regel werden aus diesem Titel Mittel an Stellen außerhalb der Verwaltung (z.B. DB AG) als Zuwendung nach §§ 23 u. 44 LHO gegeben. Die Leistung von Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten und Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung ist zulässig, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der Regionalisierungsmittel zusammenhängen.

891.10 – Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz –

Die bei diesem Titel veranschlagten Kostenbeiträge leistet Hamburg gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) in der Fassung vom 09.09.1998 (BGBl. I S. 2858), zuletzt geändert am 22.04.2005 (BGBl. I S. 1128) oder aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen. Hierzu gehören:

- Verwaltungskosten,
- Kostenbeiträge, die nicht im Zusammenhang mit hamburgischen Baumaßnahmen stehen,
- Sicherungseinrichtungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen und Eisenbahnüberführungen einschl. kleiner Baumaßnahmen, die von Hamburg im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Bahnunternehmen durchgeführt werden,
- Zuschüsse gem. § 17 EKrG,
- Ablösebeträge.

Zu den aus diesem Titel finanzierten Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen zählen diverse Änderungen der technischen Sicherheitseinrichtungen an Bahnübergängen der AKN in Schnelsen.

Ansatz 2007	1.509.000 EUR
Ansatz 2008	1.499.000 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 109 Tsd. EUR / 2008 – 99 Tsd. EUR).

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten der vier Folgejahre veranschlagt	5.000.000 EUR

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

891.15 – Allgemeine Investitionszuschüsse an Verkehrsunternehmen (§ 3 Abs. 1 Entflechtungsgesetz) –

Bei diesem Titel werden ab 2007 die Zuschüsse zum Bau oder Ausbau von Anlagen des öffentlichen Personenverkehrs (bis 2006 bei 891.02) und die Zuschüsse zur Beschaffung von Linienomnibussen und Schienenfahrzeugen (bis 2006 bei 891.14) zusammengefasst. Im Übrigen vergleiche die Erläuterungen zu 6300.331.02 und 6300.891.02.

891.17 – Zuschüsse für die Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade –

Über diesen Titel wird die Finanzierung der Verlängerung der S-Bahn von Neugraben nach Stade (Fahrweg und Fahrzeuge / vgl. Bürgerschaftsdrucksachen 17/1781 vom 26.11.2002 und 18/3800 vom 28.02.2006) abgewickelt. Die Maßnahme wird als gemeinsames Projekt von Niedersachsen und Hamburg mit der DB AG und S-Bahn Hamburg GmbH betrieben. Der Kostenanteil Hamburgs beträgt gemäß territorialer Aufteilung voraussichtlich rd. 31,5 Mio. EUR. Die Finanzierung erfolgt voraussichtlich ausschließlich aus Zuweisungen des Bundes gemäß § 8 des Regionalisierungsgesetzes; die Mittel werden vom Titel 891.08 bedarfsgerecht hierher übertragen.

891.18 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen –

Über den Bau und die Finanzierung der Flughafen-S-Bahn wurden am 4.9., 24.10. und 31.10.2000 Verträge mit der DB Netz AG und der DB Station & Service AG geschlossen. Mit dem Bau ist 2001 begonnen worden; die Inbetriebnahme der neuen S-Bahn-Strecke ist voraussichtlich 2008 vorgesehen. Über den Sachstand des Projektes und die Kostenentwicklung wurde der Bürgerschaft mit der Drs. 18/2940 berichtet.

Der Kostenanteil Hamburgs berechnet sich wie folgt:

Gesamtkosten inkl. Vorwegbauwerk und Sachkosten		
Hamburgs gem. Kostenunterlagen nach §§ 24/54 LHO		
vom 06.11.2000 einschließlich Nachträge vom 08.07.2003		
und 29.11.2005		
		280.159.000 EUR
zuzüglich Honorare LSBG		8.055.000 EUR
		288.214.000 EUR
abzüglich voraussichtliche GVFG-Zuwendung		144.600.000 EUR
Kostenanteil Hamburgs		143.614.000 EUR
Bereitgestellt sind bis 2006 unter Berücksichtigung		
einer temporären Einsparung in Höhe von 30 Mio. € rd.		
Ansatz 2007	79.526.000 EUR	
Ansatz 2008	16.576.000 EUR	
	12.987.000 EUR	109.089.000 EUR
Vorbehalten bleiben		34.525.000 EUR
Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer		
(2007 – 2.531 Tsd. EUR / 2008 – 2.271 Tsd. EUR).		
Als Verpflichtungsermächtigung sind		
in 2007		47.512.000 EUR
in 2008		34.525.000 EUR
veranschlagt.		

Folgekosten:

Die Folgekosten des Betriebes können im Wesentlichen über Kombitickets für Fluggäste und zusätzliche Großkundenabonnements für das Flughafenpersonal sowie durch Einsparungen in Folge der Einstellung der Buslinie 110 getragen werden. Ein eventuell verbleibender Spitzenbetrag wird aus Regionalisierungsmitteln abgedeckt werden. Die Einzelheiten werden in einem besonderen Vertrag mit der S-Bahn Hamburg GmbH geregelt werden.

891.19 – Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity und der Anbindung Bramfeld –

Mit der U-Bahn Verbindung HafenCity – Bramfeld wird der schon länger geplante Schnellbahnanschluss der Großwohnsiedlung Steilshoop und Bramfelds sowie die Anbindung des für die Metropolregion Hamburg bedeutsamen Stadtentwicklungsprojektes HafenCity durch ein leistungsfähiges, modernes und hoch attraktives Verkehrssystem an das vorhandene Nahverkehrsnetz der Stadt angebunden. Zugleich wird die nicht mehr den heutigen verkehrlichen Erfordernissen entsprechende Verknüpfung der U-Bahnlinien am Berliner Tor durch Änderungen im Liniensystem verbessert.

Die vorgesehenen Maßnahmen, die voraussichtlichen Kosten und deren Finanzierung sind in den Drucksachen 17/2019 vom 07.01.2003 und 18/3135 vom 08.11.2005 dargestellt.

Inzwischen ist eine Nutzen-Kosten-Untersuchung als Voraussetzung für die Entscheidung des Bundes über die Gewährung von Bundeszuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für den Abschnitt HafenCity einschl. Umbau Berliner Tor positiv abgeschlossen, die Förderung nach dem GVFG ist beantragt, das für den Neubau des Abschnittes Jungfernstieg – HafenCity erforderliche Planfeststellungsverfahren läuft und die Umbauarbeiten am Berliner Tor haben begonnen. Mit der Drucksache 18/3135 vom 08.11.2005 hat der Senat hierzu im Einzelnen berichtet.

Die Realisierung dieses Zukunftsnetzes erfordert Investitionen für

• den Umbau Berliner Tor	rd.	35.000.000 EUR
• den Abschnitt U4 HafenCity	rd.	255.000.000 EUR
• Anbindung Bramfeld	rd.	<u>260.000.000 EUR</u>
zusammen unverändert	rd.	550.000.000 EUR

davon entfallen auf

die von Hamburg zu finanzierenden und der Hamburger Hochbahn (HHA) gem. Vertrag vom 23.7.2003 beauftragten Planungskosten

• für die Abschnitte Berliner Tor, U4 HafenCity und Anbindung Bramfeld	rd.	53.000.000 EUR
• Projektbezogene Kosten und Ingenieurleistungen Hamburgs	rd.	1.000.000 EUR
Baukosten Umbau Berliner Tor (finanziert von der HHA sowie mit Zuwendungen gem. GVFG)	rd.	30.000.000 EUR
• Baukosten der U4 HafenCity (finanziert von der Stadt und mit Zuwendungen gem. GVFG)	rd.	230.000.000 EUR
• Baukosten der Anbindung Bramfeld (Finanzierung noch offen)	rd.	<u>236.000.000 EUR</u>
zusammen unverändert	rd.	550.000.000 EUR

Davon werden

• durch Zuwendungen des Bundes gem. GVFG = 60 % der zuwendungsfähigen Kosten in Höhe von 189.237.000 EUR für die U4 Hafen-City und den Umbau Berliner Tor	113.542.000 EUR	
• als Eigenanteil der HHA für Umbau Berliner Tor von dieser finanziert, zusammen	14.359.000 EUR 127.901.000 EUR	127.901.000 EUR
als Anteil Hamburgs verbleiben	422.099.000 EUR	

Diese werden finanziert aus

• einer ÖPNV-Rückstellung (vgl. Finanzplan zu Kapitel 6300)	65.280.000 EUR
• zweckgebunden angesammelten Regionalisierungsmitteln (6300.331.08/891.08)	77.500.000 EUR
• dem Titel 6300.891.19	<u>279.319.000 EUR</u> 422.099.000 EUR

Bis 2006 bereitgestellt 9.834.000 EUR

Ansatz 2007 15.260.000 EUR

Ansatz 2008 23.560.000 EUR 48.654.000 EUR

Vorbehalten bleiben 373.445.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in

2007 zu Lasten der Folgejahre	233.000.000 EUR
2008 zu Lasten der Folgejahre	209.000.000 EUR

veranschlagt.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf der Maßnahme und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

891.20 – Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek –

Mit der Drucksache 13/5583 – Aufhebung der beschränkten Bahnübergänge an der Bundesbahnstrecke Hamburg-Lübeck im Bezirk Wandsbek – wurde die Bürgerschaft am 05.04.1990 über die bauliche Konzeption unterrichtet. Sie hat dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Aufhebung der Bahnübergänge mit der Deutschen Bundesbahn zugestimmt.

Zur Ausführung kommen Einzellösungen, für die jeweils Kostenunterlagen aufgestellt und Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden. Soweit Straßen zu unterführen sind, werden deren Tunnel und Tröge so ausgerichtet, dass der nachträgliche Bau einer Gleichstrom-S-Bahn möglich bleibt. Der darauf entfallende Kostenanteil ist in den Gesamtkosten der Maßnahme berücksichtigt. Eine Fortschreibung der Kostenunterlage nach der 1. Eisenbahnkreuzungsvereinbarung ist nicht vorgesehen, da der Bund als Kreuzungsbeteiligter für jede Einzelmaßnahme eine Kreuzungsvereinbarung fordert.

Bereits fertig gestellt und dem Verkehr übergeben werden konnten die Straßenüberführung Holstenhofweg, die Eisenbahnüberführungen Tonndorfer Weg, Luetkensallee (jeweils Geh- und Radweg) sowie die Aufhebung des Bahnübergangs Oldenfelder Straße (Straßenunterführung). Die Baumaßnahmen zur Aufhebung des Bahnübergangs Tonndorfer Hauptstraße / Sonnenweg / Dammwiesenstraße befinden sich in der Ausführung. Der Bahnübergang Dammwiesenstraße ist bereits durch eine Fußgänger- und der Bahnübergang Sonnenweg durch eine Straßenunterführung ersetzt worden.

Gesamtkosten gemäß fortgeschriebener Kostenunterlage nach §§ 24 / 54 LHO vom 22.05.2001 zuzüglich Honorare LSBG		201.184.152 EUR 1.198.000 EUR
		202.382.152 EUR
davon sind durch andere Kostenträger gedeckt		184.548.760 EUR
Kostenanteil Hamburgs, der aus dem Haushalt zu finanzieren ist		17.833.392 EUR
Veranschlagt sind bis 2006	14.121.573 EUR	
Ansatz 2007	826.000 EUR	
Ansatz 2008	848.000 EUR	15.795.573 EUR
Vorbehalten bleiben		2.037.819 EUR

Die Ansätze enthalten auch Honoraranteile des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (2007 – 126 Tsd. EUR / 2008 – 148 Tsd. EUR).

Zur Durchführung der Baumaßnahmen ist in 2007 und 2008 eine Brutto-Verpflichtungsermächtigung von jeweils 30.000.000 EUR veranschlagt, die überwiegend durch zweckgebundene Einnahmen anderer Kostenträger (Titel 331.11 und 331.02/891.02) abgedeckt wird.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist abhängig vom Verlauf einzelner Maßnahmen und daher nicht zu prognostizieren, deswegen wird auf eine Aufteilung auf die Folgejahre verzichtet.

Folgekosten:

Die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten der von Hamburg zu übernehmenden Bauwerke belaufen sich gemäß der bei Abwicklung von Kreuzungsmaßnahmen zu Grunde zu legenden Bestimmungen auf 797.104 EUR.

891.27 – Zuwendungen zum Umbau des ZOB Bergedorf –

Die Bürgerschaft hat am 8. Dezember 2005 (Drs. 18/3052) den Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs in Bergedorf und dessen Finanzierung beschlossen. Die Gesamtkosten belaufen sich gemäß der Kostenschätzung auf 20,8 Mio. EUR. Die Finanzierung erfolgt aus Regionalisierungsmitteln (vgl. 891.08), Ausgleichsbeträgen gemäß § 49 (4) der Hamburgischen Bauordnung (vgl. 893.02) und einer Entnahme aus dem Grundstock für Grunderwerb. Details ergeben sich aus der Drucksache 18/3052. Dieser 2005 außerplanmäßig eingerichtete Titel wird ab 2007 zur weiteren Abwicklung der Maßnahme als Leertitel veranschlagt.

893.01 – Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen) –

Veranschlagt sind Erstattungen von Kosten für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen). Rechtsansprüche auf Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen bestehen nach § 42 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV). Sie werden auf der Grundlage lärmtechnischer Untersuchungen nach Anlage 1 der 16. BImSchV ermittelt. Art und Umfang der notwendigen Schallschutzmaßnahmen für schutzbedürftige Räume in baulichen Anlagen sind in der Vierundzwanzigsten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung – 24. BImSchV) festgelegt.

Erhöhung des Ansatzes für 2007, weil durch neue Straßenbaumaßnahmen sowie auf Grund erhöhter Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) vom 16.11.2001 hinsichtlich der gleichzeitig zu erfüllenden Standards für Wärmedämmung von Außenbauteilen sich die Bedarfe für passiven Lärmschutz an Gebäuden erheblich erhöht haben. Des Weiteren kommt es zurzeit zu einer verstärkten Antragstellung und Inanspruchnahme durch die berechtigten Anlieger.

Kosten des aktiven Lärmschutzes (Wände, Wälle) werden bei der jeweiligen Baumaßnahme veranschlagt.

Ansatz 2007	1.050.000 EUR
Ansatz 2008	600.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007	3.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	
2008	1.100.000 EUR
2009	1.500.000 EUR
2010	400.000 EUR

veranschlagt

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008	3.000.000 EUR
und zwar zu Lasten	
2009	1.500.000 EUR
2010	900.000 EUR
2011	500.000 EUR
2012	100.000 EUR

veranschlagt.

893.02 – Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung –

Die bei den Titeln 1x30.342.03, 6300.121.01 und 6300.342.03 eingehenden Gelder (Ausgleichsbeträge) dienen der Finanzierung von Maßnahmen gemäß § 49 Abs. 4 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 14.12.2005 (HmbGVBl. S. 525, 563). Vorgesehen ist der Einsatz von Ausgleichsbeträgen für verschiedene Investitionsmaßnahmen (siehe dazu Drucksachen 16/4394 vom 20.06.2000, 16/5715 vom 06.03.2001, 17/3378 vom 23.09.2003 und 18/3897 vom 14.03.2006). Die Mittel werden auf vorhandene oder neu einzurichtende Titel übertragen.

Bis 2006 waren die Ausgleichsbeträge unter der Titelnummer 6300.863.01 veranschlagt. Da der Schwerpunkt bei der Gewährung von Zuwendungen an private und öffentliche Unternehmen liegt, erfolgt nun eine Veranschlagung in der Obergruppe 89. Bei Bedarf ist auch künftig eine Sollübertragung auf Titel für die Gewährung von Darlehen oder für eigene Baumaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg zulässig.

Die angesammelten Beträge können eingesetzt werden:

- für den Erwerb von Flächen sowie die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung und Modernisierung von Stellplätzen durch die Stadt oder
- zur Vergabe von Darlehen oder Zuschüssen an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Stellplatzanlagen betreiben;
- für Maßnahmen zur Verbindung zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV durch die Stadt oder
- als Zuschüsse an natürliche oder juristische Personen, die entsprechende Flächen erwerben und die Herstellung, Unterhaltung, Grundinstandsetzung, Modernisierung und Bewirtschaftung von Verbindungen zwischen Parkeinrichtungen und Haltestellen des ÖPNV betreiben;
- für Einrichtungen zur Verringerung des Parksuchverkehrs sowie für sonstige Maßnahmen zugunsten des ruhenden Verkehrs sowie
- für Einrichtungen des ÖPNV und von öffentlichen Fahrradwegen.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Vergütungen an Vertragsingenieurinnen, -ingenieure, -architektinnen, -architekten sowie für Sachverständige für Planung, Entwurf und Baudurchführung sowie Baunebenkosten und Schadenersatzzahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet werden, soweit diese mit den Maßnahmen zur zweckgebundenen Verwendung der angesammelten Beträge zusammenhängen.

Soweit aus den angesammelten Beträgen Mittel in Höhe von über 800 Tsd. EUR für eine Einzelmaßnahme in Anspruch genommen werden sollen, wird der Bürgerschaft darüber berichtet.

Da die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht feststeht, sind jeweils Leertitel ausgebracht; vorsorglich sind Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des jeweiligen Folgejahres veranschlagt.

893.03 – Zuwendungen zum Bau von Anlagen für den ruhenden Verkehr –

Aus diesem Titel werden vor allem Zuwendungen zum Bau von Quartiersgaragen in innerstädtischen Wohngebieten gezahlt, um den dort vorherrschenden Parkdruck zu mildern. Dazu zählen z.B. die geplanten Tiefgaragen Barmbeker Straße 27/31, Grundstraße, Hohe Weide, Mittelweg/Rabenstraße, Paulsenplatz 6/7, Scheideweg, Uhlenhorster Weg, Vogelbeerenweg, Fischers Allee, Grindelhof 75/Rutschbahn 25, Sierichstraße und Grundinstandsetzung der Tiefgarage Spielbudenplatz.

Außerdem wird dieser Titel auch genutzt, um Zuwendungen an Dritte für den Bau und Umbau sowie die Grundinstandsetzung von P+R-Anlagen zu leisten, sofern nicht im Einzelfall außerplanmäßige Titel einzurichten sind. Die Mittel werden nach Bedarf vom Titel 893.02 „Zuschüsse und Darlehen aus Ausgleichsbeträgen für Zwecke nach § 49 Absatz 4 der Hamburgischen Bauordnung“ im Wege der Sollübertragung bereitgestellt.

893.04 - Kostenbeteiligung Hamburgs zu freiwilligen Schallschutzmaßnahmen an der Güterumgehungsbahn –

Vorgesehen ist die Beteiligung Hamburgs an dem finanziellen Engagement, dass Bürgerinnen und Bürger als Anlieger der Güterumgehungsbahn für die Verbesserung des Lärmschutzes aufbringen. Die Stadt wird die Finanzierungsleistungen der Bürgerinnen und Bürger für freiwillige Schallschutzmaßnahmen an der Güterbahn um maximal 100 % erhöhen. Zu diesem Zweck werden 1.550.000 Euro bereitgestellt (vgl. Drs. 18/5115). Aus diesen Mitteln können auch Ingenieurleistungen etc. finanziert werden.

6610 Landes- und Landschaftsplanung

1. Allgemeines

Dieser Produktbereich umfasst die Produktgruppen Landes-, Landschafts- und Grünplanung. Im Wesentlichen prägen diesen Bereich Planungsleistungen der Landes- und Landschaftsplanung vor dem Hintergrund des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ sowie Aufgaben zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des öffentlichen Grüns, auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 6 und Produktinformation – Ziele des Produktbereichs 06.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen, die durch die Abteilung Landschafts- und Grünplanung bewilligt werden (684.01), dienen der Projektförderung des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge für die Durchführung von Jugendcamps zur Pflege von Kriegsgräbern im In- und Ausland.

Darüber hinaus sind in diesem Bereich Zuwendungen für die Umsetzung der Projekte zur IBA 2013 (682.01, 893.01) veranschlagt. Mittel werden überwiegend nur als Anteilsfinanzierung nach dem Subsidiaritätsprinzip zur Deckung unrentierlicher Kosten eingesetzt. Die erforderlichen Baumaßnahmen werden überwiegend von privaten Eigentümern / Investoren/ Projektträgern durchgeführt.

3. Erläuterung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

- 272.30 – Sonstige Zuschüsse für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung d. IBA 2013 – siehe 547.30 und 893.01
- 341.02 – Einnahmen für das Projekt „Sprung über die Elbe“ und die Internationale Bauausstellung 2013 (IBA) – siehe 893.01
- 346.30 – Einnahmen für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung der IBA 2013 – siehe 547.30 und 893.01
- 382.01 – Grundstückseigentümerbeiträge in Innovationsbereichen (ohne Verwaltungsaufwandsabgaben) zur Stärkung und Entwicklung urbaner Einzelhandels- und Dienstleistungszentren (BID) – siehe 982.01

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

- 518.01 – Nutzungsentgelt für vorübergehend überlassene öffentliche Grünflächen –
Veranschlagt ist das gemäß § 61 LHO zu zahlende Nutzungsentgelt für aus dem Allgemeinen Grundvermögen oder anderen Verwaltungsvermögen vorübergehend überlassene Flächen, die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt genutzt werden.
- 521.81 – Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und bezirk. Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 ¹ Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	4.011	3.918	3.918
Altona	2.131	2.032	2.032
Eimsbüttel	1.174	1.147	1.147
Hamburg-Nord	1.899	1.852	1.852
Wandsbek	2.523	2.554	2.554
Bergedorf	1.418	1.455	1.455
Harburg	1.870	1.877	1.877
Gesamt	15.026	14.835	14.835

In dieser Zuweisung sind neben den Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und öffentliche Grünflächen in Kleingärten sowie Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen an Bäumen die bisherigen Titel 6800.521.82 (Betriebskosten der Friedhöfe), 6800.521.86 (Intensivierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns) und 6800.521.87 (Intensivierung der Maßnahmen zur Reinigung und Pflege öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen sowie Spielplätze) enthalten, um den Bezirksverwaltungen einen flexibleren Mitteleinsatz zu ermöglichen. Um einen Vergleich der Ansätze 2007 und 2008 mit dem Jahr 2006 vornehmen zu können, sind die Vergleichs-einzelansätze 2006 in der vorliegenden Tabelle - abweichend vom Zahlenwerk (11.535 Tsd. €) - dargestellt.

Betriebsangaben (Veranschlagung nach dem Stand des 1.1. des Vorjahres)	2005 Ergebnis	2006 geschätzt	2007 geschätzt	2008 geschätzt
Grün- und Erholungsanlagen	3.156 ha	3.156 ha	3.156 ha	3.156 ha
davon öffentliches Grün in Dauerkleingartenanlagen	279 ha	279 ha	279 ha	279 ha
Spielplätze	258 ha	258 ha	258 ha	258 ha
Straßenbegleitgrün				
1. Grünflächen einschl. Trenn- streifen	7 ha	7 ha	7 ha	7 ha
2. Straßenbäume	225.128	226.000	226.000	226.000
Schutzgrün	36 ha	36 ha	36 ha	36 ha
Denkmäler u. Plastiken	544	547	550	554
Brunnen	52	52	52	52
Betriebsplätze/Stützpunkte	15/24	13/25	11/22	11/22
Betriebsfahrzeuge	310	317	315	311
Werkstätten	8	8	7	7
Anzuchtstätten	1	1	1	1
Kompostplätze	12	11	11	11

¹ Im Zuge der Entflechtung gemeinsame Veranschlagung von div. Zuweisungen für Betriebskosten im Grünbereich zusammengefasst in der Rahmenzuweisung 6610.521.81 und Verlagerung dieser Rahmenzuweisung von Kapitel 6800 auf Kapitel 6610 in Folge der Umstrukturierungen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Planten un Blomen

Für die Betriebskosten Planten un Blomen werden für das Haushaltsjahr 2007 und 2008 jeweils 2.350 Tsd. EUR veranschlagt. Die Mittel sind für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Wallringparks bestimmt.

Betriebsangaben	2005 Ergebnis	2006 geschätzt	2007 geschätzt	2008 geschätzt
Fläche	46,1 ha	46,1 ha	46,1 ha	46,1 ha
Betriebsplätze	2	2	2	2
Fahrzeuge	9	9	9	9
Werkstätten	1	1	1	1

Durch die Art und Qualität der Angebote unterscheidet sich Planten un Blomen von allen anderen Hamburger Parkflächen und wirkt über die Grenzen Hamburgs hinaus.

Auf Grund seiner zentralen Lage hat der Park sehr unterschiedliche Funktionen zu erfüllen:

- Planten un Blomen dient als wohnungs- und arbeitsstättennahes Erholungsgrün.
- Der Park ist mit seinem dicht gestaffelten Veranstaltungsprogramm (z.B. Musikpavillon, Wasserlichtkonzerte, Kindertheater) und seinen Spiel- und Sportangeboten (z.B. Eislauf-/Rollschuhbahn) ein bedeutender Freizeit- und Veranstaltungspark.
- Der Park hat in Verbindung mit dem Messe- und Congress-Centrum spezielle Erholungs- und Repräsentationsaufgaben zu erfüllen.
- Er ist durch die Vielfalt und den Formenreichtum der Pflanzenwelt ein Anziehungspunkt für Pflanzenfreunde.
- Planten un Blomen besitzt eine Reihe wertvoller, gartendenkmalpfelegerisch bedeutsamer Objekte und Flächen.

Betriebsangaben bezirkliche Friedhöfe	2005 Ergebnis	2006 geschätzt	2007 geschätzt	2008 geschätzt
a) Gräberflächen u. allg. Friedhofsanlagen				
Friedhöfe bei der Bezirksverwaltung, auf denen Beisetzungen erfolgen	13/217 ha	13/217 ha	13/217 ha	13/ 217 ha
Gärtnermeistereien	3	3	3	3
Dauer- und Ehrengräber	1.343	1.343	1.343	1.343
b) Bestattungsbetrieb				
Kapellen und Feierhallen	14	14	14	14
Aschenbeisetzungen	2.000	2.000	2.000	2.000
Erdbestattungen	1.200	1.200	1.200	1.200
c) Betriebsplätze u. -fahrzeuge				
Betriebsplätze (einschl. Werkstätten)	8	8	8	8
Betriebsfahrzeuge	34	34	34	34
Arbeitsgeräte	44	44	44	44

526.01 – Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus –

Veranschlagt sind Kosten für Planungsaufträge an Externe, wissenschaftliche Beratungsleistungen und Gutachten auf den Gebieten der Stadt-, Landes- und Landschaftsplanung:

Landesplanung und Städtebau

- Grundlagen der Stadtentwicklung
- Vorbereitende Bauleitplanung sowie Standortuntersuchungen gesamtstädtischer Art
- Städtebauliche Entwürfe und Projektsteuerung insbesondere im Rahmen der inneren Entwicklung
- Verbindliche Bauleitplanung einschl. lärmtechnische Untersuchungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen
- Untersuchungen im Rahmen der Beratung und Vertretung stadtentwicklungsplanerischer Belange

Landschaftsplanung

- Landschaftsplanerische Grundsatzfragen und Fachbeiträge, themenspezifische Ausarbeitungen der Landschaftsplanung

- Landschaftsprogramm, Entwicklungsplanungen für Teilräume, Ausgleichskonzeptionen, Freiraumkonzepte und Landschaftsrahmenpläne
- Grünordnungs- und Landschaftsplanung für übergeordnete Schwerpunktbereiche der Stadtentwicklung bzw. von gesamtstädtischer Bedeutung, für neue Stadtteilgebiete und Wohngebiete
- Wettbewerbe, Projekte, Einzelvorhaben, Funktionspläne
- Die einzelnen Maßnahmen in den o. g. Bereichen werden nach Dringlichkeit ausgewählt.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 1.083.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 1.083.000 EUR

526.03 – Ausgaben im Rahmen des Leitprojektes „Sprung über die Elbe“ –

Aus diesem Titel sollen Mittel bereitgestellt werden für Maßnahmen im Rahmen des Leitprojektes „Sprung über die Elbe“.

Das Konzept „Sprung über die Elbe“ stellt eines der Leitprojekte zur Umsetzung der Intentionen und Ziele des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ dar. In diesem Projekt sollen alle zum Plangebiet gewonnenen Erkenntnisse, Ergebnisse und Überlegungen gebündelt und konkretisiert werden. Es ist weiter geplant, die Inhalte für eine Internationale Bauausstellung 2013 in Abstimmung mit den Planungen zur Internationalen Gartenschau 2013 weiter zu entwickeln.

526.10 – Verleihung des Fritz-Schumacher-Preises durch die Freie und Hansestadt Hamburg –

Mit dem Fritz-Schumacher-Preis soll auf die überragende Bedeutung von Fritz Schumacher für die Baukultur und Stadtentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg hingewiesen und erinnert werden.

Der Fritz-Schumacher-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg soll alle fünf Jahre vergeben werden. Mit ihm werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich durch beispielhafte und herausragende Leistungen auf internationaler Ebene und fachübergreifend auf den Gebieten des Städtebaus, der Architektur, des Ingenieurwesens oder der Landschaftsplanung hervorgetan haben.

Der Preis ist ausgestattet mit 20.000 EUR und mit zwei Reisestipendien in Höhe von jeweils 2.500 EUR verbunden, mit denen in der Regel Nachwuchskräfte ausgezeichnet werden sollen. Über die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger entscheidet ein Kuratorium.

Die Sitzungen des Kuratoriums und die Preisverleihung im Rahmen eines feierlichen Festaktes finden in der Freien und Hansestadt Hamburg statt.

Ansatz 2007 40.000 EUR

526.81 – Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Die Mittel werden für die im Gesetz zur Reform der Verwaltung definierten Aufgaben der Bezirksämter auf dem Gebiet der verbindlichen Bauleit- und Landschaftsplanung den Bezirken als Rahmenzuweisungen gem. § 37 BezVG übertragen.

Im Rahmen dieser Aufgaben sind Mittel erforderlich für die Vergabe von Planungsleistungen an Dritte, die Durchführung der Bürgerbeteiligung und für Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten.

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2006 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	98,48	98,48	98,48	98,48	98,52	98,52
Altona	92,88	92,88	92,88	92,88	92,89	92,89
Eimsbüttel	86,49	86,49	86,49	86,49	86,44	86,44
Hamburg-Nord	91,78	91,78	91,78	91,78	91,73	91,73
Wandsbek	125,22	125,22	125,22	125,22	125,40	125,40
Bergedorf	97,83	97,83	97,83	97,83	97,70	97,70
Harburg	107,32	107,32	107,32	107,32	107,32	107,32
Gesamt	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00	700,00

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

700.000 EUR

535.01 – Vorbereitung von Maßnahmen an Bäumen und im öffentlichen Grün –

Veranschlagt ist die Vorbereitung von Maßnahmen zum Schutz von Bäumen und öffentlichen Grünanlagen. Zu den Hauptschadensursachen an Bäumen zählen z.B. Bodenverdichtung, mechanische Verletzungen, Wasser- und Nährstoffmangel und Befall mit Schädlingen. Um geeignete Verfahren an Bäumen, Böden und zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit in Grünanlagen festzulegen und zur Vorbereitung wirtschaftlich vertretbarer Maßnahmen sind Voruntersuchungen und deren digitale Dokumentation unverzichtbar. Die Mittel sind für die Untersuchung und Dokumentation der Schadensursachen und die Information der Öffentlichkeit vorgesehen.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

260.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils

zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

226.000 EUR

545.86 – Bestattung gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Bei diesem Titel werden Mittel für die Bestattung Verstorbener – ausgenommen Obdachlose und unbekannte Verstorbene – gemäß § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz veranschlagt. Im Hinblick auf eine angemessene Durchführung der Bestattungen nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz in Fällen Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden, ist bei den Bezirksämtern die bestattungsrechtliche Zuständigkeit nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz mit der sozialhilferechtlichen Zuständigkeit zusammen geführt worden. Seit dem 1.3.2006 ist die Zuständigkeit für Zuwanderer und Wohnungslose von der Behörde für Soziales und Familie auf das Bezirksamt Hamburg-Mitte übertragen worden. Die bisher für die Bestattung dieser Personen bei dem Titel 6800.546.06 veranschlagten Mittel werden nun in dieser Zuweisung mit erfasst. Da die Gesamthöhe der Bestattungskosten jährlich schwankt, dient die Verpflichtungsermächtigung dazu, flexibel auf mögliche Mittelbedarfe reagieren zu können.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

670.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils

zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

120.000 EUR

546.01 – Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten –

Veranschlagt sind Ausgaben für Karten und drucktechnische Arbeiten für die Landes-, Landschafts- und Regionalplanung (u.a. für Bebauungspläne und Grünordnungspläne).

Der überwiegende Anteil sind an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung zu erstattende Kosten, die bislang zentral im Kapitel 6000 veranschlagt wurden (6000.671.01).

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

285.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils

zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

285.000 EUR

547.30 – Aufwendungen für das EU-Projekt SWITCH im Rahmen der Maßnahmen zur Vorbereitung der IBA 2013 –

SWITCH - Sustainable Water management Improves Tomorrows Cities Health - (Nachhaltiges Wassermanagement zur Verbesserung zukünftiger städtischer Lebensbedingungen) ist ein gemeinsames Forschungsprojekt europäischer Städte und Partner aus Entwicklungsländern für integriertes städtisches Wassermanagement des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms, mit einer voraussichtlichen Dauer von 5 Jahren. Es vereint insgesamt 38 internationale Partner. Weiterer Hamburger Partner im Projekt SWITCH ist die TU Hamburg-Harburg, jedoch mit unterschiedlichen und insbesondere eigenständigen Projektanteilen.

Vorgesehen ist die Förderung von Forschungsvorhaben durch die UNESCO, bei denen sich „moderne“ Ballungsräume mit solchen aus Entwicklungsländern zusammentun, um sog. „best practise“ zu entwickeln, davon die übertragbaren Elemente zu identifizieren und so Synergien zu schaffen.

Das Hamburger Teilprojekt ist örtlich eingegrenzt auf das Gebiet des Sprungs über die Elbe. In den ersten 2 Projektjahren werden vorbereitende Maßnahmen notwendig. In den letzten drei Jahren der Projektlaufzeit ist beabsichtigt, im Rahmen der Vorbereitungen für die Internationale Bauausstellung (IBA) ein Demonstrationsprojekt zu den Themen Regenrückhaltung/Versickerung, Brauchwasserkreisläufe oder auch Erhalt von Wettern und Gräben in der Marsch zu realisieren. Grundlage des Projektes werden Forschungen sein, die der Projektpartner TU Hamburg-Harburg in den ersten 2 Projektjahren durchführen wird.

Siehe 6610.272.30

682.01 – Betriebszuschuss an die IBA-GmbH –

Ansatz 2007	2.200.000 EUR
Ansatz 2008	2.600.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt (vgl. 893.01)	1.000.000 EUR

685.02 – Unterhaltung des öffentlichen Grüns durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe –

Der Anstalt Hamburger Friedhöfe sind nach dem Errichtungsgesetz (vgl. Drs. 15/3596) von der FHH u.a. die Pflege des öffentlichen Grüns, der öffentlichen Verkehrsflächen und der öffentlichen Beleuchtung auf den Friedhöfen der Anstalt zugewiesen worden. Die dafür anfallenden Kosten werden der Anstalt Hamburger Friedhöfe jährlich erstattet. Auf Grund von Standardabsenkungen ist der Ansatz ab 2006 auf 2.200 Tsd. EUR verringert worden.

Investitionen

Für alle Investitionsausgaben gilt, dass sich im Laufe des Haushaltsjahres Änderungen ergeben können, wenn es notwendig wird, unvorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

741.01 – Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen –

Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. Die mit der Drs. 18/1822 im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms beschlossenen Maßnahmen sind bei diesem Titel berücksichtigt. Maßnahmen von besonderer Bedeutung und/oder Baukosten von mehr als 5.000 Tsd. EUR werden einzeln veranschlagt.

In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten.

Der Ansatz wird im Rahmen der Bewirtschaftung unter gesamthamburgischen Gesichtspunkten und Beteiligung der Bezirksverwaltungen aufgeteilt und zugewiesen. Die aus den Baumaßnahmen resultierenden Folgekosten werden mit den bei dem Titel 521.81 veranschlagten Mitteln getragen. Um die Umsetzung von Maßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, zu ermöglichen, sind Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Ansatz 2007	5.279.000 EUR
Ansatz 2008	5.700.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	3.000.000 EUR

Folgende Maßnahmen mit Baukosten über 250 Tsd. EUR sind vorgesehen:

Kurzbezeichnung der Maßnahme	Voraussichtliche Gesamtkosten (aktueller Stand)	Finanziert bis einschließlich 2006	Voraussichtlicher Mittelbedarf 2007 und 2008
Beträge in Tsd. EUR			
Horner Geest	1.600	366	445
Hochwasserbassin	400	0	200
Marktachse Rothenburgsort	337	0	187
Spielplatz Rhiemsweg	280	0	280
Osdorf 33	720	471	249
Spielplatz Sülldorfer Brooksweg	370	0	370
Sandberg	389	0	137
Gählerstraße	452	0	104
Außenalstergrünflächen	800	85	300
Spielplatz Eimsbüttler Markt	400	0	400
Spielplatz Lattenkamp	320	0	320
Spielplatz Damerowsweg	330	0	330
Spielplatz Schemmannstraße	500	379	121
Spielplatz Joosthöhe	399	199	200
Grünanlage Bramfeld 58	253	0	128
Grundinstandsetzung Rathaus- park Bergedorf	261	161	100
Marschenbahndamm	300	0	150

Bei einigen Maßnahmen werden Kosten zum Teil aus dem Stadtteilentwicklungsprogramm finanziert oder von anderen Bedarfsträgern übernommen.

- 741.05 – Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Anschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen –

Die Mittel werden im Wesentlichen zur Erfüllung der Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz verwendet. Dazu gehören auch Planungs- und Untersuchungsaufwendungen. Außerdem sollen Anschließungsmaßnahmen (Wasserleitungen, Wegebeleuchtung, gemeinschaftlich genutzte Entsorgungsanlagen) in Kleingärten und Behelfsheimgebieten fortgesetzt werden. Da die umzusetzenden Maßnahmen zu Beginn eines Jahres nicht immer feststehen, werden die Mittel zentral bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veranschlagt und den Bezirken durch Sollübertragung für abgestimmte Projekte zugewiesen. Um die Umsetzung von Maßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, zu ermöglichen, sind Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 700.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 1.400.000 EUR

- 741.10 – Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung –

Mit den veranschlagten Mitteln sollen Voruntersuchungen zum Ersatz umweltgeschädigter, nicht mehr regenerierbarer Straßenbäume finanziert werden (vgl. 6610.741.81).

Im Rahmen einer digitalen Ersterfassung sollen Basisdaten zum Zustand des gesamten Hamburger Straßenbaumbestandes erhoben und vorliegende Grunddaten überprüft und ergänzt werden. Diese Daten fließen in das digitale Straßenbaumkataster ein und sind Grundlage für Instandsetzungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen. Sie bilden auch die Basis für notwendige Verkehrssicherheitskontrollen. Der Mittelbedarf umfasst die Kartierung im Rahmen der Ersterfassung des Straßenbaumkatasters und daraus resultierende Grundsaniierungsbedarfe. Die Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um jahresübergreifende Verträge abschließen zu können.

Ansatz 2007 1.960.000 EUR
Ansatz 2008 1.050.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 2.000.000 EUR

- 741.81 – Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Entwicklung des Straßenbaumbestands sowie für bezirkliche Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen zur Disposition durch die Bezirksversammlung.

Außerdem sollen mit den veranschlagten Mitteln umweltgeschädigte, nicht mehr regenerierbare Straßenbäume ersetzt und der Baumbestand ergänzt werden (vgl. Drs. 14/4586). Die Kosten entstehen für Material, Pflanzung und die Erfassung, Kartierung und Fortschreibung des Straßenbaumkatasters. Die auf Grund der digitalen Erstfassung der Grunddaten des Straßenbaumbestands deutlich gewordenen dringenden Grundsanierungsbedarfe sollen aus diesem Ansatz ebenfalls finanziert werden. Die bisher bei dem Titel 6800.811.81 veranschlagte Zuweisung an die Bezirke für Investitionsmaßnahmen auf bezirklichen Friedhöfen (Fahrzeuge, Geräte und Hochbaumaßnahmen) sind ab 2007 bei diesem Titel mit erfasst, um den Bezirken eine größere Flexibilität zu ermöglichen. Die bisher bei dem Titel 6800.741.87 veranschlagten Investitionsmaßnahmen auf Friedhöfen für die Herrichtung von Belegungsflächen und Wegen sind künftig aus den Mitteln dieses Titels ohne Überleitung des Haushaltsansatzes zu finanzieren.

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	2006		2007		2008	
	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
	Beträge in Tsd. EUR					
Hamburg-Mitte	174	174	175	175	175	175
Altona	190	190	245	245	245	245
Eimsbüttel	118	118	120	120	120	120
Hamburg-Nord	199	199	204	204	204	204
Wandsbek	198	198	253	253	253	253
Bergedorf	97	97	165	165	165	165
Harburg	124	124	238	238	238	238
Gesamt	1.100	1.100	1.400	1.400	1.400	1.400

- 749.84 – Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Pflanzen und Blumen/Wallringpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte –

Für Pflanzen und Blumen existiert seit 1986 ein Rahmenplan zur Umgestaltung, um die Parkanlage nach der Zeit der Gartenbauausstellungen auf aktuellem und international herausragenden Niveau zu entwickeln. Mit der langfristigen Festigung und Erweiterung der Standorte Messe und CCH ergibt sich für Pflanzen und Blumen die Notwendigkeit und die Chance der Überplanung und Neugestaltung im Bereich zwischen Messe/Fernsehturm und CCH. Geplant sind neue Eingangssituationen mit geänderter Wegeführung sowie die Grundüberholung gartenhistorisch wertvoller Anlagenteile. Diese Maßnahmen werden teilweise durch Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm (vgl. Drs. 18/1822) über diesen Titel finanziert. Weitere Mittel sind für Verkehrssicherungsmaßnahmen an Zäunen, Wegen, Treppen und Wasserläufen einzusetzen. Die Folgekosten ändern sich durch die Umgestaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht. Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um flexibel auf etwaige Mehrbedarfe reagieren zu können.

Ansatz 2007	300.000 EUR
Ansatz 2008	500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	500.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	600.000 EUR

- 751.01 – Internationale Gartenschau 2013 –

Es sind Mittel für die Planung und Herrichtung des Geländes zur Durchführung der Internationalen Gartenschau 2013 veranschlagt. Gemäß Drs. 17/4026 beträgt das Gesamtinvestitionsvolumen 77.650 Tsd. EUR. Davon entfallen auf die Herstellung der Grünflächen und die Gestaltung der Hallenschauen Mittel in Höhe von 44.550 Tsd. EUR. Für Tiefbaumaßnahmen wie Anpassung der Verkehrswege, Schaffung von Stellplätzen und Einzäunung sind 28.000 Tsd. EUR vorgesehen. Für den Ankauf von Flächen, die nach der Gartenschau einer dauerhaften Nutzung als Parkanlage dienen sollen, sind in den Jahren 2009 und 2010 Mittel in Höhe von 5.100 Tsd. EUR vorgesehen (vgl. 821.01). Die Verpflichtungsermächtigungen sind erforderlich, um infolge Planungsfortschritt flexibel auf etwaige Mehrbedarfe reagieren zu können.

Ansatz 2007	2.000.000 EUR
Ansatz 2008	3.800.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 10.000.000 EUR

Für den Zeitraum 2006 bis 2014 ist die Verteilung des Gesamtinvestitionsvolumens wie folgt geplant:

Jahr	6610.751.01 Internationale Gartenschau 2013	6610.821.01 Grunderwerb für Grünanlagen	Gesamt
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR
2006	500	-	500
2007	2.000	-	2.000
2008	3.800	-	3.800
2009	4.800	2.100	6.900
2010	6.800	3.000	9.800
2011	13.700	-	13.700
2012	24.865	-	24.865
2013	15.835	-	15.835
2014	250	-	250
Gesamt	72.550	5.100	77.650

Das Gesamtinvestitionsvolumen teilt sich maßnahmenbezogen wie folgt auf (in Tsd. EUR):

Herstellung der Grünflächen und Gestaltung der Hallenschauen	44.550
Tiefbaumaßnahmen	28.000
Grunderwerb	5.100
Gesamt	77.650

752.84 – Herrichtung der Grünflächen im Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 65, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg –

Es sind Mittel für die Planung und Herrichtung der im Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 65 ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen mit einer Größe von 7,4 ha vorgesehen. Dafür sind bis 2013 2.522 Tsd. EUR erforderlich. Die Grunderwerbskosten für diese Fläche sind bei dem Titel 821.27 veranschlagt.

Ansatz 2007	380.000 EUR
Ansatz 2008	500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt 1.078.000 EUR
 Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt 578.000 EUR

791.02 – Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen –

Die Haushaltsmittel werden für die Regenerierung umweltgeschädigter Baumbestände, für Schutzpflanzungen, ökologische Verbesserungsmaßnahmen sowie für weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Vielfalt, Funktion und Qualität im öffentlichen Grün und Straßenraum eingesetzt. Die Mittel können auch für Voruntersuchungen zur Vorbereitung von Maßnahmen (Pflege- und Entwicklungspläne) verwendet werden. Den Bezirken werden für abgestimmte Projekte die erforderlichen Haushaltsmittel von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zur Verfügung gestellt. Die Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen ist erforderlich, um jahresübergreifende Verträge abschließen zu können.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 750.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 750.000 EUR

821.01 – Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingarten-Ersatzflächen –

Aus diesen Mitteln werden die Grunderwerbskosten für neue Grünanlagen und Spielplätze sowie Flächen für Kleingärten veranschlagt. Für 2007 werden die mit der Drs. 18/3825 ein geworbenen Grunderwerbsmittel für den Ballinpark in Höhe von 550 Tsd. EUR zusätzlich berücksichtigt. In den Jahren 2009 und 2010 werden über diesen Titel die Grunderwerbsmaßnahmen für die IGS 2013 in Höhe von insgesamt 5.100 Tsd. EUR abgewickelt werden (vgl. 751.01). Es sind Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, um längerfristige vertragliche Verpflichtungen eingehen zu können.

Ansatz 2007	2.143.000 EUR
Ansatz 2008	25.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	1.000.000 EUR

821.06 – Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb –

Es sind Mittel für den Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb veranschlagt. Im Jahr 2004 wurde zur Finanzierung eines Vorgriffs für den Schulhochbau ein Rest in Höhe von 2.000 Tsd. EUR nicht übertragen, der in 2007 neu veranschlagt wird.

Ansatz 2007	2.250.000 EUR
Ansatz 2008	560.000 EUR

821.25 – Grunderwerb für die Grünflächen im Neubaugebiet Allermöhe II –

Es sind Mittel für den Erwerb von Grundstücken für die im Neubaugebiet Allermöhe II herzurichtenden Grünanlagen und Spielplätze veranschlagt. Im Jahr 2004 wurde zur Finanzierung eines Vorgriffs für den Schulhochbau ein Rest in Höhe von 1.500 Tsd. EUR nicht übertragen, der in 2007 neu veranschlagt wird.

Ansatz 2007	2.200.000 EUR
Ansatz 2008	648.000 EUR

821.27 – Grunderwerb für die Grünflächen im Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 65 –

Es sind Mittel für den Erwerb von Grundstücken für die im Bebauungsplan Neugraben-Fischbek 65 ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen mit einer Größe von 7,4 ha veranschlagt. Dafür sind bis 2012 1.895 Tsd. EUR erforderlich. Die Herrichtung der Flächen ist bei dem Titel 752.84 veranschlagt.

Ansatz 2008	500.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	1.395.000 EUR

893.01 – Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der IBA 2013 im Rahmen der Umsetzung des Konzeptes „Sprung über die Elbe“ –

Vor dem Hintergrund der vom Senat beschlossenen Wachstumsstrategie wurde u. a. das Leitprojekt „Sprung über die Elbe“ entwickelt. Um die stadtentwicklungsplanerische Strategie in einem ersten entscheidenden Schritt auf dem Weg in die Umsetzung voranzubringen, soll im Plangebiet bis zum Jahre 2013 eine internationale Bauausstellung realisiert werden.

Bei der Umsetzung der Projekte sollen private Träger im Vordergrund stehen, die nur durch Spitzenförderung finanziert werden.

Ansatz 2007	5.800.000 Euro
Ansatz 2008	7.200.000 Euro

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	7.200.000 Euro
Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	8.700.000 Euro

982.01 – Ausgaben an Aufgabenträger in Innovationsbereichen zur Stärkung und Entwicklung urbaner Einzelhandels- und Dienstleistungszentren –

Im Rahmen des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ soll eine Aufwertung gewerblicher Dienst- und Einzelhandelszentren in der City sowie in den Bezirks- und Stadtteilzentren in Eigeninitiative durch neuartige Modelle der Partnerschaft zwischen privaten Interessen und öffentlicher Hand ermöglicht werden. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Einzelhandels- und Dienstleistungszentren vom 28.12.2004 (GSED) hat die Freie und Hansestadt Hamburg daher das Modell „Business Improvement Districts“ (BID) eingeführt.

Finanziert wird das BID über eine Abgabe, die die Stadt einzieht und abzüglich einer Verwaltungspauschale wieder an den Innovationsbereich weiterleitet.

6700 Umweltschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Hierzu wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 06 „Umweltschutz“ verwiesen. Der Produktbereich umfasst folgende Produktgruppen (PG):

- PG 01 Gewässerschutz,
- PG 02 Bodenschutz/Altlasten/Altlastensanierung,
- PG 03 Abfallwirtschaft,
- PG 04 Geologisches Landesamt.

Die zum Produktbereich gehörende Wassergütestelle Elbe (§ 15 LHO - Betrieb) wird gesondert im Wirtschaftsplan und der dazu gehörenden Produktinformation dargestellt.

2. Zuwendungen

Titel 6700.671.02 „Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti)“

Aus diesem Titel können Zuwendungen bis zur Höhe von 30 % des Ansatzes gewährt werden.
Gefördert werden Anti-Graffiti-Maßnahmen an privaten baulichen Anlagen.

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien

Zuwendungszweck ist die nachhaltige Verdrängung von Graffiti aus dem Stadtbild, um insgesamt ein akzeptables Erscheinungsbild des öffentlichen Raums zu erreichen. Ziel ist es, den Wert eines gepflegten Stadtbildes im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu verankern.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms

Anti-Graffiti-Maßnahmen werden seit 2002 gefördert. Die Dauer der Förderung richtet sich jeweils nach den Ergebnissen der Erfolgskontrollen.

Erfolgskontrollen

Erfolgskontrollen werden durch Überprüfungen vor Ort, Besprechungen und Prüfung von Verwendungsnachweisen vorgenommen.

Titel 6700.684.01 „Zuwendungen an WWF – Internationales WWF – Zentrum für Meeresschutz“

Aus diesem Titel wird eine institutionelle Förderung bis zur Höhe von 100 % des Ansatzes gewährt.

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien

Zuwendungszweck ist die Verstärkung der gewässer- und meeresbezogenen Forschung im Sinne der Gewässerökologie und des Umweltschutzes. Schwerpunkte sind die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie an der Tideelbe und in den Küstengewässern. Ziel ist die Vermittlung der universitären Forschungsergebnisse für die Praxis der Behörden, Kammern, Verbände und Unternehmen.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms

Die Förderung beginnt ab 2007 und soll mindestens bis 2011 erfolgen.

Erfolgskontrollen

Bewerten der Arbeitsergebnisse im Hinblick auf die Umsetzbarkeit von qualitätsverbessernden Vorschlägen für Maßnahmen an Tideelbe und Küstengewässern. Bewerten der Effizienz der Öffentlichkeitsarbeit.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Durch die Auflösung des Kapitels 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) sind die Einnahmetitel 111.13, 131.91, 272.20, 281.01, 331.01, 341.01 und 341.04 im Kapitel 6700 veranschlagt worden.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderung im Einzelnen erläutert:

111.02 – Einnahmen aus der Grundwassergebühr –

Veranschlagt sind die Gebühren nach dem Gesetz über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (Grundwassergebührengesetz) vom 26.06.1989 (HmbGVBl. S. 115) in der jeweils geltenden Fassung. Ab 2006 ist die beschlossene Gebührenerhöhung zum 01.01.2006 veranschlagt.

Produktionsverlagerungen, betriebsinterne Umstellungen von Produktions- und Kühlverfahren, Wassersparmaßnahmen und Veränderungen im Verbrauchsverhalten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation mit der Notwendigkeit zur Kostenreduzierung führen insgesamt zu stagnierenden Fördermengen.

- 111.05 – Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung –

Veranschlagt sind die Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung vom 05.12.1995 (HmbGVBl. S. 365) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Gesamteinnahmen dieses Titels werden wesentlich durch die Einnahmen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen und Notifizierungen geprägt. Der überwiegende Teil der Entsorger ist inzwischen als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert. In diesen Fällen können erforderliche Entsorgungsnachweise im privilegierten Verfahren ohne Behördenentscheidung (und somit ohne Gebühreneinnahmen) geführt werden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Einnahmen auf einem Niveau von 350 Tsd. EUR stabilisieren werden.

- 111.06 – Einnahmen aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen –

Der Verpflichtung zur Umsetzung der „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ ist die FHH mit Inkrafttreten des Hamburgischen Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (Hmb. Schiffsentsorgungsgesetz – HmbSchEG) vom 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 343) mit Wirkung vom 1. Januar 2003 nachgekommen.

Das Gesetz sieht vor, dass bei Anlaufen des Hamburger Hafens eine nutzungsunabhängige Abgabe zu entrichten ist, aus der die vollständigen Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen finanziert werden (vgl. 6000.461.01 und 6700.542.02). Die Höhe der Abgabe ergibt sich aus der Verordnung über die Erhebung einer Abgabe für die Entsorgung von Schiffsabfällen (Schiffsabfallabgabenverordnung – SchiffsAbgV) vom 6. Mai 2003 (HmbGVBl. S. 101) zuletzt geändert am 16. November 2004 mit Wirkung vom 1. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 411).

Da die jährliche Anzahl der zu berücksichtigenden Seeschiffsankünfte und damit die Höhe der Einnahmen nicht absehbar ist, ist ein Leertitel eingerichtet.

- 131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken aus dem Hochwasserschutz bzw. den Gewässern durch die Finanzbehörde -Liegenschaftsverwaltung-.

Der Ansatz kann nur geschätzt werden, da außergewöhnliche Verkäufe nicht absehbar sind. Daher trotz des Ergebnisses 2005 ohne Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

- 331.01 – Zuweisungen des Bundes für die Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung –

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 21.07.1988 (BGBl. I, S. 1055) beteiligt sich der Bund im Rahmen der verfügbaren Mittel im Bundeshaushalt an den Aufwendungen des Hochwasserschutzes mit bis zu 70 v. H. der förderungsfähigen Kosten bei Küstenschutzmaßnahmen und 60 v. H. bei wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen.

Für 2007 und 2008 sind Einnahmen in Höhe von 18.600 Tsd. EUR veranschlagt. Sollte der Bund dieser Einnahmeerwartung nicht entsprechen können, besteht gemäß Artikel 2 Nr. 3 des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 die Möglichkeit der Kompensation durch Darlehensaufnahme.

- 341.36 – Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gem. § 8 Abs. 1 Sielabgabengesetz –

Veranschlagt sind Erstattungen von Sielbau- und Sielanschlussbeiträgen, soweit die Freie und Hansestadt Hamburg im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen zur Vorfinanzierung der Kosten Dritter herangezogen worden ist. Das Ergebnis 2005 ist nicht repräsentativ. Für die Zukunft wird mit niedrigeren Einnahmen gerechnet, da die Veranlagung von Sielstrecken rückläufig ist.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 6

Sach- und Fachausgaben

Durch die Auflösung des Kapitels 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer sind die Ausgabetitel 521.02, 521.04, 521.06, 521.81, 521.88, 547.20, 681.02 und 685.02 im Kapitel 6700 veranschlagt worden.

Der neue Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer soll ab 01.01.2007 im Wesentlichen die Aufgaben der Planung, des Baus und der Unterhaltung der Infrastruktur der Verkehrswege, der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes übernehmen und wird als Dienstleister für die jeweils fachlich zuständige Dienststelle fungieren. Der Landesbetrieb wird ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen tätig und erhält für die erbrachten Leistungen ein Honorar. Die Anteile für die Honorare wurden prozentual zur Höhe des Ansatzes bei den einzelnen Titeln ermittelt und dem Ansatz hinzugerechnet.

Im Einzelnen ergibt sich für die im Kapitel 6700 veranschlagten Titel folgende Honorarverteilung:

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR
521.02	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen	5.263	4.190	5.282	4.209
521.04	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung	2.678	844	2.681	847
685.02	Beiträge, Kostenanteile und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen	146	116	146	116

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

517.81 – Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 erfolgt die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 38 Abs. 2 BezVG auf Basis des aktuellen Bestandes der zu bewirtschaftenden öffentlichen Toiletten. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	271	281	281
Altona	10	10	10
Eimsbüttel	27	27	27
Hamburg-Nord	57	57	57
Wandsbek	10	10	10
Bergedorf	35	35	35
Harburg	221	211	211
Gesamt	631	631	631

Mittel für Grundinstandsetzungen (u.a. aufgrund von Vandalismusschäden) der zu betreibenden öffentlichen Toiletten sind beim Titel 701.02 veranschlagt.

521.02 – Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Gewässer und Nebenanlagen –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen, sowie Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke und die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen beim Titel 119.92 und - Erstattungen Dritter für Mehrunterhaltungsaufwand - beim Titel 281.01 fließen den Ausgabetiteln zu.

Aufgabenbereiche	Ergebnis 2005 in Tsd. EUR	Ansatz 2006 in Tsd. EUR	Ansatz 2007 in Tsd. EUR	Ansatz 2008 in Tsd. EUR
1. Bewirtschaftung von Grundstücken	263	163	250	250
2. Unterhaltung von Grundstücken	309	305	305	305
3. Haltung von Fahrzeugen	154	60	60	60
4. Geräte u. Ausstattungsgegenstände	42	40	40	40
5. Unterhaltung der Gewässer und Nebenanlagen	296	520	418	418
gesamt:	1.064	1.088*	1.073	1.073
Honorar LSBG			4.190	4.209
Ausgaben insgesamt:			5.263	5.282
Nachrichtlich: bei 521.88 veranschlagte bezirkliche Anteile für Kostenerstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände	208	212	212	212

* Im Zahlenwerk (878 Tsd. EUR) fehlen 210 Tsd. EUR für die HPA.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

275.000 EUR

- 521.03 – Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwassernotbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG)
- 521.87 – Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwassernotbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz, Zweckzuweisung an die Bezirke

Die mit Mitteln des Bundes erstellten Trinkwassernotbrunnen außerhalb von Schutzraumbauten sind nach § 9 Abs. 1 WasSG von Hamburg zu unterhalten. Dafür sind für 2007 und 2008 jeweils veranschlagt:

- für die von den Bezirken zu unterhaltenden 63 Notbrunnen 22.000 EUR
- für die Überwachung der Funktionsfähigkeit der Notbrunnen 10.000 EUR
- sowie eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2008/2009 von 5.000 EUR

Die Unterhaltungsmittel werden den Bezirken zugewiesen (Zweckzuweisungen). Die Aufteilung erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach den erwarteten nächstjährigen Bedarfen.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	3,5	3,2	3,2
Altona	1,7	3,2	3,2
Eimsbüttel	3,9	3,9	3,9
Hamburg-Nord	1,5	3,0	3,0
Wandsbek	3,9	4,0	4,0
Bergedorf	1,0	1,0	1,0
Harburg	3,5	3,7	3,7
Gesamt	19,0	22,0	22,0

In Hamburg sind derzeit 91 Notbrunnen vorhanden, die unter die Bestimmungen des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) fallen. Diese Brunnen sind gem. § 9 WasSG einem jährlichen Wartungsdienst zu unterziehen. Dieser umfasst im Wesentlichen

- Überwachung und Wartung der näheren Umgebung des Brunnenstandortes,
- Überwachung der zugänglichen Bauteile des Brunnens,
- Wartung der Betriebs- und Fördereinrichtungen sowie der beweglichen Anlagenteile.

Die Zuständigkeit für die Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen liegt für

- 63 Trinkwassernotbrunnen bei den Bezirken (vgl. Titel 521.87),
- 7 Trinkwassernotbrunnen bei staatlichen Einrichtungen bzw. Landesbetrieb Krankenhäuser,
- 5 Trinkwassernotbrunnen bei kirchlichen Institutionen,
- 16 Trinkwassernotbrunnen gemäß WasSG bei verpflichteten privaten Brunnenbetreibern.

Neben den Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten ist vor dem Hintergrund notwendiger Sicherheitsvorkehrungen nach Terroranschlägen eine grundsätzliche Aufarbeitung des Zustandes der Notbrunnen und der laufende Erhalt ihrer Funktionsfähigkeit von besonderer Bedeutung.

521.04 – Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung –

Bei diesem Titel werden die Aufwendungen für die Unterhaltung aller Hochwasserschutzanlagen sowie die Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Grundstücke, die Aufwendungen für die Deichverteidigung einschl. Miete und Unterhaltung von Stützpunkten, sowie die Beseitigung der durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen. Einnahmen auf Grund von Regressansprüchen beim Titel 119.92 fließen den Ausgabemitteln zu.

Aufgabenbereiche	Ergebnis 2005 Tsd. EUR	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR
1. Bewirtschaftung von Grundstücken	70	76	76	76
2. Unterhaltung von Grundstücken	126	207	207	207
3. Haltung von Fahrzeugen	9	14	14	14
4. Geräte und Ausstattungsgegenstände	5	8	8	8
5. Mieten und Pachten	0	1	1	1
6. Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen	554	1.400	1.400	1.400
7. Beschaffung, Wartung, Transport u. Unterhaltung von Deichverteidigungsmaterial sowie der Deichverteidigungsstützpunkte (einschl. Unterhaltung und Bewirtschaftung) sowie der Kommunikationsmittel und Schutzkleidung	30	77	88	88
8. Sachkosten und Pauschalentschädigungen für Übungen, Einsätze und Rufbereitschaft der Deichverteidigung	71	20	20	20
9. Herstellungskosten der jährlichen Neuauflage des Deichverteidigungsplanes und anderer Arbeitsunterlagen sowie Aus- und Fortbildung	0	20	20	20
gesamt:	865*	1.823*	1.834	1.834
Honorar LSBG			844	847
Ausgaben insgesamt:			2.678	2.681
Nachrichtlich:				
bei 521.88 veranschlagte bezirkliche Teilansätze zur Unterhaltung der Deichstraßen u. Deichverteidigung	1.378	450	450	450

* Ergebnis 2005: Zahlenwerk (2.097 Tsd. EUR) enthält statt des Teilansatzes die gesamte Summe der Titel 6420.511.22 und 6420.517.22, und damit 172 Tsd. EUR zu viel. Eine Splittung der Vergleichszahlen ist jedoch nicht möglich.

* Ansatz 2006: Zahlenwerk (1.995 Tsd. EUR) enthält 1.055 Tsd. EUR des Titels 6700.521.06 und statt des Teilansatzes die gesamte Summe der Titel 6420.511.22 und 6420.517.22, und damit weitere 177 Tsd. EUR zu viel. Eine Splittung der Vergleichszahlen ist jedoch nicht möglich.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

500.000 EUR.

521.05 – Aufwendungen für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen –

Veranschlagt sind Mittel für die Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen in Ausübung der Verpflichtungen der FHH als Anlieger (Allgemeines Grundvermögen) oder Träger der Wegebaukosten nach dem Hamburgischen Wegegesetz.

Erstmals zum Haushalt 2007/2008 erfolgt die Bedarfsermittlung für die Bezirke auf der Basis des digitalen ArcIMS-Projektes „Winterdienst auf Gehwegen“. Daraus resultierend sind bei diesem neuen Titel ersteuerte Mittel zum Ausgleich von möglichen Mehrbedarfen der Bezirke durch künftige höhere Ausschreibungsergebnisse oder strenge Winter berücksichtigt (siehe 521.86).

- 521.06 – Betriebszuschuss an die Hamburg Port Authority (HPA) für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen –

Gemäß Drucksache 18/2332 zur Errichtung der HPA sind diesem Titel die Mittel für die Bewirtschaftung, Unterhaltung und die Betriebsausgaben einschließlich der Honorare für die in dessen Zuständigkeitsbereich liegenden Hochwasserschutzanlagen zugeführt worden, die vorher im Kapitel 7500 veranschlagt waren. Darüber hinaus werden weitere Betriebs- und Unterhaltungsmittel aus dem Titel 521.04 für die Bewirtschaftung und Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen der HPA zugeführt.

- 521.81 – Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung einschließlich Renaturierung kleinerer Fließgewässer, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 37 Abs. 1 BezVG werden die bezirklichen Anteile für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke, der Gewässer und Nebenanlagen sowie die sonstigen bezirklichen Betriebsausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung und deren Nebenanlagen zusammengefasst.

Neben den Betriebsausgaben werden auch die Aufwendungen für die Beseitigung der an den Gewässern und deren Nebenanlagen durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2007 und 2008 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 37 Abs. 3 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	VE 2007/8 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	150	151	151	41
Altona	88	89	89	24
Eimsbüttel	150	151	151	41
Hamburg-Nord	135	136	136	38
Wandsbek	322	325	325	90
Bergedorf	733	739	739	202
Harburg	294	296	296	81
Gesamt	1.872	1.887	1.887	517

- 521.86 – Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach den erwarteten nächstjährigen Bedarfen. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	VE 2007/8 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	150	150	150	90
Altona	90	90	90	54
Eimsbüttel	120	88	88	53
Hamburg-Nord	100	82	82	50
Wandsbek	130	115	115	69
Bergedorf	88	63	63	38
Harburg	303	242	242	146
Gesamt	981	830	830	500

- 521.88 – Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u. ä. an wasserwirtschaftliche Verbände, Zweckzuweisung an die Bezirke –

In diesem Zuweisungstitel gem. § 38 Abs. 1 Nr. 2 BezVG werden die bezirklichen Anteile an den Betriebsausgaben Hochwasserschutz, bei den Arbeiten für fremde Rechnung und an den Beiträgen, Kostenanteilen und -erstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen zusammengefasst.

Die Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, insbesondere der Deichverteidigungsstraßen, für die Deichverteidigung sowie die Beseitigung der in diesem Bereich durch andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden werden hier veranschlagt.

Ferner ist der auf vertraglicher Vereinbarung beruhende Beitrag an den Wasserverband Wilhelmsburger Osten (Teilansatz Bez. Harburg 209 Tsd. EUR in 2007 und in 2008) sowie der Anteil Hamburgs an den Betriebskosten

des Seevewehrs und des Seevekanalwehres veranschlagt (Teilansatz Bez. Harburg 3 Tsd. EUR in 2007 und 2008).

Die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 38 Abs. 2 BezVG erfolgt nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	VE 2007/8 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	58	58	58	16
Altona	1	1	1	
Eimsbüttel	1	1	1	
Hamburg-Nord	1	1	1	
Wandsbek	1	1	1	
Bergedorf	236	236	236	66
Harburg	364	364	364	46
Gesamt	662	662	662	128

535.04 – Gebühren für Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für Niederschlagswasseranteil –

Die nicht vom Sielbenutzer zu tragenden Kosten der Abwasserbeseitigung werden vom Haushalt der FHH gedeckt. Die Ansätze 2007 und 2008 sind auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung kalkuliert, stellen aber kein Präjudiz für die künftige Gebührenentwicklung dar.

541.03 – Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft –

Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben der Abteilung Abfallwirtschaft, deren Aufgabe es ist, Dienstleistungen zu erbringen, die einer ökologischen und ökonomischen Abfallwirtschaft entsprechen. Aus diesem Titel werden auch Gutachten und Untersuchungen sowie fachbezogene Sachausgaben (z.B. für Dienst- und Schutzkleidung, Geräte- und Ausstattungsgegenstände) geleistet.

Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

1. Schiffsentsorgung nach MARPOL II

Das Internationale MARPOL-Übereinkommen verpflichtet seit 1987, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme von Chemikalienabwässern (MARPOL – Anlage II) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese Regelung hat sich auch durch das „Hamburger Schiffsentsorgungsgesetz“ (HmbSchEG) nicht geändert.

Veranschlagt sind deshalb Mittel für die vertraglich vereinbarte Vorhaltung von Tankraum zur Aufnahme von Chemikalienabwässern.

2. Ausgaben für die Rückholung von gescheiterten und illegalen Abfallexporten

Im Bedarfsfall sollen Rückholaktionen bei gescheiterten, illegalen Abfallexporten aus diesem Titel finanziert werden. Nach gesetzlicher Neuregelung über den Solidarfonds Abfallrückführung aufgrund des Urteils des BVG vom 06.07.2005 muss nunmehr – soweit Verursacher zur Kostentragung nicht herangezogen werden können – jeweils das Bundesland die Rückholkosten tragen, dessen Zuständigkeitsgebiet Ausgangspunkt des illegalen Exportes war. Zur Abdeckung von möglichen Verpflichtungen ist für 2007 und 2008 jeweils eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250 Tsd. EUR veranschlagt.

Die Maßnahme ist begründet durch den Vollzug der Verordnung des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Europäischen Gemeinschaft vom 01.02.1993 (Art. 27).

3. Aufwendungen zur Optimierung der Wertstoffeffassung

Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung sind ein wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung und werden deshalb in ausgewählten Bereichen weiter optimiert.

Es ist beabsichtigt, die im Rahmen eines Benchmarkings im Zusammenhang mit der Effizienz der Sammelsysteme (Depotcontainer, Bündelsammlung am Straßenrand u.a.) in verschiedenen Großstädten gewonnenen Erfahrungen umzusetzen. In Modellversuchen in ausgewählten Stadtteilen soll die Wertstoffeffassung durch Finanzierung der notwendigen Umstellungskosten, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und gutachterliche Begleitung weiter optimiert werden.

541.04 – Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz –

Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben der Abteilung Gewässerschutz.

Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

1. Betrieb gewässerkundlicher Messanlagen sowie gewässerkundliche Messungen und Untersuchungen
Die Mittel sind vorgesehen für

- den Betrieb und die Instandhaltung der gewässerkundlichen Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetze, die von bisher manuellen Handlotungen und analogen Messverfahren zu digitaler Messwerterfassung und Datenübermittlung durch extern Beauftragte umgestellt werden,
- die Entnahme und Analytik von Wasserproben zur Beschaffenheitsuntersuchung des Grundwassers sowie
- die verstärkte Überwachung des Grundwassers in Hamburger Wasserschutzgebieten.

2. Überprüfung der Qualitätsanforderungen für Badegewässer

Veranschlagt sind Mittel für die Qualitätsüberprüfungen der Badegewässer auf Hamburger Staatsgebiet gem. Verordnung über Badegewässer vom 15. Mai 1990 (GVBl. S. 91). Die jährlich im Amtlichen Anzeiger vor Beginn der Badesaison bekannt gemachten Badegewässer werden regelmäßig von Mitte Mai bis Mitte September gemäß der Leitwerte der neuen strengeren EG-Richtlinie vom 24.03.2006 für Badegewässer sowie der Grenzwerte nach der VO über die Badegewässer überprüft. Erforderlich sind Badegewässerprofile, notwendige Bewirtschaftungsmaßnahmen und eine verstärkte Information und Öffentlichkeitsbeteiligung insbesondere vor Ort am Badegewässer.

3. Gewässerschutz- und Detailbewirtschaftungspläne

Zur Sicherung und/oder der quantitativen und qualitativen Verbesserung der Gewässerressourcen sind nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) Gewässerschutz-/Bewirtschaftungspläne für jeden berichtspflichtigen Oberflächenwasserkörper fristgerecht aufzustellen, umzusetzen, fortzuschreiben und der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen, um dem Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, der Schonung der Grundwasservorräte und verschiedener Nutzungsanforderungen Rechnung zu tragen.

4. Zuweisungen Hamburgs zur Finanzierung des „Länderfinanzierungsprogramms Wasser und Boden“

Zur Vereinheitlichung des wasserrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Vollzugs führen die Länder ein vollzugsunterstützendes Programm zur Finanzierung erforderlicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Regelwerksarbeit und Normung durch. Für 2005/2006 wurde das Finanzvolumen des Programms von 1.790 Tsd. EUR auf rd. 1.185 Tsd. EUR reduziert. Dies ist auch für die Jahre 2007/2008 zu erwarten. 80 % der Mittel stehen für Aufgaben des wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Vollzuges, 13,5 % für Aufgaben des bodenschutz- und altlastrechtlichen Vollzuges zur Verfügung. Der Restbetrag dient zur Abdeckung von Programmvollzugskosten. Der Hamburger Zuweisungsanteil beträgt in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 32 Tsd. EUR.

5. Bund-Länder-Messprogramm (BLMP), Überwachung Küstengewässer Elbe

Veranschlagt sind Mittel zur Erfüllung der bestehenden Verwaltungsvereinbarung zur Untersuchung und Dokumentation des Umweltzustandes von Nord- und Ostsee sowie der Koordination der internationalen und nationalen Überwachungsprogramme. Bisher wurden die Mittel beim Gutachtentitel 6000.526.50 bereitgestellt. Für die zwei Oberflächengewässer der Exklave Neuwerk, die zum Hoheitsgebiet Hamburg gehören, wird aufgrund einer Vereinbarung zur Überwachung des Küstengewässers Elbe nach der EG-WRRL diese Aufgabe von Schleswig-Holstein (Flächenanteil 91 %) mit durchgeführt. Die anteiligen Kosten der FHH in Höhe von 10 Tsd. EUR sind hier berücksichtigt.

Die Verpflichtungsermächtigungen in 2007 und 2008 zu Lasten der Folgejahre sind vorgesehen, damit im Bedarfsfalle rechtliche Verpflichtungen eingegangen werden können.

Zur anteiligen Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 6900.099.02) verwendet.

542.02 – Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen –

Das internationale MARPOL-Übereinkommen von 1973 verpflichtet, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme ölhaltiger Abwässer (MARPOL-Anlage I) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

Nach dem Hamburgischen Schiffsentsorgungsgesetz (HmbSchEG) vom 17. Dezember 2002 (HmbGVBl.

S. 343) ist die Öl- und Müllentsorgung der Seeschiffe über eine nutzungsunabhängige Gebühr zu finanzieren (vgl. 111.06). Aus dem Aufkommen der Abgabe sind die Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen – einschließlich der Behandlung und Entsorgung der Abfälle – sowie der mit der Erhebung, Verwaltung und Auszahlung der Abgabe verbundene Personal- und Sachaufwand zu decken, bevor eine Auszahlung für die durchgeführten Entsorgungsdienstleistungen vorgenommen wird. Nach Inkrafttreten der MARPOL-Anlage IV sind auch die Kosten der Abwasserentsorgung daraus zu decken.

Ein Leertitel ist veranschlagt, da die Finanzierung der Aufwendungen haushaltsneutral ausschließlich aus den Abgaben der Schiffsbetreiber geleistet wird.

546.01 – Überwachungsprogramm für die Hamburger Stadtgewässer nach EG-Wasserrahmenrichtlinie –

Die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) in nationales Länderrecht ist in der FHH durch die Hamburgische EG-Wasserrahmenrichtlinien-Umsetzungsverordnung vollzogen worden. Veranschlagt sind Mittel zur fristgerechten Durchführung der operativen Überwachung bei den berichtspflichtigen Oberflächengewässern in Hamburg. Dazu gehören 33 Fließgewässer sowie der Hohendeicher See und die Alte Süderelbe. Wesentliche Ziele sind die Ermittlung der Gewässerbeschaffenheit sowie Trends und Ursachen für Defizite als Grundlage für die Planung geeigneter Maßnahmen.

Prioritär in 2007 und 2008 werden überwacht:

- die biologischen Komponenten Gewässerflora, benthische wirbellose Fauna und Fischfauna,
- die hydromorphologischen Komponenten an 26 Wasserkörpern.

Die Ergebnisse bilden die Grundlage für den bis Ende 2009 nach Artikel 13 EG-WRRL aufzustellenden Teilbewirtschaftungsplan und für das Hamburger Maßnahmenprogramm.

637.01 – Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe –

Netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO.

Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der FHH angegliedert. Sowohl die Grundlagen für die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe (ARGE ELBE) als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Mitgliedsländer den Wirtschaftsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt. Die Aufgaben der Wassergütestelle Elbe haben sich durch die Gründung der Flussgebietsgemeinschaft für den deutschen Teil des Einzugsgebietes der Elbe (FGG Elbe/vgl. 637.02) verändert.

Neben den Aufgaben für die ARGE ELBE nimmt die Wassergütestelle Elbe Sonderaufgaben im Zusammenhang mit der EG-WRRL im Koordinierungsraum Tideelbe wahr. Die Kosten dafür tragen die ARGE-Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg je zu einem Drittel.

637.02 – Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe –

Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-Wasserrahmenrichtlinie) fordert von den Mitgliedsstaaten eine flussgebietsbezogene Bewirtschaftung der Gewässer durch Aufstellung von Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen. Die in 2004 neu gegründete Flussgebietsgemeinschaft für den deutschen Teil des Einzugsgebietes der Elbe (FGG Elbe) mit Sitz in Magdeburg hat die Koordinierung dieser Aufgaben übernommen.

Die Freistaaten Bayern, Sachsen und Thüringen, die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland haben eine Verwaltungsvereinbarung über die Gründung der FGG Elbe sowie deren Strukturierung und Finanzierung geschlossen.

Der FGG Elbe soll jährlich ein Finanzvolumen von 285 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für den Kostenverteilungsschlüssel sind der Flächenanteil am Einzugsgebiet der Elbe sowie der Einwohnerstand der Mitgliedsländer maßgebend. Der FGG-Anteil Hamburgs beträgt rd. 5 % von 285 Tsd. EUR (14.255 EUR).

671.01 – Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt –

Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit in der Stadt. Diese umfassen die Bereiche

- Fahrbahnreinigung (mit Reinigung des fahrbahnbegleitenden Straßenbegleitgrüns),
- Papierkorbdienst auf öffentlichen Wegen,
- Gehwegreinigung (mit Reinigung des gehwegbegleitenden Randgrüns),
- Beseitigung von wilden Müllablagerungen,
- Sonderdienste.

Die Rahmenvereinbarung vom 25.02.2004 zwischen SRH und FHH regelt einerseits den Leistungsumfang der SRH im Hinblick auf Pflege und Sauberkeit der Stadt und andererseits die dafür vorgesehene Kostenerstattung. Diese Vereinbarung kann frühestens zum Ende des Jahres 2008 gekündigt werden.

671.05 – Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst –

Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen des Winterdienstes.

Die Rahmenvereinbarung vom 25.02.2004 zwischen SRH und FHH regelt die Höhe der Kostenerstattung für die Dauer von fünf Jahren. Zur besseren Planungssicherheit für die nicht steuerbaren Aufwendungen des Winterdienstes wurde der Mittelwert der durchschnittlichen Kosten der Jahre 1999-2003 herangezogen mit der Maßgabe, dass nach Ablauf des Fünf-Jahres-Zeitraumes für den Fall einer kostenmäßigen Über- oder Unterschreitung von mehr als 3 % der geleisteten Gesamterstattungen eine Aufrechnung mit entsprechender Ausgleichszahlung vorgenommen wird.

671.07 – Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen etc. –

Veranschlagt sind Mittel für Umweltuntersuchungen, die das Institut für Hygiene und Umwelt im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchführt. Der Leistungsumfang wird jährlich in einer Leistungsvereinbarung festgelegt. In 2007 und 2008 werden insbesondere chemische und chemisch-physikalische Untersuchungen an Gewässern zur Überwachung nach EG-WRRL durchgeführt.

Im Rahmen des Bodenschutzes, der Altlastensanierung und des Flächenrecycling werden Untersuchungen von Böden und Abfällen wahrgenommen.

Investitionen

Durch die Auflösung des Kapitels 6420 im Zusammenhang mit der Gründung des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) sind die Investitionstitel 741.01, 741.02, 746.01, 821.01, 821.02, 893.01 und 971.20 im Kapitel 6700 veranschlagt worden.

Im Einzelnen ergibt sich für die im Kapitel 6700 veranschlagten Titel folgende Honorarverteilung:

Titel	Bezeichnung	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	Honorar LSBG Tsd. EUR
741.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	7.530	438	7.392	331
741.02	Grundinstandsetzung Fuhrsbütteler Schleuse	-	-	2.108	108
746.01	Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung	34.232	1.982	33.491	1.991

Das Investitionsvolumen für den Bereich „Umweltschutz“ entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gewässerschutz und Bodenschutz/Altlasten/ Altlastensanierung.

Nachstehende Investitionstitel werden gesondert erläutert:

741.01 – Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen –

Veranschlagt sind Mittel für die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gewässer und deren Nebenanlagen (Staubauwerke, Schleusen, Schöpfwerke, Niederschlagswasserbehandlungsanlage, Ufermauern etc.), Dazu zählen die Beseitigung von Ablagerungen in den Abflussquerschnitten, die Erneuerung von Durchlässen, Brücken, Auslaufbauwerken, der Ausbau von Gewässern aus hydraulischen Gründen und die Grundinstandsetzungen von Uferbefestigungen und sonstigen Bauwerken einschl. Ingenieurleistungen und sächlicher Bauaufsichtskosten.

Der Ansatz gliedert sich wie folgt:

Aufgabenbereiche	Ansatz 2007 Tsd. EUR	Ansatz 2008 Tsd. EUR	VE 2007/8 Tsd. EUR
1. Ingenieurleistungen	1.300	1.300	1.000
2. Einzelmaßnahmen	4.322	4.291	5.200
3. Kleine wasserbauliche Maßnahmen	470	470	250
4. Kostenanteile an Niederschlagswasserbehandlungsanlagen (Absetzteich Schlankweggraben)	250	250	250
5. Entschlammungsmaßnahmen	750	750	420
6. Honorar LSBG	438	331	
<u>Gesamtausgaben:</u>	7.392	7.530	7.120

Zu 1.:

Veranschlagt sind Mittel für

- die Erarbeitung von Planungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen an Gewässern, Hochwasserrückhaltebecken und Absetzteichen in den verschiedenen Stadtbereichen,
- für die Aufstellung von Beweissicherungen und statischen Berechnungen für die Maßnahmen an Gewässern I. und II. Ordnung,
- für die Kontrolle von Ingenieurbauwerken nach DIN 1076 (Stand sicherheitsprüfungen für Bauwerke),
- für die in zunehmendem Maße erforderliche Bestimmung von Schadstoffen im Schlamm der Gewässer,
- für Landschaftsbegleitpläne, Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, Gewässerpflegepläne, Gewässerentwicklungs- und Regionalpläne und
- für die Erarbeitung von Arbeitsrichtlinien, fachspezifischen Datensystemen einschließlich der Erhebung und Aufbereitung der Daten.

Leistungen, die der LSBG im Rahmen der durch Kontrakte übertragenen Aufgaben erbringt, werden als Honorar abgerechnet. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für die Bauaufsicht und sächliche Bauaufsichtskosten.

Zu 2.:

Vorgesehen sind z. B. die Ufermauersanierungen im Bereich der „Senatsgewässer“ (Außenalster, Binnenalster, Kleine Alster, Alsterfleet, Neuerwallfleet, Bleichenfleet, Herrengrabenfleet und Nikolaifleet), der Bau des Rückhaltebeckens Meilskampsiedlung und die Renaturierung der Wedeler Au, die Erneuerung und der Rückbau von Staubauwerken in Bergedorf sowie die Modernisierung der Schleusen.

Zu 3.:

Veranschlagt sind Mittel für den Ausbau von Gewässern zur Verhinderung von Überschwemmungen. Insbesondere werden Durchlässe neu hergestellt und abflussbehindernde Engstellen beseitigt.

Zu 4.:

Es besteht aufgrund des Kooperationsvertrages der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Hamburger Stadtentwässerung eine Verpflichtung der FHH, sich mit einem Kostenanteil von 82% am Bau von Niederschlagswasserbehandlungsanlagen zu beteiligen. Der Kostenanteil der Stadtentwässerung wird über den Titel 341.04 dem Ausgabetitel zugeführt. In den Veranschlagungsjahren 2007 und 2008 werden die Absetzteiche Schlankweggraben und Mittlere Bille fortgesetzt bzw. begonnen.

Zu 5.:

Zur Sicherstellung der Schiffbarkeit der Gewässer und zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Rückhaltebecken als Retentionsraum werden z.B. ein Teilbereich der Gose Elbe, das Rückhaltebecken Grützmuldenweg, das Rückhaltebecken Moorgrund sowie das Rückhaltebecken Burgwedelau entschlammt.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Verschiebungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unabsehbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare dringendere oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

Grunderwerb (Titel 821.02)

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sind für 2007 und 2008 veranschlagt

153.000 EUR

Einnahmen (Titel 341.04)

Bei diesem Titel werden Kostenbeiträge Dritter für die Umgestaltung und den Neubau von Hamburger Gewässern vereinnahmt, die dem Ausgabetitel 741.01 zur Deckung von Mehrausgaben zugeführt werden.

741.02 – Grundinstandsetzung Fuhlsbütteler Schleuse –

Das 1914 errichtete Bauwerk Fuhlsbütteler Schleuse hat, wie Untersuchungsergebnisse ergeben, das Ende seiner Nutzungsdauer erreicht.

Die Standsicherheit der Gesamtkonstruktion sowie deren Dauerhaftigkeit sind wegen der fehlenden Stahlbewehrung und vorliegender Rissbildung im Massivkörper nicht mehr gegeben. Außerdem sind Verformungen des Bauwerks aufgrund des Wasserdrucks festzustellen.

Nach den Ergebnissen der durchgeführten Bauwerksuntersuchungen und der Entwicklung des Bauwerkszustandes ist eine Erneuerung aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar.

Voraussichtlich fallen Gesamtkosten (einschl. Ingenieurleistungen) an in einer Höhe von: 14.000.000 EUR

Ansatz 2008

2.108.000 EUR

davon Honorar LSBG

108.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008

zu Lasten der Folgejahre veranschlagt

12.000.000 EUR

742.02 – Kosten für Gewässermessstellen einschließlich wissenschaftlicher Begleituntersuchungen sowie Ingenieurleistungen –

Veranschlagt sind Mittel zur Aufgabenerledigung im Bereich des Gewässerschutzes für

- Neu- und Rückbau von Oberflächengewässer- und Grundwassermessstellen,
- Ergänzung der Messnetze mit digitaler Messtechnik einschließlich Datenfernübertragung,
- wissenschaftliche Begleituntersuchungen u.a. zur Maßnahmenplanung nach EG-WRRL,
- Ingenieurleistungen insbes. für das Datenmanagement und die Bewertung von Gewässerdaten.

Die bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchzuführende allgemeine Überwachung der Oberflächengewässer und des Grundwassers begründet sich auf § 64 Abs. 1 Hamburgisches Wassergesetz (HwAG). Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe werden Messnetze betrieben, die je nach Notwendigkeit der wasserwirtschaftlichen und gewässerkundlichen Fragestellung im Rahmen der vorzunehmenden Messnetzoptimierung neu- oder rückgebaut bzw. umgesetzt werden müssen. Daneben sind die Messstellen mit der neuesten Technik auszurüsten bzw. zu ergänzen, um effektiv und aktuell aussagefähig zu sein.

Für die Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplanung nach EG-WRRL ist die Wirksamkeit von baulichen Maßnahmen (z.B. Fischpässen, Rückbau von Sohlswellen etc.) zu ermitteln. An ausgewiesenen Badegewässern sind die lokalen anthropogenen, hydrologischen und hygienischen Einflussfaktoren zu überprüfen, um Badeverbote möglichst zu vermeiden.

Ingenieurleistungen sind zur Sicherstellung und Verbesserung des Datenflusses hydrologischer und hydrochemischer Messwerte und Stammdaten sowie zur Messnetzoptimierung erforderlich, da diese Aufgaben nicht vollständig mit eigenem Personal bewältigt werden können. Darüber hinaus ist auch die Finanzierung von Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit, Kartenmaterial, elektronische Arbeitsmittel zur effektiven Detailbearbeitung aus diesen Mitteln möglich.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

480.000 EUR

Zur Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 6900.099.02) verwendet.

746.01 – Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung –

Bei diesem Titel sind die Mittel für alle Maßnahmen zur Verbesserung der vorhandenen öffentlichen Hochwasserschutzlinie einschließlich der zugehörigen Binnenentwässerung veranschlagt. Dazu gehören in erster Linie die Erhöhung und Verstärkung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen im Rahmen des „Bauprogramms Hochwasserschutz“. Dieses Bauprogramm sieht eine Erhöhung der Hochwasserschutzanlagen nach Dringlichkeitsstufen vor. Die Erhöhung der Erddeiche wurde inzwischen bis auf Restarbeiten abgeschlossen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt nunmehr bei der Verstärkung der Hochwasserschutzwände und Bauwerke. Außerdem werden bei diesem Titel (Ifd. Nr. 2 u. 3) die kleineren Maßnahmen zur Verbesserung und Grundinstandsetzung in verschiedenen Abschnitten der vorhandenen Hochwasserschutzlinie, die Kosten für Gebäudeabbrüche sowie die Vergütungen für Vertragsingenieure veranschlagt.

Im Jahr 2007 und 2008 werden vor allem folgende Maßnahmen realisiert:

Im Bereich der Innenstadt wird der Neubau der Hochwasserschutzwand Stadtdeich/Deichtor abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wird die Verstärkung der Hochwasserschutzanlage St. Pauli Fischmarkt. Mit der Anpassung des Hochwasserschutzes am Landungsbrückengebäude wird begonnen. Im Bereich Billhafen erfolgt der Neubau der Hochwasserschutzwand zwischen dem Großmarkt und der Billhorner Brückenstraße. Am Zollkanal werden die Tore zur Innenstadt neu gebaut.

Im Osten von Veddel wird die Hochwasserschutzanlage Neuhäuser Damm angepasst.

In Wilhelmsburg wird als letzte Baumaßnahme am Ringdeich die Ernst-August-Schleuse neu gebaut.

Am südlichen Elbufer werden letzte Teilabschnitte des Bostelbeker Hauptdeiches und des Lauenbrucher Hauptdeiches neu gebaut. Die Harburger Hafenschleuse und das Deichsiel Harburg werden an die neuen Bemessungsansätze angepasst.

In den Vier- und Marschlanden werden letzte Anpassungsarbeiten im Bereich der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein durchgeführt. Die Arbeiten an der Tatenberger Schleuse und am Deichsiel Tatenberg werden abgeschlossen.

Zur Realisierung der Maßnahmen des Hochwasserschutzes sind veranschlagt (in Tsd. EUR):

In 2007:	KM	VE
1. Bauprogramm Hochwasserschutz		
Hochwasserschutzanlagen in den Vier- und Marschlanden	2.500	1.000
Hochwasserschutzanlagen in der Innenstadt	10.000	32.000
Hochwasserschutzwände in Wilhelmsburg und Veddel	9.000	2.000
Hochwasserschutzanlagen am südlichen Elbufer	5.500	3.200
2. Kleinere Verbesserungen und Grundinstandsetzungen in verschiedenen Abschnitten der Hochwasserschutzlinie, Gebäudeabbrüche	1.500	1.000
3. Vergütungen für Vertragsingenieure usw.	3.750	800
Summe:	32.250	40.000
Honorar LSBG	1.982	
Ansatz 2007 gesamt:	34.232	
In 2008:	KM	VE
4. Bauprogramm Hochwasserschutz		
Deiche in den Vier- und Marschlanden	1.000	1.000
Hochwasserschutzanlagen in der Innenstadt	20.200	32.500
Hochwasserschutzwände in Wilhelmsburg und Veddel	3.000	3.000
Hochwasserschutzanlagen am südlichen Elbufer	3.000	2.000
5. Kleinere Verbesserungen und Grundinstandsetzungen in verschiedenen Abschnitten der Hochwasserschutzlinie, Gebäudeabbrüche	1.500	1.000
6. Vergütungen für Vertragsingenieure usw.	2.800	500
Summe:	31.500	40.000
Honorar LSBG	1.991	
Ansatz 2008 gesamt:	33.491	

Aus den Mitteln dieses Titels werden auch Vergütungen an Gutachter-, Vertragsingenieure und Architekten, Maßnahmen der Bauvorbereitung, sonstige Baunebenkosten (Aufwendungen für Broschüren, Faltblätter, Vielfältigungen, Informationsveranstaltungen, Lichtpausen und Ähnliches), sächliche Bauaufsichtskosten, Kredithilfen, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen geleistet. Außerdem dürfen Zuschüsse an Dritte gezahlt werden.

Leistungen, die der LSBG im Rahmen der durch Kontrakte übertragenen Aufgaben erbringt, werden als Honorar abgerechnet. Darin enthalten sind auch Aufwendungen für die Bauaufsicht und sächliche Bauaufsichtskosten.

Im Laufe des Haushaltsjahres können sich Änderungen ergeben, wenn es notwendig werden sollte, unabwendbare Planungsänderungen bei veranschlagten Maßnahmen vorzunehmen sowie nicht voraussehbare dringende oder zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der bereitstehenden Haushaltsmittel durchzuführen.

Grunderwerb (Titel 821.01)

Als Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit der Verbesserung des Hochwasserschutzes einschließlich der Binnenentwässerung sind veranschlagt:

Ansatz 2007	1.250.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2008	1.000.000 EUR
Ansatz 2008	1.000.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2009	1.000.000 EUR

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen u. a. gezahlt werden:

- Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Aufbaumaßnahmen,
- Entschädigungen nach dem Deichordnungsgesetz,
- Abbruchkosten und Grunderwerbskosten im Zusammenhang mit im Deichgrund oder Sicherheitsbereich des Hauptdeiches stehenden Gebäuden.

Einnahmen (Titel 331.01)

Nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 21.07.1988 (BGBl. I, S. 1055) beteiligt sich der Bund im Rahmen der verfügbaren Mittel im Bundeshaushalt an den Aufwendungen des Hochwasserschutzes mit bis zu 70 v. H. der förderungsfähigen Kosten bei Küstenschutzmaßnahmen und 60 v. H. bei wasserwirtschaftlichen und kulturbautechnischen Maßnahmen.

Für 2007 und 2008 sind Einnahmen in Höhe von 18.600 Tsd. EUR veranschlagt. Sollte der Bund dieser Einnahmeerwartung nicht entsprechen können, besteht gemäß Artikel 2 Nr. 3 des Haushaltsbeschlusses 2007/2008 die Möglichkeit der Kompensation durch Darlehensaufnahme.

787.01 – Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen –

Veranschlagt sind in Bezug auf altlastverdächtige Flächen insbesondere Mittel für

1. das Aufspüren, allgemeine Untersuchen sowie Beobachten dieser Flächen einschließlich der Auswertung und Bewertung der Ergebnisse. Die Maßnahmen werden aufgrund der Regelungen des Bundesbodenschutzgesetzes, des Wasserrechts und anderer einschlägiger Rechtsgrundlagen und daneben auch aus wirtschaftspolitischen Interessen (z.B. zügige Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/ Gewerbebereich – insbes. im Hafengebiet) durchgeführt.
Mittel für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen werden hier bereitgestellt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die dem Aufspüren von Verunreinigungen und dem Untersuchen von Verdachtsflächen dienen, aus diesen Mitteln möglich. Dazu gehören auch elektronische Arbeitsmittel zur effektiveren Detailbearbeitung.
2. die objektbezogenen Untersuchungen zur Erkennung und Abschätzung des Gefährdungspotentials bei Untergrundverunreinigungen, die Beobachtung, die ggf. notwendigen Sicherungs- und Vorwegmaßnahmen zur Abwendung einer akuten Gefahrensituation sowie die Nachsorge nach abgeschlossener Sanierung. Darunter fallen z.B. auch Aufwendungen für das Ableiten, Abtransportieren sowie ggf. das Aufbereiten und begleitende Untersuchen von verunreinigtem Wasser, die sich über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) erstrecken können.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

3.000.000 EUR

Aus diesem Titel werden auch die nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazität einzusetzenden privaten Sachverständigen und Ingenieurbüros sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit bezahlt.

787.02 – Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe –

Veranschlagt sind Mittel für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Bergungsarbeiten, die im Rahmen der Flächensanierung zu Lande oder in Wasserflächen anfallen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Ortungen, Bodenanalysen, Grabungs- und Bergungsarbeiten sowohl in der Voruntersuchungs- als auch in der Durchführungsphase bei der Altlastensanierung. Aus diesen Mitteln werden auch Kosten für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe gedeckt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die unmittelbar der Flächensanierung dienen, möglich.

Durch die am 01.01.2006 in Kraft getretene „Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel und die Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Sprengstoffwesens und bei der Beseitigung von Kampfmitteln“ ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) verpflichtet, bisher durch den Kampfmittelräumdienst erbrachte Leistungen teilweise selbst vorzunehmen.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen ist ein Anteil des Ansatzes für die BSU vorgesehen, aus dem auch Mittel für im Einzelfall zu beauftragende Firmen und Sachverständige sowie interne Erstattungen gemäß § 61 LHO an den Kampfmittelräumdienst der Behörde für Inneres getragen werden.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

1.700.000 EUR

Allgemeines zu den Titeln 6700.787.06 bis 787.90

Bei der Altlastensanierung wird zwischen Dekontaminations- und Sicherungsmaßnahmen unterschieden: Zu den Dekontaminationen, bei denen das Schadstoffinventar der Altlast entfernt wird, gehören im Wesentlichen die Entnahme und Behandlung (biologisch, chemisch, physikalisch) von kontaminierten Medien (Boden, Wasser, Luft, Gas) einschließlich Transport. Auch das Verbringen kontaminierten Materials auf Deponien und die Ableitung von verunreinigtem Wasser gehören dazu. Die Sicherung einer Altlast, bei der die Austrittspfade der Schadstoffe unterbrochen werden, erfolgt insbesondere durch Einkapselungen. Davon betroffen sind öffentliche Flächen oder Flächen in Ersatzvornahme, die mit Schadstoffen verunreinigt sind und/oder auf denen in der Vergangenheit gefährliche Chemikalien bearbeitet, gehandelt, gelagert oder abgelagert wurden. Maßnahmen des Flächenrecyclings werden auf der Grundlage einschlägiger Rechtsvorschriften und aus wirtschaftspolitischen Interessen (z.B. zügige Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/Gewerbebereich – insbes. im Hafengebiet) durchgeführt.

Sanierungsmaßnahmen erstrecken sich erfahrungsgemäß über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) und beinhalten in der Regel begleitende Untersuchungen der entnommenen und behandelten Stoffe. Aus diesen Titeln können nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazitäten einzusetzende Labore sowie private Sachverständige, Architekten, Ingenieurbüros etc. sowie sonstige Baunebenkosten bezahlt werden. Darüber hinaus können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und die Beratung und Betreuung Sanierungsbetroffener, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die zur Unterstützung einer speziellen Sanierungsvorbereitung bzw. Sanierung für einen konkreten Einzelfall erforderlich sind, ist aus diesen Mitteln möglich. Gleiches gilt für erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen, die in direktem Zusammenhang mit der Sanierung bzw. dem laufenden Betrieb der Sanierungsanlagen stehen. Außerdem können die Anteile an Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die vom Bund oder sonstigen Dritten teilfinanziert werden.

787.06 – Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen –

Veranschlagt sind Mittel zur Vorbereitung der Sanierung von Flächen, auf denen die FHH sanierungspflichtig ist bzw. in Ersatzvornahme tätig wird.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

900.000 EUR

787.07 – Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen –

Veranschlagt sind Mittel zur Durchführung von Sanierungen, soweit die Gesamtkosten voraussichtlich 5.113 Tsd. EUR im Einzelfall nicht überschreiten.

Durch Umschichtung für die Sanierungsmaßnahme Am Radeland (vgl. 6700.787.72) verringert sich das Volumen im Vergleich zum Jahr 2006. In 2008 können im Rahmen der vorgegebenen Investitionsobergrenze für den Altlastensanierungsbereich wieder vermehrt Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt

6.000.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt

7.000.000 EUR

787.08 – Mobilisierung von Flächen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms Hamburg 2010 (SIP) –

Um zusätzliche Wohnungsbau- und Gewerbeflächen für die „Wachsende Stadt“ bereitstellen zu können, werden verunreinigte Flächen, von denen gegenwärtig keine Gefahren ausgehen, untersucht, saniert und Investoren für eine zügige Realisierung von Bauprojekten angeboten. Befinden sich die Flächen nicht im Eigentum der FHH, ist grundsätzlich auch eine anteilige Unterstützung privater Maßnahmen des Flächenrecyclings im Rahmen von Public Private Partnership (PPP) möglich, z.B. bei Konversionsflächen. Gemäß Drs.18/3628 vom 31.01.2006 sind 4 Flächen für die Mobilisierung mit diesen Mitteln in der engeren Wahl.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils
zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

3.000.000 EUR

787.72 – Sanierung Am Radeland –

Das im Hafengebiet von Harburg liegende Grundstück wurde bis 1930/35 von einem Gaswerk und in den Folgejahren bis 2002 gewerblich genutzt. Aus der kontaminierten Auffüllung sind teilweise Schadstoffaustritte in den ersten Grundwasserleiter zu verzeichnen. Da die Gefährdung von Förderbrunnen zur Trinkwassergewinnung langfristig nicht auszuschließen ist, sind eine Dekontamination durch Bodenaustausch und die Sicherung von hoch belasteten Bereichen durch eine Dichtwand vorgesehen. Mit der Sanierung wurde in 2006 begonnen (vgl.

Drs.18/4217 vom 02.05.2006). Das Grundstück soll nach der in 2008 abgeschlossenen Sanierung wieder einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Die Finanzierung dieser Einzelmaßnahme mit voraussichtlichen Gesamtbaukosten von 9.500 Tsd. EUR erfolgt durch Umschichtung vom Titel 6700.787.07. Bereits in 2006 werden Mittel in Höhe von 2.500 Tsd. EUR bereitgestellt. Weitere Umschichtungen werden in 2007 (6.000 Tsd. EUR) und 2008 (1.000 Tsd. EUR) vorgenommen.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt 1.000.000 EUR.

- 787.90 – Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken –

Nach Abschluss von Sicherungs- und Dekontaminationsbaumaßnahmen ist der fortlaufende Sanierungserfolg zu gewährleisten. Gesicherte Altlasten sind hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Sicherungselemente und der Wirkung auf die Umwelt fortlaufend zu überwachen (Eigenkontrolle). Sanierungsbetriebsanlagen sind bis zum Erreichen des Sanierungszieles zu betreiben und ggf. zu optimieren; der Sanierungserfolg muss überwacht werden. Die Schwerpunkte der Veranschlagung liegen bei den Aufwendungen für die Betriebsführung der Sanierungsanlagen, der Eigenkontrolle sowie bei der kontinuierlichen Instandsetzung, Funktionskontrolle und Überwachung gesicherter Altlasten.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt 2.400.000 EUR.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt 2.500.000 EUR.

- 811.01 – Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen –

Veranschlagt im Wesentlichen für Beschaffungen des Geologischen Landesamtes. Für Beschaffungen, die der LSBG im Rahmen der durch Kontrakt übertragenen Aufgaben tätigen muss, sind entsprechende Zuweisungen möglich.

- 891.02 – Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil) –

Nach § 13 (3) des Gesetzes über die Stadtentwässerung vom 20.12.1994 (SEG) sind der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung diejenigen Kosten durch die FHH zu erstatten, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Hierzu gehören u.a. die anteiligen Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil). Abgerechnet werden grundsätzlich jeweils die Maßnahmen des Vorjahres.

Den Ausgaben stehen im Wesentlichen Einnahmen gegenüber, die im Zusammenhang mit den Wegebaubeiträgen nach dem Hamburgischen Wegegesetz erhoben werden (Titel 6300.341.31) und deshalb als zuwachsende Einnahmen dem Ausgabetitel zufließen.

- 891.03 – Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen –

Berücksichtigt sind die im investiven Bereich anfallenden Aufwendungen für die Erneuerung (im Zuge von Sielerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzung von durch Alterungsprozesse schadhaften Trümmen und -anschlussleitungen. Seit 1999 werden daher defekte Systeme, insbesondere im Zusammenhang mit Sielerneuerungsmaßnahmen, verstärkt saniert bzw. erneuert.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 2.000.000 EUR.

- 891.04 – Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt –

Veranschlagt sind Mittel für notwendige Ersatz- und Neubeschaffungen von Fahrzeugen, Labor- und messtechnischen Geräten sowie Ausstattungsgegenständen für Wasser-, Boden-, Luftuntersuchungen, die das Institut für Hygiene und Umwelt benötigt, um die Aufträge der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchführen zu können (vgl. 6700.671.07).

6800 Natur- und Ressourcenschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Dieser Produktbereich umfasst die Produktgruppen Nachhaltigkeit, Energie und Naturschutz. Im Wesentlichen prägen diesen Bereich

- die Förderung der nachhaltigen Entwicklung Hamburgs und des integrierten Umweltschutzes mit Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Umwelt und Stadtentwicklung sowie ressortübergreifende Kooperationen
- die Förderung der Umweltbildung und der Bildung für Nachhaltigkeit in Hamburg als Beitrag Hamburgs zur UN-Dekade "Bildung für Nachhaltigkeit" von 2005-2014
- die Bearbeitung energiepolitischer Grundsatzfragen,
- die Einführung und Überwachung Wasser sparender Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung,
- die Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt,
- die Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie des Nationalparks Hamburgisches Wattenmeer auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben,
- der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume sowie
- die Bewahrung der Werte und Funktionen des Naturhaushalts bei Eingriffen.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 6 und Produktinformation – Ziele des Produktbereichs 07.

2. Zuwendungen

Aufgabenbereich Nachhaltigkeit (Titel 684.02 und 684.40)

Zuwendungen werden bei den Titeln 684.02 „Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg“ und 684.40 „Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe“ gewährt (vgl. ggf. auch die jeweiligen Titelerläuterungen).

Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg (Titel 684.02)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, über die Geschäftsführung des Vereins „Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V.“ den Zukunftsrat bei der Verfolgung seiner Ziele zu unterstützen, also der Unterstützung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung der Stadt.

vorgesehene Laufzeit des Programms:

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 1998 eingerichtet. Ein Abschluss ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Der Zukunftsrat hat sich zu einem wichtigen Akteur und Forum für die Gestaltung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung Hamburgs im Sinne der Agenda 21 entwickelt. Erfolgskontrollen werden auf Grund der engen Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten/Maßnahmen/Veranstaltungen und des Verwendungsnachweises durchgeführt.

Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe (Titel 684.40)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist der Betrieb des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe als Bildungsstätte mit dem Schwerpunkt Natur- und Umweltbildung, wobei die Bildungsangebote mit dem Ziel der Förderung eines Bewusstseins für eine nachhaltige Entwicklung in breiten Bevölkerungskreisen weiter entwickelt werden sollen.

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2001 eingerichtet. Das Umweltzentrum wurde am 01.01.2001 an den BUND Hamburg als neuen Träger übergeben. Der Kooperationsvertrag mit dem BUND läuft zum 31.12.2006 aus, weil das Zentrum konzeptionell weiterentwickelt und modernisiert wird. Deshalb läuft ab Sommer 2006 ein Verfahren zur Auswahl eines strategischen Partners, der die Modernisierung aktiv mitgestaltet und gleichzeitig einen umweltpädagogischen Betrieb während der Modernisierungsarbeiten vor Ort gewährleisten kann. Ab 01.01.2007 müssen die Mittel für den strategischen Partner zur Verfügung stehen.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie auf der Grundlage des vom BUND zu erstellenden Jahresberichts über das Umweltzentrum durchgeführt. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Erbringung der im Kooperationsvertrag genannten Leistungen gelegt werden wie Veranstaltungen mit Vorschulgruppen, Veranstaltungen mit Schulklassen allgemein bildender Schulen, familienorientierte Veranstaltungen (z.B. Kindergeburtstage), Ferienprogramme mit mehrstündigem Angebot für Kinder, Kurse und Veranstaltungen für Erwachsene und Multiplikatoren sowie Abenteuercamps.

Aufgabenbereich Energie (Titel 892.10)

Zuwendungen werden im Rahmen der im Folgenden dargestellten Förderprogramme des Titels 892.10 „Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien“ gewährt (vgl. auch die Titelerläuterungen):

Maßnahmen zum Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung „Unternehmen für Ressourcenschutz“ (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Gefördert werden Investitionen, die zu einem effizienteren Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen führen.

Die Investitionsförderung erfolgt im Rahmen von Pilot- und Demonstrationsprojekten mit besonderer Multiplikatorwirkung, branchenspezifischen Förderansätzen und mit Standardprogrammen, die auf bestimmte Techniken (z. B. Beleuchtungsanlagen, Druckluftanlagen) ausgerichtet sind. Im Zusammenhang mit Investitionen in Ressourcenschutzmaßnahmen wird auch die Einführung von Umweltmanagementsystemen (ÖKOPROFIT) gefördert.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Eine zeitliche Befristung ist nicht vorgesehen. Die Förderrichtlinien des Hamburger Förderprogramms für Umwelttechnologien (Amtlicher Anzeiger vom 24.09.1997) gelten in diesem Rahmen fort.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen erfolgen projektbegleitend und durch eine Endprüfung der umgesetzten Maßnahmen vor Ort. Von den Projektträgern werden grundsätzlich Erfahrungsberichte über einen einjährigen Betriebszeitraum verlangt. Jährlich erfolgt eine DV-unterstützte Gesamtauswertung der umgesetzten Maßnahmen mit dem Ziel, den Einsatz der Fördermittel zu optimieren.

Wärmeschutzmaßnahmen im Gebäudebestand (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Jährlich sollen etwa 250.000 qm Gebäudenutzfläche energetisch modernisiert werden. Damit sollen gleichzeitig positive Beschäftigungseffekte im Handwerk erzielt werden.

Aufgabenverteilung:

Die Abwicklung erfolgt durch das ZEWU (Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik) der Handwerkskammer. Gefördert werden Maßnahmen an privat und gewerblich genutzten Gebäuden.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Programm läuft seit Ende 1996. Eine zeitliche Befristung ist nicht vorgesehen.

Erfolgskontrollen:

Den Zuwendungsempfängern wird auferlegt, die zukünftigen Energieverbräuche für drei Jahre zu melden.

Förderung der thermischen Solarenergienutzung (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Ziel ist die breite Markteinführung von Solarkollektoren für Warmwasser und Heizung. Damit werden zugleich zukunftsfähige Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen.

Aufgabenverteilung:

Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch die Hamburger Innung Sanitär - Heizung - Klempner.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Programm läuft seit dem 01.07.1999. Die Förderung ist noch einige Jahre notwendig, um die positive Marktentwicklung zu stabilisieren.

Erfolgskontrollen:

Der Erfolg des Förderprogramms ist primär durch die Zahl der installierten Anlagen bzw. die installierte Kollektorfläche zu quantifizieren. Der für die Förderung notwendige Qualifizierungsnachweis des Installationsbetriebs sowie regelmäßige Prüfungen bei installierten Anlagen sichern die Qualität der Anlagen.

Förderung der energetischen Biomassenutzung (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Das Klimaschutzprogramm Bioenergie soll einerseits finanzielle Anreize zur Investition geben und andererseits hohe Qualitätsstandards bezüglich der Emissionswerte im Markt etablieren.

Aufgabenverteilung:

Holzpellets-Heizanlagen bis 100 kW Leistung werden über die Innung Sanitär - Heizung - Klempner gefördert. Die Förderung größerer Anlagen oder Anlagen mit anderen biogenen Brennstoffen werden über die BSU abgewickelt.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Förderkonzept wurde 2006 begonnen. Es ist eine Laufzeit von 5 – 7 Jahren vorgesehen.

Erfolgskontrollen:

Die Erfolgskontrolle erfolgt über die Anzahl der installierten Anlagen und deren Leistung. Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie z.B. Emissionsmessungen sind vorgesehen.

Förderung der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Im Rahmen des Kompetenzclusters „Erneuerbare Energien und Brennstoffzellentechnologien“ sollen die wirtschaftlichen Aktivitäten am Standort Hamburg durch konkrete Projekte gezielt gefördert werden.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Die Förderung erfolgt für konkrete Einzelprojekte. Aufgrund der noch sehr frühen Phase der Markteinführung ist das Ende der Programmlaufzeit nicht terminiert.

Erfolgskontrollen:

Die Erfolgskontrolle erfolgt nach Abschluss der konkreten Einzelvorhaben.

Aufgabenbereich Naturschutz (Titel 684.08)

Die Zuwendungen, die durch das Naturschutzamt bewilligt werden (Titel 684.08), dienen überwiegend der institutionellen Förderung der Naturschutzverbände. Von den Verbänden wird zum einen durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz entwickelt, zum anderen durch die Mitglieder der Verbände auch praktische Arbeit in den Naturschutzgebieten geleistet.

Die Betreuung von Naturschutzgebieten durch Verbände ermöglicht eine verminderte Vergabe von Arbeiten an Firmen und entlastet somit den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg. Die durchgeführten Arbeiten werden vor Ort durch Mitarbeiter des Naturschutzamtes begutachtet und beurteilt. Die Ergebnisse werden mit den Verbänden erörtert und fließen in die Planung weiterer Maßnahmen ein.

Die Zuwendungen decken nur einen Teil des Aufwands der Verbände; sie sind Grundlage für eine kontinuierliche Finanzplanung sowie Ansporn für die ehrenamtliche Arbeit. Der größte Teil der Ausgaben für die Verbandsarbeit wird jedoch durch Mitgliedsbeiträge und aus Spenden Dritter an die Verbände finanziert.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Vgl. auch die Produktinformationen für den Produktbereich 07 „Natur- und Ressourcenschutz“.

131.02 – Erlöse aus der Veräußerung von ehemaligen Naturschutzflächen –

Im Falle der Veräußerung von ehemaligen Naturschutzflächen fließen 50 % des Erlöses in den Titel 6800.821.03 für den Erwerb von Grundstücken für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

281.05 – Erstattung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg –

In diesem Titel werden die Erstattungen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bundesamt für den Zivildienst sowie aus den Einsatzstellen außerhalb der BSU verbucht. Diese Einnahmen dienen dazu, die Kosten der pädagogischen Begleitung durch die BSU, sowie die Kosten der nicht in der BSU tätigen FÖJ-Teilnehmer/innen zu decken.

282.03 – Spenden für den Naturschutz –

In diesem Titel werden zweckgebundenen Einnahmen zu Gunsten des Naturschutzes gebucht.

341.04 – Einnahmen für Planung und Ausbau des Hamburger Umweltzentrums zum ErlebnisPark Gut Karlshöhe „Natur und Energie in der Stadt“ –

Das Hamburger Umweltzentrum soll grundlegend modernisiert und zum ErlebnisPark Gut Karlshöhe „Natur und Energie in der Stadt“ ausgebaut werden. Dazu ist geplant, Einnahmen aus Drittmitteln in Höhe von 2.500.000 EUR einzuwerben, insbesondere von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und an deren Sponsoren.

Vgl. auch die Produktinformationen für den Produktbereich 07 „Natur- und Ressourcenschutz“.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 6

Sach- und Fachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

519.01 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Veranschlagt sind u.a. Mittel für Einzelmaßnahmen im Gutshaus des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe/Wandsbek (Energieoptimierung und Renovierung des Seminarraumes) in Höhe von 10 Tsd. EUR sowie in Höhe von 25 Tsd. EUR für das Gebäude des Zentrums für Energie Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU, Sicherung der Dach- und Fachfestigkeit nach den Bauunterhaltungssätzen der Sprinkenhof AG).

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

35.000 EUR

521.83 – Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –

Für Rahmen- und Zweckzuweisungen für Schutz-, Pflege und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz wurden bisher 69 Tsd. EUR veranschlagt, die jetzt in diesen Titel einfließen.

Nach der Bezirksverwaltungsreform ist die Zuständigkeit für Maßnahmen in Naturschutzgebieten auf der Grundlage abgestimmter Pflege- und Entwicklungspläne auf die Bezirksämter übertragen worden. Flächenmäßig umfasst dieses 909 ha der 5.490 ha Gesamtnaturschutzgebietsfläche.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

69.000 EUR

526.10 – FFH-Monitoring in Hamburger Naturschutzgebieten –

Aus den beiden EU-Richtlinien zum Naturschutz (FFH-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie) folgt die Verpflichtung, den Zustand europaweit seltener und gefährdeter Lebensräume und Arten regelmäßig zu überwachen und hierüber der EU-Kommission alle 6 Jahre einen Bericht vorzulegen. Aufgrund der Hamburger Meldung von 23 Schutzgebieten nach diesen Richtlinien (Natura 2000-Gebiete) besteht für Hamburg die Notwendigkeit, ein entsprechendes Monitoring-Programm einzurichten. Neben der Ermittlung der Erhaltungszustände der Arten und Lebensräume leistet das Monitoring folgende weitere Aufgaben: Datengrundlage für Managementpläne, Pflegemaßnahmen und FFH-Verträglichkeitsprüfungen sowie Fortschreibung der Datenblätter zu den jeweiligen Natura 2000-Gebieten. Mit der Aufnahme des Monitorings muss 2007 begonnen werden.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

44.000 EUR

526.50 – Gutachten und Untersuchungen –

Die bisher im Kapitel 6000 zentral veranschlagten Ausgaben werden ab 2007 im jeweiligen Kapitel der Ämter veranschlagt. Die Mittel sind für Vitalitätsuntersuchungen des Baumbestandes sowie das Arten- und Biotopkataster vorgesehen.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

57.000 EUR

535.02 – Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen auf Grund von Festsetzungen in Bauleitplänen – (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 742.02 und 821.02)

Nach dem Baugesetzbuch sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung werden in Hamburg regelmäßig entsprechende Bebauungspläne verabschiedet und müssen umgesetzt werden. Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Eine Refinanzierung der entstandenen Kosten durch den Verursacher des Eingriffs endet nach der Verordnung zur Durchführung des Kostenerstattungsgesetzes (KostEG) mit der Entwicklungspflege der Maßnahmen nach zwei bis fünf Jahren. Die sich dann anschließende

Unterhaltung und Pflege für diese Maßnahmen muss, soweit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Da sich die Maßnahmen über einen längeren Zeitraum erstrecken können, dient die Verpflichtungsermächtigung dazu, flexibel auf mögliche Mittelbedarfe reagieren zu können.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 15.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 15.000 EUR

541.01 – Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz –

Hamburg hat z.Zt. 6.020 ha Naturschutzgebiete (Stand 1.1.2006) unterschiedlichster Biotopausstattung, die nach Vorgabe von Pflege- und Entwicklungsplänen spezifisch zu pflegen und zu entwickeln sind. Zur Umsetzung der Vorgaben der Pflege- und Entwicklungspläne und zur Verkehrssicherung auf den Wegen werden Aufträge insbes. an Landschaftspflegebetriebe, Landwirte und Handwerksbetriebe erteilt und Pflegemaßnahmen mit eigenen Mitarbeitern durchgeführt.

Nach § 4 Nationalparkgesetz sind Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Nationalpark durchzuführen. Eine sachgerechte Umweltbeobachtung muss den Zustand und die Entwicklung des Nationalparks dokumentieren und bewerten. Das Nationalpark-Haus auf Neuwerk soll die Besucher des Nationalparks über die Schönheit, Bedeutung und notwendige Erhaltung der Natur informieren. Die Einrichtung bedarf einer stetigen Unterhaltung und Aktualisierung. Darüber hinaus bietet die Nationalparkverwaltung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm einschließlich Exkursionen an zur Förderung des Umweltbewusstseins. Zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung des Nationalparks vor Ort werden Informationsbroschüren konzipiert und herausgegeben sowie Informationstafeln aufgestellt.

Seit 1979 werden für das Hamburger Biotopkataster Biotopkartierungen durchgeführt. Die Kartierung erfolgt flächendeckend für ganz Hamburg. Das Biotopkataster bildet wegen seiner flächenscharfen Abgrenzung und der präzisen Beschreibungen der Wert bestimmenden Merkmale die Grundlage für die Fortschreibung des Landschafts- und Artenschutzprogramms Hamburg. Darüber hinaus ist es die wesentlichste naturschutzfachliche Beurteilungsgrundlage u.a. für die Bauleitplanung, Landschaftsplanung, Planfeststellung, die Anwendung der Eingriffsregelung und die Ausweisung von Schutzgebieten.

Für die Aktualisierung und Erweiterung von Naturschutzinformationen einschließlich der Ausstattung von Naturschutzinformationshäusern sind Mittel für die Beschaffung von Exponaten, Arbeitsmaterialien und Ausstattung erforderlich. Bei Unterschützungsverfahren ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 21 HmbNatSchG sicherzustellen.

Veranschlagt sind weiterhin die Betriebskosten für die Unterhaltung der Dienstgebäude, der Naturschutzinformationshäuser und der Geschäftsbedarf für den Naturschutzbetrieb, Instandsetzung, Unterhaltung und Bewirtschaftung der Betriebsfahrzeuge und der Barkasse "Ness" einschl. Zubehör.

Die Fortbildung ist unverzichtbarer Bestandteil des Konzeptes zur Überwachung und Entwicklung insbesondere der Schutzgebiete. Die Kosten für die Fortbildung sind ebenfalls hier veranschlagt.

Aus diesem Ansatz werden auch ca.10% Zuwendungen geleistet.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 430.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 410.000 EUR

541.02 – Förderung der UmweltPartnerschaft –

Veranschlagt sind Mittel für die Kommunikation der UmweltPartnerschaft in die Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, für Gutachten und Untersuchungen sowie zur Förderung von Projekten durch direkte Aufträge und durch Zuwendungen. Auf Grund der Verpflichtungsermächtigung sind eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung der Umsetzung der Vereinbarung und die Forcierung einzelner Vorhaben möglich.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 100.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 100.000 EUR

- 547.06 – Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg –

Veranschlagt sind Mittel für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Hamburg auf der Grundlage des am 17.07.2002 geänderten Gesetzes zur Förderung des FÖJ. Dabei handelt es sich um eine entgeltliche Tätigkeit. Für Taschengeld, Verpflegungs- und Wohnkostenzuschuss, Sozialversicherung und Seminarkosten entstehen pro Teilnehmerjahr Kosten in Höhe von rund 6.400 EUR pro Jahr. Insgesamt sind 42 Stellen im Durchgang 2005/6 besetzt. Die veranschlagten Mittel stehen für die derzeit 3 Stellen in der BSU und für die z.Zt. 28 Stellen in den Vereinen, die ca. 50% der Kosten selbst finanzieren, zur Verfügung. Weitere 11 Stellen in anderen Einrichtungen werden zu 100% von dort finanziert. Enthalten sind auch Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 96.000 EUR

- 547.10 – Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Naturschutz- und Ressourcenschutz –

Veranschlagt sind Mittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben und die Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten im Amt für Natur- und Ressourcenschutz.

Ansatz 2007 54.000 EUR
Ansatz 2008 57.000 EUR

- 547.40 – Förderung der Umweltbildung –

Die veranschlagten Mittel sind wie bisher vorgesehen für die Finanzierung von Vorhaben zur Umweltbildung.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 12.000 EUR

- 681.02 – Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen – Extensivierungsprogramm) –

Es werden im Rahmen des Programms „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen“ Verträge für die Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Anlage besonders wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und ihrer Randbiotope, für ihre Vernetzung, den Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer sowie den Schutz insbesondere der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten der Kulturlandschaft mit Landwirten geschlossen. Die Verträge werden in der Regel von der EU kofinanziert. Aus naturschutzfachlichen Gründen wird die standortgerechte extensive Nutzung von Feldern, Wiesen und Weiden, die noch der landwirtschaftlichen Produktion dienen, unterstützt. Einzelheiten werden in Bewirtschaftungs- bzw. Pflegeverträgen, die die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt mit den Nutzern der Flächen mit einer Vertragsdauer von in der Regel 5 Jahren schließt bzw. in Vereinbarungen mit Naturschutzverbänden festgelegt. Für Erfolgskontrollen gem. § 44 LHO werden ca. 10 % der Mittel ausgegeben. Die Ergebnisse fließen in die Steuerung und die mögliche Weiterführung der Maßnahmen ein. Die Verpflichtungsermächtigungen werden benötigt, um die Umsetzung von Maßnahmen zu ermöglichen, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 402.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt 402.000 EUR

- 684.02 – Zuschuss an den Zukunftsrat –

(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen an den Zukunftsrat“)

Der Zukunftsrat ist ein Zusammenschluss von über 90 Hamburger Initiativen, Verbänden und Organisationen mit dem Ziel, die zukunftsfähige Entwicklung Hamburgs im Sinne der Kommunalen Agenda 21 zu befördern. Die Aufgaben bestehen u.a. in der Vor- und Nachbereitung der mehrmals im Jahr stattfindenden Ratstreffen, der Kommunikation der Mitglieder (Rundbrief), der Koordination der Aktivitäten des Zukunftsrates mit den Fachbehörden, der Durchführung von Fachveranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit. Zur Unterstützung der Geschäftsführung ist es erforderlich, die „Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V.“ zu fördern. Die Höhe ist in der anteiligen Finanzierung von Personalkosten, Büroausstattungs- und Geschäftsbedarf sowie von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit begründet.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils 26.000 EUR

- 684.05 – Förderung von Prozessen der Kommunalen Agenda 21 –

Der Senat hat mit der Senatsdrucksache Nr. 2005/0499 vom 28.04.2005 einen Hamburger Beitrag zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005 - 2014) im Sinne der Kommunalen Agenda 21 beschlossen und die Initiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ (HLN) gestartet. Zudem haben die Landesregierungen Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern in 2005 ein gemeinsames „Rahmenabkommen über die Norddeutsche Partnerschaft zur Unter-

stützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 - 2014“ unterzeichnet. Geplant sind alle 2 Jahre länderübergreifende Konferenzen, in 2007 wird die Konferenz in Hamburg durchgeführt. Die Mittel werden unter anderem für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen benötigt.

Ansatz 2007	75.000 EUR
Ansatz 2008	55.000 EUR

684.08 – Zuwendungen an Naturschutzverbände –
(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Ansatz 2007 und 2008 jeweils	345.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	235.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	345.000 EUR

684.40 – Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe –
(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2001 eingerichtet. Das Umweltzentrum wurde am 01.01.2001 an den BUND Hamburg als Träger übergeben. Der Kooperationsvertrag mit dem BUND läuft zum 31.12.2006 aus, weil das Zentrum konzeptionell weiterentwickelt und modernisiert wird. Deshalb läuft ab Sommer 2006 ein Verfahren zur Auswahl eines strategischen Partners, der die Modernisierung aktiv mitgestaltet und gleichzeitig einen umweltpädagogischen Betrieb während der Modernisierungsarbeiten vor Ort gewährleisten kann. Ab 01.01.2007 müssen die Mittel für den strategischen Partner zur Verfügung stehen.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils	64.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	64.000 EUR

Investitionen

Für alle Investitionsausgaben gilt, dass sich im Laufe des Haushaltsjahres Änderungen ergeben können, wenn es notwendig wird, unvorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

720.04 – Grundinstandsetzungen an Gebäuden des Naturschutzamtes –

Vorgesehen sind Erhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden insbesondere in Fischbek und im Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils	60.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	60.000 EUR

742.02 – Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen – (vgl. Erläuterungen zu den Titeln 535.02 und 821.02)

Gemäß Baugesetzbuch sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung werden in Hamburg laufend entsprechende Bebauungspläne verabschiedet und müssen umgesetzt werden. Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Die Herrichtung einschließlich der Entwicklungspflege für die Maßnahmen muss, soweit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Eine Refinanzierung der entstandenen Kosten durch den Verursacher des Eingriffs kann nur erfolgen, sofern im Bebauungsplan eine Zuordnung zwischen Eingriffs- und Ausgleichsfläche festgesetzt wurde.

Ansatz 2007	100.000 EUR
Ansatz 2008	50.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt	50.000 EUR

- 742.04 – Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure für Planung und Entwurf –

Veranschlagt sind Mittel für ökologische Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Bebauungsplan- und Grünordnungsplangebietes Francop 5 für die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft durch den Bau der Schlicklagerstätte in Francop (einschließlich Planungs- und Grunderwerbskosten und sonstiger damit zusammenhängender Leistungen). Innerhalb von 20 Jahren – beginnend 1990 – sollen dafür jährlich rd. 250 Tsd. EUR bereitgestellt werden. Neben den Kosten für die Umsetzungsplanung und -koordination werden diese auch für die wissenschaftliche Begleitung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen benötigt, um die Veränderungen im Naturhaushalt zu erfassen und zu bewerten. Zudem werden das Biomonitoring und das hydrologische Monitoring fortgesetzt. Die ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen ermöglichen die Umsetzung von Maßnahmen, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

Ansatz 2007	420.000 EUR
Ansatz 2008	220.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	300.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	255.000 EUR

- 791.10 – Maßnahmen zur Reduzierung von Verbrauch und Kosten der Versorgung öffentlicher Einrichtungen mit Wasser –

Veranschlagt sind Haushaltsmittel:

- zur Durchführung von Maßnahmen zur Einsparung von Verbrauch und/oder Kosten für Wasser an bzw. in öffentlichen Gebäuden sowie entsprechende kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten an Gebäuden und Einrichtungen, zu deren finanzieller Förderung Hamburg gesetzlich verpflichtet ist. Entsprechende Maßnahmen in Gebäuden, die im Rahmen der Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude ausgegliedert wurden – aber von den Behörden genutzt werden – können im Rahmen eines Zuwendungsverfahrens gefördert werden,
- für unumgängliche Instandsetzungsmaßnahmen aus Gründen der Ressourcenschonung,
- für entsprechende Baunebenkosten, z.B. die Planungskosten für Baumaßnahmen,
- für Untersuchungen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen. Hierzu zählen Potenzialstudien für Verbrauch und Kosten, Investitionsermittlungen zur Senkung des Verbrauchs und Reduzierung der Betriebswirtschaftungskosten, Konzepte, Wirtschaftlichkeitsanalysen verschiedener Ausführungsvarianten und dergleichen,
- weiterhin können Maßnahmen für die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zur Information und Motivation der Nutzer öffentlicher Gebäude zur Wassereinsparung finanziert werden. Zur Verbesserung der Effektivität der aus diesem Titel finanzierten Projekte soll das Management durch gezielte Auswertungsmaßnahmen (Erfolgskontrollen, Messungen) verbessert werden. Es ist daher erforderlich, aus diesem Titel sowohl Messeinrichtungen als auch Zähler- und Messkosten zu finanzieren.

Ansatz 2007	329.000 EUR
Ansatz 2008	235.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	235.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	285.000 EUR

In Einzelfällen sollen die Maßnahmen auch direkt durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt abgewickelt werden. Bei „Mischfinanzierungen“, bei denen die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nur einen Teil der Kosten finanziert, kann dieser Anteil auch auf Titel der Hauptgruppe 5 (z.B. Bauunterhaltungsmittel) übertragen werden.

Die Einsparung von Wasser in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen ermöglicht erhebliche Einsparungen im Betriebshaushalt der FHH.

- 821.02 – Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen auf Grund von Festsetzungen in Bebauungsplänen – (Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 535.02 und 742.02)

Gemäß § 21 BNatSchG sind bei Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsflächen („Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“) bereits in der Bauleitplanung verbindlich auszuweisen und festzusetzen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist Verursacherpflicht und muss - soweit nicht im Einzelfall andere Regelungen getroffen werden können - von der FHH übernommen werden (§ 135 a BauGB). Sofern die FHH die zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen an Stelle und auf Kosten der Vorhabensträger oder Eigentümer durchführt, kann eine Refinanzierung nach dem Kostenersatzgesetz erfolgen. Zur Durchführung der Maßnahmen ist in vielen Fällen Grunderwerb notwendig.

Ansatz 2007	300.000 EUR
Ansatz 2008	200.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt	200.000 EUR
Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt	100.000 EUR

821.03 – Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Es sind Mittel für den Erwerb von Grundstücken für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege veranschlagt. Bis zum Haushaltsjahr 2006 waren diese Haushaltsmittel beim Titel 6000.821.01 veranschlagt. Da nach Verlagerung des Amtes für ökologische Forst- und Landwirtschaft in die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) und Übertragung eines entsprechenden Kassenmittelanteils zum Einzelplan 7 (BWA) aus diesem Titel nunmehr ausschließlich Grunderwerb für Naturschutz und Landschaftspflege finanziert wird, erfolgt die Veranschlagung ab dem Haushaltsjahr 2007 im Kapitel 6800.

Ansatz 2007 und 2008 jeweils

365.000 EUR

892.10 – Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien –
(Vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Mit den Mitteln dieses Globaltitels sollen insbesondere Vorhaben privater und gewerblicher Investoren

- zur Energie sparenden Bauweise,
- zur Umsetzung Ressourcen schonender Maßnahmen im Energie- und Wasserbereich,
- zur Einführung von umweltfreundlichen und innovativen Technologien und
- zur Anwendung erneuerbarer Energien

gefördert werden. Die Förderung soll die Entwicklung Ressourcen schonender Techniken vorantreiben bzw. deren Verbesserung anstoßen. Sie soll die zum Teil noch fehlende Wirtschaftlichkeit neuer Technologien ausgleichen und das Vertrauen der Anwender in diese Technologien stärken sowie zur Markteinführung und zur Entwicklung bzw. zum Erhalt von Know-how in Hamburg beitragen.

Die Mittel werden auf der Grundlage der verschiedenen Förderprogramme eingesetzt.

Die finanziellen Schwerpunkte der Förderungen liegen beim Ressourcenschutz im Rahmen des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“ und beim Wärmeschutz im Rahmen der Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“.

Außerdem werden technische Innovationen und zukunftsweisende Umweltschutztechnologien zum vorbeugenden Umweltschutz gefördert, um neuen Techniken, Verfahren und Produkten zum Durchbruch zu verhelfen. Damit wird insbesondere der Aufbau eines Kompetenzclusters für „erneuerbare Energien und Brennstoffzellentechnologie“ gefördert.

Es können auch Maßnahmen finanziert werden, die zur besseren Kenntnis über die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt geförderten und empfohlenen Techniken und Maßnahmen führen oder die Akzeptanz und Nachfrage nach diesen Maßnahmen stärken. Zielgruppen sind das planende und ausführende Gewerbe sowie potenzielle Investoren im privaten Bereich.

Darüber hinaus können Vorhaben aus den genannten Sachbereichen auch im öffentlichen Bereich finanziert werden.

Aus den Mitteln können auch Planungs- und Gutachterkosten sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Akquisition von Projekten) finanziert werden, sofern sie mit den Programmen in Zusammenhang stehen.

Ansatz 2007

5.559.000 EUR

Ansatz 2008

6.060.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2007 zu Lasten 2008 veranschlagt

6.060.000 EUR

Als Verpflichtungsermächtigung ist in 2008 zu Lasten 2009 veranschlagt

6.135.000 EUR

6900 Immissionsschutz und Betriebe

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Luftreinhaltung (Genehmigung und Überwachung von Anlagen, Luftreinhalteplanung, Klimaschutz),
- Lärmschutz (Lärminderungsplanung, z.B. Gewerbelärminderung, Fluglärmschutz),
- Schutz der oberirdischen Gewässer und öffentlichen Abwasseranlagen (Genehmigung von Anlagen, Erlaubnisse für Einleitungen, Überwachung von Betrieben),
- Anlagenbezogener Gewässerschutz (einschließlich Grundwasser, Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Umweltgefahrenabwehr (Anlagen- und Betriebssicherheit durch Genehmigung und Überwachung, Sofortmaßnahmen bei Schadensfällen),
- Schutz vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen (Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Strahlenschutz (Katastrophenschutzplanung, Überwachung von Kernbrennstofftransporten),

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,
- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,
- Gefahrenabwehr nach dem Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG), Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern und dgl.,
- Umsetzung politischer Vorgaben hinsichtlich der Durchführung von Förderprogrammen zur Einsparung von Energie und Wasser, zur Verringerung der CO₂-Emissionen, zur Durchsetzung alternativer Energiearten sowie anderer Ressourcen schützender Maßnahmen.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 6 und Produktinformationen – Ziele des Produktbereiches 08.

2. Zuwendungen

Es sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Einnahmen in diesem Bereich werden insbesondere erzielt aus

- Abwasserabgaben (Titel 099.01 u. 099.02)
- Verwaltungsgebühren (Titel 111.03 u. 111.04)
- Benutzungsgebühren (Titel 111.11)
- Erstattung von Verwaltungskosten (Titel 261.01).

Nachstehende Titel werden im Einzelnen erläutert:

- 099.01 – Abwasserabgaben gewerblicher Direkteinleiter –
und
099.02 – Einnahmen aus öffentlichen Abwasserabgaben –

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Erhebung der Abwasserabgabe nach dem Abwasserabgabengesetz (AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.11.1994 (BGBl. I S. 3370) sowie nach dem Hamburgischen Gesetz zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (HmbAbwAG) vom 21.12.88 (GVBl. S. 316) in der jeweils geltenden Fassung.

Diese Einnahmen sind gem. § 13 des HmbAbwAG zweckgebunden für Maßnahmen zu verwenden, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte sowie für den aus den abgabenrechtlichen Bestimmungen entstehenden Verwaltungsaufwand dienen.

Die Einnahmen für das jeweilige Veranlagungsjahr werden rückwirkend erhoben.

- 111.03 – Verwaltungsgebühren –
und
111.04 – Verwaltungsgebühren nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LUFTKOSTV) –

Veranschlagt sind die Verwaltungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung vom 5.12.1995 (GVBl. S. 365), der Baugebührenordnung vom 23.5.2006 (GVBl. S. 261) sowie der Gebührenordnung für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Schornsteinfegerwesens vom 5.12.1995 (GVBl. S. 389) in den jeweils geltenden Fassungen.

111.11 – Benutzungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung –

Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern nach Anlage 2 Abschnitt 2 der Umweltgebührenordnung vom 5.12.1995 (HmbGVBl. S. 365) in der jeweils geltenden Fassung sowie für Abwasserprobenahmen nach Anlage 3 der Umweltgebührenordnung im Rahmen der Überwachung nach § 17 Abs. 5 HmbAbwG und § 67 Abs. 2 HWaG.

261.01 – Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung –

Veranschlagt sind Personal-, Sach- und Kalkulatorische Kosten für die Indirekteinleiterüberwachung und das Festlegen von Sielanschlüssen.

Diese Maßnahmen dienen der Sicherstellung der Abwasserbeseitigung und dem Schutz der öffentlichen Abwasseranlagen:

Die Kosten fließen in die Sielbenutzungsgebühr ein, die von der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung (HSE) erhoben wird. Die Kosten sind der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt von HSE zu erstatten.

Ausgaben

Personalausgaben

Siehe Vorwort zum Einzelplan 6.

Sach- und Fachausgaben

Der Bereich der Sach- und Fachausgaben wird insbesondere durch die Sammeltitle 541.01 „Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ sowie 547.01 „Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ geprägt.

Daneben sind die Zuweisungen bzw. Erstattungen im Zusammenhang mit der Bund-/Länder-Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Titel 631.01, 631.02 und 632.01) von größerer Bedeutung.

526.50 – Gutachten und Untersuchungen im technischen Umweltschutz –

Die Mittel waren bisher im zentralen Titel 6000.526.50 „Gutachten und Untersuchungen für den Umweltbereich“ veranschlagt und werden zum Haushaltsjahr 2007 erstmalig dezentral in den jeweiligen Kapiteln berücksichtigt. Das Amt für Immissionsschutz und Betriebe kann die Begutachtung von Sachverhalten nicht in allen Fällen selbst vornehmen und ist verschiedentlich auf externen Sachverstand angewiesen.

535.02 – Ausgaben für Erstattungen an Landesbetriebe und dgl. (§ 61 LHO) –

Veranschlagt sind interne Erstattungen an den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung für den Bezug digitaler Daten. Die digitalen Daten werden u.a. als Grundlage für die Erstellung strategischer Lärmkarten nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie (vgl. auch Erläuterung zu Titel 541.03) benötigt.

535.86 – Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen und Ausgaben für Geräte und Instrumente für Überwachungsaufgaben, Zweckzuweisung an die Bezirke –

Die bisherigen Titel 6900.511.81 „Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz – Rahmenzuweisung an die Bezirke“ und 6900.535.86 „Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen – Zweckzuweisung an die Bezirke“ wurden zum Haushalt 2007/2008 in diesem Titel zusammengefasst.

Veranschlagt sind Mittel für die Beseitigung von Schäden an Gewässern, Bauwerken und Betriebsanlagen, die durch Dritte oder höhere Gewalt verursacht werden sowie Mittel für die Unterhaltung und Neu-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Geräten und Instrumenten im Rahmen von Überwachungsaufgaben im technischen Umweltschutz.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach den erwarteten nächstjährigen Bedarfen unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2005. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2006 Tsd. EUR		Ansatz 2007 Tsd. EUR		Ansatz 2008 Tsd. EUR	
	KM	VE	KM	VE	KM	VE
Hamburg-Mitte	1,0	2,0	1,0		2,0	
Altona	1,5	2,0	3,0		3,0	
Eimsbüttel	10,0	1,0	6,0		8,0	
Hamburg-Nord	8,5			4,0	8,0	
Wandsbek	7,0	1,0		4,0	4,0	3,0
Bergedorf	10,5	0,5	5,0		5,0	
Harburg	0,5	2,5	1,0		2,0	2,0
Gesamt	39,0	9,0	16,0	8,0	32,0	5,0

541.01 – Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –

Veranschlagt sind allgemeine Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Hierzu zählen die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen, der Betrieb und die Unterhaltung der Pressluftölsperre, Betrieb und Unterhaltung von Geräten zur Schadstoffbekämpfung, die Beseitigung der durch Andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern u. dgl. sowie Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sowie Überwachungsmaßnahmen.

Weniger, weil die energiewirtschaftliche Überwachung von Dienstgebäuden ab 01.03.2006 auf die Behörde für Wirtschaft und Arbeit übertragen wurde.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

215.000 EUR

Zur Finanzierung anteiliger Maßnahmen werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.

541.03 – Betriebsausgaben für die Erarbeitung von Lärminderungsmaßnahmen –

Nach dem Gesetz zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm von 24.06.2005 sind die Länder verpflichtet, strategische Lärmkarten zumindest für die Quellgruppen Industrie und Straßenverkehr zu erstellen und dem Bundesministerium für Umwelt (BMU) entsprechend über die Ergebnisse zu berichten.

Auf der Grundlage dieser Lärmkarten sind wiederum Aktionspläne zu erstellen, für die ebenfalls eine Berichtspflicht besteht. Die Aktionspläne müssen spätestens bis Mitte 2008 vorgelegt werden. Im Rahmen der Aktionsplanung sind Lärminderungsmaßnahmen unter Beteiligung der Öffentlichkeit zu erarbeiten. Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung kommt die Behörde nicht ohne externe / gutachterliche Hilfestellung aus.

Neben Gutachtenkosten sollen aus diesem Titel auch weitere Sachkosten bezahlt werden können, die jetzt noch nicht konkret absehbar sind (Verbrauchsmaterialien, Schulungen, spezielle Software u.ä.).

Die Verpflichtungsermächtigung ist erforderlich, um die Vergabe von Gutachten bei einer zügigeren Umsetzung der Planung ggf. auch vorziehen zu können.

Als Verpflichtungsermächtigung sind in 2007 und 2008 jeweils zu Lasten des Folgejahres veranschlagt

100.000 EUR

546.93 – Ersatzvornahmen –

Vorgesehen für Ersatzvornahmen aus dem Bereich Immissionsschutz und Betriebe. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Beseitigung von Schäden und Verhinderung einer Schadensausbreitung insbesondere bei Ölunfällen im Hafengebiet. Die von der FHH zunächst getragenen Aufwendungen für zu ergreifende Maßnahmen sind vom Verursacher generell zu erstatten. Diese Kostenerstattungen werden über den Titel 6900.119.93 eingenommen und diesem Titel zu 95% der Einnahmen zugeführt.

547.01 – Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (AO 60) und der Bezirksverwaltung (AO 89) für den technischen Umweltschutz.

631.02 – Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig-Holstein für Betrieb und Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen –

Zwischen den fünf norddeutschen Küstenländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und dem Bund besteht eine Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Be-

kämpfung von Meeresverschmutzungen (Bürgerschaftsdrucksache 17/1093). Es werden Mittel entsprechend dem zwischen den Partnern abgestimmten Betriebs- und Unterhaltungskostenplan veranschlagt. Mit der Einrichtung des Havariekommandos zum 01.01.2003 wird inzwischen die volle Umsetzung der geplanten Maßnahmen erreicht. Aus diesem Grund werden mehr Mittel als in den Vorjahren benötigt.

Investitionen

Das Investitionsvolumen in diesem Bereich wird geprägt durch

- die Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen (Titel 881.03)

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

811.01 – Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen –

Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung mehrerer Geräte für die Lärmmessstelle sowie die Ersatzbeschaffung von Ölsperren. Außerdem kann es in gewissen Abständen erforderlich werden, die Container, in denen die Ölsperren eingelagert sind, Grund zu überholen. Für 2007 sind hierfür 35 Tsd. EUR veranschlagt.

881.03 – Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen –

Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Schiffen, deren Aus- bzw. Umrüstung sowie von Geräten und Ausstattungsgegenständen zur Bekämpfung von Schadstoffunfällen und deren Beseitigung entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2007/2008

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Einzelplan **Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**

I. Stellenbestand

kw 2007/08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 29,10 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 73,73 Bereich der Angestellten 4,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	106,83	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
6000	Zentr. Aufgaben+Recht	2007/08	189,50	2,00	23,00	176,32		26,57	6,00	394,39
		2006	188,50	2,00	23,00	179,72		28,92	6,00	399,14
6100	Wohnen+SB	2007/08	36,00			43,81				79,81
		2006	34,50			52,00				86,50
6200	Bauordnung+Hochbau	2007/08	36,00			56,50				92,50
		2006	35,00			59,50				94,50
6210	Abteilung Bundesbau	2007/08	40,00			109,50				149,50
		2006	39,00			107,50				146,50
6300	Verkehr+Straßenwesen	2007/08	80,00			50,00				130,00
		2006	91,00			70,00				161,00
6420	Bau und Betrieb	2007/08	138,00			242,50		22,54		403,04
		2006	137,00			245,50		24,54		407,04
6610	Landesplanung	2007/08	45,00			57,10				102,10
		2006	40,00			54,30				94,30
6700	Umweltschutz	2007/08	58,60			154,79		4,00		217,39
		2006	55,60			159,42		4,00		219,02
6800	Natursch.,Landschpfl	2007/08	23,00			42,71				65,71
		2006	24,00			38,71				62,71
6900	Immisionssch.,Betr.	2007/08	72,50			129,73				202,23
		2006	80,00			146,56				226,56
	gesamt:	2007/08	718,60	2,00	23,00	1.062,96	0,00	53,11	6,00	1.836,67
		2006	724,60	2,00	23,00	1.113,21	0,00	57,46	6,00	1.897,27

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/08.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2006	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2006				Stellenplan 2007/ 08	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2007/ 08	2007/ 08/ 2006
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
6	6000 Zentr. Aufgaben+Recht	399,14	-7,85	35,00	-36,01	13,33	-9,22	394,39	-4,75
	6100 Wohnen+SB	86,50	-5,00	4,00	-6,50	1,00	-0,19	79,81	-6,69
	6200 Bauordnung+Hochbau	94,50	-3,00	3,00	-3,00	1,00		92,50	-2,00
	6210 Abteilung Bundesbau	146,50		3,00				149,50	3,00
	6300 Verkehr+Straßenwesen	161,00	-2,00	5,00	-34,00			130,00	-31,00
	6420 Bau und Betrieb	407,04	-10,00	17,00	-5,00	4,00	-10,00	403,04	-4,00
	6610 Landesplanung	94,30		10,00	-2,00	1,80	-2,00	102,10	7,80
	6700 Umweltschutz	219,02	-1,00	1,00	-1,50	1,00	-1,13	217,39	-1,63
	6800 Natursch.,Landschpfl	62,71	-0,23	8,00	-4,00	0,23	-1,00	65,71	3,00
	6900 Immisionssch.,Betr.	226,56	-7,00	2,50	-18,20	1,20	-2,83	202,23	-24,33
	Summe:	1897,27	-36,08	+88,50	-110,21	+23,56	-26,37	1836,67	-60,60

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6000	Amt für zentrale Aufgaben und Recht

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 5,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 7,73 Bereich der Angestellten 4,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16,73	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 9	1,00			1,00	
B 6	1,00			1,00	
B 3	2,00			2,00	
A 16	7,00	1,00	1)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 15	15,00	1,00	2)	16,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 14	34,00	1,00	3)	36,50	Vermerk weggefallen
		1,00	4)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle
		1,00	5)		Rückverlagerung in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13	12,50			13,00	
A 13	10,00			8,00	
A 12	35,50			37,50	

B 9 Oberbaudirektorin/ Oberbaudirektor (1,00)
 B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (5,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (13,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (24,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (3,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (2,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (9,50), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (7,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (3,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (28,50), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (7,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6000
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für zentrale Aufgaben und Recht
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6700;
A 15					-1,00				-1,00	Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 14	-1,00								-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Verlagerung
A 14					-1,00				-1,00	Stelle BD A15 vom Kapitel 6000 in das
A 14								-2,00	-2,00	Kapitel 6420
A 14									-1,00	Beendigung der Personalratstätigkeit
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100;
A 14									-1,00	Stellenbereinigung gem. tatsächlichem
A 14									-2,00	Arbeitseinsatz
A 14									-2,00	Rückwandlung aufgrund der
A 14				1,00					1,00	Entbündelungsquote
A 14									1,00	Verlagerung von Kapitel 6300;
A 14					-1,00	1,00			1,00	Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 13				1,00					1,00	Umwandlung gem. Art.8.(5) HHB
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Verlagerung
A 13									-1,00	einer Stelle zur Wahrnehmung prioritärer
A 13									-1,00	Aufgaben in der BSU
A 13									1,00	Verlagerung von Kapitel 6420;
A 13					-1,00				-1,00	Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13								2,00	2,00	(6000) / BR A13 (6420)
A 13					-1,00				-1,00	Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					-1,00				-1,00	Rückwandlung aufgrund der
A 13					-1,00				-1,00	Entbündelungsquote
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung
A 13					-1,00				-1,00	von Kapitel 6000 (Neugliederung der
A 13					-1,00				-1,00	Behörden)
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Förderung der
A 13					-1,00				-1,00	Mobilität und Abdeckung von prioritären
A 13					-1,00				-1,00	Aufgaben
A 13				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 6420;
A 13									1,00	Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13									1,00	(6000) / BR A13 (6420)
A 13									1,00	Verlagerung von Kapitel 3610; Stellentausch
A 13									1,00	gegen eine Ila-Stelle
A 13							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle eines Referenten im
A 13									1,00	Baurechtsamt des Amtes für zentrale
A 13				1,00					1,00	Aufgaben und Recht
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung von Kapitel 6420;
A 13									-1,00	Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 6610;
A 12									1,00	Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 12									1,00	Verlagerung von Kapitel 6420;
A 12							-1,00		-1,00	Stellenverlagerung innerhalb der BSU
A 12									-1,00	Neubewertung der Stelle eines Referenten im
A 12									-1,00	Baurechtsamt des Amtes für zentrale
A 12					-1,00				-1,00	Aufgaben und Recht
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung
A 12					-1,00				-1,00	von Kapitel 6000 (Neugliederung der
A 12					-1,00				-1,00	Behörden)
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Umsetzung
A 12					-1,00				-1,00	von Personal innerhalb der BSU zur
A 12					-1,00				-1,00	Förderung der Mobilität und zur Abdeckung
A 12					-1,00				-1,00	von prioritären Aufgaben

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 16	1) kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor	
A 14	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Freigestelltes
		Personalratsmitglied

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	38,00	1,00	6)	39,00	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann Freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann Stellenstreichungen 2005, nach Freiwerden der Stelle
		1,00	7)		
		1,00	8)		
A 10	10,50			8,50	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V c nach Freiwerden der Stelle
A 9	6,00	1,00	9)	6,00	
A 9	4,00			4,00	ku: 1,00 BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach VergGr. IX b/VII nach Freiwerden der Stelle
A 8	9,00			8,00	
A 7	1,00			1,00	
A 6	3,00	1,00	10)	2,00	
Summe:	189,50			188,50	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (35,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (9,50), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (6,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (9,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (3,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6000
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für zentrale Aufgaben und Recht
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			6,00	-10,00	2,00			-3,00	
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; personalwirtschaftliche Gründe
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6900; personalwirtschaftliche Gründe
A 11		1,00							1,00	Für ein freigestelltes Personalratsmitglied
A 11				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung von Kapitel 6000 (Neugliederung der Behörden)
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Neugliederung der Behörden
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Personelle Verstärkung des Amtes V
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Einzelplaninterner Stellentausch
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6000, Verlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Verlagerung in Kapitel 6610, Stellenregelung zur Übernahme einer Nachwuchskraft im gehobenen technischen Dienst
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Einzelplaninterner Stellentausch
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6000, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Stellenverlagerung innerhalb der BSU
Summe Beamtinnen/ Beamte	-1,00	1,00	0,00	18,00	-19,00	2,00	0,00	0,00	1,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	-0,50	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-1,00	1,50	-0,50	18,50	-19,50	2,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 11	7) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann Freigestelltes Personalratsmitglied	
A 11	8) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann Stellenstreichungen 2005, nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	3,00			4,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	3,00			2,00	
A 8	2,00			5,00	
Summe:	11,00			14,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	2,00			2,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*					
Nachwuchs hD	18,00			18,00	
Nachwuchs gD	5,00			5,00	
Summe:	23,00			23,00	

Nachwuchs hD Baureferendarin/ Baureferendar (18,00)
 Nachwuchs gD Technische Oberinspektor-Anwärterin/ Technischer Oberinspektor-Anwärter (5,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	0,00			1,00	
I	0,00			0,00	
I a	0,00			1,00	
I b	7,00	1,00	11)	8,00	kw: 1,00 VergGr. I b nach Freiwerden der Stelle Freigestelltes Personalratsmitglied Vermerk weggefallen kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
		1,00	12)		
		0,50	13)		
		1,00	14)		

Einzelplan 6
Kapitel 6000
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für zentrale Aufgaben und Recht
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	2,00			3,00	Nr. 6	
A 14	1,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 12	2,00			1,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 11	2,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			4,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	11,00			14,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV Ang.hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6000, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
I b							1,00		1,00	Neubewertung
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung von Kapitel 6000 (Neugliederung der Behörden)
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Zuordnung der neuen konzeptionellen Aufgabe "Auftraggeber-/ Auftragnehmerbeziehungen im Tiefbau"
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Verlagerung zugunsten der Beteiligungsverwaltung im Zusammenhang mit der Senatsentscheidung zur Hafencity
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Mobilitätsförderung innerhalb der BSU
I b						-1,00			-1,00	Umwandlung gem. Art.8.(5) HHB

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
I b	11)	kw: 1,00 VergGr. I b nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b	13)	weggefallen	kw: 0,50 VergGr. I b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
I b	14)	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz	

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6000	Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	14,65	1,00 1,00	15) 16)	17,65	Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen
III	7,00	1,00 1,00	17) 18)	4,00	kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2005, nach Freiverden der Stelle kw: 1,00 VergGr. III Freigestelltes Personalratsmitglied
IV a	17,00	1,00 0,50	19) 20)	19,75	Vermerk weggefallen Freigestelltes Personalratsmitglied
IV b	6,62	1,00 0,73	21) 22)	7,00	kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, nach Freiverden der Stelle kw: 0,73 VergGr. IV b nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
V b gD	14,00			10,50	
Richtl. Ang.gD	0,78			0,78	
V b mD	1,00			1,00	
V c	42,85	1,00	23)	39,90	Vermerk weggefallen
VI b	30,75	1,00	24)	27,25	Vermerk weggefallen

Einzelplan 6
Kapitel 6000
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für zentrale Aufgaben und Recht
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				3,00	-4,00	-2,00	1,00		-2,00	
II a hD	-1,00								-1,00	Aufgabenstraffung in der Beteiligungsverwaltung
II a hD							-1,00		-1,00	Neubewertung
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung von Kapitel 6000 (Neugliederung der Behörden)
II a hD		1,00							1,00	Personalwirtschaftliche Gründe (Realisierung Stellentauch mit der BWG)
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Stellentauch gegen eine Stelle der BesGr. A13
II a hD							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
II a hD	-1,00								-1,00	Synergie (Zusammenführung der Zentralverwaltungen der ehemaligen BUG und BBV)
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
III							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle
IV a	-1,00	1,00							1,00	Für ein freigestelltes Personalratsmitglied
IV a				1,00					-1,00	Personalratsneuwahl
IV a					-1,50				-1,50	Verlagerung von Kapitel 6030; Neuorganisation der BBV
IV a							-1,00		-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung von Kapitel 6000 (Neugliederung der Behörden)
IV a		1,00							1,00	Neubewertung der Stelle
IV a					-1,00				-1,00	Neue Aufgaben bei der Dauerausstellung Stadtmodell
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300;
IV b					-2,00				-2,00	Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 1200; Umsetzung der Verwaltungsreform, Übertragung des Infocenter Wasser, Umwelt, Gesundheit
V b mD					-1,00				-1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
V c				1,00					1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentauch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verlagerung zugunsten des Kap. 6000
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
V c		2,00							-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Stellentauch zwischen den Kapiteln 6000 und 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
V c		1,00							2,00	Anlagenbuchhaltung Doppik
VI b	-1,00								1,00	Neue Aufgaben bei der Dauerausstellung Stadtmodell
VI b				4,00					-1,00	Personalratsneuwahl
									4,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
II a hD	15) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle
II a hD	16) weggefallen	
III	17) kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2005, nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 VergGr. IV a Freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich 06/2005
III	18) kw: 1,00 VergGr. III Freigestelltes Personalratsmitglied	
IV a	19) weggefallen	
IV a	21) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6 Kapitel 6000	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für zentrale Aufgaben und Recht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08		Vermerk Nr.	2006	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
VI b		0,00	25)		<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	13,50	1,00	25)	15,50	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	10,62	1,00	26)	13,84	<i>Vermerk weggefallen</i>
VIII	7,08	1,00	27)	9,08	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	28)		kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b	3,00			3,00	
Richtl. Ang.eD	0,47			0,47	
Summe:	176,32			179,72	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			0,00	
5	4,00			5,00	
4	6,80	2,00	29)	7,80	kw: 2,00 Lohngr. 4 Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
3	2,00			2,00	
2	4,00	2,00	30)	4,00	kw: 2,00 Lohngr. 2 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
1	1,00			1,00	
1 (R)	8,13			8,48	
Hmb-MTV	0,64			0,64	
Summe:	26,57			28,92	
Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*					
Nachwuchs eD	6,00			6,00	
Summe:	6,00			6,00	
Summe (ohne *) insgesamt	394,39			399,14	

Einzelplan 6
Kapitel 6000
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für zentrale Aufgaben und Recht
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,00	6,00		15,00	-12,50	-2,00	1,00		3,50	
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6800; Stellentausch zwischen den Kapiteln 6000 und 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
VI b			-1,00						-1,00	Stellenstreichung zur Finanzierung von Stellenneuschaffungen
VI b	-1,00								-1,00	Neuorganisation der Verwaltung (Intendantzbereich)
IX b/VII		1,00	-1,01						-1,01	Zusammenlegung von Stellenanteilen
IX b/VII									1,00	Zusammenlegung von Stellenanteilen
IX b/VII			-2,00						-2,00	Stellenstreichung zur Finanzierung von Stellenneuschaffungen
Summe Angestellte	-5,00	7,00	-4,01	16,00	-12,50	-2,00	1,00	0,00	0,49	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,50	3,83	-3,71	0,50	-3,01	0,00	0,00	0,00	-2,89	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt	-5,50	13,76	-7,72	16,50	-15,51	-2,00	0,00	0,00	-3,40	
6		1,00							1,00	Für ein freigestelltes Personalratsmitglied
6	-1,00								-1,00	Beendigung der Freistellung
5			-1,00						-1,00	Stellenstreichung zur Finanzierung von Stellen zur Wahrnehmung prioritärer Aufgaben in der BSU
4					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3610; Verlagerung von Kapitel 6000 (Neugliederung der Behörden)
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter	-1,00	1,00	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,35	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	-1,35	1,00	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-2,35	
Summe (ohne *) insgesamt	-7,85	16,26	-9,22	35,00	-36,01	0,00	0,00	0,00	-4,75	

Einzelplan 6
Kapitel 6100

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	2,00			3,00	
A 15	4,00			4,00	
A 14	6,00			4,50	
A 13	3,00			3,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	7,00	1,00	1)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach Freiwerden der Stelle
A 11	8,00			7,00	
A 10	3,00			4,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	36,00			34,50	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (0,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (3,00)
A 13 Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt (1,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (4,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (4,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	0,00			0,50	
A 10	2,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	2,00			2,50	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6100	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Personelle Folgewirkungen von Prioritätsentscheidungen in den Ämtern LP und WSB
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellenbereinigung gem. tatsächlichem Arbeitseinsatz
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung einer Stelle zur Wahrnehmung prioritärer Aufgaben in der BSU
A 12						1,00			1,00	Umwandlung aufgrund veränderten Aufgabenzuschnitts
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Umsetzung von Personal innerhalb der BSU zur Förderung der Mobilität und zur Abdeckung von prioritären Aufgaben
A 11							1,00		1,00	Neubewertung der Stelle einer Sachgebietsleiterin im Bereich Wohnungsbindung des Amtes für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Verlagerung in Kap. 6610, Stellenregelung zur Übernahme einer Nachwuchskraft im gehobenen allg. Verwaltungsdienst
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-2,00	1,00	1,00	0,00	3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-2,50	1,00	0,00	0,00	1,50	

Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			0,50	Nr. 1	H.Beschl.
A 10	1,00			1,00		
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			2,50		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
A 12	1)	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat zum 31.12.2004 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 6
Kapitel 6100

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00			2,00	
I b	5,00	1,00	2)	8,00	Vermerk weggefallen
		1,00	3)		kw: 1,00 VergGr. I b Rationalisierung im Amt für Wohnungswesen
II a hD	12,00	1,00	4)	16,00	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
		3,00	5)		Vermerk weggefallen
III	6,00	1,00	6)	7,00	Vermerk weggefallen
IV a	4,00			4,00	
IV b	3,00			2,00	
V c	6,00	1,00	7)	7,00	kw: 1,00 VergGr. V c Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
VI b	4,81			5,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	43,81			52,00	
Summe (ohne *) insgesamt	79,81			86,50	

Einzelplan 6
Kapitel 6100
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung zugunsten der Beteiligungsverwaltung im Zusammenhang mit der Senatsentscheidung zur Hafencity
I b	-1,00								-1,00	Ausscheiden Mitarbeiter
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000;
II a hD						-1,00			-1,00	Mobilitätsförderung innerhalb der BSU
II a hD	-1,00								-1,00	Umwandlung aufgrund veränderten Aufgabenzuschnitts
II a hD	-1,00								-1,00	Rationalisierung im Amt für Wohnungswesen (Konsol. 1994-2001)
II a hD	-1,00								-1,00	Synergiegewinn Behördenzusammenlegung (Konsolidierung 1994-2001)
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Einrichtung von Projektgruppen bei LP für die Bearbeitung prioritärer Aufgabenfelder
II a hD	-1,00								-1,00	Stellenstreichungen 2003
II a hD		1,00							1,00	Einrichtung einer Stelle zur Wahrung prioritärer Aufgaben in der BSU
III	-1,00								-1,00	Konsolidierung 1994-2001
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Stellenzuordnung gemäß tatsächlichem Einsatz
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1600; Senatsentscheidung vom 28.6.05
										Entflechtung (Vermittlung von rollstuhlgerechten Wohnungen)
Summe Angestellte										
	-5,00	1,00	0,00	1,00	-4,00	-1,00	0,00	0,00	-8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,19	
Summe Angestellte insgesamt										
	-5,00	1,00	-0,19	1,00	-4,00	-1,00	0,00	0,00	-8,19	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-5,00	1,00	-0,19	4,00	-6,50	0,00	0,00	0,00	-6,69	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
I b	2) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
I b	3) kw: 1,00 VergGr. I b Rationalisierung im Amt für Wohnungswesen	
II a hD	5) weggefallen	kw: 3,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
III	6) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6200	Amt für Bauordnung und Hochbau

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
					1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	7,00			7,00	
A 14	5,00			5,00	
A 13	5,00			5,00	
A 13	2,00			2,00	
A 12	9,00			9,00	
A 11	4,00	1,00	1)	3,00	Vermerk weggefallen
Summe:	36,00			35,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 B 2 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (5,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (8,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (4,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	2,00			2,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	3,00			3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11	-1,00								-1,00	Aufgabenstraffung bei Grundsatzangelegenheiten (Konsolidierung 1994-2001)
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	Umwandlung gem Art. 8 (5) HHB
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 11	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Kapitel 6200	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Bauordnung und Hochbau

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			1,00	
I b	7,00			6,00	
II a hD	0,00			1,00	
II a gD	1,00			1,00	
III	12,00	1,00	2)	14,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	3,00			3,00	
IV b	1,00			1,00	
V b gD	10,00			10,00	
V b mD	11,00			11,00	
V c	2,00			2,00	
VI b	3,00	1,00	3)	4,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i>
VII	1,50			1,50	
IX b/VII	3,00			3,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	56,50			59,50	
Summe (ohne *) insgesamt	92,50			94,50	

Einzelplan 6
Kapitel 6200

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bauordnung und Hochbau

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b							1,00		1,00	gem. Arbeitsgerichtsurteil vom 16.08.2004
II a hD							-1,00		-1,00	gem. Arbeitsgerichtsurteil vom 16.08.2004
III	-1,00								-1,00	Aufgabenstraffung technische Gebäudeausrüstung (Konsolidierung 1994-2001)
III		1,00							1,00	Mehrbedarf bei Baugenehmigungsverfahren in der HafenCity
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Neueingabe VGP
III						-1,00			-1,00	Umwandlung gem Art. 8 (5) HHB
III					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6203; Neuorganisation ABH
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6204, Korrekturbuchung
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6204; Neueingabe des VGP
IV a						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; von Kap 6200 ABH zu LP
VI b	-1,00								-1,00	Auflösung des Baubestandszeichenbüros (Konsolidierung 1994-2001)
<i>Summe Angestellte</i>	-2,00	1,00	0,00	3,00	-3,00	-2,00	0,00	0,00	-3,00	

Summe (ohne *) insgesamt	-3,00	1,00	0,00	3,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
III	2) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6210	Abteilung Bundesbau

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 16	2,00			2,00	
A 15	4,00			4,00	
A 14	3,00			3,00	
A 13	1,00			1,00	
A 13	5,00			4,00	
A 12	12,00			12,00	
A 11	13,00			13,00	
Summe:	40,00			39,00	

A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (1,00), Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (4,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00), Oberregierungsärztin/ Oberregierungsarzt (1,00)
 A 13 Regierungsärztin/ Regierungsarzt (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt (5,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (11,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (13,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 16	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 16 Finanzpräsidentin/ Finanzpräsident (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00			1,00	
I b	5,00			5,00	
II a hD	3,00			2,00	
II a gD	8,00	1,00	1)	7,00	ku: 1,00 VergGr. II a gD nach BesGr. A 13 Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt
III	37,50	1,00	2)	38,50	ku: 1,00 VergGr. III nach BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann
IV a	22,00			22,00	
IV b	7,00	1,00	3)	7,00	ku: 1,00 VergGr. IV b nach BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor
V b mD	3,00	1,00	4)	3,00	ku: 1,00 VergGr. V b mD nach BesGr. A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor
V c	6,00			6,00	
VI b	6,50			6,50	
VII	7,50			7,50	
IX b/VII	1,00			1,00	
IX b	1,00			1,00	
Summe:	109,50			107,50	
Summe (ohne *) insgesamt	149,50			146,50	

Einzelplan 6 Kapitel 6210	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Abteilung Bundesbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Stellenverlagerung innerhalb der Hochbaudienststellen ins Kap. 6210
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6205; Bereinigung des Stellenplans
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6205; Bereinigung des Stellenplans
II a gD							1,00		1,00	Neubewertung
III							-1,00		-1,00	Neubewertung
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6300	Amt für Verkehr und Straßenwesen

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 2,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
B 2	1,00			1,00	
A 16	4,00			4,00	
A 15	12,00			12,00	
A 14	15,00			14,00	
A 13	8,00	1,00	1)	8,00	Vermerk weggefallen
A 13	6,00			6,00	
A 12	11,00	1,00	2)	14,00	Vermerk weggefallen
A 11	12,00	1,00	3)	15,00	Vermerk weggefallen
A 10	6,00			6,00	
A 9	2,00			4,00	
A 8	1,00	1,00	4)	4,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freiwerden der Stelle
A 6	0,00			1,00	
Summe:	80,00			91,00	

B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 2 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (10,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (14,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (8,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (7,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (3,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6300

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 7500; Verlagerung von Kapitel 7500 an Kapitel 6300 im Zuge des Aufgabenüberganges zur BSU
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12	-1,00								-1,00	Straffung der Aufbauorganisation der BBV durch Ämterzusammenlegung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
A 11					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Verstärkung des Landesplanungsamtes auf dem Gebiet der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Personelle Verstärkung des Amtes V
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6900; Tausch A9/A10
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6900; Tausch A9/A10
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
A 8					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellenverlagerung innerhalb der BSU

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 13	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 12	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat
A 11	3) weggefallen	Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 11	2,00			4,00	
Summe:	3,00			5,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00	1,00	5)	4,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
I b	4,00	1,00	6)	6,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
II a hD	4,00			5,00	
III	11,00			12,00	
IV a	5,50	0,50	7)	4,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	1,00	1,00	8)	2,00	kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2004, nach Freiwerden der Stelle
V b gD	3,50			5,50	

Einzelplan 6
Kapitel 6300
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Verkehr und Straßenwesen
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	2,00			2,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	3,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	0,00	0,00	3,00	-15,00	2,00	0,00	0,00	-11,00	
I a	-1,00								-1,00	Wegfall der Maßnahme
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Zuordnung der neuen konzeptionellen Aufgabe "Auftraggeber-/ Auftragnehmerbeziehungen im Tiefbau"
I b						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuzuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Personelle Verstärkung des Amtes V
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuzuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuzuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
I a	5)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b	6)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
IV a	7)	weggefallen	kw: 0,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan 6 Kapitel 6300	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Verkehr und Straßenwesen

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b mD	1,00			1,00	<i>Vermerk weggefallen</i> kw: 1,00 VergGr. VI b Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
V c	8,50	2,50	9)	12,50	
VI b	5,50	1,00	10)	11,50	
VII	3,00			4,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	0,00			1,00	
Summe:	50,00			70,00	
Summe (ohne *) insgesamt	130,00			161,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6300

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Verkehr und Straßenwesen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00			2,00	-6,00	-2,00			-7,00	
V b g D					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung zugunsten des Kap. 6000
V c					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
V c					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
VI b					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuordnung der Verkehrsgewerbeaufsicht
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
Summe Angestellte	-1,00	0,00	0,00	2,00	-19,00	-2,00	0,00	0,00	-20,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	-1,00	0,00	0,00	2,00	-19,00	-2,00	0,00	0,00	-20,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	0,00	0,00	5,00	-34,00	0,00	0,00	0,00	-31,00	

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6420	Amt für Bau und Betrieb

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 15,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 33,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	2,00			2,00	
A 16	8,00	1,00	1)	9,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010
		1,00	2)		Vermerk weggefallen
A 15	14,00	2,00	3)	14,00	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
		1,00	4)		Vermerk weggefallen
		1,00	5)		kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010
		1,00	6)		Vermerk weggefallen
		1,00	7)		kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
A 14	27,00	2,00	8)	27,00	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
		1,00	9)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
		1,00	10)		Vermerk weggefallen
		2,00	11)		kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
		1,00	12)		kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010

B 6 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (2,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (7,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (13,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (27,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6420

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang Flughafen S-Bahn (Konsolidierung 1994-2001)
A 15	-1,00								-1,00	Ausscheiden des Stelleninhabers
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung Stelle BD A15 vom Kapitel 6000 in das Kapitel 6420

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
A 16	1)	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 16	2)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 15	4)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 15	5)	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010	kw: 2,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 15	6)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 15	7)	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010	
A 14	9)	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010	kw: 4,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 14	10)	weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
A 14	11)	kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010	
A 14	12)	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010	

Einzelplan 6 Kapitel 6420	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Bau und Betrieb

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	22,00			21,00	
		1,00	14)		ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
		1,00	15)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
		1,00	16)		ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
		1,00	17)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
A 13	7,00	1,00	18)	9,00	Vermerk weggefallen
A 12	21,00			20,00	
A 11	21,00	1,00	19)	22,00	Vermerk weggefallen
		1,00	20)		kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 10	9,00	1,00	21)	8,00	Vermerk weggefallen
A 9	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	3,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	138,00			137,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (21,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (7,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (19,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (21,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (8,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6420
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00			1,00					-1,00	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Kapitelübergreifender Stellentausch RR A13 (6000) / BR A13 (6420)
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
A 13			-1,00						-1,00	Vermerkvollzug
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Förderung der Mobilität und Abdeckung von prioritären Aufgaben
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Kapitelübergreifender Stellentausch RR A13 (6000) / BR A13 (6420)
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6610; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellenverlagerung innerhalb der BSU
A 13			-1,00						-1,00	Vermerkvollzug
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
A 11	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 8				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
Summe Beamtinnen/ Beamte	-3,00	0,00	-2,00	9,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-3,00	0,00	-2,00	9,00	-4,00	1,00	0,00	0,00	1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 13	15) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010	kw: 3,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 13	17) kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010	
A 13	18) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 11	19) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
A 11	20) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6420	Amt für Bau und Betrieb

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	3,00			2,00	
A 11	3,00			3,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	0,00			1,00	
Summe:	6,00			7,00	

A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (3,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	4,00	1,00	22)	2,00	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
		1,00	23)		kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010
I b	14,00	1,00	24)	13,00	Vermerk weggefallen
		3,00	25)		kw: 3,00 VergGr. I b nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
		1,00	26)		kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010
		1,00	27)		kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010
II a hD	16,00	4,00	28)	16,00	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz
		1,00	29)		kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
		1,00	30)		kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle
		1,00	31)		kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
		1,00	32)		kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
II a gD	13,00	1,00	33)	14,00	kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010

Einzelplan 6
Kapitel 6420
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 12	3,00			2,00	Nr. 7	
A 11	2,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			2,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	6,00			7,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a		1,00							1,00	Stellenregelung im Kapitel 6420 für die Leitung der Projektsteuerung
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
I b	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
II a hD							1,00		1,00	Verstärkung der Abteilung Schnellbahnanbindung Flughafen
II a hD	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
II a gD							-1,00		-1,00	Verstärkung der Abteilung Schnellbahnanbindung Flughafen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
I a	22)	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010	kw: 2,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I a	23)	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010	
I b	24)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
I b	25)	kw: 3,00 VergGr. I b nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010	kw: 5,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
I b	26)	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010	
I b	27)	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010	
II a hD	29)	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010	kw: 4,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
II a hD	31)	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010	
II a hD	32)	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010	
II a gD	33)	kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010	kw: 5,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel

Einzelplan 6
Kapitel 6420

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a gD		1,00	34)		kw: 1,00 VergGr. II a gD Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
		1,00	35)		
		1,00	36)		
III	59,00	1,00	37)	57,00	kw: 1,00 VergGr. III nach VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle kw: 3,00 VergGr. III nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010
		3,00	38)		
		1,00	39)		
		1,00	40)		Vermerk weggefallen
		1,00	41)		kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
IV a	34,50	1,00	42)	37,50	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen Vermerk weggefallen
		3,00	43)		
		6,50	44)		
		1,00	45)		Vermerk weggefallen
IV b	4,00	1,00	46)	5,00	Vermerk weggefallen
V b gD	4,00			3,00	
V b mD	36,00	5,00	47)	42,00	kw: 5,00 VergGr. V b mD nach Beendigung des Ausbauprogramms für den Hochwasserschutz

Einzelplan 6
Kapitel 6420
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-2,00	1,00		3,00					2,00	
II a gD							1,00		1,00	Neubewertung aufgrund neuer Aufgaben
II a gD							1,00		1,00	Tariffiche Bewertung
II a gD	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
II a gD			-1,00						-1,00	Vermerkvollzug
III		1,00							1,00	Neuordnung der Zuständigkeiten in den Gebieten der HafenCity, der Speicherstadt und der Kehrriederspitze
III							-1,00		-1,00	Neubewertung aufgrund neuer Aufgaben
III		1,00					-1,00		-1,00	Tariffiche Bewertung
III									1,00	Neuordnung der Zuständigkeiten in den Gebieten der HafenCity, der Speicherstadt und der Kehrriederspitze
III							2,00		2,00	Neubewertung der Stelle
IV a	-1,00								-1,00	Stellenstreichungsverpflichtung aus dem Jahr 2003
IV a							1,00		1,00	Neubewertung im Abschnitt Bauausführung für Neubau und Erhaltung
IV a							1,00		1,00	Neubewertung im Abschnitt Bauausführung für Neubau und Erhaltung
IV a	-2,00								-2,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
IV a		1,00							1,00	Neuordnung der Zuständigkeiten in den Bereichen der HafenCity, der Speicherstadt und der Kehrriederspitze
IV a							-2,00		-2,00	Neubewertung der Stelle
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6100; Stellenzuordnung gemäß tatsächlichem Einsatz
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
V b mD			-1,00						-1,00	Korrekturbuchung
V b mD			-4,00						-4,00	Vermerkvollzug

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
II a gD	35) kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010	
II a gD	36) kw: 1,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010	
III	39) kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010	kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
III	40) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
III	41) kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010	
IV a	43) weggefallen	kw: 3,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
IV a	44) weggefallen	kw: 6,50 VergGr. IV a zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen
IV a	45) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003 nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Kapitel 6420	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Bau und Betrieb

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b mD		1,00	48)		<i>kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerstange, spätestens 31.12.2010</i> <i>kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010</i> <i>Vermerk weggefallen</i> <i>kw: 1,00 VergGr. V c Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle</i> <i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	49)		
V c	23,00	4,00	50)	21,00	
		1,00	51)		
VI b	29,00	1,00	52)	31,00	
VII	4,00			3,00	
VIII	2,00			1,00	
Summe:	242,50			245,50	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
7	2,00			2,00	
6	9,00			9,00	
5	10,50			12,50	
2	1,00			1,00	
Richtl. Arb.	0,04			0,04	
Summe:	22,54			24,54	
Summe (ohne *) insgesamt	403,04			407,04	

Einzelplan 6
Kapitel 6420

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Bau und Betrieb

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-6,00	4,00	-6,00	4,00	-1,00	-1,00	2,00		-4,00	
V c				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
VI b	-1,00								-1,00	Aufgabenrückgang im Rahmen der Baumaßnahme 4. Röhre Elbtunnel
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
VIII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Neugründung Landesbetrieb Straßen und Gewässer
Summe Angestellte	-7,00	4,00	-6,00	8,00	-1,00	-1,00	2,00	0,00	-1,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	-2,00	
Summe Angestellte insgesamt	-7,00	4,00	-6,00	8,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-3,00	
5			-2,00						-2,00	Korrekturbuchung
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-10,00	4,00	-10,00	17,00	-5,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6610	Amt für Landesplanung

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 1,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00	1,00	1)	1,00	kw: 1,00 BesGr. B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor nach Freiwerden der Stelle
B 3	1,00			1,00	
A 16	4,00			3,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14	14,00			14,00	
A 13	8,00	1,00	2)	7,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 13	0,00			0,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	6,00			5,00	
A 10	3,00			3,00	
A 9	2,00			0,00	
Summe:	45,00			40,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (4,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (13,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (6,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (4,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
 A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	0,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	0,50			0,50	
A 10	1,00			0,00	
Summe:	2,50			2,50	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,50)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6610
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Landesplanung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Personelle Folgewirkungen von Prioritätsentscheidungen in den Ämtern LP und WSB
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6420; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6420; Kapitelübergreifender Stellentausch
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Verstärkung des Landesplanungsamtes auf dem Gebiet der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Einzelplaninterner Stellentausch
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6610, Stellenregelung zur Übernahme einer Nachwuchskraft im gehobenen technischen Dienst
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Einzelplaninterner Stellentausch
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Verlagerung in Kap. 6610, Stellenregelung zur Übernahme einer Nachwuchskraft im gehobenen allg. Verwaltungsdienst
Summe Beamtinnen/ Beamte		0,00	0,00	0,00	7,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	5,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2007/ 08		Vermerk Nr.	2006	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon		Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	0,00			1,00	Nr. 7	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	0,50			0,50	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	2,50			2,50		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08		alter Vermerk 2006
A 11	2) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle		kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 01.01.2005 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Baurätin/ Baurat	Regierungsrätin/ Regierungsrat	Umwandlung aufgrund veränderten Aufgabenprofils

Einzelplan 6 Kapitel 6610	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Landesplanung

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00			2,00	
I b	6,00			6,00	
II a hD	9,80			8,75	
II a gD	1,00			1,00	
III	12,50	1,00	3)	12,25	<i>kw: 1,00 VergGr. III nach Freiwerden der Stelle</i>
IV a	5,50			4,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	2,00			1,00	
V c	6,00			7,00	
VI b	8,30			8,30	
VII	0,50			0,50	
IX b/VII	0,50			0,50	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	57,10			54,30	
Summe (ohne *) insgesamt	102,10			94,30	

Einzelplan 6
Kapitel 6610
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Landesplanung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6100; Einrichtung von Projektgruppen bei LP für die Bearbeitung prioritärer Aufgabenfelder
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6201; Einrichtung von Projektgruppen bei LP für die Bearbeitung prioritärer Aufgabenfelder
III			-1,00						-1,00	Abbau von Stellen gemäß Beschluss des Senats zur Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung vom 22.07.2003
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6200; von Kap 6200 ABH zu LP
VI b			-1,00						-1,00	buchungstechnische Maßnahme wegen Stellenteilung
VI b		1,00							1,00	buchungstechnische Maßnahme wegen Stellenteilung
Summe Angestellte										
	0,00	1,00	-2,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,80	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	1,80	-2,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,80	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,80	-2,00	10,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	7,80	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
III	3) kw: 1,00 VergGr. III nach Freiwerden der Stelle	kw: 1,00 VergGr. III zum 01.01.2005 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6700	Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 20,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	4,60	1,00	1)	5,60	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 15	7,00	1,00	2)	7,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 14	13,00			13,00	
A 13	8,00	1,00	3)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
A 13	2,00			2,00	
A 12	5,00			5,00	
A 11	11,00			10,00	
A 10	3,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	58,60			55,60	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
 A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,60), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (10,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (2,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (6,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	1,00			3,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			4,00	
A 13	3,00			4,00	
A 12	8,00			8,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (3,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (3,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (5,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6700

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Kapitelübergreifende Stellenverlagerung
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	3,00	0,00	0,00	2,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	4,00	0,00	0,00	3,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 16	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6700	Amt für Umweltschutz

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	5,00			6,00	
A 10	4,00			4,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	4,00			4,00	
Summe:	32,00			38,00	

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	1,00			2,00	
I a	4,00	1,00	4)	4,00	kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
I b	16,00	1,00	5)	16,00	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
II a hD	48,17	1,00	6)	48,67	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
		6,50	7)		kw: 6,50 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
		2,00	8)		kw: 2,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
II a gD	14,28	2,50	9)	14,28	kw: 2,50 VergGr. II a gD nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
III	20,00	2,00	10)	20,50	kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
		1,00	11)		Vermerk weggefallen
IV a	7,50			7,50	
IV b	5,00			4,00	
V b gD	1,00			1,50	
V b mD	7,00	1,00	12)	8,00	kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
V c	7,00	1,00	13)	8,00	kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
VI b	14,00	1,00	14)	13,00	kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	15)		kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
VII	6,75			6,75	
IX b/VII	0,50			1,50	
VIII	2,59			3,72	
Summe:	154,79			159,42	

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	4,00			4,00	
Summe:	4,00			4,00	
Summe (ohne *) insgesamt	217,39			219,02	

Einzelplan 6
Kapitel 6700
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Umweltschutz
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	0,00			2,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	1,00			2,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	3,00			4,00	Nr. 5	
A 12	3,00			3,00	Nr. 5	
A 12	5,00			5,00	Nr. 5	
A 11	3,00			4,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 5	
A 10	4,00			4,00	Nr. 5	
A 9	4,00			4,00	Nr. 5	
A 8	4,00			4,00	Nr. 5	
gesamt:	32,00			38,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6701; Aufgabenreduzierung im Bereich der Wassergütestelle - Verlagerung in das Kapitel 6700
I b	-1,00								-1,00	Vermerkvollzug Flächensanierung nach interner organisatorischer Maßnahme
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
VIII			-1,13						-1,13	Synergien durch Umrüstung der gewässerkundlichen Landesmessnetze auf digitalen Messbetrieb
Summe Angestellte										
	-1,00	0,00	-1,13	1,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-4,13	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	-1,00	1,00	-1,13	1,00	-0,50	-4,00	0,00	0,00	-4,63	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	1,00	-1,13	1,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	-1,63	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/08		alter Vermerk 2006
I b	5) kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung		kw: 2,00 VergGr. I b nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
III	11) weggefallen		kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan 6	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Kapitel 6800	Amt für Naturschutz und Landschaftspflege

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,10 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,10	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	4,00			4,00	
A 14	5,00	0,10	1)	5,00	kw: 0,10 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle
A 13	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00	1,00	2)	2,00	Vermerk <i>weggefallen</i>
A 11	5,00	1,00	3)	5,00	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle
A 10	0,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
Summe:	23,00			24,00	

B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (1,00)
 A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (4,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 8	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

Einzelplan 6

Kapitel 6800

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amt für Naturschutz und Landschaftspflege

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 8	0,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6000, Verlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6000, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/08	alter Vermerk 2006
A 12	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 6 Kapitel 6800	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Naturschutz und Landschaftspflege

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	0,00			0,00	
I	1,00			1,00	
I a	2,00			1,00	
I b	3,00			2,00	
II a hD	12,50	1,00	4)	12,50	kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle
II a gD	1,00			1,00	
III	9,22	1,00	5)	9,22	kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle
IV a	4,50			3,50	
V b mD	1,00	1,00	6)	1,00	kw: 1,00 VergGr. V b mD Stellenstreichung 2003, nach Freiwerden der Stelle
V c	3,50			1,50	
VI b	1,00	0,23	7)	2,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	3,50			3,50	
Richtl. Ang.mD	0,49			0,49	
Summe:	42,71			38,71	
Summe (ohne *) insgesamt	65,71			62,71	

Einzelplan 6
Kapitel 6800
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Naturschutz und Landschaftspflege
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
SAV Ang.hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
SAV Ang.hD								-1,00	-1,00	Tarifrechtliche Bewertung nach Stellenverlagerung aus Kapitel 6000
I					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6000, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
I								1,00	1,00	Tarifrechtliche Bewertung nach Stellenverlagerung aus Kapitel 6000
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
I b							1,00		1,00	Tarifrechtliche Bewertung der Leitung des Bereichs Grünplanung
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
III							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Bewertung der Leitung des Bereichs Grünplanung
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6204; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
V b mD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Verlagerung in Kapitel 6800, Stellentausch aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b mD			-1,00						-1,00	Synergien durch veränderte Verwaltungsabläufe
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; Stellentausch zwischen den Kapiteln 6000 und 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6205; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Stellentausch zwischen den Kapiteln 6000 und 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
Summe Angestellte	0,00	0,00	-1,00	7,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	4,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,23	0,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt	-0,23	0,23	-1,00	7,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	4,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-0,23	0,23	-1,00	8,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan 6 **Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**
Kapitel 6900 **Amt für Immissionsschutz und Betriebe**

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	9,00	1,00	1)	11,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 14	20,00	1,00	2)	25,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	3)		kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren
		1,00	4)		<i>Vermerk weggefallen</i>

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (19,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im
Verwaltungsdienst (1,00)

Einzelplan 6
Kapitel 6900

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15	-1,00								-1,00	Rationalisierung bei der Auswertung der Emissionserklärungen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdr. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdr. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
A 14	-1,00								-1,00	Zusammenlegung von Sachgebieten, Auflösung kleiner Organisationseinheiten
A 14	-1,00								-1,00	Wegfall einer Hierarchieebene im Bereich Abwassertechnik
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdr. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
A 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdr. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 15	1) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle
A 14	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 05/2005
A 14	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 09/2004

Einzelplan 6 Kapitel 6900	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	11,50	0,50	5)	11,00	Vermerk weggefallen
A 13	5,00			5,00	
A 12	6,00			6,00	
A 11	10,00	1,00	6)	10,00	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 10	2,00			3,00	
A 9	1,00	1,00	7)	1,00	Vermerk weggefallen
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	2,00			2,00	
Summe:	72,50			80,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (8,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,50), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (2,00)

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (5,00)

A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (7,00)

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	1,00	1,00	8)	1,00	Der Stelleninhaber erhält Bezüge nach vergleichbar B 3
I	2,00			2,00	
I a	3,00	1,00	9)	4,00	Vermerk weggefallen
I b	7,00			7,00	

Einzelplan 6
Kapitel 6900
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Immissionsschutz und Betriebe
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00				-4,00				-7,00	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; personalwirtschaftliche Gründe
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6000; personalwirtschaftliche Gründe
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6300; Tausch A9/A10
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6300; Tausch A9/A10
A 9	-1,00								-1,00	Rationalisierung in der Verwaltung des Amtes (Konsolidierung)
Summe Beamtinnen/ Beamte	-4,00	0,00	0,00	2,00	-6,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	-0,50	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	-4,00	0,50	-0,50	2,50	-6,00	0,00	0,00	0,00	-7,50	
I a	-1,00								-1,00	Rationalisierung bei der Auswertung von Emissionserklärungen
I a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I a							1,00		1,00	Korrekturbuchung zur Lösung eines personalwirtschaftlichen Problems durch kw-Vermerk-Vollzug im Zusammenhang mit der Rationalisierung bei der Auswertung von Emissionsschutzerklärungen
I b								1,00	1,00	Sachbearbeitung für Energieverträge
I b								-1,00	-1,00	Korrekturbuchung zur Lösung eines personalwirtschaftlichen Problems durch kw-Vermerk-Vollzug im Zusammenhang mit der Rationalisierung bei der Auswertung von Emissionsschutzerklärungen
I b						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdr. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 13	5) weggefallen	kw: 0,50 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle
I a	9) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 08/2004

Einzelplan 6 Kapitel 6900	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Amt für Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	41,00	0,50 1,00	10) 11)	42,00	<i>Vermerk weggefallen</i> kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe Flächensanierung
II a gD	3,00			3,00	
III	27,50	1,00	12)	32,50	kw: 1,00 VergGr. III Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen
IV a	17,25			20,25	
IV b	6,00			4,00	
V b gD	2,05			2,57	
V b mD	3,00	1,00	13)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
V c	8,00			8,00	
VI b	7,80	1,00	14)	8,00	kw: 1,00 VergGr. VI b Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle
VII	1,13	1,00	15)	2,24	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	129,73			146,56	
Summe (ohne *) insgesamt	202,23			226,56	

Einzelplan 6
Kapitel 6900
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Amt für Immissionsschutz und Betriebe
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00				-1,00		1,00		-1,00	
II a hD							-1,00		-1,00	Sachbearbeitung für Energieverträge
II a hD							1,00		1,00	Sachbearbeitung für Unternehmen für Ressourcenschutz
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdrs. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
III			-1,00						-1,00	Reduzierung des Standards bei der Betriebsüberwachung
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III							-1,00		-1,00	Sachbearbeitung für Unternehmen für Ressourcenschutz
III					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdrs. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
IV a					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdrs. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
V b mD	-1,00								-1,00	Rationalisierung im Aufgabengebiet Energieverträge
V b mD					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 7200; Änderungen von Zuständigkeiten in den Geschäftsbereichen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (Senatsdrs. Nr. 2005/1157 vom 27.09.2005)
VII	-1,00								-1,00	Rationalisierung im Bereich Verfahrensbegleitung
Summe Angestellte										
	-3,00	0,00	-1,00	0,00	-12,00	0,00	0,00	0,00	-16,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,70	-1,33	0,00	-0,20	0,00	0,00	0,00	-0,83	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	-3,00	0,70	-2,33	0,00	-12,20	0,00	0,00	0,00	-16,83	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-7,00	1,20	-2,83	2,50	-18,20	0,00	0,00	0,00	-24,33	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
II a hD	10) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2007

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Stellenhebungen				
1	6000	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12 nach Oberamtsärztin/Oberamtsrat A 13	Leitung des Abschnitts Betriebsprüfungen und Ordnungswidrigkeiten
2	6000	1,00	Regierungsamtsfrau/Regierungsamtsmann A 11 nach Amtsärztin/Amtsrat A 12	Leitung des Abschnitts Zentrale Anlagenbuchhaltung
3	6420	1,00	Technische Oberamtsärztin/Technischer Oberamtsrat A 13 nach Baurärztin/Baurat A 13	Leitung des Projektbereichs Bauvorbereitung Bund und Land
Sonstige Stellenveränderungen				
4	6000	1,00	Technische Amtsärztin/Technischer Amtsrat A 12 in Amtsärztin/Amtsrat A 12	aus lauffbahnrechtlichen Gründen
5	6000	1,00	Technische Amtsfrau/Technischer Amtsmann A 11 in Regierungsamtsfrau/Regierungsamtsmann A 11	aus lauffbahnrechtlichen Gründen
6	6100	1,00	Amtsärztin/Amtsrat A 12 Der Haushaltsvermerk „kw 31.12.2006 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“ wird geändert in „kw nach Freiwerden der Stelle, spätestens am 31.12.2008“.	
7	6610	1,00 1,00	Regierungsamtsfrau/Regierungsamtsmann A 11 Angestellte/Angestellter III Der Haushaltsvermerk „kw 31.12.2006 Beschleunigung des Wohnungsbauprogramms“ wird geändert in „kw nach Freiwerden der Stelle, spätestens am 31.12.2008“.	

^{*)} bei Stellenhebungen und -umwandlungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, R und W oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007/2008

Wirtschaftsplan
der staatlichen Hochbaudienststelle
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau – Landesbau –
(§ 15 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Aufwendungen (Personal- und Sachaufwand) und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Mit Einwilligung der Finanzbehörde dürfen Mehraufwendungen im Erfolgsplan geleistet werden, wenn sie Voraussetzung für die Erzielung von Erträgen in mindestens gleicher Höhe sind.
4. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden. Die Einwilligung der Bürgerschaft ist erforderlich, wenn auf Investitionsmaßnahmen mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet und die Mittel in den Erfolgsplan übertragen werden sollen.
Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan veranschlagten Maßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 50.000 EUR steigen.
5. Neue Maßnahmen im Finanzierungsplan bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 50.000 EUR übersteigen.
6. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von Rücklagen gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung der Verlustvorträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist.
7. Die BSU ist ermächtigt, Verschiebungen bei den Stellen sowie dem Personal- und Sachaufwand zwischen den Teilwirtschaftsplänen vorzunehmen, wenn dies dem Ziel der schrittweisen Reduzierung des Gesamtaufwandes der Hochbaudienststellen dient.

Anlage 2.1

Gesamtwirtschaftsplan Staatlicher Hochbau Kontobezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Erläuterung Nr.
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. Erfolgsplan					
Einnahmen					
I. Leistungen bei investiven Maßnahmen (soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)					
110 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HOAI)	4.704,6	7.498	4.995	4.856	
120 Projektsteuerung/Bauherrnberatung/-betreuung	3.934,0	4.927	4.407	4.339	
Summe I	8.638,6	12.425	9.402	9.195	1
II. Leistungen bei Bauunterhaltungsmaßnahmen (soweit nicht umsatzsteuerpflichtig)					
210 Architekten- und Ingenieurleistungen (ohne § 31 HOAI)	2.636,6	3.967	3.536	3.479	
220 Projektsteuerung/Bauherrnberatung/-betreuung	125,4	676	494	477	
Summe II	2.762,0	4.643	4.030	3.956	1
Summe I+II	11.400,6	17.068	13.432	13.151	
III. Umsatzsteuerpflichtige Leistungen					
300 Einnahmen aus umsatzsteuerpflichtigen Leistungen	240,1	434	258	233	1
IV. Sonstige Einnahmen					
310 Sonstige betriebliche Einnahmen	154,4	45	35	35	
320 Entnahme aus Rücklagen	0,0	0	0	0	
Summe IV	154,4	45	35	35	
V. Gesamteinnahmen (Summe I, II, III, IV)	11.795,1	17.547	13.725	13.419	

Gesamtwirtschaftsplan Staatlicher Hochbau Kontobezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Erläuterung Nr.
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
Ausgaben					
I. Personalausgaben					
410 Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	10.407,3	11.712	9.049	8.819	2
420 Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	1,6	41	28	28	3
430 Sonstige Personalausgaben (Zulagen, Überstundenentgelte u. dgl.)	0,6	22	10	10	4
440 Zuschläge für Beihilfen u dgl.	94,2	66	85	83	5
450 Versorgungszuschläge für Beamte, Angestellte und Arbeiter	1.192,4	1.480	1.029	1.000	6
Summe I	11.696,1	13.321	10.201	9.940	
II. Sachausgaben					
510 Geschäftsbedarf	281,6	324	301	297	7
520 Geräte und Ausstattung	128,5	162	134	125	8
530 Aus- und Fortbildung	49,1	89	70	63	9
540 Reisekosten	0,9	17	11	10	10
550 Fremdleistungen	183,6	365	233	190	11
560 Miete	1.028,0	977	979	992	12
570 Bewirtschaftung	84,3	216	233	233	12
580 Instandhaltung	16,3	34	29	29	12
600 Erstattung Verwaltungsgemeinkosten u. dgl.	1.441,2	1.774	1.347	1.311	13
Summe II	3.213,5	3.958	3.337	3.250	
III. Sonstige Ausgaben					
700 Umsatzsteuerzahllast	22,7	70	25	23	14
IV. Gesamtausgaben (Summe I, II, III)	14.932,3	17.349	13.563	13.213	
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Saldo zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben)					
989 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.137,2	198	162	206	

Anlage 2.1

Gesamtwirtschaftsplan Staatlicher Hochbau Kontobezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Erläuterung Nr.
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
Finanzbedarf					
I. Investitionen					
001 Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	175,5	180	105	115	20
002 Anpassung an Erfordernisse aus Neuorganisati- on bzw. Umbaumaßnahme Geschäftszimmer	0,0	0	0	0	
Summe I	175,5	180	105	115	
II. Sonstiger Finanzbedarf					
071 Zuführung an Rücklagen	0,0	308	0	0	15
072 Zuführung an Altersteilzeit-Rücklage	0,0	0	0	0	15
078 Verlustabdeckung aus Vorjahren	9.641,5	1.287	11.011	9.673	16
182 Ablieferung an den Haushalt	0,0	0	0	0	17
620 Rückvergütung an Auftraggeber	0,0	0	0	0	18
989 Jahresfehlbetrag	3.137,3	378	0	0	
Summe II	12.778,8	1.973	11.011	9.788	
Gesamtsumme Finanzbedarf (Summe I, II)	12.954,3	2.153	11.116	9.788	
Deckungsmittel					
071 Entnahme aus Rücklagen	0,0	0	0	0	
072 Entnahme aus Altersteilzeit-Rücklage	127,4	0	183	153	
078 Verlustvortrag auf das Folgejahr	11.839,0	1.577	9.753	9.429	19
182 Zuschuss aus dem Haushalt	987,9	0	1.018	0	21
989 Jahresüberschuss	0,0	576	162	206	
Gesamtsumme Deckungsmittel	12.954,3	2.153	11.116	9.788	

Wirtschaftsplan der staatlichen Hochbaudienststelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Amt für Bauordnung und Hochbau - Landesbau

- Haushaltsjahre 2007/2008 -

Zu Nr.

Erläuterungen zu den Konten des Wirtschaftsplanes

Allgemeine Vorbemerkung zum Gesamtwirtschaftsplan

Mit dem Gesamtwirtschaftsplan wird erstmals eine saldierte Fassung der dezentral zu bewirtschaftenden Teil-Wirtschaftspläne der Hochbaudienststellen dargelegt. Der maßgebende Gesamtwirtschaftsplan stellt den Bewirtschaftungsrahmen für die Teil-Wirtschaftspläne dar, die künftig im Zahlenwerk und den Erläuterungen nicht mehr im Einzelnen abgebildet werden, weil ihnen als Teil des Gesamtwirtschaftsplans nur eine nachrichtliche Bedeutung zukommt. Im Stellenplan sind aus haushaltswirtschaftlichen Gründen die Stellen der Teilwirtschaftspläne dargestellt.

- 1 Die honorarabhängigen Einnahmen (Teile I, II und III) werden nach der (voraussichtlichen) Entwicklung der Auftragslage und Veränderungen bei den Zahlungseingängen geschätzt. Neben den Ist-Einnahmen (Spalte 1) bestanden am 31.12.2005 Deckungsmittel aus offenen Sollstellungen und Forderungen für erbrachte Leistungen:

Gesamtwirtschaftsplan	Deckungsmittel -in EUR-
Summe Hochbaudienststellen	10.816.383,02

- 2 Die Basis für die Veranschlagung und Abrechnung der Personalausgaben bilden die Ist-Ausgaben des Jahres 2005. Berücksichtigt sind für die Jahre 2007/2008 Veränderungen bei Anzahl und Wertigkeit der voraussichtlich im jeweiligen Planjahr besetzten Stellen.
- 3 Veranschlagt sind Personalausgaben zur Finanzierung unvorhergesehener, zeitlich befristeter zusätzlicher Personalbedarfe, die zur Erfüllung der vertraglich zugesicherten Leistungserstellung entstehen können (u. a. bei längeren krankheitsbedingten Personalausfällen).
- 4 Die zeitgerechte Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen kann - betriebsbedingt - die Leistung von Überstunden erforderlich machen, die (falls ein Zeitausgleich nicht in Betracht kommt) zu vergüten sind. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Vergütung angeordneter Überstunden.
- 5 Entsprechend dem für die Veranschlagung der Kontenrahmen für Dienstbezüge geltenden Verfahren wird ein prozentualer Zuschlag für Beihilfen u. dgl. in den Wirtschaftsplan eingestellt. Der Zuschlag beträgt 4,0 % der Beamtenbezüge. Bei diesem Konto werden außerdem die personalbezogenen Sachausgaben veranschlagt.
- 6 Veranschlagt sind prozentuale Zuschläge für Versorgungsleistungen (vgl. auch Erläuterung zu Nr. 5). Die Zuschläge betragen für Beamtinnen und Beamte 30,0 % und für dauerhaft beschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter 9 % der Personalausgaben.
- 7 Veranschlagt sind die Ausgaben für Schreib- und Zeichenbedarf, Ingenieur-Haftpflichtversicherung, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post- und Fernmeldegebühren, Kopien, Lichtpausen, Bücher, Zeitschriften und sonstige Geschäftsbedürfnisse. Darüber hinaus sind Ausgaben für die Haltung von Dienstfahrzeugen und für Kilometergelder berücksichtigt.
- 8 Veranschlagt sind Ausgaben für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen bis 5 Tsd. EUR im Einzelfall sowie der Ausgaben für ihre Wartung, Reparatur, Miete und dgl.
- 9 Berücksichtigt sind die Ausgaben für Aus- und Fortbildung; hierin eingeschlossen sind die Ausgaben für die Teilnahme an Veranstaltungen, die von der FHH selbst durchgeführt werden und deren Ausgaben zu erstatten sind.
- 10 Der Ansatz ist vorgesehen zur Finanzierung von Reisekosten, die insbesondere für auswärtige Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie überregionale Erfahrungsaustausche/Fachtagungen entstehen.
- 11 Veranschlagt sind Ausgaben für die Beauftragung externer Servicedienste.
- 12 Veranschlagt sind die voraussichtlichen Ausgaben für Miete, Bewirtschaftung und Instandhaltung. Sofern im Rahmen eines Untermietverhältnisses eine Behörde diese Ausgaben verauslagt, werden sie am Jahresende durch Umbuchung an die entsprechenden Titel des jeweiligen Einzelplans erstattet. Die Erstattungen sind dort in Ergänzung von Nr. 1.2 der VV zu § 35 (1) LHO von den jeweiligen Ausgaben abzusetzen.
- 13 Veranschlagt sind die Verwaltungsgemeinkostenpauschale für die Inanspruchnahme der Service- und sonstigen Verwaltungsleistungen durch die Hochbaudienststellen und die Gebühren für die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsabteilung der Finanzbehörde.
- 14 Die Umsatzsteuerzahllast ergibt sich aus den Umsatzsteueranteilen der Honorareinnahmen beim Konto 300 abzüglich anrechenbarer Vorsteuer.

Anlage 2.1

- 15 Es werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses der Rücklage zugeführt, soweit nicht Vorsorge für künftige Belastungen aus der Altersteilzeit getroffen wird (vgl. auch Nr. 17).

Zum 31.12.2005 bestehen folgende Rücklagen:

Gesamtwirtschaftsplan	Freie Rücklage -in Tsd. EUR-	Altersteilzeit-Rücklage -in Tsd. EUR-
Summe Hochbaudienststellen	0	617

- 16 Dargestellt ist in den Spalten 4 und 5 der aus Vorjahren abzudeckende Verlust.
- 17 Ab dem Geschäftsjahr 2001 werden grundsätzlich 50 % des Jahresüberschusses an den Haushalt abgeliefert und beim Titel 6200.121.57 im jeweiligen Folgejahr im Haushalt vereinnahmt, soweit nicht Vorsorge für künftige Belastungen aus der Altersteilzeit getroffen wird.
- 18 Bis einschließlich der Ergebnisse für das Geschäftsjahr 2000 wurden grundsätzlich 90 % des Jahresüberschusses an Auftraggeber rückvergütet.
- 19 Dargestellt sind in den Spalten 4 und 5 die Verlustvorträge auf die Jahre 2008 bzw. 2009.
Es wird davon ausgegangen, dass die Verlustvorträge in den Folgejahren abgebaut werden können.
- 20 Das Investitionsvolumen ist vorgesehen für notwendige Ersatzbeschaffungen vorhandener Geräte und Ausstattungsgegenstände vornehmlich im Bereich der IuK-Technik sowie ggf. zur Herrichtung von Standorten im Zuge weiterer Zusammenlegungen von Hochbaudienststellen.
- 21 Als Zuschussbedarf für 2007 ist veranschlagt der Jahresverlust 2005, soweit er nicht durch offene Sollstellungen und Rücklagen gedeckt ist.

Kennzahlen:

		2005	2006	2007	2008
1.	Anzahl der im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen:	195,7	187,3	176,8	173,0
2.	Kostendeckungsgrad (in %):	89,5	103,7	102,1	102,7
3.	Jahres-Honorar-(Erwartung) pro Mitarbeiter/-in (-in Tsd. EUR-):	77,6	104,8	88,4	88,0
4.	Durchschnitts-Projektfaktor in %:	59,2	-	-	-

- zu 1. Für die Jahre „laufendes Haushaltsjahr“ und „Planjahr“ werden die voraussichtlich im Jahresdurchschnitt besetzten Stellen dargestellt.
- zu 2. Berechnungsformel: Gesamteinnahmen (incl. Veränderungen der offenen Sollstellungen) / Gesamtausgaben x 100 = Kostendeckungsgrad in %
- zu 3. Bei der Berechnung des „Jahres-Honorars pro Mitarbeiter/-in“ werden die (ggf. voraussichtlichen) Stellenbesetzungen berücksichtigt, soweit diese aufgrund der geforderten Qualifikation unmittelbar der Leistungserstellung dienen. Hierzu gehören Stellen für Architekten und Ingenieure, Techniker, Technische Zeichner. Außerdem sind die Stellen für Führungskräfte zu berücksichtigen. Stellen für Verwaltungskräfte bleiben dagegen unberücksichtigt.
- zu 4. Summe Projektzeiten / Gesamtarbeitszeit x 100 = Projektfaktor in %

Einzelplan WI Kapitel 6201	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hamburg-Mitte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 15	2,00			1,00	
A 14	1,00			0,00	
A 13	1,00			1,00	
A 13	2,00	1,00	1)	2,00	Artikel 8 Nr. 5 HHB ku: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt nach BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann nach Freiwerden der Stelle
A 12	3,00	1,00	2)	2,00	
A 11	9,00			2,00	
A 10	7,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	27,00			12,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00)
 A 14 Oberregierungsärztin/ Oberregierungsarzt (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt (2,00)
 A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (3,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (9,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (5,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
 A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	2,00			1,00	
II a gD	2,00			0,00	
III	25,50	1,00	3)	13,00	Artikel 8 Nr. 5 HHB Artikel 8 Nr. 5 HHB
IV a	41,50	1,00	4)	22,00	
IV b	4,00			1,00	
V b gD	1,00			1,00	
V b mD	0,50			0,00	
V c	1,50			1,00	
VI b	6,00			3,00	
VII	1,00			1,00	
VIII	0,50			0,00	
Summe:	85,50			43,00	
Summe (ohne *) insgesamt	112,50			55,00	

Einzelplan WI
Kapitel 6201

Wirtschaftspläne
Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hamburg-Mitte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Stellentausch innerhalb der Hochbaudienststellen
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6205; Stellentausch innerhalb der Hochbaudienststellen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3000; Verlagerung gem. Art. 8 Nr. 9.Haushaltsbeschluss 2005/2006
A 11				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 10				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	17,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	15,00	
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
II a gD				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6610; Einrichtung von Projektgruppen bei LP für die Bearbeitung prioritärer Aufgabenfelder
III				12,50					12,50	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6203, Korrekturbuchung
IV a			-9,00						-9,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a				28,50					28,50	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
IV b				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
VI b				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-9,00	51,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	41,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	1,50	0,00	0,00	0,00	0,00	1,50	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-9,00	52,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	42,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-9,00	69,50	-3,00	0,00	0,00	0,00	57,50	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 12	2) ku: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt nach BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan	WI	Wirtschaftspläne
Kapitel	6202	Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Planen+Bauen Hamburg (alt)

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	0,00	1,00	1)	2,00	Vermerk weggefallen
A 14	0,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	Vermerk weggefallen
A 12	0,00	1,00	2)	4,00	
A 11	0,00			4,00	
A 10	0,00			4,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	0,00			17,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)
 A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (0,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (0,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	0,00			1,00	
II a gD	0,00			2,00	
III	0,00			12,50	

Einzelplan WI Kapitel 6202	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Planen+Bauen Hamburg (alt)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15	-1,00								-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6210; Stellenverlagerung innerhalb der Hochbaudienststellen ins Kap. 6210
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Stellenverlagerung im Rahmen der Obergrenzenregelung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Stellentausch i.R. der Obergrenzenregelung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6030; Stellentausch i.R. der Obergrenzenregelung
A 12					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 11				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6030; Stellenverlagerung im Rahmen der Obergrenzenregelung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
A 11					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 10					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	-1,00	0,00	0,00	4,00	-20,00	0,00	0,00	0,00	-17,00	
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
II a gD					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Neueingabe VGP
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 15	1) weggefallen		kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor
A 12	2) weggefallen		ku: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt nach BesGr. A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtsmann nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne	
Kapitel 6202		Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Planen+Bauen Hamburg (alt)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	0,00			34,50	
IV b	0,00			4,00	
V b mD	0,00			0,50	
V c	0,00			1,50	
VI b	0,00			4,00	
VIII	0,00			0,50	
Summe:	0,00			60,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			77,50	

Einzelplan WI
Kapitel 6202

Wirtschaftspläne
Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Planen+Bauen Hamburg (alt)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-4,00				-3,00	
III					-12,50				-12,50	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
IV a			-2,00						-2,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl. Hochbauverw.
IV a			-5,00						-5,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a					-28,50				-28,50	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6203; Stellenverlagerung zu ABH 53
IV b					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6207; Stellenverlagerung innerhalb der Hochbaudienststellen
VI b					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Fusion der HBD Mitte und Planen+Bauen
Summe Angestellte	0,00	0,00	-7,00	2,00	-54,00	0,00	0,00	0,00	-59,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	-1,50	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	-7,00	2,00	-55,50	0,00	0,00	0,00	-60,50	
Summe (ohne *) insgesamt	-1,00	0,00	-7,00	6,00	-75,50	0,00	0,00	0,00	-77,50	

Einzelplan WI Kapitel 6203	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hamburg-Nord

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	2,00			2,00	
Summe:	7,00			7,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a gD	1,00			1,00	
III	16,00			15,00	
IV a	15,00			18,34	
IV b	3,00			3,06	
V b mD	2,00			3,00	
V c	1,00			2,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	1,00			1,00	
IX b	0,00			1,00	
Summe:	40,00			45,40	
Summe (ohne *) insgesamt	47,00			52,40	

Einzelplan WI Kapitel 6203	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hamburg-Nord

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6200; Neuorganisation ABH
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201, Korrekturbuchung
IV a			-2,00						-2,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a			-1,34						-1,34	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Stellenverlagerung zu ABH 53
IV b			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
V b mD			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
V c			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IX b			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-7,34	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-5,34	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,06	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-7,40	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-5,40	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-7,40	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-5,40	

Einzelplan WI Kapitel 6204	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Wandsbek

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a hD	2,00	1,00	1)	2,00	ku: 1,00 VergGr. II a hD nach VergGr. II a gD Bei Ausscheiden des Stelleninhabers die Fallgruppe zurückändern in Fg. 8
III	10,00			12,00	
IV a	17,00			23,00	
IV b	1,00			1,00	
V c	1,00			1,00	
VI b	1,00			2,00	
VII	1,00			1,00	
VIII	0,00			0,50	
Summe:	33,00			42,50	
Summe (ohne *) insgesamt	34,00			43,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200, Korrekturbuchung
IV a							1,00		1,00	Neubewertung
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6200; Neueingabe des VGP
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
IV a			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a			-3,00						-3,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-6,00	0,00	-3,00	0,00	1,00	0,00	-8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-6,50	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-9,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-6,50	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-9,50	

Einzelplan WI Kapitel 6205	Wirtschaftspläne Landesbau - Zentrale Bauaufgaben

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	2,00			1,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			1,00	
A 11	2,00			3,00	
Summe:	9,00			8,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (2,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
 A 11 Technische Amtsfrau/ Technischer Amtmann (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
II a hD	0,00			1,00	
III	10,00			7,00	
IV a	3,00			3,00	
IV b	1,00			1,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	2,00			1,00	
Summe:	17,00			15,00	
Summe (ohne *)	26,00			23,00	
insgesamt					

Einzelplan WI Kapitel 6205	Wirtschaftspläne Landesbau - Zentrale Bauaufgaben

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Fusion der Hochbaudienststellen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6201; Stellentausch innerhalb der Hochbaudienststellen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6201; Stellentausch innerhalb der Hochbaudienststellen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6210; Bereinigung des Stellenplans
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6210; Bereinigung des Stellenplans
III				2,00			1,00		1,00	Neubewertung
III									2,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
IV a							-1,00		-1,00	Neubewertung
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Neuorganisation der staatlichen Hochbauverwaltung
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	5,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	7,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	3,00	

Einzelplan WI Kapitel 6206	Wirtschaftspläne Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Bergedorf

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	0,00			1,00	
A 11	0,00			1,00	
Summe:	0,00			2,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (0,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
II a gD	1,00			1,00	
III	0,00			4,00	
IV a	3,00			6,00	
IV b	1,00			1,00	
V c	0,00			1,00	
VI b	1,00			1,00	
VII	0,50			0,50	
Summe:	6,50			14,50	
Summe (ohne *) insgesamt	6,50			16,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Fusion der Hochbaudienststellen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6202; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6800; Verlagerung in Kapitel 6800, personalwirtschaftliche Maßnahme
III					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6202; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6202; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6207, Korrekturbuchung
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6205; Umorganisation innerhalb der Hochbaudienststellen
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-10,00	0,00	0,00	0,00	-10,00	

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 6207	Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hochschulbau

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	2,00			2,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 12	3,00			4,00	
A 11	2,00			3,00	
A 10	2,00			2,00	
Summe:	13,00			15,00	

A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)
 A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
 A 12 Technische Amträtin/ Technischer Amtrrat (3,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
 A 10 Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (2,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00			2,00	
I b	2,00			3,00	
II a hD	1,00			1,00	
II a gD	2,00			2,00	
III	15,00			16,00	
IV a	9,00			11,00	
IV b	1,00			0,00	
V b mD	2,00			2,00	
V c	1,00			1,00	
VI b	4,90			4,60	
Summe:	39,90			42,60	
Summe (ohne *) insgesamt	52,90			57,60	

Einzelplan WI
Kapitel 6207

Wirtschaftspläne
Staatliche Hochbaudienststelle Landesbau - Hochschulbau

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2007/08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3000; Verlagerung gem. Art.8 Nr. 9 Haushaltsbeschluss 2005/2006
A 11			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
I b			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
III			-1,00						-1,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a			-3,00						-3,00	Senatsbeschl.z.Neuorga d.staatl.Hochbauverw.
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6206, Korrekturbuchung
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Stellenverlagerung innerhalb der Hochbaudienststellen
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-5,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,60	0,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,30	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-5,60	2,90	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,70	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-6,60	2,90	-1,00	0,00	0,00	0,00	-4,70	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007/2008

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes Straßen, Brücken und Gewässer
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Aufwendungen im Erfolgsplan (Personalaufwand, Sach- und Fachaufwand) und eigene Investitionen des Landesbetriebs sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Jahresfehlbeträge dürfen als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. EUR	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Erträge</u>		
1. Erlöse aus Leistungsentgelten		
101 Leistungsentgelte für betriebliche Maßnahmen der Wasserwirtschaft	5.462	5.407
102 Leistungsentgelte für betriebliche Maßnahmen des Verkehrswesens	4.004	4.019
103 Leistungsentgelte für betriebliche Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus	6.699	6.729
104 Leistungsentgelte für investive Maßnahmen der Wasserwirtschaft	6.258	6.238
105 Leistungsentgelte für investive Maßnahmen des Verkehrswesens	14.437	14.401
106 Leistungsentgelte für investive Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus	11.090	10.924
Summe 1.	47.950	47.718
2. Sonstige Umsatzerlöse		
201 Entgelt für betriebliche Leistungen des Verkehrswesens	6.069	6.069
202 Entgelt für betriebliche Leistungen der Wasserwirtschaft	2.861	2.861
203 Schadenersatzleistungen	1.500	1.500
Summe 2.	10.430	10.430
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		
-		
Summe 3.	0	0
4. Zinserträge und ähnliche Erträge		
-		
Summe 4.	0	0
5. Außerordentliche Erträge		
601 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	0	0
Summe 5.	0	0
<u>Gesamterträge</u>	58.380	58.148

Kontenbezeichnung	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. EUR	
1	2	3
A. ERFOLGSPLAN		
<u>Aufwendungen</u>		
1. Personalaufwendungen		
1.1 Gehälter und Löhne		
401 Beamtenbezüge	6.404	6.488
402 Angestelltenvergütungen	12.576	12.604
403 Arbeiterlöhne	3.694	3.692
404 sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	17	17
Summe 1.1	22.691	22.801
1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
411 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	2.654	2.659
412 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter	779	779
413 Versorgungsaufwendungen – Beamte	1.795	1.820
414 Versorgungsaufwendungen – Angestellte	1.333	1.336
415 Versorgungsaufwendungen – Arbeiter	395	395
421 Pensionsrückstellung (Zuführung)	0	0
422 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	239	242
423 Beiträge zur Landesunfallkasse	0	0
Summe 1.2	7.195	7.231
Summe 1.	29.886	30.032
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
2.1 Personalbedingte Aufwendungen		
501 personalbedingte Aufwendungen	132	132
Summe 2.1	132	132
2.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung		
521 Mieten und Pachten	933	1433
522 Bewirtschaftung und Unterhaltung	232	232
Summe 2.2	1.165	1.665
2.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb		
531 Geschäftsbedarf, Bürobedarf, Bücherei	515	515
532 IuK-Technik	368	368
Summe 2.3	883	883
2.4 Übrige sonstige Aufwendungen		
541 Abschreibungen auf Forderungen	0	0
542 periodenfremde Aufwendungen	0	0
543 Erstattung interne Dienstleistungen	575	575
544 Schadenersatz	1	1
Summe 2.4	576	576
Summe 2.	2.756	3.256

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	In Tsd. EUR	
1	2	3
3. Honoraraufwendungen		
611 Vergaben an Ingenieure für betriebliche Maßnahmen	690	690
612 Vergaben an Ingenieure für investive Maßnahmen	14.052	13.752
Summe 3.	14.742	14.442
4. Abschreibungen auf Anlagevermögen		
-		
Summe 4.	0	0
5. Aufwendungen für bauliche Maßnahmen der Auftraggeber		
-	10.396	10.318
Summe 5.	10.396	10.318
6. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen		
-		
Summe 6.	0	0
7. Steuern		
-		
Summe 7.	0	0
<u>Gesamtaufwendungen</u>	57.780	58.048
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	600	100

Kontenbezeichnung	Ansatz 2007	VE 2007	Ansatz 2008	VE 2008
	In Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
B. Finanzierungsplan				
I. <u>Finanzbedarf</u>				
1. Investitionen				
Maschinen und Anlagen	0	0	0	0
Fahrzeuge	10	0	10	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung	210	0	10	0
Aufbau Zentralarchiv	300	0	0	0
IuK-Maßnahmen	80	0	80	0
Summe 1.	600	0	100	0
2. Sonstiger Finanzbedarf				
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	0	0
Ablieferung an den Haushalt	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
Summe 2.	0	0	0	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	600	0	100	0
II. <u>Deckungsmittel</u>				
Jahresüberschuss	600	0	100	0
Abschreibungen	0	0	0	0
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0	0	0	0
Betriebszuschuss aus dem Haushalt	0	0	0	0
Versorgungszuschuss aus dem Haushalt	0	0	0	0
Investitionszuschuss aus dem Haushalt für IuK	0	0	0	0
<u>Summe Deckungsmittel</u>	600	0	100	0
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel (+)</u>				
<u>Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)</u>	0	0	0	0

ERLÄUTERUNGEN

Der neue Landesbetrieb soll ab 01.01.2007 im Wesentlichen die Aufgaben der Planung, des Baus und der Unterhaltung der Infrastruktur der Verkehrswege, der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes übernehmen und wird als Dienstleister für die jeweils fachlich zuständige Dienststelle fungieren.

Der Landesbetrieb wird ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen tätig und erhält für die erbrachten Leistungen ein Honorar. Die Auftraggeber veranschlagen die Finanzierung der Aufträge einschließlich des Honorars in den eigenen Einzelplänen. Der Landesbetrieb finanziert seine Aufwendungen durch Honorare.

Der Honorarwert ermittelt sich aus den dem Landesbetrieb zuzuordnenden Personalkosten und Sachausgaben, sowie Ingenieurmitteln und wird haushaltsneutral auf die Titel verteilt, aus denen die zuständigen Dienststellen ihre Aufträge an den Landesbetrieb finanzieren. Hierzu wird auch auf die Erläuterungen zu den Kapiteln 6300 und 6700 verwiesen.

Die durch die Neugründung des Landesbetriebs erfolgte Neuordnung der Aufgaben und die sich daraus ergebende Umrechnung der Mittel in Honorarwerte haben zur Folge, dass keine Vergleichszahlen für die Vorjahre darstellbar sind.

Im Einzelnen werden folgende Positionen erläutert:

Erträge

1. Veranschlagt sind Leistungsentgelte aus Projekten, die von den Auftraggebern zugewiesen werden. Die Aufteilung auf die nach Auftraggeber und Mittelherkunft unterschiedenen Unterkonten ergibt sich aus dem ermittelten Aufwand und ist nach der voraussichtlichen Entwicklung geschätzt.
2. Veranschlagt sind Erstattungen der Auftraggeber für die Abwicklung von kleineren betrieblichen Maßnahmen, für die der Landesbetrieb im Rahmen der make-or-buy-Entscheidung selbst tätig wird oder die Leistung vergeben kann einschließlich der Erträge aus Schadenersatzleistungen Dritter.
3. Vorgesehen für mögliche Eigenentwicklungen im Softwarebereich. Da der Bedarf nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.
4. Vorgesehen für Erträge aus dem Geldverkehr. Da der Bedarf nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.
5. Vorgesehen für die Gewährleistung der Versorgungszusage der FHH gem. Nr. 3.2.2.2 der VV zu § 26 LHO. Der Bedarf für Pensionsrückstellungen wird bis zum Doppelhaushalt 2009/10 ermittelt. Veranschlagt ist eine Leerposition.

Aufwendungen

- 1.1 Veranschlagt sind die Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen und Arbeiterlöhne unter Berücksichtigung der derzeitigen Stellenausstattung auf der Basis der im Vorwort zum Einzelplan 6 genannten Kriterien.
- 1.2 Veranschlagt sind der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung für Angestellte und Arbeiter, die nach Zuschlägen berechneten Versorgungsaufwendungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter sowie Beihilfe für Beamte. Vorgesehen ist eine Leerposition für die Rückstellungen zu Pensionen und Altersteilzeit. Die Berechnung nach der VV zu § 26 LHO mit einem versicherungsmathematischen Gutachten erfolgt zum Jahresabschluss 2007.
- 2.1 Veranschlagt sind verschiedene personalbezogene Aufwendungen, wie Reisekosten, Fahrgelder und Kilometervergütungen, Zehrkosten, Aus- und Fortbildungskosten und weitere personalbedingte Aufwendungen (z.B. Prämien betriebl. Vorschlagwesen).
- 2.2 Veranschlagt sind die Aufwendungen für Miete der Gebäude einschl. Tunnelbetriebszentrale und Autobahnmeistereien sowie die dazugehörigen Betriebs- und Unterhaltungskosten.
- 2.3 Veranschlagt sind alle Aufwendungen für den allgemeinen Geschäftsbetrieb, wie Büroverbrauchsmaterial und Schreibbedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Geräte- und Ausstattungsgegenstände, Versicherungsprämien, Mitgliedsbeiträge, Dienst- und Schutzkleidung.
- 2.4 Veranschlagt sind Erstattungen von Verwaltungsgemeinkosten an die BSU für Service- und Intendanz-

leistungen der Verwaltung, sowie Aufwendungen für Dienstleistungen anderer Bereiche der Verwaltung, die nach § 61 LHO abgerechnet werden (u.a. Zentrum für Personaldienste, Kasse.Hamburg, Kompetenzzentrum Aus- und Fortbildung, Prüfungsabteilung der Finanzbehörde und weitere).

3. Veranschlagt sind Aufwendungen des Landesbetriebes für Vergaben an Dritte, insbesondere für Planungs- und Ingenieurleistungen, die nicht mit eigenem Personal durchgeführt werden.
4. Vorgesehen für Aufwendungen aus Abschreibungen auf das Anlagevermögen. Das Anlagevermögen wird mit Beginn des Landesbetriebes durch eine Inventur ermittelt und zum Jahresabschluss 2007 nachgewiesen.
5. Veranschlagt sind Aufwendungen des Landesbetriebes für die Beauftragung von Dritten für betriebliche Unterhaltungsmaßnahmen im Bereich der Straßen, Brücken, Tunnel und Gewässer, die nicht mit eigenem Personal durchgeführt werden.
6. Vorgesehen für Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Geldwirtschaft. Da der Bedarf nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.
7. Vorgesehen für Aufwendungen aus Steuern. Da der Bedarf nicht vorhersehbar ist, ist eine Leerposition veranschlagt.

Die bisher beim Wirtschaftsplan Autobahn- und Tunnelbetrieb (§15 Abs. 2 LHO) veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wurden in den vorliegenden Wirtschaftsplan integriert, wobei auch hier die Finanzierung künftig über Honorare gesichert wird. Aus der Zusammenlegung der Bereiche zu einem Wirtschaftsplan ergeben sich für den Betriebsbereich Autobahn- und Tunnelbetrieb keine wesentlichen Änderungen. Zu nennen ist hier die Reduzierung der Verwaltungsgemeinkosten, die sich ab 2007 analog zum gesamten Landesbetrieb berechnen. Zur Abgrenzung werden die Zahlen aus diesem Bereich gesondert dargestellt:

	2007	2008
Einnahmen aus Honoraren für Betrieb und Unterhaltung von Bundesfernstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung	6.053	6.053
Summe Einnahmen	6.053	6.053
Personalausgaben	4.030	4.030
Personalnebenkosten	1.295	1.295
Personalbedingte Ausgaben	8	8
Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung	115	115
Geschäftsbedarf	186	186
Sonstige Ausgaben	419	419
Summe Ausgaben	6.053	6.053
Saldo Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	0	0

LAGEBERICHT

1. Grundlagen und Ziele

Der neue Landesbetrieb „Straßen, Brücken und Gewässer“ (§ 26 Abs. 1 LHO) der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt fasst die im früheren Amt für Bau und Betrieb wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Planung, des Baus und der Unterhaltung der Infrastruktur der Verkehrswege, der Wasserwirtschaft und des Hochwasserschutzes zusammen und nimmt seinen Betrieb zum 01.01.2007 auf.

Die Leistungserbringung des Landesbetriebes geschieht insbesondere unter folgenden Zielsetzungen:

- Schaffen von Projekteinheiten, die wie ein externes Ingenieurbüro Projekte des Tiefbaus von der Planung über den Entwurf bis zur Ausführung unter einer einheitlichen Projektleitung bearbeiten,
- Aufbau und Vorhalten eines vom Betrieb selbst verwalteten Personalkörpers, der kurzfristig auf Kapazitätsschwankungen reagieren kann,
- Aufbau und Einsatz von in der Privatwirtschaft erprobten und eingesetzten Instrumenten zur Steuerung von Projekten hinsichtlich Zeit, Geld und Personaleinsatz,
- Anwenden der Leistungsbilder und der Honorartafeln der HOAI und anderer Honorartafeln für die Leistungserstellung,
- Entwickeln bzw. Einsetzen eines Budgetbemessungssystems, das projektbezogene Daten liefert und Prognosen ermöglicht,
- Ermöglichen eines Kostenvergleichs zwischen externen Ingenieurbüros und der staatlichen Tiefbauverwaltung,
- Erleichtern der Entscheidungen zwischen Eigenleistung und Vergabe,
- Kontinuierliche Weiterentwicklung des Landesbetriebs zu einem modernen Dienstleister.

Die Ergebnisse der Neuordnung von Verantwortlichkeiten für Straßen und Gewässer zwischen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und den Bezirksämtern gemäß der Bürgerschaftsdrucksache zur Verwaltungsreform 18/2498 wurden bei der Gründung des Landesbetriebes entsprechend berücksichtigt.

2. Aufgaben

Der Landesbetrieb wird als Dienstleister für die fachlich jeweils zuständige Dienststelle (insbesondere die Ämter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) tätig. Er hat damit keine originären Zuständigkeiten im Sinne von ihm durch Vorschriften zugewiesenen Aufgaben. Er wird ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen seiner Auftraggeber tätig, die die dafür erforderlichen Finanzmittel in ihren Einzelplänen absichern müssen.

Der Geschäftsbereich des Landesbetriebes umfasst Leistungen mit gesamtstädtischer Bedeutung auf den Gebieten des Straßen-, Wasser- und Ingenieurbaus, ferner die Erhaltung und den Betrieb vorhandener sowie den Bau neuer Verkehrsanlagen, Gewässer und Hochwasserschutzanlagen mit den dazugehörigen technischen Bauwerken.

Der Landesbetrieb übernimmt damit Planungs-, Projektvorbereitungs- und Umsetzungsleistungen sowie gewerbliche Betriebs- und Unterhaltungsleistungen in den Aufgabenfeldern:

- Straßen (Hauptverkehrsstraßen, Bundesfernstraßen),
- Küsten- und Binnenhochwasserschutz,
- Gewässer (außer Bundeswasserstraßen),
- Konstruktive Bauwerke (u.a. Brücken, Tunnel, Wände, Schleusen, Sperr- und Schöpfwerke),
- Lichtsignal- und Verkehrstelematikanlagen, Öffentliche Beleuchtung,
- Erschließungsmaßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung.

Damit erhalten die Auftraggeber, aber auch Bürger und Investoren einen Ansprechpartner, der sich im Rahmen definierter Aufträge konsequent, abschließend und verbindlich um deren Erledigung kümmert.

Der Landesbetrieb wird durch den konsequenten Einsatz der betriebswirtschaftlichen Instrumente in der Lage sein, seine Aufgabenwahrnehmung zu optimieren und die Ergebnisse transparent darzustellen. Die angebotenen Leistungen werden wirtschaftlicher erbracht und kostengünstiger angeboten werden.

3. Finanzierung

Der Landesbetrieb „Straßen und Gewässer“ übernimmt Aufträge für projektbezogene und wiederkehrend anfallende Durchführungsaufgaben mit den dazugehörigen Ingenieurleistungen, der Projektsteuerung und allen projektbezogenen Bauherrenleistungen. Die vereinbarte Honorierung spiegelt Umfang und Schwierigkeit der übertragenen Aufgabe wider und ist in ihrer Gesamthöhe somit unmittelbar an die Auftragslage gekoppelt. Damit erhält der Landesbetrieb die erforderliche wirtschaftliche Basis für seine Aufgabenerledigung.

Die Beauftragung wird in Kontrakten vereinbart. Der Kontrakt beschreibt für Auftraggeber und Auftragnehmer verbindlich die beauftragten Leistungen. Dazu gehören Umfang, Qualität, Zeiten, Budget und ggf. weitere

wichtige Ziele abgestellt auf den jeweiligen Einzelfall bzw. Leistungsbereich. Für die vom Landesbetrieb zu erbringenden Leistungen wird ein Honorar vereinbart, aus dem dieser seinen Aufwand (Personal- und Sachkosten, Vergabe von Ingenieur- und sonst. Leistungen etc.) abdeckt. Dabei bilden die geschätzten Kosten zusammen mit dem kalkulierten Aufwand für beauftragte Architekten- und Ingenieurleistungen, Projektsteuerungsleistungen, Bauherrenkernleistungen und anderen betrieblichen Leistungen ein Budget, welches Grundlage für die Honorarzahungen aus dem Haushalt an den Wirtschaftsplan ist.

Durch die Zusammenführung eigener (im Wesentlichen Personal-) Kosten mit den Vergabemitteln für externe Dienstleister (z. B. Ingenieurbüros oder Firmen für Pflege- und Betriebsaufgaben) entsteht die Möglichkeit, wirtschaftlich sinnvolle make-or-buy-Entscheidungen zu treffen. Durch die zusammengefasste Darstellung aller Projektkosten werden auch die Zusammenhänge zwischen Vorbereitungs- und Betreuungsaufwand sowie Baukosten einer Maßnahme deutlich, die bei getrennter Betrachtung verloren gehen.

Honorarmittel sowie Betriebs- und Unterhaltungsmittel mit Gestaltungsspielraum für Vergabeentscheidungen werden dem Landesbetrieb zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung übertragen und fließen in den Erfolgsplan ein, um die o.a. make-or-buy-Entscheidungen zu ermöglichen. Der Auftraggeber erhält bei der Beendigung des Bauprojektes eine Abrechnung über die Honorare und die Baumittel. Außerdem bildet der Landesbetrieb zur Erstellung eines kontraktbezogenen Berichtswesens die Aufgabenerledigung im internen Controllingverfahren ab.

4. Kennzahlen

Für den Aufgabenbereich des Landesbetriebes werden Kennzahlen entwickelt, die Auskünfte zu Kosten und deren Entwicklung geben. Zum Zeitpunkt der Einrichtung des Landesbetriebes sind diese Kostenkennzahlen noch nicht ermittelbar, daher werden diese Angaben im nächsten Lagebericht vorgelegt.

Die Aufgaben des Landesbetriebes sind mit folgenden Quantitätskennzahlen darstellbar:

Bereich Straßen

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
In Bearbeitung befindliche Straßenbauprojekte innerhalb der FHH:	115	115	125	119	119
In Bearbeitung befindliche Bundesfernstraßenbauprojekte:	65	65	60	60	60
Länge der Bundesautobahnen in km	82	82	82	82	82
Länge der außerörtlichen Bundesstraßen in km	21	21	21	21	21
Anzahl der Autobahnknoten	5	5	5	5	5
Anzahl der BAB-Anschlussstellen	33	33	33	33	33
Betrieb der Öffentlichen Beleuchtung und Lichtsignalanlagen					
Leuchten, Leuchtverkehrszeichen	126.000	126.000	126.000	126.000	126.000
Lichtsignalanlagen	1.692	1.680	1.685	1.700	1.700
Verkehrsrechner	10	10	10	10	10
Parkleitsysteme	5	5	5	5	5
Verkehrsbeeinflussungsanlagen	1	1	1	1	2
Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten					
zu bewirtschaftende Stellplätze	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
Parkuhren	270	320	320	270	270
Parkscheinautomaten	622	630	630	630	630

Anlage 2.2

Bereich Ingenieurbauwerke

Straßen- und Fußgängerbrücken gesamt	1330	1306	1305	1337	1337
Straßen- und Fußgängertunnel und Tröge gesamt	73	74	74	74	75
Lärmschutz- und Stützwände gesamt	168	168	178	184	184
Verkehrszeichenbrücken gesamt	242	242	262	249	236

Bereich Großprojekte

Baulicher Umsetzungsstand der Großprojekte					
Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek (Gesamtvolumen ~ 190 Mio. EUR) in %	29	29	43	50	50
A 7; 4. Röhre Elbtunnel (Gesamtvolumen ~ 614 Mio. EUR) in %	-	99	100	100	100
A 7; Nachrüstprogramm Elbtunnel, Röhren 1-3 (Gesamtvolumen ~ 95 Mio. EUR) in %	-	35	65	80	90
Schnellbahnanbindung Flughafen (Gesamtvolumen ~ 280 Mio. EUR) in %	50	55	69	88	97

Bereich Gewässer

Länge der Fließgewässer in km ¹	663	665	670	673	678
Kosten der Fließgewässerunterhaltung (einschl. der Strom- und Betriebskosten an Pump- und automatisierten Staubbauwerken) in EUR pro lfd. km ²	3.374	3.020	3.000	2.761	2.761
Länge der schiffbaren Gewässer in km	57,40	57,40	57,40	57,40	57,40
- Flote in km	3,10	3,10	3,10	3,10	3,10
- Alster und Kanäle in km	30,10	30,10	30,10	30,10	30,10
- Bille und Kanäle in km	24,20	24,20	24,20	24,20	24,20
Zahl der zu betreibenden Schleusen, Schöpf- und Sperrwerke an schiffbaren Gewässern (Anlagen)	37	37	37	37	37
Betriebskosten (Strom, Gas, etc.) pro Anlage in EUR	6.500	7.000	7.000	7.000	7.000
Wartungs- und Instandhaltungskosten für die maschinenbaulichen Anlagen pro Anlage in EUR ³	11.500	15.800	17.100	14.000	14.000
Grundinstandgesetzte Uferwände an schiffbaren Gewässern in m p.a. ⁴	540	500	500	340	500
Beseitigter Unrat an schiffbaren Gewässern in m ³	4.400	4.500	4.500	4.500	4.500
Mittlere Kosten pro m ³ Unratbeseitigung in EUR	30	30	30	30	30
Entnommene / aufbereitete Gewässersedimente in m ³⁵	18.350	10.000	20.000	20.000	10.000
Kosten für die Entnahme und Aufbereitung von Gewässersedimenten in EUR/m ³⁶	58	78	80	80	80

¹ Erhöhung bedingt durch neue Erschließungen

² Berechnungen erfolgen in Bezug zum Haushaltsansatz

³ 2006: Kostensteigerung für zusätzliche Wartungskosten für die Fernsteuerung der Schleusen.

⁴ 2007: weniger durch schwierigen Bauabschnitt

⁵ Menge steht in Bezug zum Aufwand und den zur Verfügung stehenden Mitteln

⁶ 2005: Außergewöhnlich günstige Deponiepreise. Die Planzahlen orientieren sich an den marktüblichen Preisen.

Bereich Hochwasserschutz

Länge der Hauptdeichlinie (1. Deichlinie) in km ⁷	99,36	99,30	103,4	103,4	103,4
Zahl der Einzelbauwerke in der Hauptdeichlinie	72	72	74	75	75
- Schleusen, Deichsiele, Sperrwerke, Schöpfwerke	39	39	39	39	39
- Sperrtore ⁸	33	33	35	36	36
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch den Landesbetrieb in km	16,30	16,30	16,30	16,30	16,30
Länge der zu unterhaltenden Hauptdeichlinie durch Bezirke sowie HPA in km	83,25	83,25	83,25	83,25	83,25
Länge der „2. Deichlinie“ in km (Dove-Elbe, Billwerder Bucht, Este) in km	35,66	35,66	35,66	35,66	35,66
Erhöhungen im Planjahr					
- Deiche in km ⁹	2,05	2,20	2,40	0,20	0
- Hochwasserschutzwände in km ¹⁰	0,98	1,20	2,34	0,70	0,56
- Einzelbauwerke	4	6	6	7	8
Mittlere Kosten der Erhöhung					
- der Deiche in EUR pro lfd. m ¹¹	4.500	4.800	4.500	4.500	0
- der Hochwasserschutzwände in EUR pro lfd. m ¹²	11.500	12.100	12.000	20.000	20.000
Anteil erhöhter Hochwasserschutzanlagen an der jeweiligen Gesamtlinie in %					
- Deiche in %	96	97	99	100	100
- Hochwasserschutzwände in %	80	84	86	90	95
- Einzelbauwerke in %	66	70	71	79	87

⁷ 2006: Verlängerung der Hauptdeichlinie durch Einbeziehung des bisherigen Vordeiches Finkenwerder

⁸ 2006: Neubau von zwei Toren am Dradenauer Hauptdeich; 2007: Bau eines zusätzlichen Tores am Landungsbrückengelände

⁹ 2008: Abschluss der Deichverstärkungen im Rahmen des Erhöhungsprogramms

¹⁰ 2005: Beginn größerer Baumaßnahmen, die erst in den Folgejahren abgeschlossen werden.

¹¹ 2008: Wegfall durch Beendigung der Maßnahmen

¹² Kostenerhöhung aufgrund aufwändiger Neubauten im Bereich Fischmarkt, Landungsbrücken und Stadtdeich

Einzelplan	Lan	Landesbetriebe
Kapitel	6420	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

2007		2008	Vermerk	
Wertigkeit	Anzahl	Anzahl	davon	
<u>Planstellen</u>				
Beamtinnen und Beamte				
B 6	1,00	1,00		
B 3	2,00	2,00		
A 16	8,00	8,00	1,00	kw 1,00 A 16: nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010
A 15	16,00	16,00	2,00	kw 1,00 A 15: nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
				kw 1,00 A 15: nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010
			2,00	kw 2,00 A 15: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
A 14	27,00	27,00	4,00	kw 1,00 A 14:nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
				kw 1,00 A 14:nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
				kw 1,00 A 14:nach Beendigung des Nachrüstprogramms Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
				kw 1,00 A 14: nach Beendigung der Baumaßnahme6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010
			2,00	kw 2,00 A 14: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
A 13 hD	22,00	22,00	2,00	kw 1,00 A 13 hD: nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7 spätestens 31.12.2010
				kw 1,00 A 13 hD: nach Beendigung des Nachrüstprogramms Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
			1,00	kw 1,00 A 13 hD: nach Beendigung des Ausbauprogr.für den Hochwasserschutz
A 13 gD	9,00	9,00		
A 12	29,00	29,00		
A 11	24,00	24,00	1,00	kw 1,00 A11: Stellenstreichung 2003 nach Freiwerden der Stelle
A 10	7,00	7,00		
A 9 gD	2,00	2,00		
A 9 mD	1,00	1,00		
A 8	4,00	4,00		
A 7	1,00	1,00		
Summe	153,00	153,00		

Einzelplan	Lan	Landesbetriebe
Kapitel	6420	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

I. Stellenbestand

2007		2008		Vermerk
Wertigkeit	Anzahl	Anzahl	davon	
<u>Angestellte</u>				
Ia	4,00	4,00	2,00	kw 1,00 VergGr. Ia: nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 VergGr. Ia: nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010
Ib	15,00	15,00	5,00	kw 3,00 Verggr. Ib nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ib nach Beendigung der Baumaßnahme Flughafen-S-Bahn, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ib nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010
Ila hD	17,00	17,00	3,00	kw 1,00 VergGr. Ila hD: nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ila hD: nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ila hD: nach Beendigung des Nachrüstprogramms für den Elbtunnel, spätestens 31.12.2010
Ila gD	13,00	13,00	4,00	kw 4,00 VergGr. Ila hD: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
			3,00	kw 1,00 Verggr. Ila gD: nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ila gD: nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Ila gD: nach Beendigung der Baumaßnahme Bahnübergänge Wandsbek, spätestens 31.12.2010
			1,00	kw 1,00 VergGr. Ila gD: nach Freiwerden der Stelle
III	66,00	66,00	2,00	kw 1,00 VergGr. III: nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. III: nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010
			3,00	kw 3,00 VergGr. III: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
IVa	39,50	39,50	1,00	kw 1,00 VergGr. IVa: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
IVb	9,00	9,00		
Vb gD	4,00	4,00		
Vb mD	50,00	50,00	2,00	kw 1,00 Verggr. Vb mD nach Beendigung der Baumaßnahme 6/8-streifiger Ausbau A7, spätestens 31.12.2010 kw 1,00 Verggr. Vb mD nach Beendigung der Baumaßnahme Hafenquerspange, spätestens 31.12.2010
			5,00	kw 5,00 VergGr. V mD: nach Beendigung des Ausbauprogr. für den Hochwasserschutz
Vc	34,00	34,00		
VIb	30,00	30,00		
VII	7,00	7,00		
VIII	4,00	4,00		
Summe	292,50	292,50		
<u>Arbeiter</u>				
7	7,00	7,00		
6	23,00	23,00		
5	64,50	64,50		
3	1,00	1,00		
2	1,00	1,00		
1	1,00	1,00		
Richtl. Arb	0,04	0,04		
Summe	97,54	97,54		
Summe insgesamt	543,04	543,04		

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007 / 2008

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (§ 26 Abs.1 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

6000.261.01	Erstattung von Verwaltungsgemeinkosten der Landesbetriebe nach § 15 und 26 LHO sowie der Anstalten öffentlichen Rechts
6000.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
6000.682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung
6000.891.01	Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung
6000.891.56	Investitionszuschüsse an die Wirtschaftspläne der BSU für IuK-Maßnahmen

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei den Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme 250 Tsd. EUR übersteigen.
3. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Personenbezogene Einzelfallentscheidungen im Tarfbereich können getroffen werden, sofern die Kontrollmöglichkeit gewahrt wird und keine zusätzlichen Haushaltsmittel beansprucht werden.

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Erträge</u>				
1. Umsatzerlöse				
500000 Benutzungsgebühren Vermessungswesen	3.842	3.910	3.980	3.980
500100 Benutzungsgebühren Satellitenpositionierungsdienst SAPOS	36	28	0	0
500200 Umsatzerlöse Gutachterausschuss	122	1.000	750	750
500300 Umsatzerlöse Medien / Druck	615	2.000	550	550
500340 Umsatzerlöse Kommunale Vermessung	0	0	1.300	1.300
500400 Umsatzerlöse Abgabe Geodaten	2.048	658	2.212	2.212
500500 Umsatzerlöse Sonstige Leistungen	2.540	1.200	200	200
500600 Umsatzerlöse Telefonauskünfte Gutachterausschuss	73	85	0	0
500700 Verwaltungsgebühren Vermessungswesen	1	0	1	1
Summe 1.	9.277	8.881	8.993	8.993
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen				
522000 Bestandsveränderung Fertigerzeugnisse	315	0	0	0
Summe 2.	315	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
-				
Summe 3.	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge				
540000 Sonstige betriebliche Erträge	228	0	0	0
578000 Erträge aus Schadenersatz	6	0	0	0
Summe 4.	234	0	0	0
5. Zinserträge und ähnliche Erträge				
-				
Summe 5.	0	0	0	0
6. Außerordentliche Erträge				
580000 Gewährleistung der Versorgungszusage FHH	476	250	348	348
Summe 6.	476	250	348	348
<u>Gesamterträge</u>	10.302	9.131	9.341	9.341

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
A				
. ERFOLGSPLAN				
<u>Aufwendungen</u>				
1. Materialaufwendungen				
1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
600000 Verbrauch Rohstoffe	157	230	130	130
600100 Dienst- und Schutzkleidung	6	11	11	11
610000 Verbrauch Handelswaren	202	31	200	200
Summe 1.1	365	272	341	341
1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen				
600950 Fremdleistungen im Zusammenhang mit Umsatzprozessen	457	554	605	605
617000 Erstattung der Dienstleistungen von DATAPORT	738	738	810	810
617010 Kostenersatz für Schleswig-Holstein für Kartierungsarbeiten	51	51	0	0
617020 Gerätemieten	0	7	7	7
Summe 1.2	1.246	1.350	1.422	1.422
Summe 1.	1.611	1.622	1.763	1.763
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
620000 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	1.050	1.457	1.046	1.004
630000 Vergütungen der Angestellten	10.259	10.568	10.221	10.097
640000 Bezüge der Beamtinnen und Beamten	3.607	3.360	3.560	3.510
650000 Beschäftigungsentgelte, Nebenamtliche Entgelte	3	12	12	12
Summe 2.1	14.919	15.397	14.839	14.623
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
620100 Versorgungsanteile Arbeiter	124	124	124	124
620200 Zuführung zur Pensionsrückstellung Arbeiterinnen/Arbeiter	0	25	0	0
620500 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiterinnen/Arbeiter	223	298	222	214
630100 Versorgungsanteile Angestellte	1.071	1.071	1.071	1.071
630200 Zuführung zur Pensionsrückstellung Angestellte	0	175	0	0
630500 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	2.095	2.280	2.172	2.146
640100 Versorgungsanteile Beamtinnen/Beamte	1.108	1.108	1.108	1.108
640200 Zuführung zur Pensionsrückstellung	306	50	150	150
660000 Beihilfen	327	175	350	350
661000 Beiträge zur Landesunfallkasse	3	47	3	3
662000 Unfallfürsorge, betriebsärztliche Untersuchungen	8	10	10	10
663000 Sonstige Personalkosten	200	2	200	200
Summe 2.2	5.465	5.365	5.410	5.376
Summe 2.	20.384	20.762	20.249	19.999

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen				
670000 Abschreibungen	1.436	500	1.500	1.500
Summe 3.	1.436	500	1.500	1.500
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
790000 Dienstreisen	29	30	30	30
790100 Aus- und Fortbildung	38	56	56	56
790101 Finanzierungsbeitrag Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	0	10	10
Summe 4.1	67	86	96	96
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
780000 Gebäudebewirtschaftung und -unterhaltung	237	247	247	247
780100 Gebäudemiete	1.971	1.883	1.883	1.783
Summe 4.2	2.208	2.130	2.130	2.030
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
688000 Kraftfahrzeugkosten	72	90	100	100
700000 Geschäftsbedarf und Kommunikationskosten	272	226	350	350
700080 Aufwand für PR und Marketing	0	0	24	24
700100 IT-Aufwand	501	489	489	489
700200 Erstattung des internen Telefonverkehrs an DATA-PORT	104	92	0	0
784000 Mitgliedsbeiträge	6	6	6	6
787000 Anwalts-, Gerichts-, Gutachten-, Prüfungs- und Steuerberatungs-Kosten	6	10	10	10
788000 Erstattung für Verwaltungsdienstleistungen	693	709	679	667
788200 Nebenkosten des Geldverkehrs	2	1	1	1
Summe 4.3	1.656	1.623	1.659	1.647
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen				
695000 Wertberichtigungen und Abschreibungen	10	0	0	0
699000 Periodenfremder Aufwand	21	0	0	0
699001 Sonstiger Aufwand	195	0	0	0
788100 Schadenersatzleistungen	0	2	2	2
Summe 4.4	226	2	2	2
Summe 4.	4.157	3.841	3.887	3.775
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen				
750000 Zinsaufwendungen	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
6. Außerordentliche Aufwendungen				
760000 Außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0
Summe 6.	0	0	0	0
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
770000 Gewerbeertragsteuer	0	0	0	0
771000 Körperschaftsteuer	0	0	0	0
Summe 7.	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern				
703000 Kraftfahrzeugsteuer	6	7	7	7
Summe 8.	6	7	7	7
<u>Gesamtaufwendungen</u>	27.594	26.732	27.406	27.044
<u>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</u>	-17.292	-17.601	-18.065	-17.703

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Er- geb- nis 2005	An- satz 2006	VE 2006	An- satz 2007	VE 2007	An- satz 2008	VE 2008
	- in Tsd. EUR -						
1	2	3	4	5	6	7	8
B. FINANZIERUNGSPLAN							
I. Finanzbedarf							
1. Investitionen							
23000 IT-Software	142	330	25	405	25	330	25
24000 Daten	126	0	0	200	200	200	200
70000 Technische Anlagen und Maschinen	146	614	256	414	256	414	256
80000 Betriebs- und Geschäftsausstattung luK	213	12	0	12	0	12	0
81000 Kraftfahrzeuge	85	100	100	100	100	100	100
Summe 1.	712	1.056	381	1.131	581	1.056	581
2. Sonstiger Finanzbedarf							
Jahresfehlbetrag	17.292	17.601		18.065		17.703	
Summe 2.	17.292	17.601	0	18.065	0	17.703	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	18.004	18.657	381	19.196	581	18.759	581
II. Deckungsmittel							
163291 Versorgungszuschuss aus dem Haus- halt	2.303	2.303		2.303		2.303	
168258 Betriebszuschuss aus dem Haushalt	14.793	14.798		14.262		13.900	
189101 Investitionszuschuss aus dem Haus- halt	0	1.056		1.131	581	1.056	581
189156 Investitionszuschuss für IT- Maßnahmen	477	0		0		0	
670000 Abschreibungen	1.436	500		1.500		1.500	
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	3.735						
Nicht gedeckter Finanzbedarf							
<u>Gesamtsumme Deckungsmittel</u>	22.744	18.657	0	19.196	581	18.759	581
III. <u>Noch verfügbare Deckungsmittel</u>	4.740						

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2007/2008**Erträge**

500000, 500100	Der Ansatz bei Konto 500000 enthält ab 2007 auch die bisher bei Konto 500100 veranschlagten Benutzungsgebühren für den Satellitenpositionierungsdienst SAPOS.
500200, 500600	Ab 2007 sind bei dem Konto 500200 neben Gebührentatbeständen auch Preistatbestände veranschlagt. Eine gesonderte Veranschlagung der Telefonauskünfte bei Konto 500600 erfolgt ab 2007 nicht mehr. Die Veranschlagung der Erlöse des Gutachterausschusses wird ab 2007 auf eine realistischere Höhe nach unten korrigiert mit dem Ziel, diese Erlöse auch zu erwirtschaften.
500300	Veranschlagt sind bei diesem Konto ab 2007 die Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung für reproduktions- und drucktechnische Arbeiten unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2005.
500340	Neu eingefügt wird ab 2007 das Konto 500340. Bis einschließlich 2006 erfolgte die Veranschlagung der hier ausgebrachten Erlöse vor allem unter Konto 500500.
500400	Veranschlagt sind Entgelte gemäß Preisverzeichnis des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung für die Abgabe von Geodaten. Bis einschließlich 2006 erfolgte die Veranschlagung dieser Leistungen teilweise auch bei anderen Wirtschaftsplankonten (z.B. 500300).
500500	Ab 2007 werden unter Konto 500500 vor allem nur noch Fachberatungen, etc. veranschlagt. Die bisher dort veranschlagten Erlöse sind ab 2007 bei den Konten 500200, 500340 und 500400 mit veranschlagt.
522000, 540000	Unter Konto 522000 werden Erlöse für Fertigerzeugnisse gebucht, die im Geschäftsjahr produziert worden sind und zunächst im Umlaufvermögen verbleiben. Bei Konto 540000 werden alle weiteren Erlöse, die sich keiner der anderen Kategorien zuordnen lassen (z.B. Verkauf von PKW) gebucht. Eine Veranschlagung für 2007/2008 ist bei diesen Konten nicht planbar.
580000	Gemäß VV zu § 26 LHO hat der LGV die Zuführungen zur Pensionsrückstellung durch eine Forderungsbuchung aufgrund der Gewährleistungszusage mit einer außerordentlichen Ertragsbuchung zu neutralisieren (vgl. auch Konto 640200).

Aufwendungen

600000, 610000	Hier wurde ab 2007 der Veranschlagungsmangel (unsaubere Veranschlagung im Sinne der kaufmännischen Buchführung) bereinigt und eine unabwiesbare Ansatzserhöhung bei Konto 610000 durchgeführt.
600100	Veranschlagt ist der Aufwand für Dienst- und Schutzkleidung für den Außendienst.
600950, 617010	Die Veranschlagung von Kartierungsarbeiten (bis 2006 Konto 617010) erfolgt ab 2007 unter Konto 600950.
617000	Die Ansatzserhöhung berücksichtigt die Kosten für den Betrieb von SAP-R/3 bei LGV.
620000, 630000, 640000, 650000	Veranschlagt sind die Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Arbeiterlöhne unter Berücksichtigung der derzeitigen Stellenausstattung und des IST-Ergebnisses 2005 sowie Entgelte für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige auf der Basis von Erfahrungswerten.
620500, 630500	Veranschlagt sind die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung für Angestellte und Arbeiter.
620100, 630100 und 640100	Veranschlagt sind die Versorgungsanteile für Beamte, Angestellte und Arbeiter.
620200, 630200 und 640200	Ab 2007 erfolgt die Veranschlagung ausschließlich bei Konto 640200 (vgl. Ertragskonto 580000).
660000	Der Ansatz ab 2007 wird in Anlehnung an das IST-Ergebnis 2005 erhöht und enthält auch die Zuführungsbeträge zur Beihilferückstellung.
661000	Die Ansätze für 2007 und 2008 konnten in Anlehnung an das IST-Ergebnis 2005 gesenkt werden.
662000	Veranschlagt sind Unfallfürsorgeleistungen und Erstattungen für betriebsärztliche Untersuchungen auf der Basis von Erfahrungswerten.
663000	Veranschlagt sind sonstige Personalkosten (z.B. Bildschirmarbeitsplatzbrillen) auf der Basis von Erfahrungswerten. Das IST-Ergebnis in 2005 beinhaltet auch die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen. Dieser Rückstellungsaufwand wird gemäß VV zu § 26 LHO durch eine Forderungsbuchung neutralisiert.
670000	Mit Vorlage der Eröffnungsbilanz auf den 1.1.2004 sowie der Ergebnisse 2004 und 2005 verfügt der LGV nunmehr über eine solide Basis zur Planung der Abschreibungen ab 2007.
790101	Gemäß Bürgerschaftsdrucksache 18/2302 hat sich der LGV in 2007 und 2008 mit rund 10 Tsd. EUR an der Finanzierung der § 15 LHO-Einrichtung Kompetenzzentrum Aus- und Fortbildung (ZAF) zu beteiligen.
780100	Veranschlagt ist die vertraglich vereinbarte Warmmiete für alle vom LGV genutzten Gebäudeteile.
688000	Veranschlagt ist die Unterhaltung der Fahrzeuge einschließlich Treibstoffkosten.

Anlage 2.3

700000, 700200	Eine gesonderte Veranschlagung von Telefonanschlusskosten bei Konto 700200 erfolgt ab 2007 nicht mehr. Diese Kosten sind ab 2007 bei Konto 700000 berücksichtigt. In Anlehnung an das IST-Ergebnis 2005 und die Entwicklung in 2006 ist eine geringe Ansatzerhöhung erforderlich.
700080	Für die Jahre 2007/2008 werden notwendige Mittel für PR-Maßnahmen und Marketing-Aktivitäten erstmals veranschlagt.
700100	Veranschlagt sind die Aufwendungen der IuK- Technik und IuK-Verbrauchsmaterial.
784000	Veranschlagt sind Kostenanteile und Mitgliedsbeiträge für Arbeitsgemeinschaften und Verbände des Vermessungswesens.
787000	Veranschlagt sind Ausgaben für Anwalts-, Gerichts- und Gutachteraufwendungen.
788000	Veranschlagt sind Erstattungen für Service, Intendanz der BBV, Jahresabschlussprüfung und Leistungen, die nach VV zu § 61 LHO erstattungspflichtig sind.
788200	Veranschlagt sind die Kontoführungsgebühren aufgrund der Einrichtung eigener Bankkonten bei der HSH Nordbank und der Hamburger Sparkasse.
695000, 699000, 699001	Das Konto 695000 berücksichtigt die Aufwendungen, die durch Niederschlagung von Forderungen entstehen. Periodenfremde Aufwendungen sind Aufwendungen, die ursächlich nicht zum laufenden Geschäftsjahr gehören. Der Sonstige Aufwand berücksichtigt Aufwendungen, die sich keiner der anderen Aufwandskategorien zuordnen lassen (z.B. Aufwand aus Vorsteuerverbindlichkeiten). Eine Veranschlagung bei diesen Konten ist nicht planbar.
788100	Veranschlagt sind Aufwendungen für Schadenersatzleistungen.
703000	Veranschlagt ist die für die Dienstfahrzeuge des Landesbetriebs zu zahlende Kraftfahrzeugsteuer.

Investitionen

23000	Veranschlagt sind Investitionen für den Ausbau und die Erhaltung des Liegenschaftskatasters und den fortlaufenden Aufbau der Geodateninfrastruktur durch Kauf oder Vergabe, die den Wert des Anlagevermögens erhöhen. Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 25 Tsd. EUR ist zu Lasten 2008/2009 veranschlagt.
24000	Ab 2007 wird ein neues Konto eingeführt, bei dem Investitionen durch Kauf von Daten (z.B. Befliegung) gebucht werden. Die Deckung dieses Kontos erfolgt durch Umschichtung zu Lasten 70000.
70000	Veranschlagt sind Investitionen für technische Anlagen, Maschinen, Vermessungs- und reprotechnische Geräte. Absenkung des Ansatzes infolge Umschichtung zu 24000. Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 256 Tsd. EUR ist zu Lasten 2008/2009 veranschlagt.
80000	Veranschlagt sind IuK-Baumaßnahmen. Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik sind global im Einzelplan 9 veranschlagt.
81000	Veranschlagt sind zeitgerechte Ersatzbeschaffungen von Meßkraftfahrzeugen. Die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 100 Tsd. EUR ist zu Lasten 2008/2009 veranschlagt.

Deckungsmittel

Im Finanzierungsplan werden in der Spalte „Ergebnis 2005“ gemäß VV zu § 26 LHO noch verfügbare Deckungsmittel ausgewiesen. Diese setzen sich zusammen aus

- a) noch nicht verbrauchten Investitionszuschüssen (Resten) und
- b) Abschreibungsbeträgen aus 2005 und den Vorjahren.

Lediglich den nicht verbrauchten Investitionszuschüssen stehen vorhandene liquide Mittel gegenüber, die für die Finanzierung von noch nicht getätigten Investitionen weiterhin benötigt werden. Demgegenüber stehen den aufgelaufenen Abschreibungen keine vorhandenen liquiden Mittel gegenüber, da sie nicht in den Erträgen realisiert werden konnten. Zur tatsächlichen Refinanzierung von Maßnahmen stehen die informatorisch ausgebrachten Abschreibungen daher nicht zur Verfügung. Stattdessen werden Investitionen beim Landesbetrieb durch Investitionszuschüsse finanziert.

Lagebericht 2005

1. Zielbild

Der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung (LGV) ist zum 1.1.2003 als Landesbetrieb nach § 26 LHO eingerichtet worden. Er ist zuständig für die Gewährleistung eines einheitlichen geodätischen Raumbezugs, für den Nachweis des Eigentums an Grund und Boden und für die Führung der geotopographischen Daten in Hamburg. Er ist der kompetente Dienstleister in der Fachberatung und Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten unterschiedlichster Ausprägung sowie der Ausführung von Vermessungsarbeiten aller Art sowohl für die öffentlichen als auch die privaten Auftraggeber.

Zu den strategischen Zielen des LGV gehören:

- Optimierung der Führung und Pflege der Geobasisdatenbestände
 - Überführen des flächenbezogenen Informationssystems in ein bundeseinheitliches Datenmodell;
 - Weiterentwickeln von satellitengestützten Vermessungsmethoden zum Standardverfahren;
 - Intensivere Nutzung der Möglichkeiten der Fernerkundung und der digitalen Photogrammetrie;
 - Auf- und Ausbau der Dritten Dimension für Gebäude und Topographie.
- Kontinuierliche Neuorientierung des Produkt- und Dienstleistungsangebots
 - nachfrageorientierten Ausbau des Produkt- und Dienstleistungsangebotes;
 - Nutzen der Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen von PPP-Modellen;
 - ein Angebot bundesweit harmonisierter Nutzungsmodelle.
- Weiterentwicklung des Geodatenmanagements mit dem Ziel, Produkte und Geodaten für Hamburg bedarfsge-
recht als allgemein verfügbare Infrastruktur bereitzustellen
 - den Aufbau einer regionalen Geodateninfrastruktur;
 - den Ausbau des Geoservice- und Geokompetenzzentrums;
 - die Vernetzung auf Länder- und Bundesebene.
- Konsequente Vermarktung von Geobasisdaten und Dienstleistungen
 - Einführung eines behördenübergreifenden marktorientierten Vertriebs- und Preismanagement für Geobasis-
daten;
 - entwickeln länderübergreifender Kooperationen;
 - erhöhen der Akquisitionstätigkeit und langfristiges sichern der Geschäftsbeziehungen;
 - erschließen neuer Marktpotentiale;
 - weiter entwickeln der Produktpalette zusammen mit den Kunden.
- Optimierung der internen Prozessorientierung und –steuerung mit dem Ziel der Effizienzverbesserung und einer
nachhaltigen Kostensenkung

Die Aufsicht führende Behörde über den Landesbetrieb ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Sie übt ihre Aufsicht unter anderem durch eine Zielvereinbarung aus, die jährlich zwischen der BSU und dem LGV neu abgeschlossen wird. In ihr sind wesentliche Projekte und Maßnahmen als operationalisierte Ziele enthalten. Über deren Fortgang bzw. Sachstand und die wirtschaftliche Situation berichtet der LGV vierteljährlich durch Projektberichte und sonstige Berichte.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2005

Der LGV legt mit dem Jahresabschluss 2005 seinen zweiten kaufmännischen Jahresabschluss vor.

Entwicklung der Umsatzerlöse sowie des Kostendeckungsgrades

Die Höhe der Umsatzerlöse in 2005 wurde gegenüber der Veranschlagung insgesamt überschritten, auch wenn bei einigen Erlöskonten aufgrund zu hoher Ansatzschätzungen bei der Gründung des Landesbetriebes das Erlösziel nicht erreicht wurde.

In 2004 wurden umfassende Veränderungen zur Verbesserung der Strukturen in der Kosten- und Leistungsrechnung beschlossen. Auf dieser Basis konnten im Geschäftsjahr 2005 aussagefähige Daten (z.B. zur Kostendeckung bestimmter Geschäftsfelder) gewonnen werden. Diese haben zur betrieblichen Entscheidungsfindung (Neustrukturierung des Fachbereiches LGV 43) beigetragen.

Investitionen

Realisierte Investitionen in Höhe von rund 712 Tsd. EUR wurden entsprechend als Zugänge im Anlagevermögen gebucht.

Jahresfehlbetrag

Trotz hoher Abschreibungen von fast 1,4 Mio. EUR liegt der Jahresfehlbetrag um 409 Tsd. EUR unter dem veranschlagten Wert. Die erhaltenen Betriebszuschüsse sind aus Wirtschaftsplan-Perspektive auskömmlich, da dort entsprechend den Verwaltungsvorschriften zu § 26 LHO die Abschreibungen als Deckungsmittel auszuweisen sind. In der kaufmännischen

Anlage 2.3

GuV ist dies nicht möglich, so dass sich hier ein Bilanzverlust von 196 Tsd. EUR ergibt. Unter Berücksichtigung des Vorjahres ergibt sich somit ein gesamter Bilanzverlust von 295 Tsd. EUR.

Die Finanzierungsplanabrechnung 2005 ist nachfolgend dargestellt:

Finanzierungsplanabrechnung 2005			
Finanzbedarf	Mio. EUR	Deckungsmittel	Mio. EUR
LGV-Investitionen des Jahres 2005	0,7	Versorgungszuschuss	2,3
Noch verfügbare Deckungsmittel	4,7	Betriebszuschuss	14,8
Jahresfehlbetrag	17,3	Abschreibungen einschl. Mindererlöse	1,4
		Investitionszuschuss	0
		luK-Investitionszuschuss	0,5
		Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	3,7
Summe	22,7	Summe	22,7

Entwicklung des Eigenkapitals

Der Jahresabschluss wurde unter teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. Die in 2005 erhaltenen luK-Investitionszuschüsse wurden in die Kapitalrücklage gebucht. Das Grundkapital hat sich im Geschäftsjahr durch Korrekturen gegenüber der Eröffnungsbilanz auf den 1.1.2004 um 4 Tsd. EUR verringert. Es ergibt sich folgender Eigenkapitalbestand per 31.12.2005:

Eigenkapital	EUR
Grundkapital	6.343.980,01
Kapitalrücklage	2.843.357,00
Bilanzverlust	-295.340,18
Summe	8.891.996,83

Personal

Im Geschäftsjahr 2005 hat die Anzahl der Beschäftigten nur marginal von 430 auf 427 abgenommen. Grund dafür ist – bei maßvollen Übernahmen von Auszubildenden – die nachlassende Fluktuation; vermehrt bleiben Beschäftigte bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres tätig, um nicht Abschlüsse bei der Ruhestandsversorgung hinnehmen zu müssen. Das Durchschnittsalter hat sich auf 48 Jahre erhöht.

3. Künftige Entwicklung des LGV in 2006 und 2007

3.1 Stand der laufenden und geplanten Vorhaben / Projekte

Folgende komplexe Vorhaben werden in den Jahren 2006 und 2007 fortgesetzt:

Geodateninfrastruktur: Basiswissen bündeln

Informationen mit Raumbezug bilden häufig die Grundlage für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Gegenwärtig unternehmen Bund und Länder erhebliche Anstrengungen, um diese Informationen, die in der Regel von ganz unterschiedlichen Verwaltungsstellen gesammelt, genutzt und gepflegt werden, der Allgemeinheit besser zugänglich zu machen. Auch in Hamburg arbeiten wir – unter dem Stichwort „Geodateninfrastruktur“ – intensiv daran, den Zugang zu den begehrten Daten zu erleichtern. Dazu gehört etwa, sie leichter auffindbar und möglichst zentral erreichbar zu machen sowie, sie technisch zu vereinheitlichen. Für das notwendige Zusammenwirken der Hamburger Behörden auf diesem Gebiet hat der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung die Federführung. Das Vorhaben ist ein zentraler Baustein des hamburgischen E – Government – Fahrplans.

Da der Bedarf an diesen Daten nicht an der Landesgrenze endet, erstrecken sich die genannten Aktivitäten inzwischen auch auf das Umland der Hansestadt. So hat das Projekt „Geodateninfrastruktur – Metropolregion Hamburg“, das als Leitprojekt der Metropolregion Hamburg anerkannt wurde, zum Ziel, die Geodatenstrukturen von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg miteinander zu verknüpfen. Unter dem Motto „*Ein Preis, eine Anlaufstelle, eine Technik*“ sollen Marktbarrieren abgebaut und die Verbreitung der Geodaten innerhalb der Region gefördert werden. Dabei geht es um ein einheitliches Preismodell für die Nutzung von Geodaten ebenso wie um eine zentrale Datenabgabe und eine einheitliche Technik, die den reibungslosen Austausch der wertvollen Informationen sicherstellt. Das Projekt, an dem der Landesbetrieb für die Freie und Hansestadt Hamburg mitwirkt, wird dazu beitragen, Kosten in diesem Bereich zu vermindern, das Datenangebot für die Mitbürgerinnen und Mitbürger über das Internet weiter zu verbessern und die Kataster- und Vermessungsverwaltung der beteiligten Länder weiter zu modernisieren.

Das AAA-Projekt: Amtliche Geobasisinformationen aus einem Guss

Die Geobasisinformationen des amtlichen deutschen Vermessungswesens werden zurzeit umfassend neu strukturiert. Zu diesen Geobasisinformationen gehören die Informationen des Liegenschaftskatasters, die zum Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®), die topographischen Informationen, die zum Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS®), und die Koordinaten der Festpunkte des amtlichen Lagenetzes, die zum

Amtlichen Festpunkt-Informationssystem (AFIS®) weiterentwickelt werden. Die Neuordnung soll insbesondere die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich verarbeiteten und dargestellten Informationen nach Inhalt und Struktur vereinheitlichen und ihre Austauschbarkeit garantieren.

Dabei können die vorhandenen Daten nicht einfach in der bestehenden Form übernommen, sondern müssen im Hinblick auf die neue Struktur umfassend überarbeitet und ergänzt werden. Der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung arbeitet intensiv daran, seine entsprechenden Datenbestände – in enger Kooperation mit Schleswig-Holstein – für die Überführung in das neue System aufzubereiten. Als erstes soll ab 2006 ALKIS eingeführt werden. Damit wären die Vermessungsverwaltungen der Länder zum ersten Mal in der Lage, flächendeckend einen standardisierten Grunddatenbestand des Liegenschaftskatasters anzubieten. Die Neustrukturierung ist ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer einheitlichen, standardisierten und benutzerorientierten Dateninfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland und wäre auch international beispielhaft.

Hamburgs digitales Stadtmodell: Planung in 3-D

Eine Planungshilfe der besonderen Art ist das Hamburger 3-D-Stadtmodell. Damit lässt sich die Bebauung der Hansestadt bequem und übersichtlich am Bildschirm erschließen – digital und, als willkommener Zusatzeffekt, plastisch in 3-D. Dieses Modell gibt es in zwei Ausbaustufen. Die erste umfasst den gesamten Gebäudebestand der Hansestadt – in Zahlen: 750 km² mit 330.000 Gebäuden – in Blockform, d. h. ohne Dächer und sonstige Modellierungen. Die zweite enthält sowohl Dächer als auch andere Gestaltungselemente und gibt auch im Detail ein realistisches Bild wieder. Diese 2., aufwändigere Ausbaustufe liegt für rund ein Drittel der Stadt vor und umfasst 120.000 Gebäude. Integrierter Bestandteil des 3-D-Modells sind sowohl Straßen- und Gewässerflächen als auch ein digitales Geländemodell hoher Auflösung. Das Stadtmodell erlaubt als neuartige Dienstleistung u. a. die Generierung von Ansichten aus jeder beliebigen Betrachterposition und Blickrichtung. Interessenten können die Daten aber auch direkt erwerben, um zum Beispiel eigene Projekte zu bearbeiten. Darüber hinaus kann das Modell je nach Wunsch und Bedarf jederzeit um Gestaltungselemente ergänzt und erweitert werden. Mit der vollständigen digitalen, dreidimensionalen Erfassung der gebauten Stadt und den daraus resultierenden vielfältigen Möglichkeiten hat Hamburg eine Vorreiterrolle übernommen und weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden. Architekten und Städtebauern, Verkehrsplanern, Vermessern und vielen anderen bietet der Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung damit eine moderne, attraktive Hilfe für ihre Planungen.

Umbruch in der Vermessung: Punkt für Punkt neu

Die Möglichkeit, von Satelliten aus präzise Standortbestimmungen auf der Erde vorzunehmen, hat zu einem neuen, weltweit gültigen Bezugssystem in der Vermessung geführt. In diesem System, dem International Terrestrial Reference System 1989 (ITRS89), gelten dreidimensionale kartesische Koordinaten mit dem Erdmittelpunkt als Nullpunkt und ein bestimmtes, mathematisch genau definiertes Modell der Erde als Bezugsfläche. Diesem weltweiten System entspricht in Europa das European Terrestrial Reference System 1989, abgekürzt ETRS89. Im Jahre 1991 wurde beschlossen, dieses System auch in Deutschland als amtliches geodätisches Bezugssystem einzuführen. Damit war vor allem auch die Aufgabe verbunden, den sog. Grenznachweis, d. h. den genauen Nachweis des Grenzverlaufs der einzelnen Flurstücke des Liegenschaftskatasters, in den neuen Koordinaten zu führen. Damit verbunden ist ein aufwändiger, langwieriger Prozess der Umrechnung und Kontrolle. Dieser Prozess, in Hamburg getragen vom

Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung, ist in der Hansestadt schon weit gediehen. Von den sieben Hamburger Stadtbezirken sind bereits vier vollständig überführt. Über die Hälfte der mehr als eine Million Koordinatenangaben für Hamburgs Grund und Boden ist inzwischen auf das neue System umgestellt und amtlich verzeichnet. Vermessung und Geoinformation erhalten so in Hamburg eine neue, international verbindliche und für ihre zukünftigen Aufgaben tragfähige Grundlage.

4. Risiken der künftigen Entwicklung

Das Jahr 2006 und auch noch folgende Jahre werden durch nur schwer abschätzbare Entwicklungen und Rahmenbedingungen geprägt sein. Hierzu gehören:

- Änderung der Gesetzgebung (EU-Richtlinie wie INSPIRE (The Infrastructure for SPatial InfoRmation in Europe))
- konjunkturelle Entwicklung
- technische Entwicklungen (Galileo, Webtechniken)
- Erschließung weiterer Synergien (Personalabbau)
- Änderung der Kundenanforderungen und -erwartungen

5. Entwicklung der Umsatzerlöse und des Kostendeckungsgrades

Die Entwicklung der Umsatzerlöse sowie die Preis- und Gebührengestaltung des LGV können wegen des gesetzlichen Auftrags, der zu wesentlichen Teilen unentgeltlich zu erfüllen ist, nicht auf dem Grundsatz der vollständigen Kostendeckung basieren. Die Wirtschaftspläne weisen daher Fehlbeträge aus, die durch Betriebszuschüsse der FHH gedeckt werden müssen.

6. Veränderungen bei den Rückstellungen und den Positionen "noch verfügbare Deckungsmittel" / "im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel" (veranschlagte Zuführungen bzw. Entnahmen sowie neue Bestände)

Seit der Vorlage der Eröffnungsbilanz auf den 1.1.2004 bildet der LGV unter Beachtung von § 249 HGB Rückstellungen (z.B. Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubsrückstellungen) für die naturgemäß eine Prognose für zukünftige Zeiträume schwierig ist.

Die in 2005 entstandenen „Reste“ bei den Investitionsmitteln werden in 2006 zur Finanzierung anstehender Investitionen (z.B. Geodätische Instrumente, Referenzstationen für den Satellitenpositionierungsdienst, Ergänzungen im 3D-Stadtmodell) benötigt.

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 3,00 Bereich der Angestellten 1,00 Bereich der Arbeiterinnen/ Arbeiter
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 4	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	9,00			9,00	
A 14	8,00	1,00	1)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Beendigung der Maßnahme 4. Röhre Elbtunnel, ku in Ang.VergGr. IIa hD
A 13	6,00	1,00	2)	7,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
A 13	9,00			9,00	
A 12	17,00			15,00	
A 11	33,00	1,00	3)	34,00	Vermerk weggefallen
A 10	10,00			11,00	
A 9	1,00			1,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	98,00			99,00	

B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (3,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (7,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (5,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (9,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (15,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (28,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (10,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			1,00	
A 11	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00)
A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13						-1,00			-1,00	Freiwerden der Stelle
A 12				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Stellenverlagerung im Rahmen der Obergrenzenregelung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6202; Stellentausch i.R. der Obergrenzenregelung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 6202; Stellentausch i.R. der Obergrenzenregelung
A 11							1,00		1,00	Neubewertung eines Eckdienstpostens im Landesbetrieb GV
A 11					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 6202; Stellenverlagerung im Rahmen der Obergrenzenregelung
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-3,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	3,00	-3,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	

Übersicht über die Leerstellen

2007/ 08				2006	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			2,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 13	2) ku: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD	ku: 2,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach VergGr. II a hD
A 11	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann zum 31.12.2004 nach Beendigung der Aufgabe im Rahmen des 6. Fünfjahresplanes des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Andere Amtsstellen					
A 13	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 13 Baurätin/ Baurat (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	1,00			1,00	
I b	2,00			2,00	
II a hD	2,00	1,00	4)	1,00	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle
II a gD	2,00			2,00	
III	33,00	1,00	5)	34,00	kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung des Bauvorhabens Allemöhe
IV a	29,00	1,00	6)	31,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	29,00			29,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	145,52	1,00	7)	146,52	kw: 1,00 VergGr. V c nach Freiwerden der Stelle
		1,00	8)		<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	25,00			25,00	
VII	1,00			1,00	
VIII	1,50			1,50	
Summe:	272,02			275,02	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	24,00			24,00	
Summe:	24,00			24,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	29,00			29,00	
5	1,00			1,00	
4	10,50			10,50	
3	2,50	1,00	9)	2,50	kw: 1,00 Lohngr. 3 nach Freiwerden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte)
Summe:	43,00			43,00	
Summe (ohne *) insgesamt	414,02			418,02	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 6030	Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD						1,00			1,00	Freiwerden der Stelle
III			-1,00						-1,00	Maßnahmen zur Effizienzsteigerung (Aufgabenkritik)
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6000; Neuorganisation der BBV
IV a	-1,00								-1,00	Stellenstreichungen 2003
V c	-1,00								-1,00	Stellenstreichungen 2003
Summe Angestellte	-2,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	-3,00	

Summe (ohne *) insgesamt	-2,00	0,00	-1,00	3,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
IV a	6) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichungen 2003 nach Freiwerden der Stelle

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

Wirtschaftsplan
für das Sondervermögen „Stadt und Hafen“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Betriebsausgaben und Investitionsausgaben sind jeweils für sich gegenseitig deckungsfähig. Betriebs- und Investitionsausgabenreste sind auf das Folgejahr übertragbar.
2. Ansätze für Investitionen dürfen zur Deckung von Mehraufwand im Erfolgsplan bis zur Höhe von 3 Mio. EUR p.a. verwandt werden.
3. Zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen dürfen Mehrausgaben bis zu 15 Mio. EUR* bei einzelnen Maßnahmen des Finanzplans p.a. als Vorgriff geleistet werden, die auf die nächstjährige Bewilligung anzurechnen sind.

* Zur Erhöhung der Ermächtigung ggü. dem Haushaltsplan 2005/2006 siehe Erläuterung Nr. 17.

A. Erfolgsplan					
	Ist (vorl.)	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Erläuterungen
	2005	2006	2007	2008	
Einnahmen	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	
1. Betriebseinnahmen					
800 Mieteinnahmen "Innenstädtischer Hafenrand"	3.936	1.340	2.510	2.510	1
810 Mieteinnahmen Altenwerder	6.237	6.890	8.270	8.270	2
2. Sonstige Einnahmen					
829 Umsatzsteuererstattung	971	-780	1.360	2.530	3
830 Übrige Einnahmen	115	0	0	0	
850 Einnahmen aus Leistungen gegenüber Dritten	0	0	1.100	20.100	4
Gesamteinnahmen	11.259	7.450	13.240	33.410	
Ausgaben					
1. Betriebsausgaben					
500 Geschäftsführungs- und Verwaltungskosten des Sondervermögens	2.561	3.600	4.000	4.100	5
501 Aufwendungen für Verwaltung und Instandhaltung der Immobilien	1.082	1.130	1.550	1.700	6
560 Kreditzinsen	13.920	23.940	20.740	22.860	7
2. Neutrale Ausgaben					
Gesamtausgaben	17.563	28.670	26.290	28.660	
Jahresüberschuss (+) / -defizit (-)	-6.304	-21.220	-13.050	+4.750	

B. Finanzplan								
	Ist 2005	Ansatz 2006		Ansatz 2007		Ansatz 2008		Erläuterungen
	Ansatz (Vorl.)	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE	
	in Tsd. EUR							
I. Finanzbedarf								
1. Investitionen								
Hafenerweiterung Altenwerder								
001 Infrastrukturinvestitionen Hafenerweiterung Altenwerder	6.710	965	0	1.359	0	0	0	8
Innenstädtischer Hafenrand / HafenCity								
040 Erwerb von weiteren Anlagen, Gebäuden, Nutzungsrechten, Betriebsvermögen einschließlich Entschädigungen, Betriebsverlagerungs- und Abbruchkosten; Nebenkosten	27.536	8.130	1.000	12.290	5.000	1.370	1.000	9
070 Aufwendungen aus Bodenvorbelastungen	0	0	1.000	0	1.000	0	1.000	10
030 Grundstückserwerb	0	0	5.000	2.500	5.000	2.500	5.000	11
050 Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben	15.001	30.300	10.000	80.900	20.000	40.700	20.000	12
060 Aufwendungen für Umnutzungs- und Planungskonzepte	5.915	5.500	1.000	5.000	1.000	5.000	1.000	13
2. Sonstiger Finanzbedarf								
006 Tilgung langfristiger Kredite	256	2.220	0	1.760	0	2.070	0	14
989 Jahresfehlbetrag	6.304	21.220		13.050				
Gesamtsumme Finanzbedarf	61.722	68.335	18.000	116.859	32.000	51.640	28.000	
II. Deckungsmittel								
060 Kredite	47.718	19.635		55.359		-60.410		15
070 Grundstücksverkäufe	14.004	48.700		61.500		107.300		16
989 Jahresüberschuss	0	0		0		4.750		
Gesamtsumme Deckungsmittel	61.722	68.335		116.859		51.640		

C. Verschuldungsstand		
	Währung	Plan 2007 / 2008 Basis Vorausschau 2006
Schuldenstand am 31. Dezember 2005 (vorläufig)	EUR	398.260.711
Kreditaufnahme in 2006 (+) (Vorausschau)	EUR	-6.429.000
Tilgung in 2006 (-) (Vorausschau)	EUR	2.070.000
Schuldenstand am 31. Dezember 2006 (Vorausschau)	EUR	389.761.711
Kreditaufnahme in 2007 (+)	EUR	55.359.000
Tilgung in 2007 (-)	EUR	1.760.000
Schuldenstand am 31. Dezember 2007	EUR	443.360.711
Kreditaufnahme in 2008 (+)	EUR	-60.410.000
Tilgung in 2008 (-)	EUR	2.070.000
Schuldenstand am 31. Dezember 2008	EUR	380.880.711
siehe Erläuterung zu Nr. 17		

Erläuterungen

- zu Nr. 1** Erlöse aus Vermietung der dem Sondervermögen durch § 1 Absatz 2 des Gesetzes über das "Sondervermögen Stadt und Hafen" (SonderVGStadtHafen) zugewiesenen Grundstücke und aus der Vermietung der vom Sondervermögen erworbenen Anlagen und Gebäude.
- Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: Steigerung wegen zusätzlicher Erlöse durch Vermietung ehemaliger DB-Flächen; Erlöse werden darüber hinaus im Wesentlichen aus der Vermietung der Schuppen 25, 26, 27 und 29 sowie von Freiflächen erzielt.
- zu Nr. 2** Dem Sondervermögen zugewiesene Erlöse aus der Vermietung von Flächen des Containerterminals und der GVZ-Flächen in Altenwerder.
- Anstieg der Einnahmen seit 2001 im Zuge der schrittweisen Übergabe von Flächen und Kaimauern an den Mieter des Containerterminals; seit 2004 werden zusätzlich Einnahmen aus der Vermietung von GVZ-Flächen erzielt. In 2006 werden voraussichtlich die restlichen Flächen vermietet. Danach vorerst kein weiterer Anstieg der Einnahmen.
- zu Nr. 3** Das Sondervermögen ist als „Betrieb gewerblicher Art“ mehrwertsteuererhebungspflichtig und vorsteuerabzugsberechtigt. Mehrwertsteuer ist im Wesentlichen aus der Vermietung von Flächen und Anlagen außerhalb des Freihafens und aus der Erbringung von Leistungen gegenüber Dritten abzuführen. Abzugsfähige Vorsteuern fallen im Wesentlichen bei den Investitionsausgaben der Hafenerweiterung Altenwerder, der Grundstückserschließung der HafenCity und besonderen Bauleistungen an.
- Ansatz 2007 / 2008 gegenüber 2006: entsprechend Projekt- / Leistungsplanung.
- zu Nr. 4** Kostenbeteiligungen für Erschließungsmaßnahmen aus dem Einzelplan der BSU sowie für Baufeldfreimachung U-Bahn seitens der HHA.
- zu Nr. 5** Die Geschäftsführung des Sondervermögens wird von der HafenCity Hamburg GmbH wahrgenommen. Sie beschäftigt 26 Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter (Stand März 2006).
- Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: Anpassung an steigende Personalkosten (+ 9 Mitarbeiter / -innen für Grundstücksentwicklung / Infrastrukturmanagement / Marketing / Finanzmanagement / Sekretariat) und erhöhte Bürobetriebs- und Projektsteuerungsbedarfe im Zuge größerer Aufgabenvielfalt und zunehmenden Realisierungsumfangs.
- Rest 2005 mit Teilbetrag in Höhe von 1,5 Mio. EUR auf 2006 übertragen.
- zu Nr. 6** Aufwendungen für die Verwaltung und Instandhaltung der dem Sondervermögen zugewiesenen bzw. vom Sondervermögen erworbenen Grundstücke, Anlagen und Gebäude zum Erhalt der Vermietungsfähigkeit und zur Verkehrssicherung.
- Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006 ansteigend wegen zunehmenden Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufwandes an verbliebenen Gebäuden, Anlagen und Freiflächen.
- Rest 2005 mit Teilbetrag in Höhe von 45 Tsd. EUR auf 2006 übertragen.
- zu Nr. 7** Zinsbelastung für die vom Sondervermögen „Stadt und Hafen“ aufgenommenen Kredite.
- Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: entsprechend Fortschreibung Verschuldungsstand, geschätzte Zinshöhen und Zinstermen.
- zu Nr. 8** Die Maßnahme Hafenerweiterung Altenwerder ist der Bürgerschaft mit Drucksache 15/7461 dargestellt worden und ist im Einzelnen in der HU-Bau gem. § 24 LHO beschrieben. Im Rahmen der Finanzierung gemäß § 2 SonderVGStadtHafen sind Zahlungen und Auftragsvergaben im Wesentlichen für Geländeaufhöhungen und Flächenerschließungen in 2007 mit einem Ansatz i.H.v. 1,359 Mio. EUR veranschlagt. Nach derzeitiger Planung sind Ende 2007 die aus dem Sondervermögen zu finanzierenden Mittel in Höhe von rd. 235,7 Mio. EUR ausgeschöpft.
- Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: entsprechend Fortschreibung Projektstand.
- Rest aus 2005 in Höhe von 5,1 Mio. EUR auf 2006 übertragen.

zu Nr. 9 Erwerb weiterer Anlagen, Gebäude, Nutzungsrechte sowie Betriebsvermögen in der HafenCity im Rahmen von Betriebsverlagerungen sowie Entschädigungen bei Auflösung langfristiger Mietverhältnisse; Abbruchkosten.

Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: entsprechend Räumungs- und Verlagerungsfortschritt.

Rest aus 2005 in Höhe von 5 Mio. EUR auf 2006 übertragen.

zu Nr. 10 Bei der Bebauung von Grundstücken in der HafenCity können Mehrkosten beim Aushub durch vorhandene Bodenbelastungen entstehen, die sich finanziell auf die FHH / das Sondervermögen auswirken. Die Höhe ist vom Einzelfall abhängig.

Höhe der Verpflichtungsermächtigungen für 2007 und 2008 vorsorglich zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Sondervermögens.

zu Nr. 11 Erwerb von Grundstücken dritter Eigentümer (Private, Bund) in der HafenCity. Mittelansätze für 2007 und 2008 zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Sondervermögens.

zu Nr. 12 Aufwendungen für Infrastruktur- und Entwicklungsvorhaben (Geländeaufhöhungen, Straßen-/Sielbau, Kaimauerbau/-sanierung, Brückenbau, öffentlicher Freiraum, Projekte Kreuzfahrtterminal, Traditionsschiffhafen, Marina) im westlichen und mittleren Entwicklungsabschnitt der HafenCity.

Veranschlagt sind für 2007 und 2008 Mittel v. a. für das Quartier Dalmannkai (öffentliche Plätze, Kaipromenaden, Strassen, Siele, Marina, Schiffsanleger), für das Quartier Sandtorkai (Traditionsschiffhafen), für das Quartier Brooktorkai (öffentlicher Platz, Kaimauern, Kaipromenade, Straße, Siele), für das Quartier Grasbrook (Straßen, Siele, Marco Polo-Terrassen und Gebäude), für das Überseequartier (Baufeldfreimachung U-Bahn, Straßen, Siele, Baakenbrücke, Kaimauer zum Magdeburger Hafen, Kaipromenaden), für das Quartier Sandtorpark (Park, Straßen), für den Bereich östlich Magdeburger Hafen (Museumsbrücke, öffentliche Plätze, Straßen, Siele, Kaimauern), für den Strandkai (Straßen, Siele, Kaimauern) sowie für den Bereich nördl. Baakenhafen (Straßen und Siele).

Auch kreditäre Vorfinanzierung (bedingt rückzahlbare Zuwendungen) von Wasserversorgungsleitungen zugunsten der Hamburger Wasserwerke.

Ansätze 2007 und 2008: entsprechend der Projektablaufs- und Erschließungsplanung.

Rest aus 2005 in Höhe von 28 Mio. EUR auf 2006 übertragen.

zu Nr. 13 Im wesentlichen Gutachten, Beratung, Wettbewerbe, Marketing / Öffentlichkeitsarbeit.

Ansätze 2007 / 2008 gegenüber 2006: entsprechend Projektablaufplanung.

zu Nr. 14 Ansätze 2007 / 2008: entsprechend der Tilgungsstruktur des Kreditbestandes.

zu Nr. 15 Das Volumen der Bruttokreditaufnahme ergibt sich aus Finanzbedarf abzüglich Jahresüberschuss / Erlösen aus Grundstücksverkäufen.

zu Nr. 16 Verkauf von Grundstücken in der HafenCity, vorwiegend im westlichen und mittleren Bereich. Auch Nachzahlungen / Rückerstattungen im Rahmen endgültiger Abrechnungen von Kaufverträgen.

zu Nr. 17 Das Sondervermögen benötigt einen Kreditrahmen in Höhe von 131.859.000 EUR für 2007 und in Höhe von 46.890.000 EUR für 2008. Diese Beträge setzen sich zusammen aus:

- der geplanten Bruttokreditaufnahme von 55.359.000 EUR im Wirtschaftsplan 2007 bzw. von - 60.410.000 EUR im Wirtschaftsplan 2008,
- einer gegenüber dem Haushaltsplan 2005/2006 (von 10.000.000 EUR) um 5.000.000 EUR erhöhten Kreditermächtigung von nunmehr 15.000.000 EUR, um Vorgriffe im Rahmen der Mittelansätze bzw. Verpflichtungsermächtigungen zu ermöglichen, die die Handlungsfähigkeit des Sondervermögens, insbesondere bei unvorhergesehen beschleunigten Infrastrukturmaßnahmen in der HafenCity, erhalten,
- einer Kreditermächtigung von 61.500.000 EUR für 2007 bzw. 107.300.000 EUR für 2008, um etwaige Mindereinnahmen aus Grundstücksverkäufen aufzufangen, die durch Planungsänderungen oder durch markt-, vertrags- oder bautechnisch bedingte Anpassungen beim Grundstücksabsatz bzw. Erlöszufluss entstehen können.

Die Bürgerschaft hat mit dem Haushaltsplan 2005 / 2006 45.350.000 EUR an Kreditermächtigungen für 2005 für das Sondervermögen beschlossen; nach vorläufiger Rechnung steht dieser Betrag noch vollständig für 2006 zur Verfügung. Die Bürgerschaft hat mit dem Haushaltsplan 2005 / 2006 weitere 68.335.000 EUR an Kreditermächtigungen für 2006 für das Sondervermögen beschlossen. Die Ermächti-

gung aus 2006 könnte auf Basis der im Wirtschaftsplan 2005 / 2006 geplanten Kreditaufnahme mit 19.635.000 EUR in Anspruch genommen werden. Nach aktueller Vorausschau für 2006 wird die Ermächtigung 2006 nicht genutzt werden. Nicht ausgeschöpfte und übertragbare Beträge – nach Plan ebenso wie nach Vorausschau 68.335.000 EUR – gelten gemäß § 18 Absatz 3 LHO im Haushaltsjahr 2007 fort. Zur Erreichung des benötigten Kreditrahmens von 131.859.000 EUR in 2007 und 46.890.000 EUR in 2008 ist es deshalb erforderlich, die Kreditermächtigung im Haushaltsplan 2007 um 63.524.000 EUR und im Haushaltsplan 2008 um 46.890.000 EUR aufzustocken.

Lagebericht

1. Zusammensetzung der Aufsichtsgremien

Die Aufsicht über das Sondervermögen „Stadt und Hafen“ obliegt der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Geschäftsführung für das Sondervermögen wird vertragsgemäß durch die HafenCity Hamburg GmbH wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind die Senatorinnen / Senatoren für Stadtentwicklung und Umwelt, Wirtschaft und Arbeit, Finanzen, Bildung und Sport und für Kultur sowie der Staatsrat der Senatskanzlei vertreten (Stand: März 2006).

2. Zielbild

Das per Gesetz vom 27. August 1997 errichtete Sondervermögen „Stadt und Hafen“ dient dem Zweck, unter Verwertung des städtischen Vermögens in der HafenCity die städtebauliche Umgestaltung dieses Gebietes sowie Maßnahmen der Hafenerweiterung in Altenwerder zu finanzieren.

Mit der HafenCity wird der innenstädtische Hafenrand zwischen Grasbrook und Baakenhafen von der hafenwirtschaftlichen in eine innenstädtische Nutzung umgewandelt. Ziel ist die Entwicklung eines maritim geprägten Innenstadtbereichs mit hoher Attraktivität für Bewohner, Besucher, Beschäftigte und Betriebe, der zur Stärkung von Hamburgs Position im Wettbewerb der europäischen Metropolen beiträgt.

Mit der Hafenerweiterung in Altenwerder entstehen Flächen für ein hochmodernes Containerterminal und für wertschöpfungsintensive logistische Dienstleistungsbetriebe. Damit wird auf den Ausbau der Hamburger Marktstellung im internationalen Hafenwettbewerb abgezielt.

3. Geschäftsverlauf und zukünftige Entwicklungen

a. Projekt HafenCity

(Stand: März 2006)

Der Masterplan HafenCity formuliert das städtebauliche Konzept der Entwicklung des innenstädtischen Hafenrandes zu einer Erweiterung der Hamburger Innenstadt. Er wurde am 29. Februar 2000 vom Senat beschlossen und bildet die Entwicklungsgrundlage für die Aufstellung von Bebauungsplänen, für die Konkretisierung der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen, für Projektentwicklungen und für Grundstücksverkäufe. Die Ergebnisse des Masterplans sind im „Arbeitsheft 4 zur HafenCity“ und im Internet (www.HafenCity.info) dokumentiert. Mit den städtebaulichen Leitlinien zur stadträumlichen Profilierung des Magdeburger Hafens (Bürgerschaftsdrucksache 17/4068 vom 20.01.2004) wurde der Masterplan für diesen Bereich der HafenCity angepasst.

Mit dem Bebauungsplan Altstadt 32 / HafenCity 1 wurde für erste Flächen der HafenCity verbindliches Planrecht geschaffen. Für die Flächen am Brooktorkai, dem Sandtorpark und dem Überseequartier und der HafenCity Universität sowie für die Elbphilharmonie befinden sich derzeit fünf Bebauungspläne in der Erarbeitung.

In den Jahren 2000 – März 2006 wurden in der HafenCity 19 Flächen verkauft sowie eine Fläche in Erbpacht vergeben; weitere 14 Flächen sind verschiedenen Bewerbern mit Zustimmung der Kommission für Bodenordnung anhand gegeben. Der Sachstand dieser Projekte ist folgender:

- Überseequartier: das Investorenauswahlverfahren wurde im Mai 2003 mit der öffentlichen Aufforderung zur Interessensbekundung (Phase I) begonnen und mit der Auswahl von 4 Bewerberkonsortien für die Abgabe konkreter Angebote (Phase II) im Dezember 2003 fortgeführt. Im Dezember 2004 wurden Kaufvertragsverhandlungen mit zwei der vier Bewerberkonsortien eingeleitet, die im September 2005 mit der Vertragsunterzeichnung mit dem Konsortium ING Real Estate / Bouwfonds Property Finance / Groß & Partner ihren Abschluss fanden. Das Vertragswerk wurde nach Zustimmung der Bürgerschaft im Dezember 2005 rechtswirksam. Das Quartier umfasst 16 Bauvorhaben.

- Quartier Grasbrook:
 - beim Vorhaben Rudi Häussler / HGA ist der Nutzer SAP in 2002 eingezogen,
 - auf dem an die Fa. Kühne & Nagel in 2005 verkauften Grundstück befindet sich das Gebäude für die Deutschlandzentrale des Unternehmens im fortgeschrittenen Bau,
- Quartier Dalmannkai: sieben Grundstücke im östlichen Bereich der Kaizunge sind verkauft (Pantaenius (2003); Baugenossenschaft Bergedorf-Bille (2004); Wernst / DS, gbs / Viterro (2005); ABG / Strabag, Baugemeinschaft Fl.5, Yoo / G&P (2006)), das Vorhaben Pantaenius wurde bereits fertig gestellt, die übrigen Vorhaben befinden sich im Bau; die Kaufvertragsverhandlungen für die übrigen acht Flächen laufen; auf 12 Grundstücken wird eine Wohnnutzung, z. T. ergänzt mit Gastronomie- / Handels- oder Büronutzung realisiert, auf drei Grundstücken werden Büronutzungen mit ergänzenden Gastronomie- / Handelsnutzungen umgesetzt. Das Investorenauswahlverfahren zum Kaispeicher A / Elbphilharmonie ist fortgeschritten.
- Quartier Sandtorkai: die Grundstücke für die 5 Wohn- und 3 Bürogebäude wurden 2003 verkauft, die Gebäude sind fertig gestellt und befinden sich überwiegend in Nutzung;
- Quartier Sandtorpark:
 - im Rahmen der Wirtschaftsförderung wurden in 2004 eine Fläche an die Fa. Jungheinrich und in 2005 Flächen an die Fa. amango, Fa. DS (Hamburg Amerika Center) und die Fa. Neumann anhand gegeben; die Planungen und Kaufvertragsverhandlungen laufen;
 - eine weitere Fläche wurde 2005 ausgeschrieben, die Bewerberauswahl ist noch nicht abgeschlossen
 - durch die Behörde für Bildung und Sport wurde in 2005 ein Investorenauswahlverfahren zur Realisierung einer Grundschule mit Überbauung durch Wohnungen gestartet.
- Quartier Brooktorkai: im Rahmen der Wirtschaftsförderung sowie einer Ausschreibung eines Hotelgrundstücks wurden in 2005 alle Flächen an den Germanischen Lloyd sowie an Fa. Quantum anhand gegeben, die Planungen und Kaufvertragsverhandlungen laufen.
- Quartier östlich Magdeburger Hafen: mit der Stiftung Peter Tamm vereinbarte die FHH ein Erbbaurecht am Kaispeicher B für das Internationale Maritime Museum; Fa. Heinemann erwarb das städtische Grundstück, auf dem sich bereits die Unternehmenszentrale befindet.

Mit den Magellanterrassen wurde in 2005 der erste öffentliche Platz am Wasser in der HafenCity fertig gestellt. Zahlreiche Veranstaltungen und die alltäglichen Nutzungen haben den außergewöhnlichen und attraktiven maritimen Charakter dieses Freiraumes in das öffentliche Bewusstsein gehoben. Mit den Marco-Polo-Terrassen, dem Vasco-da-Gama-Platz sowie den Promenaden am Dalmannkai und am Kaiserkai, die in der Errichtung sind, wird an die Qualität der Magellanterrassen angeknüpft. Die hochwassersichere Erschließung der westlichen und mittleren HafenCity wird weiter vorangetrieben. Der Bau bzw. die Sanierung der Brooktorhafenbrücke, der Brücke zum Internationalen Maritimen Museum sowie der Baakenbrücken sind fortgeschritten. Dieses gilt ebenso für den Bau der Straßen Brooktorkai und sog. Neue Achse Ost. Mit der Errichtung der Verlängerten Versmannstraße wurde begonnen. In 2005 startete das Planfeststellungsverfahren für die U-Bahnlinie U4. Die Sanierung der Kaimauern Dalmannkai Ost wurde in 2004 / 2005 durchgeführt. Die Errichtung der westlichen Kaimauer ist in Kürze abgeschlossen. Die Sanierung der Grasbrook-Fläche (ehemaliges Gaswerk) durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt konnte 2005 planmäßig beendet werden. Dem unerwarteten und erfreulich hohen Zuspruch, den das Kreuzfahrtterminal in der HafenCity erfährt, wird in 2006 durch den Bau einer weiteren provisorischen Halle sowie zusätzlicher Fender entsprochen.

Mit der NKG KaLa (KaffeeLagerei) wurde im Oktober 2002 eine Vereinbarung zur Betriebsverlagerung getroffen; der Grundstein für die neue Anlage auf der Hohen Schaar im Hafen wurde im Februar 2004 gelegt, die Fertigstellung und Einweihung erfolgte im Februar 2006. Der Altstandort wird in 2006 geräumt und für die Entwicklung der Vorhaben am Sandtorpark und im Überseequartier zur Verfügung stehen. Ferner wurden diverse Altanlagen abgebrochen (Schuppen 23, Stellwerk SQ, Frigo). Es ist davon auszugehen, dass die Hafen- und Lagernutzungen im Bereich der HafenCity infolge der erfolgreichen Betriebsverlagerungen – und damit auch die Mieterlöse – in den folgenden Jahren rückläufig sein werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit – HafenCity Dialoge, Informationsmaterial, Internetauftritt, Events – und das Investorenmarketing – Fachmessen, Einzelkontakte – wurde in 2005 fortgesetzt und ausgeweitet. Das InfoCenter HafenCity im Kesselhaus war mit über 200.000 Besuchern in 2005 (2004: 160.000 Besucher) wiederum sehr erfolgreich. Mit dem 4. HafenCity Run und einem internationalen Beachvolleyballturnier fanden in 2005 gut besuchte Sportveranstaltungen in der HafenCity statt. Der Besuch der Queen Mary II, das Großevent eines Getränkeherstellers, der Tag der Baugenossenschaften zogen hunderte tausende Besucher in die HafenCity. In zahlreichen Veranstaltungen im Rahmen des in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung durchgeführten Kulturwettbewerbs zeigte sich das kreative Potential und Profil der HafenCity.

b. Hafenerweiterung Altenwerder

Bei der seit 1996 laufenden Hafenerweiterung in Altenwerder ist die Herstellung der Infrastruktur bis auf die innere Erschließung der GVZ-Flächen weitgehend abgeschlossen.

Im Rahmen der 2005 abgeschlossenen Geländeaufhöhung wurden insgesamt rd. 13,8 Mio. m³ Böden eingebaut. Die endgültige Profilierung und Bereitstellung von Flächen und Böschungen wird sich bis Mitte 2006 erstrecken.

Der Bau der Kaimauer am Ballinkai wurde bereits 2002 abgeschlossen. Die Liegeplätze wurden je nach Baufortschritt der terminalseitigen Suprastruktur und des Gewässerausbaus stufenweise in Betrieb genommen. Der erste Kaimauerabschnitt (Liegeplätze 1 und 2) wird seit 2002 genutzt. Im Oktober 2003 wurde der Liegeplatz 3 in Nutzung genommen. Der Liegeplatz 4 wurde – zunächst mit eingeschränkter Wassertiefe – im März 2005 in Betrieb genommen. Nach Fertigstellung einer Vorsetze am Ostufer der Süderelbe und der anschließenden wasserseitigen Baggerung konnte der Gewässerausbau der Süderelbe und des südlichen Schiffsdrehkreises im Januar 2006 abgeschlossen werden.

Die erste Stufe der äußeren Erschließung sowie der Eisenbahnanschluss bis zum Übergabepunkt an HHLA/CTA sowie die Gleisgruppe des Vorbahnhofes sind seit 2002 in Betrieb.

Die vergebenen Flächen werden über die in 2003 fertig gestellte „Altenwerder Hauptstraße“ sowie den in 2005 fertig gestellten Straßenzug „Altenwerder Querweg“ und „Am Altenwerder Kirchtal“ erschlossen. Die Fertigstellung der dritten und letzte Stufe der inneren Erschließung, mit der über eine Fortsetzung der „Altenwerder Hauptstraße“ und einen Ringchluss mit der Straße „Am Altenwerder Kirchtal“ auch die südlichen GVZ-Flächen erschlossen werden, ist bis Mitte 2007 vorgesehen.

Bis Ende 2005 wurden insgesamt ca. 98,6 ha Fläche zur Nutzung an HHLA/CTA übergeben. Im Bereich des GVZ wurden bis 2005 insgesamt 34,7 ha Fläche baureif fertig gestellt und vergeben. Weitere 22,5 ha Flächen im südlichen Bereich des GVZ sollen bis Mitte 2006 fertig gestellt und an Logistikunternehmen sowie andere Dienstleistungsbetriebe vergeben werden.

Das der Infrastrukturmaßnahme Altenwerder zuzuordnende Restbudget im Sondervermögen wird voraussichtlich bis Mitte 2007 vor allem für die weitere Flächenerschließung im südlichen GVZ-Bereich sowie durch begleitende Landschaftsbauarbeiten ausgeschöpft werden. Kostenfortschreibungen, die ohne finanzielle Auswirkungen auf das Sondervermögen sind, wurden von der Bürgerschaft mit den Drucksachen 16/1162 vom Juni 1998 und 16/3636 vom Dezember 1999 sowie mit dem Haushaltsplan 2004 beschlossen. Weitere Anpassungsbedarfe zeichnen sich derzeit nicht ab.

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007/2008

Wirtschaftsplan der Wassergütestelle Elbe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (§ 15 Abs. 2 LHO)

Der Wirtschaftsplan ist analog der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26, 74, 85 LHO zu bewirtschaften. Eine kaufmännische Buchführung wurde noch nicht eingeführt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal- und Sachaufwand sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf, der nicht gedeckt werden kann, darf durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden.
4. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Mehrerträge erwartet wird.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
<u>Einnahmen</u>				
1. Betriebseinnahmen aus Kostenerstattung der Bundesländer für Aufgaben der ARGE				
Niedersachsen	92	92	92	92
Schleswig-Holstein	92	92	92	92
Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg je 1/2 Anteil	92	92	92	92
Sachsen-Anhalt	92	92	92	92
Sachsen	92	92	92	92
Hamburg	92	92	92	92
Summe 1.	552	552	552	552
2. Einnahmen für Sonderaufgaben Tideelbe				
Niedersachsen	66	66	66	66
Schleswig-Holstein	66	66	66	66
Hamburg	66	66	66	66
Summe 2.	198	198	198	198
3. Zinseinnahmen und ähnliche Einnahmen				
...				
...				
Summe 3.	0	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u>	750	750	750	750

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	- in Tsd. EUR -			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
I. Ausgaben für Aufgaben der ARGE				
1. Materialausgaben				
1.1 Hilfs- und Betriebsstoffe	7	10	10	10
1.2 Bezogene Leistungen (Messprogramm)	96	60	60	60
Summe 1.	103	70	70	70
2. Personalausgaben				
2.1 Gehälter und Löhne				
Beamtenbezüge	0	0	0	0
Angestelltenvergütungen	249	249	249	249
Summe 2.1	249	249	249	249
2.2 soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung				
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	47	53	53	53
Versorgungszuschläge – Beamte –	0	0	0	0
Versorgungszuschläge – Angestellte –	27	22	22	22
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	0	0	0	0
Summe 2.2	74	75	75	75
Summe 2.	323	324	324	324
3. Sonstige betriebliche Ausgaben				
3.1 personalbedingte Ausgaben				
Reisekosten	5	10	10	10
Summe 3.1	5	10	10	10
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
Mieten, Unterhaltung Dienstgebäude, Hubschrauber	96	115	115	115
Summe 3.2	96	115	115	115
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb				
sonstige betriebliche Ausgaben (Ild. Geschäftskosten)	22	20	20	20
Verwaltungsgebühren (4 % von 324 Tsd. EUR ab 2005)	14	13	13	13
Summe 3.3	36	33	33	33
3.4 übrige sonstige Ausgaben				
Summe 3.4	0	0	0	0
Summe 3.	137	158	158	158
Gesamtausgaben ARGE	563	552	552	552
Jahresfehlbetrag ARGE	11			
II. Ausgaben für Sonderaufgaben Tideelbe				
1. Personalausgaben	83	82	82	82
2. Betriebliche Ausgaben	114	113	113	113
3. Verwaltungsgebühren (4 % von 82 Tsd. EUR)	2	3	3	3
Gesamtausgaben für Sonderaufgaben Tideelbe	199	198	198	198
Jahresfehlbetrag Tideelbe	1			
Gesamtausgaben für ARGE und Tideelbe	762	750	750	750
Jahresfehlbetrag	12			

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	VE 2006	Ansatz 2007	VE 2007	Ansatz 2008	VE 2008
	in Tsd. EUR						
1	2	3	4	5	6	7	8
B. FINANZIERUNGSPLAN							
I. Finanzbedarf							
1. Investitionen							
Grunderwerb							
Baumaßnahmen							
Maschinen und Anlagen							
Fahrzeuge							
Betriebs- und Geschäftsausstattung							
Summe 1.	0	0	0	0	0	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf							
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs							
Ablieferung an den Haushalt							
Jahresfehlbetrag	12						
Summe 2.	12	0	0	0	0	0	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	12	0	0	0	0	0	0
II. Deckungsmittel							
Jahresüberschuss							
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	241						
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)							
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)							
<u>Gesamtsumme Deckungsmittel*</u>	241	0	0	0	0	0	0
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+) /- Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	+229	0	0	0	0	0	0

- Die noch verfügbaren Deckungsmittel beinhalten u.a. Rückstellungen für den Fischaufstieg Wehr Geesthacht.

ERLÄUTERUNGEN

Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Sowohl die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbeanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Haushaltsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Die Kosten für die Sonderaufgaben Tideelbe tragen die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg je zu einem Drittel. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt.

- Einnahmen im Erfolgsplan -

Ansatz 2007/2008
in Tsd. EUR je
750

Einnahmen von den o.a. Ländern

Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter. Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist. Die entsprechenden Ausgaben werden bei den nachstehenden Kontengruppen geleistet.

- Ausgaben im Erfolgsplan -

Zu I. Ausgaben für Aufgaben der ARGE

1.	Materialausgaben		
1.1	Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung, Reparatur und Unterhaltung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	10	
1.2	Veranschlagt sind Entgelte für Hilfskräfte (Fremdpersonal) und Wassergüteuntersuchungen (Fremdlabore) einschl. Sonderuntersuchungen gem. ARGE-ELBE-Messprogramm	60	
	Summe 1		70
2.	Personalausgaben		
	Die Veranschlagung erfolgt nach den für den Haushaltsplan der FHH geltenden Grundsätzen und berücksichtigt		
2.1	die Bezüge und Vergütungen der in der Wassergütestelle Elbe beschäftigten Angestellten	249	
2.2	die entsprechenden Personalnebenkosten, Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte (21,1 %) Versorgungszuschlag Angestellte (9 %)	53 22	
	Summe 2 (5,2 Stellen)		324
3.	Sonstige betriebliche Ausgaben		
3.1	Reisekosten	10	
3.2	Veranschlagt sind die Unterhaltung der Diensträume - Strom, Wasser, Heizungsnachzahlung, Entsorgung etc., Kfz-Unterhaltung, Mieten f. Hubschrauber f. Messprogramme sowie Dienstgebäude, Miete Fotokopierer	115	
3.3	sonstige betriebliche Aufwendungen Telefonkosten, Porto / Handkasse, Druckkosten / Bücher, Unterhaltung der Computer, Geschäftsbedarf sowie 4 % Verwaltungsgebühr auf die Bruttopersonalkosten	20 13	
	Summe 3		158
	Summe I		552

Zu II. Ausgaben für Sonderaufgaben Tideelbe

	Personalausgaben (1,3 Stellen), Vergütung etc. für Angestellte	82	
	Sachausgaben inkl. Verwaltungsgebühr	116	
	Summe II		198
	<u>Summe I und II gesamt</u>		750

Einzelplan	WI	Wirtschaftspläne
Kapitel	6701	Wassergütestelle Elbe

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	1,00			0,00	
I b	0,00			2,00	
III	3,00			3,00	
V c	1,50			1,50	
VI b	1,00			1,00	
Summe:	6,50			7,50	
Summe (ohne *) insgesamt	6,50			7,50	

Einzelplan WI Kapitel 6701	Wirtschaftspläne Wassergütestelle Elbe

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a							1,00		1,00	Tarifrechtliche Bewertung der Stelle des Leiters der Wassergütestelle Elbe
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 6700; Aufgabenreduzierung im Bereich der Wassergütestelle - Verlagerung in das Kapitel 6700
I b							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Bewertung der Stelle des Leiters der Wassergütestelle Elbe
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2007 / 2008

Wirtschaftsplan
des Sondervermögens für Naturschutz und Landschaftspflege
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
(§ 26 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal-, Sach-, und Unterhaltungsausgaben und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf darf aus noch verfügbaren Deckungsmitteln gedeckt werden. Dabei dürfen die Personalmehrausgaben für befristete Beschäftigung von Personen im Rahmen von Dienst- und Honorarverträgen in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt einen Gesamtbetrag in Höhe von 36.000 EUR nicht übersteigen. Bis zu diesem Betrag wird die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ermächtigt, die notwendigen stellten-technischen Regelungen zu treffen.
4. Die Verzinsung der Guthaben des Sondervermögens erfolgt mit dem jeweiligen monatlich festgestellten durchschnittlichen Zinssatz, den die Freie und Hansestadt Hamburg für Tagesgelder bei der Bundesbank Hamburg erhält bzw. erhalten würde.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Einnahmen				
1. Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt				
1.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten ¹	124	4.692	0	0
1.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden	1.972	2.008	4.163	2.278
Summe 1.	2.096	6.700	4.163	2.278
2. Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Bezirke				
2.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten	137	0	0	0
2.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden	131	0	0	0
Summe 2.	268	0	0	0
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen				
3.1 Zinsen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	57	0	0	0
3.2 Zinsen der Bezirke	6	0	0	0
Summe 3.	63	0	0	0
Gesamteinnahmen	2.427	6.700	4.163	2.278

¹ Die Einnahmen aus Zahlungen von Privaten für 2007 und 2008 sind nicht planbar.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
A. ERFOLGSPLAN				
Ausgaben				
1. Personalausgaben				
1.1 Gehälter und Löhne				
Beamtenbezüge	36	39	40	40
Angestelltenvergütungen	62	183	69	69
Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0	0	0	0
Sonstige Personalausgaben (Zulagen, Überstundenentgelte und dgl.)	0	0	0	0
Summe 1.1	98	222	109	109
1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	16	38	17	17
Versorgungszuschlag für Beamte	11	12	12	12
Versorgungszuschlag für Angestellte	7	17	6	6
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	1	2	2	2
Summe 1.2	35	69	37	37
Summe 1.	133	291	146	146
2. Sachausgaben				
Büroarbeitsplatzpauschale	14	23	11	11
Kosten für IuK-Geräte, Betriebsmittel	3	5	3	3
Kontoführungsgebühren der Kasse Hamburg			5	5
Summe 2.	17	28	19	19
3. Unterhaltungsausgaben				
Unterhaltung von Ausgleichsflächen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	265	279	279	279
Unterhaltung von Ausgleichsflächen der Bezirke	10	3	8	8
Summe 3.	275	282	287	287
Gesamtausgaben	425	601	452	452
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.002	6.099	3.711	1.826

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2005	Ansatz 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008
	in Tsd. EUR			
1	2	3	4	5
B. FINANZIERUNGSPLAN				
I. Finanzbedarf				
1. Investitionen				
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	1.602	670	5.547	3.092
Grunderwerb	810	0	500	500
Baumaßnahmen	792	670	5.047	2.592
Bezirksämter	8	87	0	0
Grunderwerb	0	0	0	0
Baumaßnahmen	8	87	0	0
Summe 1.	1.610	757	5.547	3.092
2. Sonstiger Finanzbedarf				
Zuführung an Rücklagen	392	5.342	0	0
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
Summe 2.	392	5.342	0	0
Gesamtsumme Finanzbedarf	2.002	6.099	5.547	3.092
II. Deckungsmittel				
Entnahme aus Rücklagen	0	0	1.836	1.266
Jahresüberschuss	2.002	6.099	3.711	1.826
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	0	0	0	0
Summe Deckungsmittel	2.002	6.099	5.547	3.092
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)/			0	0
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)			0	0

Erläuterungen

Das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege ist verwaltungsmäßig der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert.

Einnahmen im Erfolgsplan

Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (§ 9 Abs. 7 HmbNatSchG) sowie Einnahmen für von Dritten übernommenen Ersatzmaßnahmen (§ 9 Abs. 6 HmbNatSchG).

Diese werden sowohl von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt als auch den Bezirksämtern erhoben. Unterschieden wird nach Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden und von Privaten. Letztere werden verzinst. Die Einnahmeansätze sind von zukünftigen Senatsentscheidungen über Investitionsvorhaben und Infrastrukturmaßnahmen abhängig. Sie sind auf Grund langer Vorlaufzeiten von Planfeststellungsbeschlüssen und, weil sie häufig erst nach Beendigung des Eingriffs fällig werden, schwer planbar.

Die Bezirke können Einnahmen schwer planen, da Eingriffe im Zuständigkeitsbereich der Bezirke keinen großen zeitlichen Vorlauf haben; es werden daher keine Planzahlen angegeben.

Zinseinnahmen sind nicht planbar; es werden daher keine Planzahlen angegeben.

Für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Altenwerder stehen auf der Finanzposition 7350.742.47 Mittel in Höhe von knapp 21 Mio. EUR zur Verfügung. Diese werden nach Planungs- und Baufortschritt von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit abgefordert und an das Sondervermögen gezahlt. In 2005 wurden 1.003 Tsd. EUR für Planungs-, Investitions- und Unterhaltungskosten abgefordert. 2006 sollen 508 Tsd. EUR, in 2007 2.663 Tsd. EUR und 2008 778 Tsd. EUR abgefordert werden.

Die Einnahmen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Altenwerder stehen unter dem Vorbehalt der noch anhängigen gerichtlichen Verfahren.

Einnahmen 2007

Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:	in Tsd. EUR
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	4.163
Bezirksämter	0
Summe:	4.163

Einnahmen 2008

Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen:	in Tsd. EUR
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	2.278
Bezirksämter	0
Summe:	2.278

Ausgaben im Erfolgsplan

Veranschlagt sind für 2007 und 2008 folgende Ausgaben für Personalkosten, Sach- und Unterhaltungsausgaben.

Personalkosten

Der Stellenplan des Sondervermögens weist 2 Stellen aus:

- Oberbaurat/Oberbaurätin BesGr. A 14 (derzeit besetzt mit Ang. VergGr. Ib BAT),
- Regierungsamtmann/-frau BesGr. A 11.

Die Personalkosten werden zunächst aus dem Personalbudget der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorfinanziert und am Ende des Jahres vom Sondervermögen erstattet.

Sachausgaben

Die Sachausgaben bestehen aus den Kosten für Büroarbeitsplatzpauschalen, den Kosten für IuK-Geräte bzw. Betriebsmittel, die der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erstattet werden, und den Kontoführungsgebühren, die der Kasse Hamburg erstattet werden. Ein Teil der an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt erstatteten Kosten fließen den entsprechenden Ausgabetiteln durch Haushaltsvermerk zu (Büroarbeitsplatzpauschale: 25%; IuK: 50%).

Unterhaltungsausgaben

Unterhaltungsausgaben fallen auf Grund langfristig abgeschlossener Bewirtschaftungsverträge jährlich an. Die Bewirtschaftungsentgelte sind langfristig festzulegen und müssen bei der Betrachtung der für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel außer Acht gelassen werden.

Für derzeit bestehende Bewirtschaftungsverträge werden für die langfristige Pflege Rücklagen in Höhe von 4.678 Tsd. EUR gebunden und verzinst. Für langfristige Pflege ohne Bewirtschaftungsverträge werden 4.936 Tsd. EUR gebunden und verzinst. Darüber hinaus sind Mittel für unvorhersehbare Reparaturen und Baumaßnahmen vorzuhalten.

Aus weiteren Planfeststellungsbeschlüssen, deren Abgaben bereits an das Sondervermögen gezahlt wurden, ergeben sich neue Pflegeverpflichtungen, die nach der Umsetzung der Maßnahmen durch Bindung weiterer Rücklagen gesichert werden müssen.

1. Personalausgaben

-in Tsd. EUR-

Die Veranschlagung erfolgt nach der Besoldungs-/Tarifstand / Netto-Personalkostentabelle 2005.
Bei der Veranschlagung werden berücksichtigt

1.1 die Bezüge und Vergütungen der im Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege beschäftigten

Beamten und	40
Angestellten	69
	109

1.2 die entsprechenden Personalnebenkosten,
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte
Versorgungszuschlag Beamte (30%)
Versorgungszuschlag Angestellte (9%)
Beihilfe (4%)

17
12
6
2

37

Summe 1.

146**2. Sachausgaben**

Es werden die Sachkosten für die Geschäftsführung des Sondervermögens veranschlagt. Diese setzen sich zusammen aus der Büroarbeitsplatzpauschale für 2 Büroarbeitsplätze

und den Kosten für IuK-Geräte und Betriebsmittel (2 Büroarbeitsplätze)	3
Kontoführungsgebühren der Kasse Hamburg	5
	19

Summe 2.

19**3. Unterhaltungsausgaben**

Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung von Ausgleichsflächen. Die Unterhaltungskosten verteilen sich wie folgt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	279
Bezirksämter	8
	287

Summe 3.

287

Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf 2007

1. Investitionen

Veranschlagt sind die Ausgaben für Planung, Grunderwerb und die Herrichtung sowie das Monitoring von Ausgleichsflächen. Die Investitionsansätze sind auf der Grundlage der mittelfristigen Maßnahmenplanungen des Sondervermögens geschätzt. Sie stehen durch zukünftige Senatsentscheidungen unter anderem in Abhängigkeit zu der Möglichkeit, geeignete Flächen erwerben und Bewirtschaftungsverträge abschließen zu können.

In 2005 wurden für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Altenwerder Planungs- und Unterhaltungsmittel in Höhe von 168 Tsd. EUR ausgegeben. 692 Tsd. EUR wurden in 2005 durch den Abschluss von Pflegeverträgen langfristig gebunden. Insgesamt sind inzwischen 3.986 Tsd. EUR langfristig gebunden.

Investitionen 2007

Die investiven Ausgaben verteilen sich wie folgt:

-in Tsd. EUR-

Nach gegenwärtigem Stand sind in 2007 folgende Ausgaben vorgesehen für:

• das Monitoring und kleinere Baumaßnahmen bei diversen Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Billebogen, Grünlandaufwertung Moorgürtel, Naturschutz in Georgswerder, Landschaftskorridor Allermöhe, Magerrasenbeweidung NSG Boberger Niederung, Wilhelmsburger Osten, Beregnungsteiche, Grünlandaufwertung Altona)	152
• die Herrichtung von Flächen in Bergedorf	150
• die Prielrenaturierung im NSG Zollenspieker	800
• die Co-Finanzierung des LIFE-Projekts Borghorster Elbwiesen	1.500
• die Co-Finanzierung Holzhafen	505
• die Grünlandaufwertung in Neuland	740
• die Aufwertung im Talraum Alte Süderelbe	200
• die wasserwirtschaftliche Neuordnung der Alten Süderelbe	400
• die Aufwertung an den Francoper Wettern	400
• die Fischschleuse Hohenwisch	200
• den Grunderwerb in der Hörner Au	500

Summe Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:

5.547

Bezirksämter:

0

Summe 1.

5.547

2. Sonstiger Finanzbedarf, zugleich Summe 2

0

I. Gesamtsumme Finanzbedarf 2007

5.547

II. Deckungsmittel 2007

Entnahme aus Rücklage

1.836

Die Höhe der Rücklage beträgt zum Abschluss des Haushaltsjahres 2005 17.890 Tsd. EUR. Mit der geplanten Zuführung in 2006 von 5.342 Tsd. EUR und der für 2007 geplanten Entnahme aus Rücklage von 1.836 Tsd. EUR wird sich die Rücklage auf 21.396 Tsd. EUR belaufen.

Jahresüberschuss

3.711

Summe Deckungsmittel 2007

5.547

I. Finanzbedarf 2008**1. Investitionen**

Die investiven Ausgaben in 2008 verteilen sich wie folgt:

in Tsd. EUR

Nach gegenwärtigem Stand sind folgende Ausgaben vorgesehen für:

• das Monitoring und kleinere Baumaßnahmen bei diversen Ausgleichsmaßnahmen (z.B. Billebogen, Grünlandaufwertung Moorgürtel, Naturschutz in Georgswerder, Landschaftskorridor Allermöhe, Magerrasenbeweidung NSG Boberger Niederung, Wilhelmsburger Osten, Begegnungsteiche, Grünlandaufwertung Altona)	152
• die Herrichtung von Flächen in Bergedorf	150
• die Magerrasenbeweidung im NSG Boberger Niederung	200
• die Grünlandaufwertung in Neuland	940
• die Aufwertung im Talraum Alte Süderelbe	200
• die Aufwertung an den Francoper Wettern	380
• die Fischschleuse Hohenwisch	200
• den Grunderwerb und Maßnahmen in der Hörner Au	750
• den Rückbau Sportboothafen NSG Schweensand	120

<u>Summe Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt:</u>	<u>3.092</u>

<u>Bezirksämter:</u>	<u>0</u>

<u>Summe 1.</u>	<u>3.092</u>

2. Sonstiger Finanzbedarf, zugleich <u>Summe 2</u>	<u>0</u>

I. Gesamtsumme Finanzbedarf 2008	<u>3.092</u>

II. Deckungsmittel 2008

Entnahme aus Rücklage	1.266

Die Höhe der Rücklage beträgt zum Abschluss des Haushaltsjahres 2007 voraussichtlich 21.396 Tsd. EUR. Mit der für 2008 geplanten Entnahme aus Rücklage von 1.266 Tsd. EUR wird sich die Rücklage auf 20.130 Tsd. EUR vermindern.

Jahresüberschuss	<u>1.826</u>

Summe Deckungsmittel 2008	<u>3.092</u>

Das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege gehört organisatorisch zum Produkt 3 (Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung) der Produktgruppe PG02 (Naturschutz) im Produktbereich 08 (Naturschutz und Landschaftspflege). Zur Verdeutlichung des Wirtschaftsplans des Sondervermögens wird es wie eine eigenständige Produktgruppe behandelt.	
Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung	
Z1:	Sicherstellung einer zeitnahen, bezirksübergreifenden und langfristig finanzierten Realisierung der Ausgleichsmaßnahme auf der Grundlage der Zweckbindung für die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach § 2 des Gesetzes über das „Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege“ in Verbindung mit § 9 Abs. 7 Hamburgisches Naturschutzgesetz
Z2:	Planung und Umsetzung von Dritten übernommener Ersatzmaßnahmen gemäß § 9 Abs. 6 Hamburgisches Naturschutzgesetz
Z3:	Sicherung der langfristigen Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge von Flächen für Maßnahmen zum Ausgleich für Bebauungspläne
<i>Produkte</i>	
P1:	Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Erläuterungen: Die Erarbeitung von Konzepten für die Verwendung von Ausgleichsabgaben ist Grundlage für die langfristig finanzierte Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen. Deren Durchführung erfordert im Einzelfall konkrete Objektplanungen einschließlich der Genehmigungsplanungen. Schwerpunkte: - Ausgleichsflächenpotentialermittlung für ganz Hamburg und das Umland - Kompensationsmaßnahmen Altenwerder - Vergabe und Begleitung von bestandsaufnehmenden Gutachten der Bestände von Flora und Fauna
P2:	Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Erläuterungen: Zur Umsetzung von Maßnahmen zur Verwendung der Ausgleichsabgabe sowie von Dritten übernommener Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gehört neben der Vergabe von Bauaufträgen und der Bauaufsicht unter Berücksichtigung übergreifender Konzepte und der Objektplanung auch der Abschluss langfristiger Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge für die Maßnahmeflächen. Schwerpunkte: - Umsetzung folgender Maßnahmen: Fischschleuse am Deichsiel Hohenwisch, Grünlandaufwertung im Moorgürtel, in Altona, Neuland, Curslack, in den Kirchwerder Wiesen und in Neuengamme, Wasserstandsanhebung der Alten Süderelbe, Maßnahmen im Talraum der Alten Süderelbe, Vernässung der Hörner Au, Aufwertung von Gewässerlebensräumen in den Francoper Wettern, Prielrenaturierung im NSG Zollenspieker, Trockenrasenbeweidung in der Boberger Niederung, Co-Finanzierung des Life-Projekts Borghorster Elbwiesen, Co-Finanzierung bei der Wiederherstellung von Tidelebensraum im Holzhafen und Rückbau des Sporthafens im NSG Schween-sand.
P3:	Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen Erläuterungen: Zur Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen gehört neben der Betreuung langfristiger Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge das naturschutzfachliche Monitoring der umgesetzten Maßnahmen sowie die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht. Schwerpunkte: - Naturschutzfachliches Monitoring der aufgewerteten Flächen im Moorgürtel, des extensiv bewirtschafteten Weidelandes in Neuland und zwischen Allermöher Deich und A25, der Flächen an den Ziegeleiteichen in Georgswerder, im Billebogen, in der Sülldorfer Feldmark, im Wilhelmsburger Osten, der Beregnungsteiche, der beweideten Flächen im NSG Boberger Niederung und im Landschaftskorridor Allermöhe. - Fachliche Betreuung bestehender Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge im Moorgürtel, im Billebogen, am Allermöher Deich, in Neuland, Neuengamme, am Francoper Außendeich und im Landschaftskorridor Allermöhe - Abschluss und fachliche Betreuung von Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge, die zum Ausgleich für Bebauungspläne abgeschlossen werden - Die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht geht weitest möglich auf die Bewirtschafteter über, in Einzelfällen, wie in Georgswerder, sind Maßnahmen zur Sicherung durchzuführen.

Einnahmen	Ergebnis 2005 in Tsd. EUR	Plan 2005 in Tsd. EUR	Plan 2006 in Tsd. EUR	Plan 2007 in Tsd. EUR	Plan 2008 in Tsd. EUR
der BSU aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen von Privaten	124	2.747	4.692	0	0
der BSU aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen anderer Behörden	1.935	3.498	2.008	4.163	2.278
der BSU aus Mitteln der Bebauungsplanung	37	0	0	0	0
Einnahmen der BSU aus der Ausgleichsabgabe und Mitteln der Bebauungsplanung, gesamt	2.096	6.245	6.700	4.163	2.278
der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen von Privaten	137	0	0	0	0
der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen anderer Behörden	131	0	0	0	0
Einnahmen der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe, gesamt	268	0	0	0	0
Zinsen der BSU	57	0	0	0	0
Zinsen der Bezirke	6	0	0	0	0
Zinsen gesamt	63	0	0	0	0
Einnahmen, gesamt ¹	2.427	6.245	6.700	4.163	2.278

Ausgaben	Ergebnis 2005 in Tsd. EUR	Plan 2005 in Tsd. EUR	Plan 2006 in Tsd. EUR	Plan 2007 in Tsd. EUR	Plan 2008 in Tsd. EUR
Personalausgaben	133	291	291	146	146
Sachausgaben	17	28	28	19	19
Unterhaltung von Flächen	275	282	282	287	287
Ausgaben Erfolgsplan, gesamt²	425	601	601	452	452
Investitionen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	1.602	7.725	670	5.547	3.092
Investitionen der Bezirke	8	87	87	0	0
Investitionen, gesamt³	1.610	7.812	757	5.547	3.092
Zuführung an Rücklagen / Jahresfehlbetrag⁴	392	-2.168	5.342	-1.836	-1.266
Finanzbedarf, gesamt	2.002	5.644	6.099	3.711	1.826

	Ergebnis 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	2	4	4	2	2

¹ Die ursprünglich für 2005 prognostizierten Einnahmen reduzierten sich, da die Mittelabforderung von der HPA für den Bau der Fischschleuse Hohenwisch, so wie die Co-Finanzierung des Life-Projekts Borghorst wegen deren Verzögerung nicht vorgenommen wurden.

² Ab 2007 werden nur noch die Kosten für die 2 aus dem Sondervermögen zu finanzierenden Stellen veranschlagt.

³ Die Differenz zwischen Ergebnis und Plan 2005 erklärt sich dadurch, dass auf Grund von Verzögerung bei den Maßnahmen Fischschleuse Hohenwisch, LIFE-Projekt Borghorster Elbwiesen, Aufwertung im Talraum der Alten Süderelbe, Wilhelmsburger Osten, Prielrenaturierung NSG Zollenspieker, Francoper Wettern die dafür geplanten Investitionen nicht getätigt werden konnten. Weiterhin konnten geplante Grundstücksankäufe in der Hörner Au nicht im geplanten Maße durchgeführt werden.

⁴ Jahresüberschüsse werden als Zuführungen an Rücklagen verbucht. Die Deckung von Jahresfehlbeträgen erfolgt durch Entnahmen aus der Rücklage.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Detaillierte Angaben zu den Einnahmen- und Ausgabenschwerpunkten finden sich in den Wirtschaftsplänen

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Ergebnis 2005	Ansatz 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ⁵					
Maßnahmen in Planung, Anzahl	16	4	4	4	4
Vergabe und Begleitung von Gutachten	13	5	5	10	10
P 2: Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Anzahl	20	18	20	22	24
P 3: Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen					
<u>Anzahlbezogene Kennzahlen⁶</u>					
Fachliche Betreuung bestehender Flächenbereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge, Anzahl	43	27	46	50	55
Naturschutzfachliches Monitoring der aufgewerteten Flächen, Anzahl	9	8	9	10	10
Fachliche Betreuung von Beregnungsteichen, Anzahl	102	102	106	106	106
Flächenbezogene Kennzahlen⁷					
Flächen im Eigentum der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, die aus dem Sondervermögen finanziert wurden in ha	79	90	100	110	130
Flächen privater Eigentümer, die im Auftrage des Sondervermögens langfristig bewirtschaftet werden in ha	682	223	700	720	740
Summe aller vom Sondervermögen betreuter Flächen in ha	761	313	800	830	870
<u>Monetäre Kennzahlen</u>					
Rücklagen, in Tsd. Euro	17.890	8.392	23.232	21.396	20.130
Langfristig gebundene Mittel für Bereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge, in Tsd. Euro ⁸	9.614	5.750	10.000	11.000	12.000

⁵ Die Planzahlen 2006 bis 2008 für die Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen können derzeit nur geschätzt werden, da diese nur auf der Grundlage von Eingriffen und den damit verbundenen Ausgleichszahlungen ermittelt werden können. Anzahl, Art und Umfang der Eingriffe sind für 2006 bis 2008 zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht absehbar. Die Planzahlen beinhalten daher nur in früheren Jahren begonnene Maßnahmenplanungen.

⁶ Die Kennzahlen für die Flächenbereitstellungs- und Bewirtschaftungsverträge von Maßnahmeflächen sind auf Grund der Langfristigkeit der Verträge und des ebenfalls langfristig angelegten Monitorings kumulativ. Sie sind auf der Grundlage der mittelfristigen Maßnahmenplanungen des Sondervermögens geschätzt.

⁷ Die flächenbezogenen Kennzahlen stehen durch zukünftige Senatsentscheidungen unter anderem in Abhängigkeit zu der Möglichkeit, geeignete Flächen erwerben und Bewirtschaftungs- und Bereitstellungsverträge abschließen zu können. Die Differenz zwischen Ansatz und Ergebnis 2005 ergibt sich, da im Ergebnis auch die Mittel enthalten sind, für die noch keine Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen wurden bzw. die für die langfristige Flächenpflege ohne Bewirtschaftungsverträge festgelegt sind.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr. Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis	Plan	Plan	Plan
	2005	2006	2007	2008
	Tsd. EUR			
1 <u>World Wide Fund (WWF) Deutschland</u>				
Internationales WWF-Zentrum für Meeresschutz				
Einnahmen				
1. Kostenanteile Bund, EU, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern	244	160	168	177
2. Zuwendung Hamburgs (vgl. 6700.684.01)	0	0	170	170
3. Stiftungen/Lizenzen	63	253	265	278
4. Sonstige Einnahmen (Spenden, Netzwerk)	290	33	35	37
5. WWF-eigene Mittel	1.010	1.369	1.266	1.337
Summe der Einnahmen	1.607	1.815	1.904	1.999
Ausgaben				
1. Personal	803	846	888	932
2. Funding WWF-Netzwerk	177	115	120	126
3. Sonstiger Aufwand (Reisen, Consultants, Veröffentlichungen, Büro)	627	854	896	941
Summe der Ausgaben	1.607	1.815	1.904	1.999
Grundlage für 2005 ist der WWF-Plan-Ist-Vergleich 2005 Grundlage für 2006 ist die Jahresplanung WWF Grundlage für 2007 und 2008 ist eine erwartete Steigerung um je 5 %				

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100. 000 Euro im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung		
			2006	2007	2008
			in Tsd. Euro		
6000.684.01	Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.	Festbetragsfinanzierung	71	71	71
6000.684.02	Stiftung Zukunftsrat Hamburg	Festbetragsfinanzierung	26	26	26
6000.685.01	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft	Festbetragsfinanzierung	2	2	2
6610.684.01	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	Festbetragsfinanzierung	5	3	3
6800.684.03	Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	Festbetragsfinanzierung	70	70	70
6800.684.08	Verschiedene Naturschutzverbände	Festbetragsfinanzierung	345	345	345
			519	517	517

Übersicht über die in den Einzelplandeckungskreisen 11 bis 20 und den Kapiteldeckungskreisen 05 bis 41 veranschlagten Mittel

Einzelplandeckungskreis 11 / LuK-Technik, Investitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6000.701.56	Baumaßnahmen für LuK-Technik Investitionszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung für LuK-Maßnahmen	31	113	25	0	16	0	16	0
6000.891.56		0	0	0	0	-	-	-	0
Summe	Deckungskreis 11	31	113	25	0	16	0	16	0

Einzelplandeckungskreis 12 / Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6700.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	59	4	20	0	35	35	35	40
6800.811.81	Investitionen für die Gartenbauabteilung – Bereich Friedhöfe –	0	0	300	300	0	0	0	0
6900.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	39	37	38	30	75	30	50	30
Summe	Deckungskreis 12	46	37	358	330	110	65	85	70

Einzelplandeckungskreis 14 / Flächensanierung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	2.929	489	3.204	3.931	3.180	3.000	2.960	3.000
6700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	2.331	131	1.700	2.000	1.700	1.700	1.700	1.700
6700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	569	172	900	900	940	900	900	900
6700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	4.742	1.579	7.000	8.458	1.000	6.000	6.000	7.000
6700.787.46	Sanierung Moorfleeter Brack	48	8	0	0	0	0	0	0
6700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	10.558	120	0	0	0	0	0	0
6700.787.72	Sanierung Am Radeland	0	0	0	0	6.000	1.000	1.000	0
6700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen u. -bauwerken	1.540	441	2.520	2.820	2.820	2.400	2.820	2.500
Summe	Deckungskreis 14	22.717	2.940	15.324	18.109	15.640	15.000	15.380	15.100

Einzelplandeckungskreis 15 / Bauunterhaltung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6700.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	3	1	0	1	0	1	0
6700.519.02	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung	19	164	58	0	53	0	53	0
Summe	Deckungskreis 15	19	167	59	0	54	0	54	0

Einzelplandeckungskreis 16 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6000.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, - Hochbau -	134	209	50	50	50	50	50	50
6200.702.03	Sicherung und Grundinstandsetzung des Mahnmals St. Nikolai	47	5	0	0	0	0	0	0
6200.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten, ingenieurinnen, -ingenieure; Sachverständige und dgl.	156	497	200	200	200	200	200	200
6700.701.02	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grund- instandsetzungen öffentlicher Toiletten	0 *	0 **	120	230	120	120	120	120
Summe	Deckungskreis 16	337	711	370	480	370	370	370	370

* Ausgaben bei den Bezirken zusammen 215 Tsd. EUR

** Reste bei den Bezirken zusammen 33 Tsd. EUR

Einzelplandeckungskreis 20 / Verkehrsbauteile

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6300.741.01	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen	4.708	10	4.250	7.000	3.933	6.000	3.907	6.000
6300.741.02	Förderung des Radverkehrs	362	44	200	200	1.248	1.240	1.246	240
6300.741.08	Maßnahmen i. V. m. dem Bau von Entlastungsstraßen und dem Bauprogramm Bundesfernstraßen	436	0	100	300	129	300	128	300
6300.741.09*	Grundinstandsetzung von Brücken, Tunneln und sonstigen Ingenieurbauwerken sowie Neu-, Um- und Erweiterungsbau	4.648	151	5.790	9.000	5.500	4.200	4.254	7.900
6300.741.10*	Bau von Lichtsignalanlagen und Anlagen der öffentlichen Beleuchtung, soweit nicht im Zusammenhang mit anderen Straßenbaumaßnahmen veranschlagt	2.659	0	2.800	3.000	1.940	1.900	1.927	1.900
6300.741.11*	Grundinstandsetzung und Ersatz von Anlagen der Lichtsignalsteuerung und der öffentlichen Beleuchtung	5.842	0	8.000	8.000	8.621	8.500	8.564	8.600
6300.741.12*	Verstärkung der verkehrsadaptiven Netzsteuerung	0	500	0	0	5.388	5.300	5.352	4.300
6300.741.14	Grundinstandsetzung von Straßen	5.673	45	5.980	10.000	6.466	6.000	5.888	6.000
6300.741.15	Sonderprogramm zur Grundinstandsetzung von Fahrbahnoberflächen	6	0	0	0	0	0	0	0
6300.741.20	Umgestaltung Hamburger Plätze	170	1.608	0	0	2.000	1.000	1.000	0
6300.741.21	Verbesserung des Verkehrsflusses	535	1.205	0	0	3.233	3.200	3.211	3.200
6300.741.81	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	6.264	0	400	400	9.319	10.450	9.319	10.450
6300.741.83	Grundinstandsetzung von Straßen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	559	0	6.289	6.200	0	0	0	0
6300.750.01	Neugestaltung des Spielbudenplatzes	904	3.471	0	0	0	0	0	0
6300.750.23	Umgehung Finkenwerder	1.376	91	7.700	20.000	7.759	14.173	7.708	6.465
6300.760.23	Ausbau der Straße "Am Stadtrand"	64	17	0	0	0	0	0	0
6300.760.24	Ausbau des Ölmühlenwegs	291	757	0	0	0	0	0	0
6300.770.23	Grundinstandsetzung und Umbau des Krohnstieges	229	0	0	0	0	0	0	0
6300.771.01	Sicherung der Verkehrsinfrastruktur - Straßen einschließlich Radwege -	0	0	0	0	1.155	1.100	1.141	3.200
6300.771.07	Grundinstandsetzung Horner Kreisel	1.934	0	3.000	1.400	1.509	0	0	0
6300.771.08	Grundinstandsetzung Sengelmannstraße	0	500	3.000	1.800	2.479	535	535	0

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Tsd. Euro	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6300.773.23	Verlängerung Friedrich-Ebert-Damm	135	68	679	0	0	0	0	0
6300.775.23	Grundinstandsetzung des Heidenkampswegs	536	333	1.500	500	0	0	0	0
6300.780.23	Neugestaltung des Jungfernstiegs	1.628	786	0	0	0	0	0	0
6300.785.01	Grundinstandsetzung Brücke des 17. Juni	0	9	0	0	0	0	0	0
6300.785.03*	Grundinstandsetzung der Altenwallbrücke	4	0	0	0	0	0	0	0
6300.785.06*	Grundinstandsetzung der Billbrookkanalbrücke	25	0	130	0	0	0	0	0
6300.785.07*	Grundinstandsetzung der Wiesendammbrücke	0	0	1.500	2.800	2.360	970	970	0
6300.785.08	Grundinstandsetzung der Hoheluftbrücke	0	0	0	0	1.180	4.391	4.060	331
6300.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten sowie sächliche Bauaufsichtskosten	15.096	609	11.588	2.500	3.721	4.500	3.638	4.500
6300.799.04	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten sowie sächliche Bauaufsichtskosten für Bundesmaßnahmen	0	0	0	10.000	8.387	9.700	8.307	9.700
6300.811.86	Investitionsmaßnahmen für Betriebsplätze, Hochbaumaßnahmen sowie Beschaffungen von Fahrzeugen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	407	0	200	200	200	200	200	200
6300.881.05	Kostenanteile zum Um-, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen	960	1.040	2.100	8.400	2.263	9.000	2.248	9.000
6300.893.01	Erstattungen für Maßnahmen zum Schutz gegen Straßenlärm (passiver Lärmschutz bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen)	997	30	1.100	3.000	1.050	3.000	600	3.000
Summe	Deckungskreis 20	56.448	11.274	66.306	119.900	79.840	95.659	74.203	85.286

*) bis 2006 beim Kapitel 6420 unter gleicher Titelnummer veranschlagt

Einzelplandeckungskreis 40 / Investitionen öffentlicher Personennahverkehr

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6000.892.10*	Förderung von Projekten zur Einführung von Fiskaltaxametern	178	102	0	0	0	0	0	0
6300.741.04	Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV auf der Straße	1.785	55	1.178	2.000	1.269	2.000	1.261	2.000
6300.741.25	Maßnahmen zur Nutzung des ehemaligen Hafenbahntunnels durch den ÖPNV	0	944	0	0	0	0	0	0
6300.742.09	Busbeschleunigung Linie 25	754	155	0	0	0	0	0	0
6300.742.10	Umbau u. Modernisierung der Busumsteigeanlage Wandsbek Markt	153	40	0	0	0	0	0	0
6300.891.04	Zuwendungen an Verkehrsunternehmen für den behindertengerechten Ausbau von Schnellbahnhaltestellen	1.228	9.303	0	0	0	0	0	0
6300.891.05	Investitionszuschüsse an die HHA	10.277	0	10.226	0	10.226	0	10.226	0
6300.891.10	Kostenbeiträge zu verschiedenen Baumaßnahmen der Verkehrsunternehmen	322	931	750	5.000	1.509	5.000	1.499	5.000
6300.891.17	Zuschüsse gemäß § 8 RegG für Bau S-Bahn-Strecke Neugraben - Stade	12.704	0	0	0	0	0	0	0
6300.891.18	Kostenanteil Hamburgs am Bau der Schnellbahnanbindung Flughafen	14.251	7.195	10.750	300	16.576	47.512	12.987	34.525
6300.891.19	Kostenanteil Hamburgs am Bau der U-Bahn HafenCity - Bramfeld	3.792	42	6.000	455.000	15.260	233.000	23.560	209.000
6300.891.20	Kostenanteil Hamburgs an der Aufhebung der Bahnübergänge in Wandsbek	8.247	13.644	700	30.000	826	30.000	848	30.000
6300.891.21	Kostenanteil Hamburgs am Ausbau der AKN in Eidelstedt	1.447	4.204	450	0	0	0	0	0
6300.892.01	Zuschuss für den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) Hauptbahnhof	0	894	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 40	55.138	37.509	30.054	492.300	45.666	317.512	50.381	280.525

*) bis 2006 beim Kapitel 6300 unter gleicher Titelnummer veranschlagt

Kapiteldeckungskreis 12 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. Euro VE	Ansatz	Tsd. Euro VE	Ansatz	Tsd. Euro VE
6000.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation	464	23	305	0	661	0	683	0
6000.511.86	Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe kartographischer und drucktechnischer Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke	(39)	0	45	0	45	0	45	0
6000.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	38	2	26	0	110	0	110	0
6000.517.22	Bewirtschaftung der Grundstücke	909	54	789	0	1.438	0	1.438	0
6000.518.22	Mieten und Pachten	5.174	129	5.378	0	3.882	0	3.882	0
6000.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	255	481	622	0	410	0	410	0
6000.525.91	Aus- und Fortbildung	160	149	261	0	141	0	141	0
6000.526.22	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	134	206	50	0	50	0	50	0
6000.526.81	Gutachten und Untersuchungen für den Umweltbereich, Rahmenzuweisung an die Bezirke	(13)	0	15	0	15	0	15	0
6000.527.22	Dienstreisen	122	29	122	0	264	0	264	0
6000.531.01	Öffentlichkeitsarbeit	139	282	288	10	288	0	288	0
6000.534.02	Betriebliche Gesundheitsförderung	6	4	10	0	10	0	10	0
6000.535.01	Betrieb und Unterhaltung der Modellwerkstatt	21	11	14	0	14	0	14	0
6000.539.22	Vermischte Verwaltungsausgaben	129	0	33	0	33	0	33	0
6000.546.86	Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebes für Geoinformation und Vermessung, Zweckzuweisung an die Bezirke	(472)	0	489	0	489	0	489	0
6000.547.10	Förderung internationaler Zusammenarbeit im Umweltbereich	15	8	15	0	15	0	15	0
6000.547.22	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz -	1.302	231	1.207	0	0	0	0	0
6000.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne	2.303	0	2.303	0	2.303	0	2.303	0
6000.671.01	Erstattungen an den Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung	955	877	2.358	0	1.482	0	1.460	0
6000.682.58	Betriebszuschuss an den Wirtschaftsplan Geoinformation und Vermessung	14.793	0	14.798	0	14.262	0	13.900	0
6000.684.01	Förderung von Maßnahmen der Umweltbe-	71	0	71	0	71	0	71	0

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6000.685.01	ratung Kostenanteile Hamburgs an öffentlichen Arbeitsgemeinschaften u.a. Einrichtungen sowie Mitgliedschaften	506	31	522	0	519	0	519	0
6000.685.02	Architektursommer und begleitende Aus- stellungen	25	325	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 12	26.337	2.842	29.721	10	26.502	0	26.140	0

Kapiteldeckungskreis 14 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6100.511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattunggegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	13	32	17	0	17	0	17	0
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	174	150	46	196	334	46	46	250
6100.526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle und dgl.	32	169	53	102	53	53	53	53
6100.526.03	Wettbewerb Familienfreundliches Wohngebiet	0	0	0	0	85	60	85	60
6100.547.10	Aufwendungen für die Stadterneuerung	1.537	410	1.603	1.603	103	103	103	103
6100.681.87	Umzugsprämien für Rollstuhlfahrer, Zweckzuweisungen an die Bezirke	(8)	20	15	9	15	9	15	9
6100.682.01	Betriebsausgaben und Abbruchkosten für Behelfsbauten und Behelfsheime	0	22	14	0	14	0	14	0
Summe	Deckungskreis 14	1.764	803	1.748	1.910	621	271	333	475

Kapiteldeckungskreis 15 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6200.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung Erstattungen an den Landesbetrieb für Geo- information und Vermessung	62	2	53	0	53	0	53	0
6200.514.22		3	0	4	0	4	0	4	0
6200.671.01		0	0	0	0	15	0	15	0
Summe	Deckungskreis 15	65	2	57	0	72	0	72	0

Kapiteldeckungskreis 16 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6300.511.22	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände sowie vermischte Verwaltungsausgaben	27	15	38	0	32	0	32	0
6300.514.22	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung	3	0	1	0	1	0	1	0
6300.521.01*	Betrieb der Parkuhren und Parkscheinautomaten	374	44	438	300	454	300	454	300
6300.521.09*	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Brücken, Tunnel und sonstige Ingenieurbauwerke	4.421	557	5.126	4.000	7.349	6.200	7.359	6.200
6300.521.14	Aufwendungen für öffentliche Straßen und Wege	8	26	113	250	2.083	1.400	2.083	1.000
6300.521.81**	Betriebsausgaben für öffentliche Straßen und Wege, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	9.986	0	7.349	4.150	7.054	4.700	7.054	3.600
6300.521.86	Beseitigung von Wildkraut im Straßenraum, Zweckzuweisung an die Bezirke	70	0	200	0	0	0	0	0
6300.539.04	Honoraranteil des Landesbetriebs Straßen, Brücken und Gewässer für Betriebs- und Unterhaltungsmaßnahmen an Bundesfernstraßen	0	0	0	0	9.943	9.000	9.972	9.000
6300.542.01*	Betriebsausgaben öffentl. Beleuchtung	22.572	379	23.055	3.500	22.410	4.500	22.414	4.500
6300.546.86	Beseitigung unbefugt abgestellter Kfz sowie Arbeiten für fremde Rechnung, Zweckzuweisung an die Bezirke	3.825	0	0	2.000	0	2.000	0	2.000
6300.547.22	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verkehrsdaten, öffentliche Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik -	309	283	386	0	736	500	736	500
6300.671.01	Erstattung von Unterhaltungskosten im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau	0	0	0	10	0	10	0	10
Summe	Deckungskreis 16	41.595	1.304	36.706	14.210	50.062	28.610	50.105	27.110

*) bis 2006 beim Kapitel 6420 unter gleicher Titelnummer veranschlagt

**) bis 2006 einschließlich des auf Brücken entfallenden Anteils bei 6420.581.82

Kapiteldeckungskreis 17 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6700.521.02	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben Gewässer und Nebenanlagen	1.064	0	878	250	5.263	275	5.282	275
6700.521.04	Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben Hochwasserschutzanlagen und Deichverteidigung	2.097	149	1.995	465	2.678	500	2.681	500
6700.521.06	Betriebszuschuss an die Hamburg Port Authority (HPA) für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie Betriebsausgaben für Hochwasserschutzanlagen	-	-	0	0	3.741	500	3.741	500
6700.521.81	Betriebsausgaben für Gewässer II. Ordnung, Rahmenzuweisung	(2.237)	0	1.872	517	1.887	517	1.887	517
6700.521.88	Betriebsausgaben Hochwasserschutz, Arbeiten für fremde Rechnung sowie Beiträge u.ä. an wasserwirtschaftliche Verbände, Zweckzuweisung	(1.586)	0	662	128	662	128	662	128
6700.681.02	Entschädigungsleistungen für Überflutungsschäden	0	0	0	0	0	0	0	0
6700.685.02	Beiträge, Kostenanteile und Kostenerstattungen an wasserwirtschaftliche Verbände und Einrichtungen	24	3	30	0	146	0	146	0
Summe	Deckungskreis 17	7.008	152	5.437	1.360	14.377	1.920	14.399	1.920

Kapiteldeckungskreis 19 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Tsd. Euro Ergebnis	Rest	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE	Tsd. Euro Ansatz	VE
6610.511.22	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11	18	17	0	34	0	36	0
6610.518.01*	Nutzungsentgelt für vorübergehend überlassene öffentliche Grünflächen	0	0	0	0	83	0	0	0
6610.521.02*	Erhaltung kulturell und historisch wertvoller Denkmale auf staatlichen Friedhöfen	4	3	5	5	7	7	7	7
6610.525.01*	Überbezirkliche Aus- und Fortbildung von Bediensteten der Grünverwaltungen	9	5	14	14	14	14	14	14
6610.526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	1.053	2.256	1.073	1.073	1.083	1.083	1.083	1.083
6610.526.03	Ausgaben im Rahmen des Leitprojekts „Sprung über die Elbe“	82	17	0	0	0	0	0	0
6610.526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke	1.068	0	700	700	700	700	700	700
6610.535.01*	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen an Bäumen	222	13	260	260	260	260	260	260
6610.546.01	Aufwendungen für Karten und drucktechnische Arbeiten	26	123	75	75	285	285	285	285
6610.681.01	Entschädigungen in Geld für Planungsschäden nach dem Baugesetzbuch	0	0	0	0	0	0	0	0
6610.684.01*	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge	0	0	5	0	3	0	3	0
Summe	Deckungskreis 19	2.475	2.435	2.149	2.127	2.436	2.349	2.488	2.349

Kapiteldeckungskreis 20 / Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005 Tsd. Euro		2006 Tsd. Euro		2007 Tsd. Euro		2008 Tsd. Euro	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6700.541.02	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben	54	8	60	0	72	0	77	0
6700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft	52	294	196	131	226	263	226	263
6700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz	339	56	317	315	307	300	307	300
6700.541.05	Allgemeine Betriebsausgaben für Bodenschutz und Altlastensanierung	27	13	28	0	48	0	48	0
Summe	Deckungskreis 20	472	371	601	446	653	563	658	563

Kapiteldeckungskreis 21 / Investitionen Landes- und Landschaftsplanung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6610.741.01*	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	7	116	3.900	2.000	5.279	3.000	5.700	3.000
6610.741.05*	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen etc.	40	7	500	1.400	700	1.400	700	1.400
6610.741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung	14	0	1.050	2.000	1.960	2.000	1.050	2.000
6610.741.11	Ersatz von Straßenbäumen	0	0	0	0	900	600	600	0
6610.741.81*	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Entwicklung des Straßenbaumbestands sowie für bezirkliche Friedhöfe	(3.583)		1.100	1.100	1.400	1.400	1.400	1.400
6610.748.84	Städtische Grünplanung Neubaugebiet Allermöhe II	(152)	0	0	0	100	100	100	0
6610.749.84*	Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planeten un Blumen / Wallringpark,	(562)	0	50	600	300	500	500	600
	Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte								
6610.751.01*	Internationale Gartenschau 2013	200	0	200	0	2.000	10.000	3.800	10.000
6610.752.84*	Herrichtung der Grünflächen im Bebauungsplangebiet Neugraben-Fischbek 65, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg	0	0	0	0	380	1.078	500	578
6610.791.02*	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserung- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen	75	37	750	750	750	750	750	750
6610.893.01	Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der IBA 2013	0	0	0	0	5.800	7.200	7.200	8.700
Summe	Deckungskreis 21	4.633	160	7.550	7.850	19.569	28.028	22.300	28.428

Titel 6610.741.81: Ergebnisse 2005 bei den Bezirken, Reste bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

* = verlagert aus 6800 alt

Kapiteldeckungskreis 22 / Investitionen Stadterneuerungsmaßnahmen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro
6100.799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen und dgl.	17	152	25	25	25	25	25	25
6100.821.01	Aufwendungen in Bodenordnungsmaßnahmen (BauGB), Flurbereinigungsverfahren (FlurbG) und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (BauGB)	1.207	5.578	1.023	8.000	7.023	8.000	3.023	8.000
6100.821.02	Kosten der Ordnungsmaßnahmen sowie Grund-erwerb (Stadterneuerung)	1.401	550	1.000	2.800	1.800	2.600	1.600	2.300
6100.821.03	Werterstattung an den Grundstock für Grunderwerb in Sanierungsgebieten (Stadterneuerung)	0	276	0	0	0	0	0	0
6100.821.04	Förderung von Stadtentwicklungs- und -erneuerungsaktivitäten vornehmlich in innerstädtischen Gebieten	71	1.054	211	811	211	511	211	511
6100.891.02	Zuschuss an die STEG f. Modernisierungs-/Grunderneuerungsmaßnahmen	1.121	2.386	2.106	5.700	2.106	3.000	1.106	2.000
6100.893.04	Zuschüsse zur Förderung familiengerechten Wohnungsbaus	0	0	0	0	3.528	4.000	4.536	5.000
6100.893.05	Städtebauliche Sanierung nach BauGB	3.903	1.875	7.000	15.500	8.600	15.500	8.200	15.500
6100.893.06	Forschungsvorhaben Stadtbau-West (EX-WOST)	328	467	0	0	0	0	0	0
6100.893.11	Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm – „Aktive Stadtteilentwicklung“	4.951	2.901	7.500	15.500	8.500	9.500	9.500	9.500
Summe	Deckungskreis 22	12.999	15.239	18.865	48.336	31.793	43.136	28.201	42.836

Kapiteldeckungskreis 23 / Sach- und Fachausgaben

Kapitel/Title	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6800.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ¹	24	2	25	0	35	0	35	0
6800.526.10	FFH-Monitoring in Hamburger Naturschutzgebieten	0	0	0	0	44	0	44	0
6800.526.50	Gutachten und Untersuchungen ²	208	0	184	197	57	0	57	0
6800.541.01	Ausgaben für den Naturschutz	396	39	430	410	430	410	430	410
6800.541.02	Förderung der UmweltPartnerschaft	93	95	100	100	100	100	100	100
6800.547.06	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Freiw. Ökolog. Jahres (FÖJ) in Hamburg ³	292	97	96	0	96	0	96	0
6800.547.10	Sachliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Natur- und Ressourcenschutz ⁴	75	53	66	0	54	0	57	0
6800.547.40	Förderung der Umweltbildung ⁵	11	10	12	0	12	0	12	0
6800.684.02	Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg ⁶	31	0	26	0	26	0	26	0
6800.684.03	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und an die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	70	0	70	0	70	0	70	0
6800.684.08	Zuwendungen für die Naturschutzverbände	356	0	345	235	345	235	345	345
6800.684.40	Zuschüsse für den Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe ⁷	43	2	44	44	64	64	64	64
Summe	Deckungskreis 23	1.599	298	1.389	989	1.333	809	1.336	919

¹ Anteile aus 6900.519.01 + 6000.519.01² 27 Tsd. Euro aus 6000.526.50, 10 Tsd. Euro auf 6610.526.01³ verlagert aus 6000⁴ Anteile aus 6900.547.10, Anteile auf 6000⁵ Verlagert aus 6000⁶ verlagert aus 6000⁷ verlagert aus 6000

Kapiteldeckungskreis 24 / Investitionen Natur- und Ressourcenschutz

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6800.720.04	Grundinstandsetzungen an Gebäuden des Naturschutzamtes	0	0	0	0	60	60	60	60
6800.742.03	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern	4	138	60	0	-	-	-	-
6800.742.04	Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Bag-gergutunterbringung sowie Vergütungen an Ver-tragsarchitekten u. -ingenieure für Planung und Entwurf	95	330	255	300	420	300	220	255
Summe	Deckungskreis 24	99	468	315	300	480	360	280	315

Kapiteldeckungskreis 41 / Investitionen Erschließungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
6300.741.13	Herrichtung von Übergangsplätzen nach dem Wohnungsgesetz	5	261	0	0	0	0	0	0
6300.788.01	Allgemeine Erschließungen	15.110	844	9.000	25.000	9.699	25.000	9.634	25.000
6300.788.02	Erschließung Hafencity	269	2.317	0	0	5.388	16.000	16.057	16.000
6300.789.01	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms	1.431	688	5.100	21.000	7.113	21.000	8.136	21.000
6300.821.03	Allgemeine Erschließungen (Grunderwerb)	2.901	694	3.125	5.550	3.705	3.125	3.125	3.125
6300.821.05	Erschließung von Großprojekten im Rahmen des Wohnungsbauprogramms (Grunderwerb)	0	149	0	2.525	0	0	0	0
6300.862.01	Darlehen an Dritte zum Ausgleich von Nachteilen bei Erschließungsmaßnahmen	0	70	70	70	70	70	70	70
Summe	Deckungskreis 41	19.716	5.023	17.295	54.145	25.975	65.195	37.022	65.195

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008	
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
		in Tsd. Euro					
6000.526.50	Gutachten und Untersuchungen	0	0	27	27	27	27
6000.526.81	Gutachten und Untersuchungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	15	0	15	0	15	0
6100.526.01	Mietenspiegel und Wohnlagenverzeichnis	46	196	334	46	46	250
6100.799.03	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten u. dgl.	25	25	25	25	25	25
6300.526.04	Gutachten über Verkehrstelematik	0	0	0	0	0	0
6800.526.10	FFH-Monitoring in Hamburger Naturschutzgebieten	0	0	44	0	44	0
6800.526.50	Gutachten und Untersuchungen	184	197	57	0	57	0
In folgenden Titeln sind Mittel für Gutachten und Untersuchungen anteilig enthalten: *							
6100.526.02	Wettbewerbe, Einzeluntersuchungen, Modelle u. dgl.	53	102	53	53	53	53
6100.547.10	Aufwendungen für Stadterneuerung	1.603	1.603	103	103	103	103
6300.547.22	Sächliche Verwaltungsaufgaben – Verkehrsdaten, öffentliche Verkehrswirtschaft und Verkehrspolitik	386	100	736	500	736	500
6300.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten u. dgl.	11.588	2.500	3.721	4.500	3.638	4.500
6300.799.04	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architekten u. dgl. Für Bundesmaßnahmen	0	10.000	8.387	9.700	8.307	9.700
6300.891.06	Telematik – Förderung von Projekten zur Verkehrsinformation in Hamburg	500	500	500	500	500	500
6610.526.01	Planungsmittel auf den Gebieten der Landes- und Landschaftsplanung sowie des Städtebaus	1.073	1073	1.083	1.083	1.083	1.083
6610.526.81	Planungsleistungen, Beteiligung der Öffentlichkeit, Karten und drucktechnische Arbeiten, Rahmenzuweisung an die Bezirke	700	700	700	700	700	700
6700.541.02	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben	60	0	72	0	77	0
6700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft	196	131	226	263	226	263
6700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz	317	315	307	300	307	300
6700.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für den Umweltschutz	74	0	51	0	51	0

Anlage 5

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008	
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
		in Tsd. Euro					
6700.741.01	Wasserwirtschaftliche Baumaßnahmen	6.120	6.000	7.530	7.120	7.392	7.120
6700.742.02	Kosten für Gewässermessstellen einschl. wissenschaftl. Begleituntersuchungen sowie Ingenieurleistungen	480	560	573	480	480	480
6700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	3.204	3.931	3.180	3.000	2.960	3.000
6700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	1.700	2.000	1.700	1.700	1.700	1.700
6700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	900	900	940	900	900	900
6700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	7.240	8.458	1.000	6.000	6.000	7.000
6700.787.08	Mobilisierung von Flächen im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms 2010	0	0	3.000	3.000	3.000	3.000
6700.787.72	Sanierung Am Radeland	0	0	6.000	1.000	1.000	0
6700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken	2.520	2.820	2.820	2.400	2.820	2.500
6800.541.02	Förderung der UmweltPartnerschaft	100	100	100	100	100	100
6800.547.40	Förderung der Umweltbildung	12	0	12	0	12	0
6800.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen	0	0	329	235	235	285
6800.892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien	0	0	5.559	6.060	6.060	6.135
6900.526.50	Gutachten und Untersuchungen im technischen Umweltschutz	0	0	74	0	52	0
6900.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	119	0	93	0	93	0

Hinweis: Darüber hinaus können auch bei verschiedenen anderen Titeln im Kapitel 6300 (vgl. Erläuterungen zu den Sach- und Fachausgaben), bei den Titeln 6100.893.05 und 893.11 sowie beim Titel 6200.799.01 Forschungs-, Gutachten- und Untersuchungsaufträge vergeben werden.

* Es kann keine Gesamtsumme angegeben werden, da der Anteil für Forschungs- und Gutachtenaufträge an Dritte an den in der Übersicht angegebenen Gesamtansätzen nicht quantifizierbar ist.

** Summe aus Ansätzen und Teilansätzen mehrerer Titel (6300.547.22 ist 2007 erstmals veranschlagt)

Übersicht

über die Verwendung der Abwasserabgabe gem. § 13 Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.V.m. § 14 Hamburgisches Abwasserabgabengesetz (HambAbwAG) in den Haushaltsjahren 2007 und 2008.

Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist gem. § 13 AbwAG i.V.m. § 14 HambAbwAG für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu verwenden.

Aus dem Aufkommen wird auch der mit dem Vollzug des Gesetzes entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt.

		2007	2008
Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter (Titel 6900.099.01)	Einnahmeansatz (in Tsd. Euro)	800	800
Abwasserabgabe öffentlicher Einleiter (Titel 6900.099.02)	Einnahmeansatz (in Tsd. Euro)	700	700
	insgesamt (in Tsd. Euro)	1.500	1.500

Die Mittel sollen verwendet werden für:

Titel	Zweckbestimmung – gekürzt –	Ansatz/Teilansatz (in Tsd. Euro) 2007	Ansatz/Teilansatz (in Tsd. Euro) 2008
6700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz (anteilig)	-	59
6700.546.01	Überwachungsprogramm für die Hamburger Stadtgewässer (anteilig)	300	-
6700.742.02	Kosten für Gewässermessstellen einschl. wissenschaftlicher Begleituntersuchungen sowie Ingenieurleistungen (2007: anteilig)	476	480
6900.631.01	Kostenerstattung an das WSA Cuxhaven zur Beseitigung von Schadstoffverschmutzungen	10	10
6900.631.02	Zuweisung an das WSA Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für Schadstoffbekämpfung (2007 und 2008: anteilig)	290	290
6900.632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes	71	71
6900.881.03	Zuweisung an das WSA Cuxhaven für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	253	490
	Verwaltungskostenpauschale	100	100
	Insgesamt	1.500	1.500

